Beteiligungsbericht 2014

der Stadt Frankfurt am Main

Gebündelte Kompetenz für ein nachhaltiges Frankfurt

Stadt Frankfurt am Main

Vorwort Betetiligungsbericht 2014
Untertitel: „Gebündelte Kompetenz für ein nachhaltiges Frankfurt“

Vorwort
des Stadtkämmerers

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Schlage nur so viel Holz ein, wie der Wald verkraften kann! So viel Holz, wie nachwachsen kann!" Dieses Nachhaltigkeitsprinzip der Forstwirtschaft hat sich längst zu einem Leitbild für das 21. Jahrhundert entwickelt. Es gilt, das Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und dem Erhalt der Möglichkeiten künftiger Generationen zu wahren.

Nachhaltige Personalentwicklung, gesellschaftliches Engagement, ökonomische und ökologische Verantwortung − die Beteiligungsgesellschaften der Stadt Frankfurt am Main sind per se zu einer wirtschaftlichen Erfüllung öffentlicher Zwecke verpflichtet und tragen mit ihrer gebündelten Kompetenz wesentlich zur nachhalten Entwicklung unserer schönen Heimatstadt bei.

Und das gilt nicht nur für Gesellschaften wie die FES (Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH), deren Geschäft eine saubere Umwelt ist, indem sie unterschiedliche Abfälle entsorgt, Straßen und Plätze reinigt und das auf umweltschonende Art, mit effizienter und moderner Technik. Es gilt auch für die Mainova AG, die auf eine zuverlässige, umweltschonende und effiziente Energieversorgung setzt. Ebenso für die Wohnungsbaugesellschaft ABG FRANKFURT HOLDING, die umfangreiche Investitionen in Neubauprojekte in Passivhausbauweise sowie energetische Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen tätigt. Es gilt aber auch für viele andere Unternehmen, etwa die zahlreichen Beteiligungen, die Ökostrom beziehen, besonders schadstoffarme Fahrzeuge einsetzen oder ihr nachhaltiges Handeln durch die Teilnahme an Zertifizierungsprogrammen unter Beweis stellen. Große Unternehmen wie FES, Mainova oder VGF, aber auch viele andere, dokumentieren ihre Aktivitäten auch in regelmäßig aufgelegten Nachhaltigkeitsberichten.

Ich lade Sie ein auf eine Entdeckungsreise in die Welt der Beteiligungen: Verschaffen Sie sich anhand des Beteiligungsberichtes 2014 der Stadt Frankfurt am Main einen Gesamtüberblick über die facettenreiche Tätigkeit unserer Beteiligungsunternehmen! Ich wünsche Ihnen eine spannende und unterhaltsame Lektüre.

Uwe Becker
Stadtkämmerer

Allgemeine Hinweise

Der nunmehr **sechzehnte Beteiligungsbericht in Folge** enthält im **ersten Abschnitt (Allgemeiner Teil)** der gedruckten Version wie bisher übergeordnete Informationen z. B. zu den gesetzlichen Grundlagen, dem allgemeinen Umsetzungsstand des Public Corporate Governance Kodex und der Organisation des Beteiligungsmanagements. Hier finden sich - basierend auf den geprüften Jahresabschlüssen 2014 - zusammenfassende Zahlenübersichten zu den städtischen Beteiligungen sowie Aussagen zu den wesentlichen Veränderungen im Beteiligungsbestand. Zur Erhöhung der Transparenz wird bei der Darstellung der Beteiligungszahl auf die Definition der Hessischen Gemeindeordnung (mindestens 20 Prozent) abgestellt. Die Gesamtzahl wird nachrichtlich genannt. Die wenigen Einzeldarstellungen zu direkten Beteiligungen unter 20 Prozent, die bisher im gedruckten Teil abgebildet wurden, sind nunmehr in der digitalen Anlage zusammen mit den übrigen Beteiligungen zu finden.

Der **zweite Abschnitt** der gedruckten Version enthält die **Einzeldarstellungen** zu den **wesentlichen Beteiligungen,** d. h. zu allen direkten Beteiligungen ab 20 % sowie zu ausgewählten indirekten Beteiligungen:

- Die Eckdatentabelle listet grundlegende Daten wie Anschrift, Gründung, Unternehmensgegenstand und Organmitglieder auf. In der Tabelle werden die Daten zum Stand 31.12.2014 (bzw. bei den beiden Gesellschaften mit abweichendem Geschäftsjahr zum jeweiligen Bilanzstichtag) abgebildet, lediglich bei Firma, Anschrift und Telefonnummern sind die zum Zeitpunkt des **Redaktionsschlusses (30.06.2015)** aktuellen Daten aufgeführt. Unterjährige Veränderungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats sind in einem gesonderten Tabellenteil aufgelistet. Beiräte werden aufgeführt, soweit es sich um satzungsgemäß begründete Organe von Beteiligungen ab 20 % handelt (Pflichtangabe gemäß HGO). Soweit Gesellschaften ihrerseits Beteiligungen halten, werden diese in der Tabelle aufgelistet, auch hier sind (wie bisher und analog zur HGB-Regelung) nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen ab 20 % dargestellt.
- Danach folgen Ausführungen über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014 bzw. 2013/2014 (mit Bezug auf die Tabelle mit den Jahresabschlussdaten) sowie ein kurzer Ausblick. Auch der Verweis auf die Leistungsdaten unter der Rubrik „Erfüllung öffentlicher Zweck und Beziehungen zum Haushalt“ nimmt Bezug auf diese Zahlentabellen. Sofern die Mitglieder der Geschäftsführung der Veröffentlichung ihrer Vergütung im Beteiligungsbericht zugestimmt haben, wird die Gesamtvergütung aufgeführt (Gehälter, geldwerter Vorteil aus Dienstwagennutzung, Sozialversicherungsbeiträge, zusätzliche Altersversorgung u. ä.).
- Die Zahlentabelle mit den Jahresabschlussdaten und sonstigen Kennzahlen greift auf die softwaregestützte Datenbank des Beteiligungsmanagement zurück. Da die Angaben in Tausend-Euro erfolgen, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.
- Soweit einzelne Jahresabschlüsse zum Redaktionsschluss noch nicht testiert waren, sind diese als Entwurfsfassung gekennzeichnet.
- Wie jedes Jahr gilt: in Einzelfällen können sich Abweichungen vom Beteiligungsbericht des Vorjahres ergeben (ohne Ergebnisänderung), denn zum Zweck der Vergleichbarkeit wird im Falle von Änderungen die Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung des Vorjahres an die veränderte Struktur des Geschäftsjahres angepasst. Die Änderung der Vorjahreswerte erfolgt jedoch nur, soweit sie auch im testierten aktuellen Jahresabschluss als Vergleichszahlen des Vorjahres ausgewiesen sind.

Der Beteiligungsbericht 2014 wurde wie in den Vorjahren ergänzt um den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“, der im **dritten Abschnitt** widergegeben ist.

In der **digitalen Anlage** in der **Einstecklasche** auf der letzten Seite werden seit der Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 16.12.2011 zusätzlich die **weiteren mittelbaren Beteiligungen** mit einem durchgerechneten Anteil über 20 Prozent, seit diesem Jahr außerdem die direkten Beteiligungen unter 20 % dargestellt. Die digitale Anlage enthält auch eine **grafische Darstellung** des **Gesamtportfolios**.

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeiner Teil

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main 9
2. Gesetzliche Grundlagen 10
   2.1 Europäisches Beihilferecht 12
   2.2 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex 13
3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2014 14
4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe 18
5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals 32

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung 33

1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH 35
1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG 38
1.3 Dom Römer GmbH 42
1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH 45
1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region 48
1.6 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH 52
1.7 Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 55
1.8 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung 58
1.9 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH 62
1.10 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 65
   1.10.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH 69
1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern 72
   1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH 81
   1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH 86
1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH 90
1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main 93
1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH 96

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung 99

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern 101
2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) 107
2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH 111
2.4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 114
2.5 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern 118
   2.5.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH 124
   2.5.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH 127
   2.5.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern 130
   2.5.4 Mainova AG 138

	2.5.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	146
	2.5.6 In-der-City-Bus GmbH	151
	2.5.7 Main Mobil Frankfurt GmbH	154
2.6	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	157
3. Wohnungsbau		**161**
3.1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	163
	3.1.1 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	169
	3.1.2 Hellerhof GmbH	173
	3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	176
	3.1.4 WOHNHEIM GmbH	179
3.2	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	184
4. Kultur		**189**
4.1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	191
4.2	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	194
4.3	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	198
4.4	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	201
4.5	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	205
	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.3)	179
4.6	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	208
4.7	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	211
4.8	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	214
5. Freizeit und Bildung		**217**
	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.5.2)	127
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	219
5.2	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	222
5.3	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	225
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	229
6. Gesundheit und Soziales		**233**
6.1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	235
6.2	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	239
	6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH	243
6.3	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	246
6.4	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	249
III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse		**253**

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	263
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Buch oder digitale Anlage	268
Alphabetisches Verzeichnis der im gebundenen Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe	283
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	285
Gesetzestexte, Internetfundstellen	288

V. Digitale Anlagen (CD-ROM)

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %
2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen
3. Graphische Gesamtübersicht der Beteiligungen
4. Digitale Wiedergabe des Teils I. bis IV. des Beteiligungsberichts 2014

I. Allgemeiner Teil

I. Allgemeiner Teil

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main 9
2. Gesetzliche Grundlagen 10
   - 2.1 Europäisches Beihilferecht 12
   - 2.2 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex 13
3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2014 14
4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe 18
5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals 32

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main

Das Beteiligungsmanagement (20.3) mit seinen 16 Beschäftigten (14 Vollzeitäquivalente), wirkt als zentrale Serviceeinheit mit bei der Aufgabe, die Beteiligungsunternehmen zu steuern und zu überwachen. Hierbei sind sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften zu beachten. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements werden die der Stadt Frankfurt am Main als Gesellschafterin obliegenden Funktionen ebenso wahrgenommen wie die Betreuung der städtischen Aufsichtsratsmitglieder. Das Beteiligungsmanagement arbeitet insbesondere bei der Gründung, Umwandlung, Auflösung und Umstrukturierung von Gesellschaften mit. Daneben ist das Beteiligungsmanagement zuständig für die Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts der Stadt Frankfurt am Main, der auf dem Stadtverordnetenbeschluss vom 22.10.1998 sowie auf den Vorgaben der im Jahr 2005 geänderten Hessischen Gemeindeordnung (§ 123a HGO) basiert.

Der Anspruch an die Steuerung und Transparenz der Unternehmensführung bei den städtischen Beteiligungsunternehmen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, eine Entwicklung, die sich in jüngster Zeit noch verstärkt hat. Eine Reihe von Bilanzskandalen und nicht zuletzt die Finanzkrise waren Auslöser mehrerer Gesetzesänderungen, die jeweils eine Verbesserung von Steuerung und Transparenz sowie eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung zum Ziel hatten. Diesen in den letzten Jahren stetig gestiegenen quantitativen und qualitativen Anforderungen an das Beteiligungsmanagement kann das Beteiligungsmanagement nur mit Hilfe einer modernen datenbankorientierten Software gerecht werden, die seit 2006 im Einsatz ist und alle Informationen zum Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main aus einer Quelle bietet.

Optimierung des Beteiligungscontrollings

Diese Spezialsoftware für das Beteiligungsmanagement (AMI) ermöglicht den Gesellschaften und Eigenbetrieben eine webbasierte Eingabe der Quartalszahlen direkt in die Datenbank des Beteiligungsmanagements. Zur Unterstützung der Analyse entwickelte das Beteiligungsmanagement für die Gesellschaften und Eigenbetriebe sogenannte „Dashboards“. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung wesentlicher Finanz-, Personal- sowie Leistungskennzahlen über mehrere Jahre, die visuell aufbereitet dem jeweiligen Adressaten einen schnellen Überblick über die Geschäftsentwicklung ermöglicht. Die „Dashboard“-Dateien werden in erster Linie aus den auf der Datenbank angesammelten Unternehmensdaten gespeist. Es können Zeitreihen über 10 Jahre (Basis 2003) grafisch dargestellt werden. Mit Hilfe dieses Analysetools haben die Beschäftigten des Beteiligungsmanagements die Geschäftsentwicklung der Gesellschaften über einen großen Zeitraum stets im Blick.

Vor dem Hintergrund zunehmend knapperer Haushaltsmittel ist absehbar, dass dem Instrument der mittelfristigen Finanzplanung künftig eine deutlich gewichtigere Frühwarn- und Steuerungsfunktion beizumessen ist. In diesem Sinne entwickelte das Beteiligungsmanagement ein systemgestütztes Analysetool für die in AMI erfassten Mittelfristplanungen der Gesellschaften und Eigenbetriebe. Mit dem Analysetool können auf 5 Jahre die prognostizierten Werte der verschiedenen GuV- und Cash-Flow-Positionen sowie die Investitionsplanungen grafisch ausgewertet, miteinander verglichen und in den jährlich stattfindenden Wirtschaftsplangesprächen die zukünftige Entwicklung der Gesellschaften im Sinne einer strategischen Steuerung des Portfolios zielführender hinterfragt werden.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen.

Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach erforderlich ist, dass 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Soweit Tätigkeiten vor dem 01.04.2004 ausgeübt wurden, sind diese ohne die in Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

Neben den oben genannten drei Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs.1 Nr. 3 HGO). Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO).

§ 123 HGO installiert außerdem die Unterrichtungs- und Prüfungsrechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG). Für die städtischen Mehrheitsbeteiligungen und die Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 25 % beteiligt ist und bei denen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, ist im Rahmen der Abschlussprüfung insbesondere auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen. In den Satzungen ist zu verankern, dass Revisionsamt und Landesrechnungshof die Rechte nach § 54 HGrG zustehen, d.h. dass sie sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck auch den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen können.

Mit den am 16.12.2012 und am 29.07.2014 in Kraft getretenen Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung sind Vorschriften der HGO hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinde geändert worden. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Änderungen bzw. Ergänzungen:

Wirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet erneuerbarer Energien (§ 121 Abs. 1a HGO)

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien wurde gegenüber der Subsidiaritätsklausel (nach § 121 Abs. 1 HGO) zuletzt mit dem am 16.12.2011 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung und anderer Gesetze gelockert.

Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1a ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

Diese Öffnung der Subsidiaritätsklausel durch § 121 Abs.1a HGO wird nun in Satz 1 ergänzt um den Vertrieb von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausan-

schluss. Die Maßgabe der Beteiligung Dritter sowie die Begrenzung der Beteiligung der Gemeinden auf einen Anteil von maximal 50 Prozent ist entfallen. Ausgenommen von Abs. 1a sind wie bei der allgemeinen Subsidiaritätsklausel in Abs. 1 Nr. 3 Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 bereits ausgeübt worden sind. Zudem wurde in § 121 Abs. 2 S.1 Nr.2 HGO die Breitbandversorgung als nicht wirtschaftliche Tätigkeit normiert.

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen

Es wird klargestellt, dass einige der Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden ausdrücklich für unmittelbare und für mittelbare Beteiligungen zur Anwendung kommen: So gelten die Voraussetzungen zur Gründung oder Beteiligung an Unternehmen in § 122 Abs. 1 bis 3 HGO entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (§ 122 Abs. 5 HGO).

In den jährlichen Beteiligungsbericht sind nach § 123 a HGO Informationen über unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von mindestens 20 Prozent aufzunehmen. Entsprechend dieser erweiterten Vorgabe enthält der Beteiligungsbericht 2014 wie die drei Vorgängerberichte eine digitale Anlage, in der über die im gedruckten Teil enthaltenen Unternehmen alle weiteren (insbesondere mittelbaren) Beteiligungen ab 20 Prozent dargestellt werden.

Gemäß § 124 Abs. 2 HGO gilt die Schranke für Veräußerungsgeschäfte von Mehrheitsbeteiligungen nunmehr auch für mittelbare Beteiligungen. Demnach sind unabhängig von der Stufe der Mehrheitsbeteiligung Veräußerungs- oder ähnliche Geschäfte nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

Vorsitz des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin in den Gesellschaftsorganen (§ 125 Abs. 2 HGO)

Nach § 125 Abs. 2 HGO führt der Oberbürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands in den Gesellschaftsorganen der städtischen Eigengesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen den Vorsitz. Der neu eingefügte Satz 3 stellt klar, dass die Regelung nicht gilt, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Regelungen entgegenstehen (z. B. Wahl des/der Vorsitzenden nach § 107 AktG).

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 126a HGO)

Den hessischen Gemeinden ist es seit der Änderung der HGO auch erlaubt, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder Regie- oder Eigenbetriebe in eine solche umzuwandeln. § 126 a HGO enthält Regelungen zur Ausgestaltung, Organisation und Wirtschaftsführung sowie zu Befugnissen. Die Stadt Frankfurt am Main hat von dieser Möglichkeit bislang keinen Gebrauch gemacht.

2.1 Europäisches Beihilferecht

Die Bedeutung des europäischen Beihilfenrechts nimmt auch für die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main ständig zu. Dabei ist die Stadt Frankfurt am Main mit den Anforderungen aufgrund der europa- und beihilferechtlichen Regelungen und deren Umsetzung in nationales Recht bereits seit geraumer Zeit konfrontiert.

Beihilfeverbot (Art. 107 Absatz 1 AEUV)

Eine verbotene Beihilfe nach Artikel 107 Absatz 1 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU, einer der Kernregelungen des sog. Lissabon-Vertrags; Amtsblatt der EU Nr. C 115 v. 09.05.2008) ist jeder gewährte wirtschaftliche Vorteil ohne angemessene Gegenleistung, den das (Beteiligungs-) Unternehmen unter marktüblichen Bedingungen nicht erhalten hätte. Als klassisches Beispiel für verbotene Beihilfen sind direkte Zuwendungen (z.B. Betriebsmittelzuschuss, Bürgschaft), aber auch indirekte Zuwendungen (wie z.B. Personalüberlassung zu marktunüblichen Konditionen, Grundstücksveräußerungen unter Wert) zu nennen.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Gemäß Artikel 106 Abs. 2 AEUV gilt auch für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, also mit der klassischen Daseinsvorsorge, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen betraut sind - und oftmals strukturell defizitär arbeiten - das Beihilfeverbot. Allerdings hält das EU-Beihilferecht hier Erleichterungen bereit z. B. mit dem Freistellungsbeschluss, dem Kern des sog. Almunia-Pakets (Mitteilung der EU-Kommission 2012/C 8/02). Danach können tatbestandsmäßige Beihilfen mittels eines Betrauungsaktes legitimiert werden. Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle. Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Umsetzung durch die Stadt Frankfurt am Main

Wegen der erheblichen Risiken, die mit beihilfewidrigen Mittelgewährungen verbunden sind, wurde bereits in 2011 eine Prüfung (sog. Beihilfe-Check) durchgeführt. Neben einer Bestandsaufnahme des Beteiligungsportfolios umfasste die Prüfung auch, welche Verbesserungen am Rechtsrahmen von betroffenen städtischen Beteiligungsunternehmen vorgenommen werden können, damit diesen auch in Zukunft ein finanzieller Ausgleich für die Wahrnehmung ihrer wichtigen Aufgaben für die Stadt Frankfurt am Main gewährt werden kann. In Umsetzung des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission wurden in 2012 bis 2014 diverse städtische Beteiligungsunternehmen durch den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main (formal bestätigend) betraut und die Betrauung mittels gesellschaftsrechtlicher Weisung rechtsverbindlich für das betroffene Beteiligungsunternehmen normiert (sog. gesellschaftsrechtliche Lösung).

Ausblick 2015

Um dieses wichtige Rechtsgebiet – auch und insbesondere im Beteiligungsmanagement – praktisch greifbar zu machen, hat das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt a. M. (20.3) das von den kommunalen Spitzenverbänden und gemeinsam mit dem Land Hessen und KPMG erstellte Handbuch ‚Europäisches Beihilferecht für Kommunen und kommunale Unternehmen‘ fachlich begleitet und darauf geachtet, dass es optimal auf die kommunale Praxis ausgerichtet ist. In Kapitel 6 wird das prozesshaft angelegte Vorgehen zur Aufarbeitung der Beihilfethematik von dem sog. Beihilfecheck über den Betrauungsakt bis zur laufenden Umsetzungskontrolle (sog. Überkompensationskontrolle) dargestellt.

Weitere Informationen sowie das Handbuch ‚EU-Beihilferecht für Kommunen und kommunale Unternehmen‘ finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de

2.2 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex

Mit der „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (PCGK) verpflichtet sich die Stadt Frankfurt am Main (auf der Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses vom 25.03.2010), eine gute, verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle bei ihren Beteiligungsunternehmen zu sichern. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat die Stadt daher im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen, insbesondere die öffentlichen Belange, d. h. die Daseinsvorsorge, angemessen berücksichtigt werden. Gemäß Abschnitt A 3.4 des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ist im Beteiligungsbericht jährlich zusammenfassend über die Einhaltung des Kodex zu berichten.

In den städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden im Berichtsjahr bereits zum fünften Mal in Folge die im PCGK (Abschnitt B 1.4) neu eingeführten jährlichen Wirtschaftsplangespräche durchgeführt. Grundlage der Gespräche war der Entwurf des Wirtschaftsplans mit ausführlichen Erläuterungen zu den Planungsgrundlagen (gem. Abschnitt B 1.3 PCGK). Im Wirtschaftsplangespräch werden die Planungsprämissen mit zugrunde liegenden unternehmensspezifischen Annahmen von den zuständigen Mitarbeitern des Unternehmens erläutert. Besonderer Schwerpunkt waren die Finanz- und Investitionsplanung.

Da gemäß PCGK (vgl. Abschnitt B 2.2) der Abschlussprüfer über die Einhaltung des PCGK berichten und die Abschlussprüfungen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen von diversen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt werden, die zudem nach spätestens fünf Jahren jeweils wechseln müssen, wurde mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Prüfkatalog „Umsetzungsprüfung PCGK“ als Arbeitshilfe erstellt. Die Durchführung der PCGK-Prüfung wird von den Abschlussprüfern in den Wirtschaftsprüferberichten über die testierten Jahresabschlüsse dokumentiert und dem Aufsichtsrat jeweils im Rahmen seiner Bilanzsitzung vorgestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2014 keine gravierenden Verstöße bei der Einhaltung des Kodex festgestellt wurden.

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat erfolgte erstmals 2012 eine Evaluierung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit in den städtischen Mehrheitsgesellschafen (Abschnitt A 3.2.5 PCGK). Dazu wurde bereits in 2011 ein entsprechender Fragebogen entwickelt. Er orientiert sich überwiegend an den Vorgaben und Empfehlungen des PCGK und den relevanten gesetzlichen Vorschriften des GmbH-Gesetzes. Im Rahmen der Selbst-Evaluierung hatte jedes Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit, Themen für Fortbildungsveranstaltungen gegliedert nach Branchen-Know-How, wirtschaftlichen Fragestellungen, rechtlichen Anforderungen und Entwicklungen sowie Sonstigem vorzuschlagen. Schulungen werden in der Regel im Rahmen der regulären Gremiensitzungen absolviert.

Weitere Informationen sowie den Wortlaut des Public Corporate Governance Kodex finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de.

3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2014

Zur Erhöhung der Transparenz erfolgt im Beteiligungsbericht 2014 eine veränderte Aufgliederung des Beteiligungsportfolios.

Entsprechend der Vorgabe nach § 123 a HGO konzentriert sich der Beteiligungsbericht auf die Beteiligungen, an denen die Stadt Frankfurt am Main mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (analog § 271 HGB). Alle anderen 326 direkten und indirekten Beteiligungen unter 20 Prozent werden zusammengefasst in der Tabelle sowie im Gesamtstrukturbericht aufgeführt. Die Anzahl der darin enthaltenen direkten Beteiligungen unter 20 % beträgt hierbei unverändert 11 (Vj. 11) und enthält 7 Gesellschaften sowie 4 Genossenschaften. Diese elf Unternehmen werden auch weiterhin in Einzeldarstellungen erläutert, finden sich nun aber in der digitalen Anlage zum Beteiligungsbericht wieder. Der starke Anstieg bei den weiteren Beteiligungen unter 20 % im Vergleich zum Vorjahr ist nicht auf neue, sondern im Wesentlichen auf eine Nacherfassung des Konzernbereichs Thüga zurückzuführen.

Anzahl der Beteiligungen ab 20 %

Zur Ermittlung der Anzahl der Beteiligungen wird die Tatsache berücksichtigt, dass aufgrund der komplexen Struktur des städtischen Beteiligungsportfolios eine Reihe von Gesellschaften mehrere Mütter haben. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden daher Gesellschaften mit Mehrfachbeziehungen der obersten Ebene zugeordnet. So ist z. B. an der Wohnheim GmbH und der FAAG die Stadt Frankfurt am Main sowohl direkt mit geringen Anteilen als auch indirekt über die ABG mit höheren Anteilen beteiligt. Aufgrund der direkten Anteile der Stadt Frankfurt am Main werden diese Gesellschaften unter den direkten Minderheitsbeteiligungen ausgewiesen.

Zum 31.12.2014 war die Stadt Frankfurt am Main an 212 Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 Prozent beteiligt (Vj. 206). Im Jahr 2014 ergaben 10 Abgänge und 16 Zugänge (davon ein nachträglich erfasster Zugang und eine Anteilsveränderung auf >=20 %) die Veränderung von 6 gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen sind diese Gesellschaften aus der neu eingefügten Tabelle am Ende dieses Abschnitts namentlich ablesbar. Bei den Zu- und Abgängen ist jeweils eine direkte Beteiligung enthalten (neu: Frankfurt Hippodrom GmbH, darüber hinaus erfolgte in 2014 die Löschung der Lerchesberg GmbH i.L.).

Von den 212 Gesellschaften entfallen mit 42 Gesellschaften ca. 19,8 % auf die direkten Beteiligungen; hiervon sind 28 Gesellschaften direkte Mehrheitsbeteiligungen, d.h. Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main Anteile am Stammka-

Anzahl der Beteiligungen >= 20 %	2014 Anzahl	2014 in %	2013 Anzahl	2013 in %
Direkte Beteiligungen >= 20 %	42	19,8%	42	20,4%
Direkte Mehrheitsbeteiligungen*	28	13,2%	28	13,6%
Direkte Minderheitsbeteiligungen	14	6,6%	14	6,8%
Indirekte Beteiligungen >= 20 %	170	80,2%	164	79,6%
Beteiligungen 2. Grades	46	21,7%	45	21,8%
Beteiligungen 3. Grades	80	37,7%	83	40,3%
Beteiligungen 4. Grades	29	13,7%	29	14,1%
Beteiligungen ab 5. Grades	15	7,1%	7	3,4%
Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % nach § 123 a HGO	212	100,0%	206	100,0%
Andere Beteiligungen < 20 %	*326*		*186*	
*davon direkt***	*11*		*11*	
Beteiligungen gesamt	*538*		*392*	

* Anzahl inklusive 7 Eigenbetriebe, ** Anzahl inklusive 4 Genossenschaften

pital von über 50 % hält. Die Anzahl der direkten Mehrheitsbeteiligungen beinhaltet u. a. auch die 7 Eigenbetriebe.

Die Zahl der indirekten Beteiligungen ab 20 % beträgt 170 (Vj. 164). Die Anzahl der Beteiligungen 2. Grades (Enkelgesellschaften) beträgt 46 (Vj. 45); die Beteiligungen 3. Grades (Urenkelgesellschaften) summieren sich auf 80 (Vj. 83). Daneben bestehen 29 (Vj. 29) Beteiligungen 4. Grades und 15 (Vj. 7) Beteiligungen größer gleich 5. Grades.

Struktur nach Bereichen

Aufgrund der Konzernstrukturen besteht mehr als die Hälfte der Beteiligungen (118; Vj. 115) ab einem Anteil von 20 % in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, gefolgt von 47 (Vj. 45) Beteiligungen (22,2 %) im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von 28 (Vj. 27) Beteiligungen (13,2 %) im Wohnungsbau. Für die Bereiche Gesundheit und Soziales mit 8 (Vj. 8) Beteiligungen sowie Kultur und Freizeit mit 11 (Vj. 11) Beteiligungen ergeben sich Anteile von 3,8 % bzw. 5,2 %.

Highlights: Wesentliche Portfolioveränderungen in 2014

In der neu aufgenommenen Tabelle am Ende dieses Abschnitts sind alle Zu- und Abgänge der Beteiligungen ab 20 % aufgeführt. Nachfolgend werden zunächst die dort ausgewiesenen wesentlichen Zugänge, im Weiteren dann die Abgänge erläutert; die Tabelle verweist darüber hinaus auf die Fundstellen im Beteiligungsbericht, an denen hierzu noch jeweils weitere Informationen zu finden sind.

Portfolioveränderungen – Zugänge:

Die **ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG)** hat im Berichtsjahr 94 % der Kommanditanteile an der ABG BelVivo GmbH & Co. KG Frankfurt am Main (vormals Europaviertel Baufeld 4d GmbH & Co. KG, Essen) erworben. Die Gesellschaft verfügt über einen Bestand von 122 Wohnungen, eine Kindertagesstätte sowie vier Gewerbeobjekte und 135 Tiefgaragenplätze. Die ABG wickelt das komplette operative Geschäft für diese Gesellschaft ab. Die Gesellschaft wurde gegründet, um ein Grundstück zu erwerben und es mit Wohnungen zu bebauen. Es ist geplant, die Gesellschaft nach rund fünf Jahren auf die ABG zu verschmelzen.

Die nächsten in der Tabelle ausgewiesenen Zugänge betreffen die **Mainova AG**. In der Stadt Mörfelden-Walldorf liefen der Konzessionsvertrag für das Stromnetz und der Gaskonzessionsvertrag (bisher: Mainova AG) aus. Im Zuge der Neu-Vergabe hat sich die Stadt Mörfelden-Walldorf dazu entschlossen, die Vergabe für das Strom- und das Gasnetz in einem gemeinsamen Verfahren durchzuführen und zugleich die Gründung von Netzeigentumsgesellschaften (Kooperationsmodell mit Stadt und Gesellschaften) auszuschreiben. Aus diesem Grund wurden die Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG (Anteil der Mainova AG: 57,98 %) sowie die Komplementärin Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH (100 % Mainova AG) gegründet. Die Anteilsquoten sind noch nicht endgültig, sondern spiegeln den Stand Ende 2014 wider.

Bei den 2 ABO Wind WP GmbH & Co. KG handelt es sich um Projektgesellschaften für Windparks, die grundsätzlich weiter veräußert werden sollen und somit nicht im engeren Sinn eine Beteiligung im Sinne des § 271 Abs. 1 HGB darstellen.

Die **Messe Frankfurt GmbH** hat mit der Gründung der Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co Ltd., Guangzhou, ihre Präsenz in China weiter gestärkt. Die neue Tochtergesellschaft ist ein Joint Venture zwischen der Messe Frankfurt (HK) Ltd., Tochtergesellschaft der Messe Frankfurt Exhibition GmbH in Hong Kong, und des chinesischen Branchenverbands Guangdong Toy Association (GDTA). Mit 55 % hält die Messe Frankfurt (HK) Ltd. die Mehrheit an dem Gemeinschaftsunternehmen. Die Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co Ltd. organisiert mit der Toy & Hobby China und der Baby & Stroller China zwei etablierte Messeveranstaltungen an ihrem Firmensitz Guangzhou.

Im Berichtsjahr hat darüber hinaus die Tochtergesellschaft **Messe Frankfurt Exhibition GmbH** mit 56 % die Mehrheit an dem südafrikanischen Messeveranstalter South African Show Services (SASS) mit Sitz in Johannesburg erworben. Die neue Ge-

sellschaft heißt South African Shows Messe Frankfurt (Pty) Ltd., Johannesburg. Zum Portfolio der SASS gehören unter anderem die Messen Johannesburg International Motor Show, Rand Show, AMID Motorcycle Expo, Johannesburg Boat Show und SA Outdoor Lifestyle Show. Mit zum Portfolio der neuen Tochtergesellschaft gehört auch die Automechanika Johannesburg, die seit 2009 von SASS in Lizenz durchgeführt wird.

Mit Beschluss vom 16.10.2014 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main der Übertragung aller Gesellschaftsanteile der **Frankfurter Hippodrom GmbH** auf die Stadt Frankfurt am Main und der Aufhebung des Mietvertrags über das Rennbahngelände in Frankfurt am Main zugestimmt. Das Stammkapital der Gesellschaft beläuft sich auf 2 Mio. €. Der Kauf- und Abtretungsvertrag inklusive der Vereinbarung zur Aufhebung des Mietvertrags wurden vor dem Hintergrund der Neuordnung des Areals zur Sicherung der uneingeschränkten Verfügbarkeit über das Gelände geschlossen. Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt nicht, die Frankfurter Hippodrom GmbH operativ fortzuführen. Die Zustimmung zur Übernahme der Anteile war daher gleichzeitig mit dem Auftrag verbunden, die Vorbereitungen für eine Auflösung der Frankfurter Hippodrom GmbH aufzunehmen und die Liquidation schnellstmöglich umzusetzen.

Die **Fraport AG** hat ihr externes Geschäft durch die Akquise von 100 % der Anteile an der **AMU Holdings Inc.**, USA ausgebaut. Die von der AMU Holdings Inc. gehaltenen Beteiligungen betreiben und entwickeln mit ihren insgesamt 17 Mitarbeitern kommerzielle Terminal-Flächen an den amerikanischen Flughäfen in Pittsburgh, Boston, Baltimore und Cleveland und sollen den Zugang zum US-amerikanischen Markt eröffnen sowie das Retail-Geschäft stärken. Die Gesellschaften der AMU Holdings Inc. sind in der Tabelle aufgeführten Zugänge enthalten.

Portfolioveränderungen – Abgänge:

Die **Mainova AG** hat ihr Portfolio u. a. aus Kostengründen bereinigt. So hat sie die auf 6 Beteiligungen verteilten Photovoltaikanlagen in Eggebek auf eine Gesellschaft verschmolzen (Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG). In der am Ende dieses Abschnitts abgebildeten tabellarischen Übersicht sind die Mainova PV_Park 2, 4, 5, 6 und 7 GmbH & Co. KG´s daher als Abgänge verzeichnet. Darüber hinaus wurden Vorratsgesellschaften ohne operatives Geschäft für Offshore-Windprojekte aufgelöst: die Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG, die Mainova Wind-Beteiligungs GmbH & Co KG und die Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG sind ebenfalls in der Tabellenspalte Abgänge aufgeführt..

Innerhalb des FES-Konzerns ist es zu Umstrukturierungen gekommen. Mit Verschmelzungsvertrag vom 01.07.2014 wurde die **TRAPP GmbH** (TRAPP) rückwirkend zum 01.01.2014 zu Buchwerten auf die FES GmbH verschmolzen. Das Geschäft der TRAPP wurde zum Großteil auf die FES übertragen. Die Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister der FES erfolgte am 25.07.2014. Die Gesellschaft ist in der Tabelle unter Abgängen aufgeführt.

Die Gesellschafterversammlung der **tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH**, eine Tochtergesellschaft der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, hat in ihrer Sitzung am 21.07.2014 die Liquidation der Gesellschaft zum 30.09.2014 beschlossen. Die Gesellschaft befindet sich seit dem 01.10.2014 in Liquidation und führt den Namen tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L..

Bei der **Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH i. L.** (Lerchesberg), seit 2008 in der Liquidation, erfolgte in 2014 die Löschung der Firma im Handelsregister, so dass die Gesellschaft nun ebenfalls unter den Abgängen ausgewiesen wird.

Sonstige Portfolioveränderungen:

Nachdem sich die ICB in der Ausschreibung des Linienbündels B Anfang des Jahres 2014 nicht durchsetzen konnte, wurden die Busaktivitäten im **Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH)** neu ausgerichtet. Im Zuge dieser Neuausrichtung wurden zur Kapitalstärkung der In-der-City-Bus GmbH (ICB) von der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft mbH (VGF) sämtliche dort für den Linienverkehr und für die Fahrschulausbildung vorhandenen 172 Busse in die ICB eingelegt.

Dadurch ist das gezeichnete Kapital von 0,7 Mio. € auf 10,6 Mio. € gestiegen. In einem zweiten Schritt wurden die von der VGF gehaltenen Gesellschaftsanteile an der ICB zum 01.09.2014 auf die SWFH übertragen. Um den Werkstattbetrieb unter Führung der ICB aufrecht erhalten zu können, wird die Werkstatt im Rahmen eines Pachtvertrages von der ICB übernommen, die dort von der VGF beschäftigten Mitarbeiter werden seither im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung von der ICB eingesetzt.

Zugänge Beteiligungen mit >= 20 % Anteilsbeteiligung in 2014	Beitrag auf CD Nr.	Abgänge
ABG BelVivo GmbH & Co. KG	9.1	Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	7.28	Mainova Wind-Beteiligungs GmbH & Co. KG
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	7.27	Mainova PV_Park 2 GmbH & Co. KG
ABO Wind WP Frankfurt1 GmbH & Co. KG (nur Projektgesellschaft)	keine Angaben	Mainova PV_Park 4 GmbH & Co. KG
ABO Wind WP Weilrod GmbH & Co. KG (nur Projektgesellschaft)	keine Angaben	Mainova PV_Park 5 GmbH & Co. KG
South African Shows Messe Frankfurt Proprietary Limited	2.1.12	Mainova PV_Park 6 GmbH & Co. KG
Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	2.1.3.2.2	Mainova PV_Park 7 GmbH & Co. KG
AMU Holdings Inc.	6.6	TRAPP GmbH
Airmall Inc.	6.6.1	Lerchesberg Grundstücks-Gesellschaft mbH i. L.
Airmall Maryland Inc.	6.6.1.3	Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG
Airmall Boston Inc.	6.6.1.1	
Airmall Pittsburgh Inc.	6.6.1.4	
Airmall Cleveland Inc.	6.6.1.2	
Airmall USA Inc.	6.6.1.5	
Frankfurter Hippodrom GmbH	Buch I.3	
Fraport Passenger Services GmbH*	6.11	

** Kapitalanteilsveränderungen von unter 20 % auf >=20 %*

Portfolioveränderungen: Ausblick

In unmittelbarer Nähe zur Frankfurter Innenstadt entsteht derzeit auf dem Gelände des ehemaligen Hauptgüterbahnhofes und Rangierfeldes unter dem Begriff „Europaviertel“ ein neuer Stadtteil. Die Erschließung des Europaviertels soll künftig durch die über die Station „Hauptbahnhof“ verlängerte U-Bahnlinie U 5 erfolgen. Die geplante Stadtbahntrasse hat eine Gesamtlänge von ca. 2.600 m. Die **Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)** realisiert das Projekt als Vorhabenträgerin und soll es zukünftig auch im eigenen Namen und auf eigene Rechnung durchführen („Projektneuorganisation"). Aufgrund des zur Durchführung der Gesamtmaßnahme „Stadtbahn Europaviertel“ erforderlichen Finanzvolumens und der Komplexität der Maßnahme - auch im Hinblick auf die beteiligten städtischen Ämter, Betriebe und Gesellschaften - soll flankierend zur Wahrnehmung der Gesamtverantwortlichkeit durch die VGF eine **Projektgesellschaft** eingerichtet werden. Durch die Gründung der Projektgesellschaft sollen die organisatorischen Voraussetzungen für eine sachgerechte und effiziente Abwicklung des Bauvorhabens geschaffen werden. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.07.2015 (§ 6158, M 87 vom 22.05.2015) wurde grundsätzlich über die Einrichtung einer Projektgesellschaft entschieden. Die Projektgesellschaft wurde am 24.06.2015 zunächst von der VGF als Tochterunternehmen gegründet. Seitens der Stadt wird allerdings die Beteiligung an dieser Gesellschaft aus Gründen der Interessenwahrnehmung für den lokalen öffentlichen Personennahverkehr und im Hinblick auf die Steuerung von Umsetzungsschritten (z.B. Erschließung, Verkehrskonzeption und -steuerung, Baustelleneinrichtung und Genehmigungsverfahren) als zielführend erachtet. Der Anteilserwerb in Höhe von 49 % durch die Stadt Frankfurt am Main ist nach den notwendigen städtischen Gremienbeschlüssen für den Herbst 2015 vorgesehen.

4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe

Die nachfolgenden Darstellungen geben einen kurzen Einblick in die Ertrags- sowie die Vermögens- und Finanzlage der wesentlichen (bemessen an Anteil, Bilanz- und GuV-Werten) städtischen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Von 28 direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main werden 23, darunter 6 Eigenbetriebe und 17 Gesellschaften, mit ihren Kennzahlen in den folgenden Tabellen 1 bis 4 und 9 berücksichtigt. Der Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main – Höchst sowie die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH, die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH sowie die Frankfurter Hippodrom GmbH finden aufgrund des Wesentlichkeitsprinzips keine Berücksichtigung.

Neben den direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben werden noch 12 mittelbare Mehrheitsgesellschaften in die Betrachtungen mit aufgenommen.

Um die gesamte Breite des Betätigungsfelds der in städtischem Besitz stehenden Gesellschaften möglichst adäquat darstellen zu können, wurden bei der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Wohnungsbau), der Messe Frankfurt GmbH (Wirtschaft), der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (Entsorgung) und der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (Verkehr, Versorgung) zusätzlich zu den Abschlüssen der Gesellschaften die jeweiligen Konzernabschlüsse abgebildet.

Für die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (Kultur) enthalten die Übersichten die Abschlussdaten des abweichenden Geschäftsjahres vom 01.09.2013 bis zum 31.08.2014 (Vorjahr 01.09.2012 bis zum 31.08.2013). Für die übrigen aufgeführten Beteiligungen gilt Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr.

Die Bilanzkennzahlen stellen Stichtagswerte zum 31.12. bzw. 31.08. (Städtische Bühnen) dar, während sich die Kennzahlen der GuV auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres beziehen.

Eine Erläuterung zur Berechnung der Kennzahlen finden Sie am Ende des Beteiligungsberichts.

Erläuterungen zu Tabelle 1

(Gesamtleistung und Jahresergebnis)

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1.1-1.3 geben einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtleistung und der Jahresergebnisse der einzelnen Gesellschaften zusammengefasst nach Unternehmensbereichen. Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main erbringen unterschiedlichste Leistungen auf vielen verschiedenen Gebieten. So resultiert die Leistung der Gesellschaften des Kulturbereichs unter anderem aus verkauften Eintrittskarten und die des Krankenhauses überwiegend aus Erstattungen der Krankenkassen, während die Wohnungsunternehmen ihre Gesamtleistung zu einem großen Teil aus Mieteinnahmen erzielen.

Die Zahlen der Unternehmen im Kultur- und Sozialbereich zeigen, dass die monetäre Bewertung der Leistungen oft in keiner angemessenen Relation zu den tatsächlich anfallenden Kosten stehen. Dem gegenüber steht jedoch der tatsächliche gesellschaftliche Nutzen der betreffenden Betriebe für die Stadt Frankfurt am Main und der Region. Gleiches gilt für die im Wirtschaftssektor angesiedelten Unternehmen zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie für den öffentlichen Nahverkehr. Wenn für einige Gesellschaften die Kennzahl Gesamtleistung nicht ausgewiesen wird (z. B. die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH), so hat dies ausschließlich bilanztechnische und handelsrechtliche Gründe. Die Leistung dieser Gesellschaften zeigt sich i.d.R. in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Einige der in der Tabelle 1 aufgeführten Gesellschaften schließen das Geschäftsjahr scheinbar „erfolglos“ ab, was in einer Null als Jahresergebnis zum Ausdruck kommt. Diese Gesellschaften, mit Ausnahme der Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH, haben im Jahr 2014 ebenso wie in den Vorjahren Jahresüberschüsse (Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Messe Frankfurt Venue GmbH, AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH Frankfurter Aufbau AG; Mainova AG) oder Jahresfehlbeträge (Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH; Bäderbetriebe Frankfurt GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH) erwirtschaftet, die im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen an die jeweilige Muttergesellschaft überwiesen oder von dieser durch Verlustübernahme ausgeglichen wurden. Bei der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH, der Mainova AG, der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und der Bäderbetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich um Gesellschaften, die unter dem Dach der Stadtwerke Holding einen steuerlichen Querverbund bilden.

Die Alte Oper und die Städtischen Bühnen zeigen bei annähernd gleichen monetären Leistungsvolumen sehr unterschiedliche Jahresergebnisse. Dies hat seine Ursache in dem sehr personalintensiven Betrieb der Städtischen Bühnen, während die Alte Oper über kein eigenes Ensemble verfügt. Der größte Verlustbringer der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Kita Frankfurt mit einem Jahresfehlbetrag von -106 Mio. € (Vj. -105 Mio. €). Der Eigenbetrieb ist damit auch der größte Zuschussempfänger der Stadt Frankfurt am Main. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis 10 bzw. 12 Jahren in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund des sehr personalintensiven Betriebs sind die Personalaufwendungen von 104 Mio. € (Vj. 99 Mio. €) der größte Kostenfaktor.

An zweiter Stelle ist die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH mit einem Jahresfehlbetrag von -66 Mio. € (Vj. -65 Mio. €) zu nennen.

Zu den größten Gewinnbringern zählen die Mainova AG, als einzige hier dargestellte Aktiengesellschaft, mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rd. 90 Mio. € (Vj. rd. 95 Mio. €) und die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit einem Jahresüberschuss von 64 Mio. € (Vj. 57 Mio. €).

	Gesamtleistung (in T€)		*Veränderung*	Jahresergebnis (in T€)		*Veränderung*
	2014	**2013**	*(in %)*	**2014**	**2013**	*(in %)*
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	-8.227	8.518	*-196,59*	-3.303	579	*-670,18*
Dom Römer	15.249	22.434	*-32,03*	-5.600	-7.916	*-29,25*
Hafen (EB)	4.561	4.634	*-1,57*	1.453	692	*109,88*
HFM	19.940	19.198	*3,86*	2.961	2.673	*10,77*
Markt (EB)	837	901	*-7,07*	89	248	*-64,02*
Messe Frankfurt	48.048	46.247	*3,89*	25.315	28.061	*-9,78*
Messe Frankfurt Exhibition	244.032	221.883	*9,98*	0	0	-
Messe Frankfurt Venue	173.777	202.661	*-14,25*	0	0	-
TCF	5.162	4.720	*9,37*	-2.273	-2.612	*-12,98*
WIFÖ	4.546	4.393	*3,49*	-4.973	-5.023	*-1,00*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**507.925**	**535.588**	***-5,16***	**13.669**	**16.703**	***-18,17***
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	26.798	36.129	*-25,83*	0	0	-
BäderBetriebe	10.058	10.586	*-4,99*	0	0	-
FES	212.055	199.826	*6,12*	23.395	25.806	*-9,34*
Mainova	2.128.472	2.296.606	*-7,32*	0	0	-
Stadtentwässerung (EB)	111.221	110.602	*0,56*	2.112	-7.327	*-128,83*
SWFH	0	0	-	3.102	8.851	*-64,95*
traffiQ	0	0	-	-8.887	-7.738	*14,85*
VGF	179.889	180.685	*-0,44*	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	**2.668.493**	**2.834.433**	***-5,85***	**19.722**	**19.592**	***0,67***
Wohnungsbau						
ABG	202.734	203.242	*-0,25*	64.341	57.245	*12,40*
FAAG	91.797	86.417	*6,22*	0	0	-
Hellerhof	41.514	40.926	*1,44*	7.194	7.299	*-1,44*
MIBAU	12.382	11.953	*3,58*	1.085	213	*410,33*
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	8.174	8.209	*-0,44*	0	0	-
WOHNHEIM	97.956	97.172	*0,81*	-111	2.324	*-104,79*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**454.556**	**447.920**	***1,48***	**72.508**	**67.081**	***8,09***
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	9.651	9.204	*4,86*	-6.408	-7.096	*-9,69*
Kita (EB)	34.936	32.320	*8,09*	-105.544	-104.547	*0,95*
Mousonturm	478	378	*26,29*	-4.008	-3.612	*10,96*
SBF	10.933	11.469	*-4,67*	-65.993	-64.618	*2,13*
Schirn Kunsthalle	2.568	1.657	*55,02*	-5.508	-5.386	*2,27*
Sportpark Stadion	8.913	8.339	*6,88*	-128	-632	*-79,71*
VHS (EB)	7.280	6.826	*6,64*	-8.137	-7.839	*3,80*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**74.758**	**70.193**	***6,50***	**-195.726**	**-193.730**	***1,03***
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	7.192	6.279	*14,54*	-12.993	-13.236	*-1,84*
Klinikum FH	170.875	166.865	*2,40*	-4.252	-8.969	*-52,60*
Medizinisches Versorgungszentrum	847	1.230	*-31,12*	-27	460	*-105,77*
ZEG	0	0	-	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	**178.914**	**174.374**	***2,60***	**-17.271**	**-21.745**	***-20,58***
Summe dargestellter Beteiligungen	**3.884.647**	**4.062.509**	***-4,38***	**-107.098**	**-112.100**	***-4,46***

Tabelle 1: Gesamtleistung / Jahresergebnis

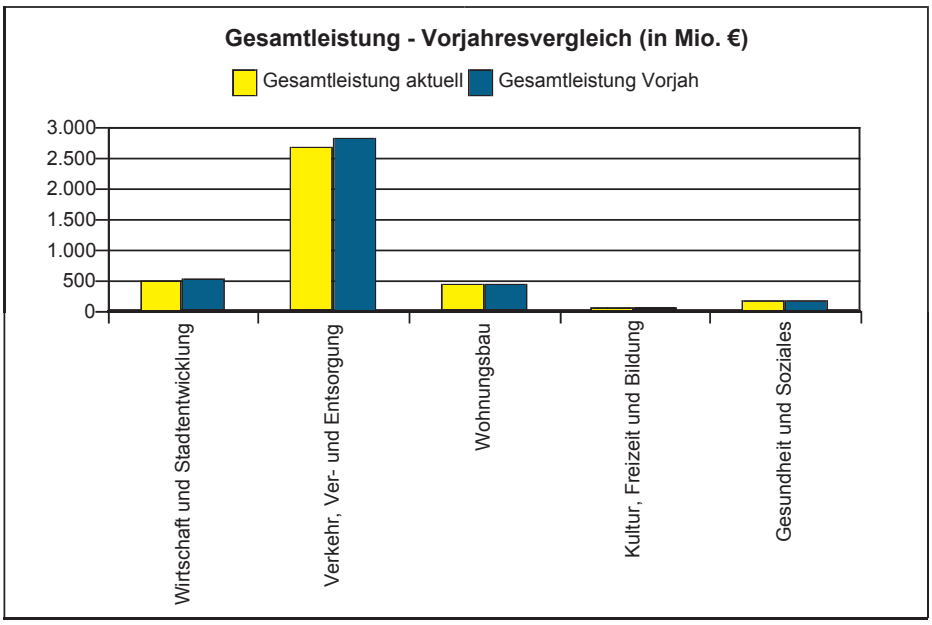

Abb. 1.1

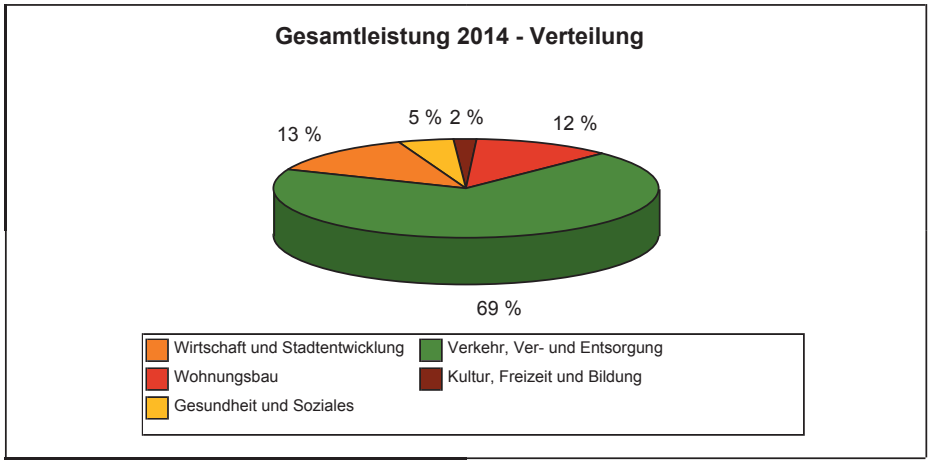

Abb. 1.2

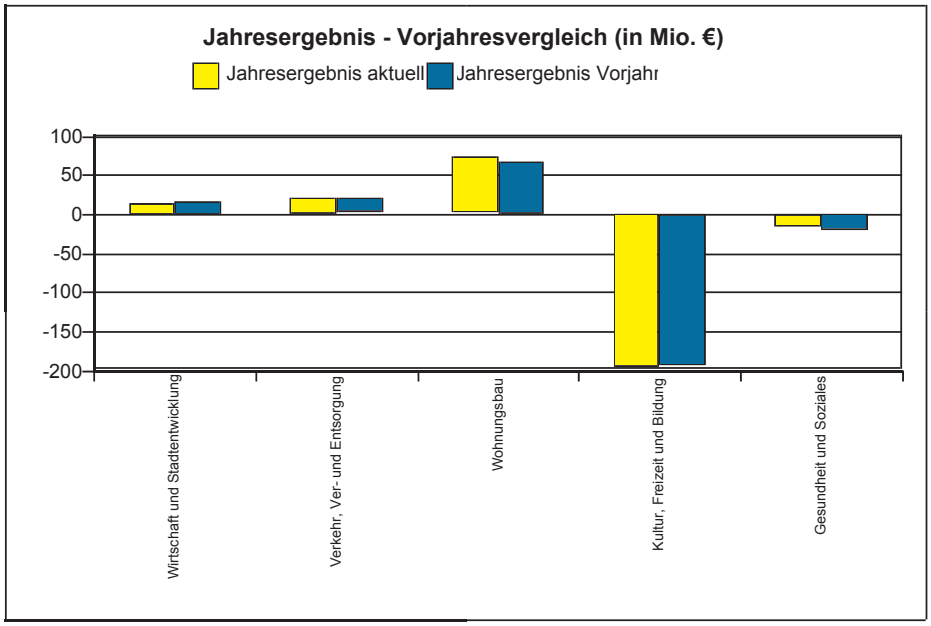

Abb. 1.3

Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3
(Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital,
Zahl der Mitarbeiter)

Die Tabellen 2 und 3 sowie die Abbildungen 2.1-2.3 und 3 fassen Daten zu Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital und Mitarbeiterzahl der Beteiligungen zusammen, teilweise ergänzt durch die Bildung von Kennzahlen: Eigenkapitalquote, Anlagenintensität und Produktivität. Zur Bewertung der Eigenkapitalquote der Gesellschaften wird häufig auf einen in anderen Wirtschaftsbereichen als ausreichend angesehenen Wert (z. B. mehr als 30 % der Bilanzsumme) verwiesen. Dabei ist jedoch einerseits zu beachten, dass diese Vergleichswerte sehr von der jeweiligen Branche geprägt sind und dass andererseits viele Unternehmen der öffentlichen Hand aufgrund ihres Gesellschaftszweckes durch Zuschüsse finanziert werden und sich somit nicht über den Kapitalmarkt refinanzieren müssen. Die größte Eigenkapitalquote mit über 80 % besitzen die Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb).

Bei einigen Gesellschaften (Dom Römer GmbH sowie Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH) weist die Bilanz ein Eigenkapital von Null auf, das sich infolge wiederholter Verluste eigentlich als negativer Betrag errechnet und nur durch die Position „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgeglichen wird. Mittelfristig ist ein Ausgleich beim Eigenkapital angestrebt. Den größten Wert beim Eigenkapital weist die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit 604 Mio. € (Vj. 545 Mio. €) aus. Die ABG liegt zusammen mit der Mainova AG auch beim Anlagevermögen mit jeweils rd. 1 Mrd. € an erster Stelle. Beide haben somit auch eine Bilanzsumme von über 1 Mrd. €. Die größte Anlagenintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) mit über 90 % errechnet sich bei folgenden Unternehmen: Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG, Messe Frankfurt Venue GmbH, AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb), Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, WOHNHEIM GmbH, Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH sowie Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH.

Die Summe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen in 2014 der in diesem Kapitel dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe liegt bei 14.558 Davon haben die Mainova AG, die Kita Frankfurt (Eigenbetrieb) sowie die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH mit durchschnittlich über 2.000 Mitarbeitern den höchsten Personalbestand. Mit durchschnittlich über 1.000 Mitarbeitern folgen die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH und die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH.

	Anlagevermögen (in T€)		*Veränderung*	Eigenkapital (in T€)		*Veränderung*
	2014	**2013**	*(in %)*	**2014**	**2013**	*(in %)*
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	123.493	121.828	*1,37*	91.463	92.347	*-0,96*
Dom Römer	105	103	*1,68*	0	0	-
Hafen (EB)	24.500	19.747	*24,07*	24.637	23.876	*3,19*
HFM	2.482	2.639	*-5,94*	6.186	5.898	*4,88*
Markt (EB)	25.471	28.569	*-10,85*	10.247	10.406	*-1,53*
Messe Frankfurt	334.663	334.825	*-0,05*	366.523	354.208	*3,48*
Messe Frankfurt Exhibition	86.861	83.211	*4,39*	46.637	46.637	*0,00*
Messe Frankfurt Venue	543.594	561.158	*-3,13*	362.862	362.862	*0,00*
TCF	240	230	*4,34*	991	724	*36,92*
WIFÖ	227	307	*-26,11*	3.061	3.022	*1,31*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**1.141.636**	**1.152.618**	***-0,95***	**912.608**	**899.980**	***1,40***
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	83.538	100.226	*-16,65*	403	403	*0,00*
BäderBetriebe	68.887	72.053	*-4,39*	37.710	37.710	*0,00*
FES	62.037	55.476	*11,83*	46.588	48.708	*-4,35*
Mainova	1.027.603	1.031.473	*-0,38*	356.679	356.679	*0,00*
Stadtentwässerung (EB)	640.833	642.107	*-0,20*	150.028	150.026	*0,00*
SWFH	803.664	796.456	*0,90*	327.914	324.812	*0,96*
traffiQ	425	474	*-10,35*	239	1.388	*-82,79*
VGF	623.717	573.018	*8,85*	38.017	38.017	*0,00*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**3.310.705**	**3.271.284**	***1,21***	**957.577**	**957.742**	***-0,02***
Wohnungsbau						
ABG	1.007.427	904.356	*11,40*	603.907	544.913	*10,83*
FAAG	305.279	308.245	*-0,96*	70.545	70.545	*0,00*
Hellerhof	129.044	130.805	*-1,35*	61.202	54.008	*13,32*
MIBAU	25.084	26.366	*-4,86*	27.129	26.044	*4,17*
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	45	18	*145,06*	25	25	*0,00*
WOHNHEIM	428.657	426.272	*0,56*	106.609	106.720	*-0,10*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**1.895.536**	**1.796.063**	***5,54***	**869.417**	**802.256**	***8,37***
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	3.424	2.710	*26,36*	3.221	2.128	*51,31*
Kita (EB)	127.751	109.480	*16,69*	56.828	52.928	*7,37*
Mousonturm	226	261	*-13,20*	0	0	-
SBF	30.452	31.729	*-4,02*	15.623	16.599	*-5,88*
Schirn Kunsthalle	82	97	*-15,66*	844	959	*-11,92*
Sportpark Stadion	154.115	159.846	*-3,58*	64.209	62.657	*2,48*
VHS (EB)	1.085	982	*10,53*	811	856	*-5,34*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**317.137**	**305.104**	***3,94***	**141.536**	**136.126**	***3,97***
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	2.017	1.999	*0,94*	628	892	*-29,66*
Klinikum FH	14.301	15.911	*-10,12*	6.245	2.028	*207,99*
Medizinisches Versorgungszentrum	243	306	*-20,61*	182	208	*-12,75*
ZEG	14.788	8.427	*75,48*	25	25	*0,00*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**31.349**	**26.643**	***17,66***	**7.079**	**3.153**	***124,52***
Summe dargestellter Beteiligungen	**6.696.362**	**6.551.712**	***2,21***	**2.888.218**	**2.799.257**	***3,18***

Tabelle 2: Anlagevermögen / Eigenkapital

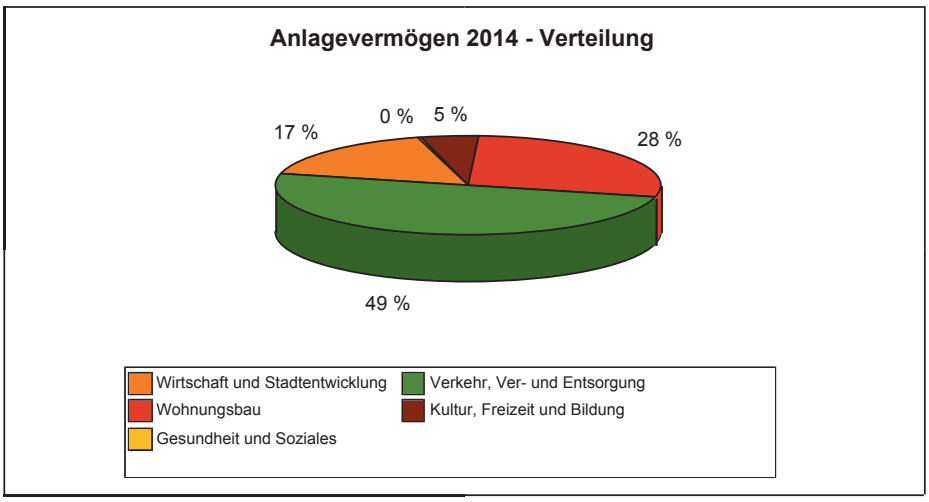

Abb. 2.1

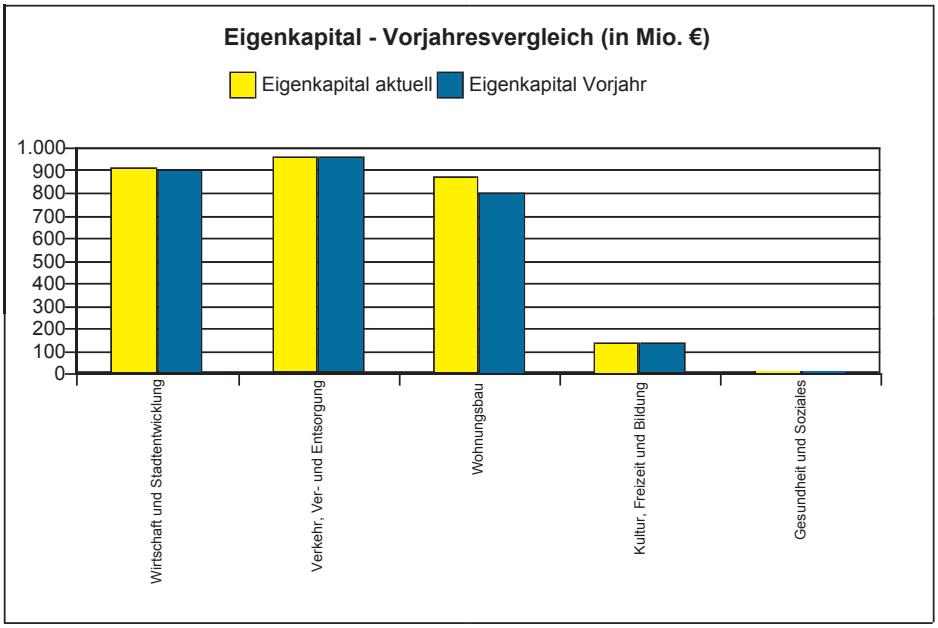

Abb. 2.2

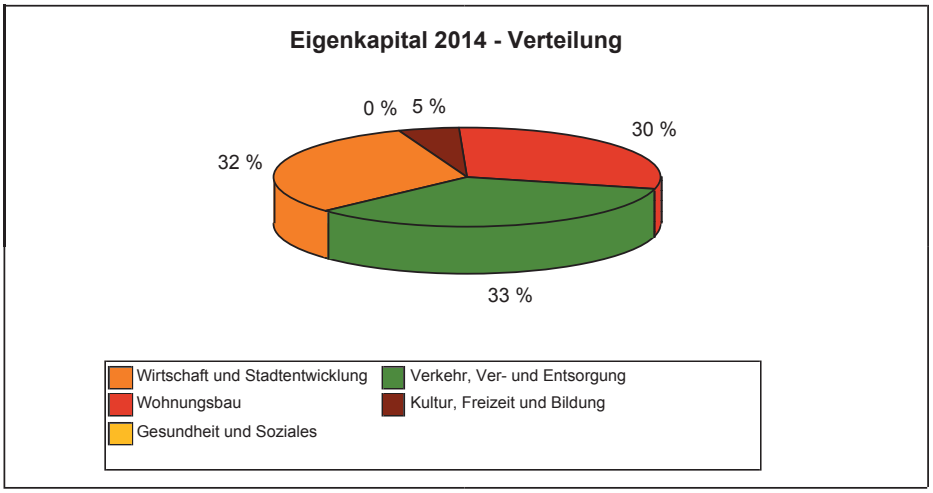

Abb. 2.3

	Bilanzsumme 2014 (in T€)	*Eigenkapital-quote (in %)*	*Anlagen-intensität (in %)*	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (2014)	Produktivität (in T€)
Wirtschaft und Stadtentwicklung					
BKRZ KG	130.805	*69,92*	*94,41*	13	-633
Dom Römer	65.910	*0,00*	*0,16*	5	3.050
Hafen (EB)	30.262	*81,41*	*80,96*	39	117
HFM	10.092	*61,30*	*24,60*	48	415
Markt (EB)	34.300	*29,88*	*74,26*	9	93
Messe Frankfurt	495.887	*73,91*	*67,49*	261	184
Messe Frankfurt Exhibition	190.164	*24,52*	*45,68*	311	785
Messe Frankfurt Venue	560.856	*64,70*	*96,92*	231	752
TCF	2.542	*39,00*	*9,44*	63	82
WIFÖ	5.113	*59,88*	*4,44*	42	108
Gesamt (nicht konsolidiert)	**1.525.929**	***59,81***	***74,82***	**1.022**	**497**
Verkehr, Ver- und Entsorgung					
AVA	85.549	*0,47*	*97,65*	0	-
BäderBetriebe	70.511	*53,48*	*97,70*	185	54
FES	97.801	*47,64*	*63,43*	1.210	175
Mainova	1.344.703	*26,52*	*76,42*	2.638	807
Stadtentwässerung (EB)	671.813	*22,33*	*95,39*	399	279
SWFH	843.220	*38,89*	*95,31*	96	0
traffiQ	25.643	*0,93*	*1,66*	76	0
VGF	750.511	*5,07*	*83,11*	1.874	96
Gesamt (nicht konsolidiert)	**3.889.751**	***24,62***	***85,11***	**6.478**	**412**
Wohnungsbau					
ABG	1.238.007	*48,78*	*81,37*	264	768
FAAG	362.907	*19,44*	*84,12*	125	734
Hellerhof	164.263	*37,26*	*78,56*	0	-
MIBAU	39.046	*69,48*	*64,24*	0	-
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	3.735	*0,67*	*1,21*	124	66
WOHNHEIM	473.587	*22,51*	*90,51*	124	790
Gesamt (nicht konsolidiert)	**2.281.546**	***38,11***	***83,08***	**637**	**714**
Kultur, Freizeit und Bildung					
Alte Oper	8.598	*37,46*	*39,83*	32	302
Kita (EB)	147.222	*38,60*	*86,77*	2.734	13
Mousonturm	1.018	*0,00*	*22,21*	27	18
SBF	53.582	*29,16*	*56,83*	1.086	10
Schirn Kunsthalle	3.653	*23,11*	*2,25*	37	69
Sportpark Stadion	159.910	*40,15*	*96,38*	19	469
VHS (EB)	13.600	*5,96*	*7,98*	134	54
Gesamt (nicht konsolidiert)	**387.582**	***36,52***	***81,82***	**4.069**	**18**
Gesundheit und Soziales					
KKJF (EB)	9.825	*6,39*	*20,53*	277	26
Klinikum FH	65.142	*9,59*	*21,95*	2.054	83
Medizinisches Versorgungszentrum	689	*26,38*	*35,26*	18	47
ZEG	16.166	*0,15*	*91,48*	3	0
Gesamt (nicht konsolidiert)	**91.822**	***7,71***	***34,14***	**2.352**	**76**
Summe dargestellter Beteiligungen	**8.176.631**	***35,32***	***81,90***	**14.558**	**267**

Tabelle 3: Bilanzsumme / Eigenkapitalquote / Anlagenintensität / Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt / Produktivität

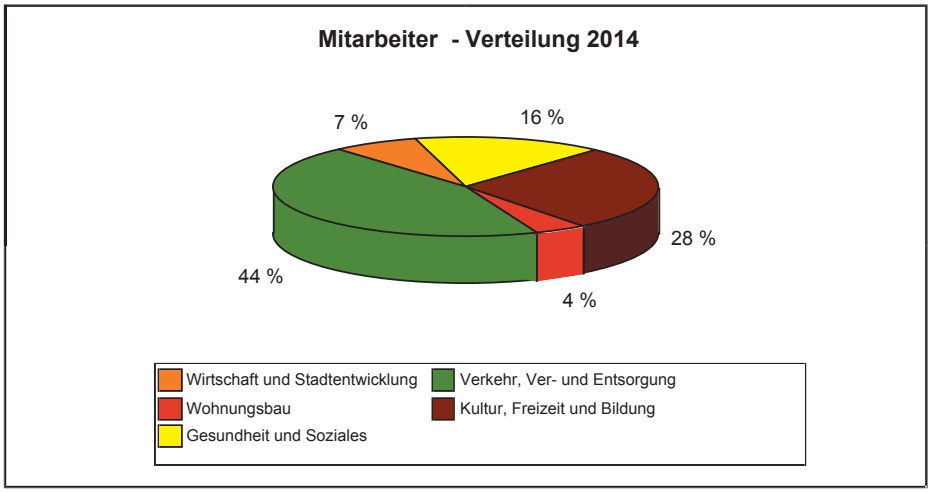

Abb.3

Erläuterungen zu Tabelle 4

(Verbindlichkeiten)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Schuldenstand der einzelnen Gesellschaften und den Anteil der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten. Die Abbildungen 4.1 und 4.2 stellen die Bankverbindlichkeiten dar. Beim Vergleich der Zahlen bestätigt sich die allgemeine Erfahrung, dass Bereiche mit einer hohen Anlagenintensität zur Finanzierung des Anlagevermögens verstärkt auf Fremdkapital zurückgreifen müssen.

Zusätzlich wird für jeden Unternehmensbereich die Summe aller Verbindlichkeiten (nicht konsolidiert) ausgewiesen.

	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)		*Veränderung*	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		*Veränderung*
	2014	**2013**	*(in %)*	**2014**	**2013**	*(in %)*
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	30.939	43.703	*-29,21*	27.411	32.503	*-15,66*
Dom Römer	54.750	46.231	*18,43*	29.982	22.547	*32,97*
Hafen (EB)	2.440	102	*2.303,64*	-	-	-
HFM	660	1.047	*-37,03*	-	-	-
Markt (EB)	18.365	20.215	*-9,15*	-	-	-
Messe Frankfurt	115.667	107.143	*7,96*	-	-	-
Messe Frankfurt Exhibition	120.562	97.654	*23,46*	-	-	-
Messe Frankfurt Venue	133.362	140.728	*-5,23*	67.769	77.407	*-12,45*
TCF	700	831	*-15,76*	-	-	-
WIFÖ	1.125	1.051	*7,06*	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	**478.569**	**458.706**	***4,33***	**125.162**	**132.457**	***-5,51***
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	85.007	148.693	*-42,83*	80.826	147.125	*-45,06*
BäderBetriebe	23.772	26.103	*-8,93*	-	-	-
FES	16.068	19.657	*-18,26*	0	2	*-100,00*
Mainova	533.199	620.225	*-14,03*	154.311	178.176	*-13,39*
Stadtentwässerung (EB)	360.794	369.840	*-2,45*	325.718	315.939	*3,10*
SWFH	501.355	629.065	*-20,30*	241.506	198.392	*21,73*
traffiQ	24.323	20.552	*18,34*	-	-	-
VGF	608.407	618.400	*-1,62*	511.672	524.380	*-2,42*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**2.152.924**	**2.452.536**	***-12,22***	**1.314.034**	**1.364.015**	***-3,66***
Wohnungsbau						
ABG	579.462	492.152	*17,74*	269.327	211.547	*27,31*
FAAG	214.414	213.751	*0,31*	122.528	128.923	*-4,96*
Hellerhof	97.760	95.548	*2,32*	47.039	46.709	*0,71*
MIBAU	10.572	11.327	*-6,66*	4.587	5.024	*-8,70*
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	2.563	783	*227,32*	-	-	-
WOHNHEIM	362.272	355.049	*2,03*	213.569	203.843	*4,77*
Gesamt (nicht konsolidiert)	**1.267.042**	**1.168.610**	***8,42***	**657.051**	**596.045**	***10,23***
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	2.529	2.847	*-11,15*	-	-	-
Kita (EB)	15.062	16.831	*-10,51*	-	-	-
Mousonturm	825	694	*18,93*	0	0	-
SBF	19.338	19.880	*-2,73*	-	-	-
Schirn Kunsthalle	1.938	1.679	*15,42*	-	-	-
Sportpark Stadion	70.470	74.493	*-5,40*	69.021	72.970	*-5,41*
VHS (EB)	1.136	1.114	*2,04*	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	**111.299**	**117.538**	***-5,31***	**69.021**	**72.970**	***-5,41***
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.948	1.784	*9,16*	-	-	-
Klinikum FH	26.496	23.793	*11,36*	0	0	-
Medizinisches Versorgungszentrum	393	635	*-38,12*	-	-	-
ZEG	936	468	*100,16*	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	**29.774**	**26.681**	***11,59***	**0**	**0**	
Summe dargestellter Beteiligungen	**4.039.608**	**4.224.071**	***-4,37***	**2.165.267**	**2.165.487**	***-0,01***

Tabelle 4: Verbindlichkeiten gesamt / Verbindlichkeiten Kreditinstitute

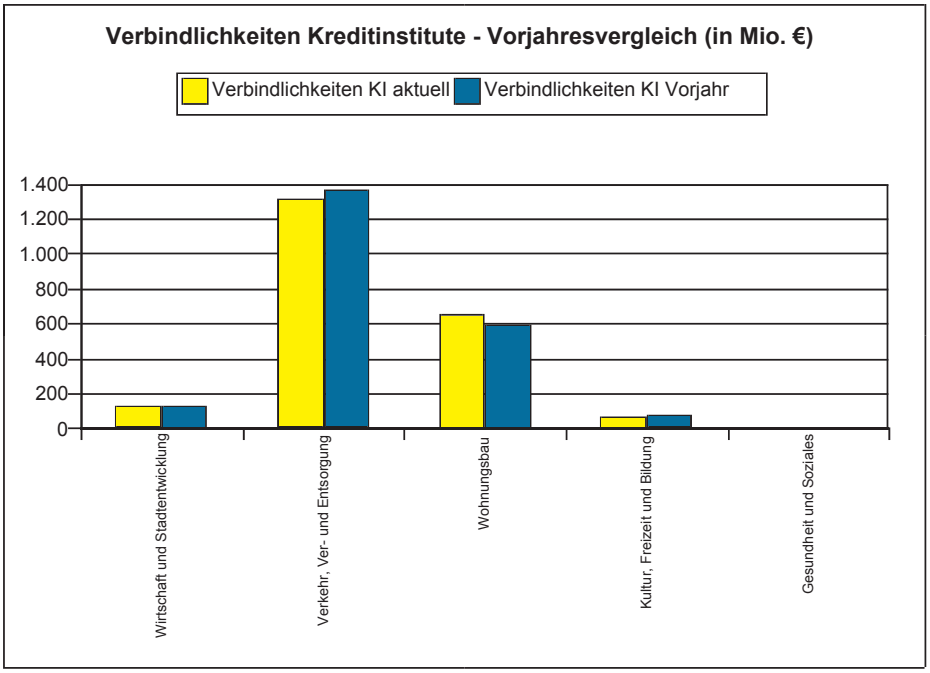
Verbindlichkeiten Kreditinstitute - Vorjahresvergleich (in Mio. €)
Verbindlichkeiten KI aktuell
Verbindlichkeiten KI Vorjahr
1.400
1.200
1.000
800
600
400
200
0
Wirtschaft und Stadtentwicklung
Verkehr, Ver- und Entsorgung
Wohnungsbau
Kultur, Freizeit und Bildung
Gesundheit und Soziales

Abb. 4.1

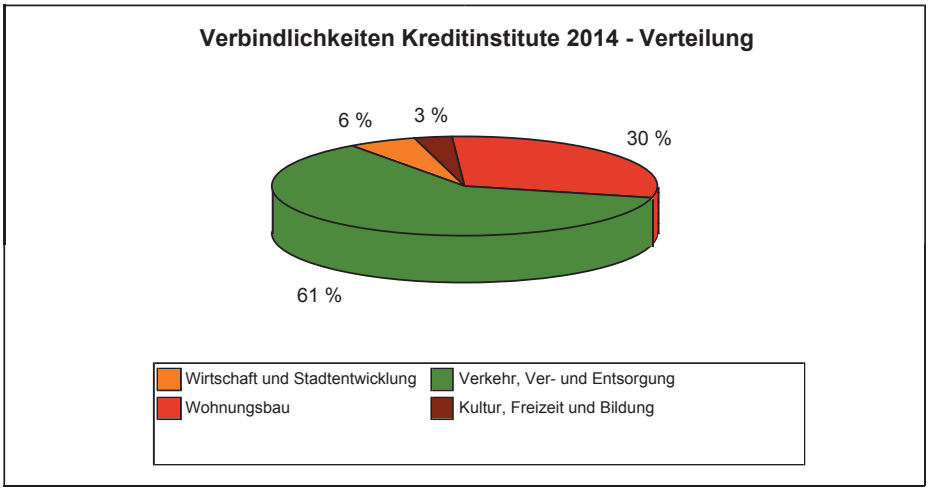
Verbindlichkeiten Kreditinstitute 2014 - Verteilung
6 %
3 %
30 %
61 %
Wirtschaft und Stadtentwicklung
Verkehr, Ver- und Entsorgung
Wohnungsbau
Kultur, Freizeit und Bildung

Abb. 4.2

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 8
(Ergebnisse der Konzerne)

Die Tabellen 5-8 zeigen die o. g. Kennzahlen auf der Ebene der 4 Konzerne. Bei den Werten der einzelnen Konzerne handelt es sich um konsolidierte Angaben der Muttergesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen. Die jeweiligen internen Finanzbeziehungen sind darin entsprechend der Einheitstheorie eliminiert. Im Unterschied dazu stellen die ebenfalls ausgewiesenen Summen in den Tabellen keine Konsolidierung dar.

Den Kern des städtischen Beteiligungsportfolios bilden die 4 Konzerne ABG, FES, Messe Frankfurt und SWFH, auf die knapp über 80 % des Vermögens und ca. 90 % der gesamten Leistung (bezogen auf die in den Tabellen 1 - 4 und 9 aufgeführten Gesellschaften und Eigenbetriebe) entfallen.

Auffallend ist, dass auch im öffentlichen Sektor Unternehmen mit großem Anlagevermögen (z. B. SWFH und ABG) hohe Verbindlichkeiten aufweisen.

Konzerne	Gesamtleistung (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*	Jahresergebnis (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*
ABG	461.369	453.530	*1,73*	68.088	64.870	*4,96*
FES	229.759	228.797	*0,42*	25.172	27.598	*-8,79*
Messe Frankfurt	553.378	545.929	*1,36*	30.222	31.180	*-3,07*
SWFH	2.262.682	2.453.744	*-7,79*	38.966	35.034	*11,23*
Summe dargestellter Beteiligungen	**3.507.188**	**3.681.999**	***-4,75***	**162.448**	**158.683**	***2,37***

Tabelle 5: Gesamtleistung / Jahresergebnis (bei ABG, Messe und SWFH nach Anteilen anderer Gesellschafter)

Konzerne	Anlagevermögen (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*	Eigenkapital (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*
ABG	1.803.274	1.693.727	*6,47*	769.976	706.867	*8,93*
FES	67.891	63.828	*6,37*	58.195	58.538	*-0,59*
Messe Frankfurt	599.747	601.546	*-0,30*	453.182	427.269	*6,06*
SWFH	3.112.111	3.076.612	*1,15*	876.274	836.629	*4,74*
Summe dargestellter Beteiligungen	**5.583.023**	**5.435.713**	***2,71***	**2.157.626**	**2.029.303**	***6,32***

Tabelle 6: Anlagevermögen / Eigenkapital

Konzerne	Verbindlichkeiten gesamt (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€) 2014	2013	*Veränderung (in %)*
ABG	1.209.582	1.115.278	*8,46*	704.744	645.561	*9,17*
FES	10.106	14.997	*-32,61*	0	3	*-100,00*
Messe Frankfurt	272.706	253.622	*7,52*	67.769	77.542	*-12,60*
SWFH	2.016.819	2.246.743	*-10,23*	1.518.034	1.617.413	*-6,14*
Summe dargestellter Beteiligungen	**3.509.213**	**3.630.640**	***-3,34***	**2.290.548**	**2.340.518**	***-2,14***

Tabelle 7: Verbindlichkeiten gesamt / Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Konzerne	Bilanzsumme 2014 (in T€)	*Eigenkapitalquote (in %)*	*Anlagenintensität (in %)*	Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (2014)	Produktivität (in T€)
ABG	2.078.927	*37,04*	*86,74*	797	579
FES	107.408	*54,18*	*63,21*	1.568	147
Messe Frankfurt	863.460	*52,48*	*69,46*	2.006	276
SWFH	3.509.871	*24,97*	*88,67*	5.390	420
Summe dargestellter Beteiligungen	**6.559.666**	***32,89***	***85,11***	**9.761**	**359**

Tabelle 8: Bilanzsumme / Eigenkapitalquote / Anlagenintensität / Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt / Produktivität

Erläuterungen zu Tabelle 9

Die Tabelle 9 zeigt die stichtagsbezogenen Werte für die Liquidität 1. und 2. Grades.

Um einen objektiven Maßstab für die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens zu erhalten, werden Kennzahlen zur Liquidität gebildet. Ziel ist, Schlussfolgerungen auf die zukünftige Zahlungsfähigkeit zu ziehen. Dazu werden im Wesentlichen verschiedene bilanzierte Vermögenswerte den bilanzierten kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt.

Bei einer Liquidität 1. Grades von mindestens 100 % können mit den am Stichtag verfügbaren flüssigen Mitteln alle kurzfristigen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Lieferungen und Leistungen ausgeglichen werden. Die Liquidität 2. Grades bezieht darüber hinaus die kurzfristig realisierbaren Forderungen ein und liegt deshalb i. d. R. über dem Wert 1. Grades. Die kursiv und grau gekennzeichneten Werte für einige Gesellschaften sind nur nachrichtlich aufgeführt, weil sie die tatsächliche Liquidität nicht ausreichend darstellen. Die so gekennzeichneten Gesellschaften nehmen am Cash-Pooling ihres Konzerns teil, bei dem die meisten liquiden Mittel zentral verwaltet werden.

Die Darstellung zeigt, dass bei fast allen Beteiligungen die „Liquiditätsregeln“ eingehalten werden. Bei Nichteinhaltung ist die Zahlungssicherheit durch alternative Modalitäten gewährleistet.

	Liquidität 1. Grades in %		Liquidität 2. Grades in %	
	2014	2013	2014	2013
Wirtschaft und Stadtentwicklung				
BKRZ KG	647,52	36,04	648,35	36,58
Dom Römer	719,68	9,00	719,68	9,00
Hafen (EB)	17.331,81	70.186,05	17.331,81	70.186,05
HFM	1.688,18	786,66	2.255,37	1.092,66
Markt (EB)	58.670,06	18.161,94	58.670,06	18.163,16
Messe Frankfurt	2.705,44	1.977,45	2.707,32	1.978,80
Messe Frankfurt Exhibition	*10,19*	*16,32*	*35,61*	*40,22*
Messe Frankfurt Venue	*0,08*	*0,63*	*60,38*	*176,63*
TCF	287,53	256,40	376,13	326,18
WIFÖ	1.633,49	2.194,53	1.780,09	2.437,46
Verkehr, Ver- und Entsorgung				
AVA	*3,32*	*5,03*	*68,51*	*1.110,26*
BäderBetriebe	*3,96*	*3,56*	*41,88*	*43,92*
FES	242,33	504,33	495,27	712,42
Mainova	*0,56*	*0,40*	*108,79*	*161,90*
Stadtentwässerung (EB)	3,20	4,20	93,83	89,53
SWFH	158,80	19.601,01	176,96	19.604,71
traffiQ	39,97	88,86	123,19	179,12
VGF	*4,59*	*4,70*	*31,63*	*31,24*
Wohnungsbau				
ABG	169,59	31,37	177,84	45,47
FAAG	*0,01*	*0,22*	*19,30*	*40,28*
Hellerhof	*0,00*	*0,07*	*9,39*	*10,55*
MIBAU	-	*0,07*	*23,16*	*14,23*
Saalbau Betriebsgesellschaft mbH	*0,03*	*2,26*	*330,77*	*106,23*
WOHNHEIM	*1,41*	*0,64*	*4,10*	*3,38*
Kultur, Freizeit und Bildung				
Alte Oper	495,64	359,86	546,24	414,64
Kita (EB)	529,38	449,69	551,63	462,01
Mousonturm	55,22	236,45	111,42	264,25
SBF	2.268,11	860,12	2.305,40	880,06
Schirn Kunsthalle	735,64	669,94	738,43	671,75
Sportpark Stadion	212,72	50,97	411,10	268,02
VHS (EB)	1.253,18	1.178,16	1.301,93	1.219,12
Gesundheit und Soziales				
KKJF (EB)	1.707,67	4.532,62	1.712,34	4.543,55
Klinikum FH	225,86	109,10	1.183,76	703,04
Medizinisches Versorgungszentrum	5.570,26	317,84	5.882,00	496,48
ZEG	132,10	311,95	147,18	337,24

Tabelle 9: Liquidität 1. und 2. Grades

5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals

Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit wird der Zinsfuß angesetzt, der sich aus dem Mittelwert der Kämmereischuldzinsen der letzten 10 Jahre ergibt. Dieser beträgt 3,847 % p.a. für die Jahre 2005 - 2014. Im Vorjahr betrug der Zinssatz für die letzten 10 Jahre 4,03 % p.a.

Die Aufstellung beruht auf der Methode der Opportunitätsanlagebetrachtung. Hier stellt sich die Frage, ob die Eigenkapitalbindung in dem betreffenden Unternehmen günstiger ist als eine Anlage am Kapitalmarkt.

Dabei ist zu beachten, dass rein erwerbswirtschaftliche Betätigungen, die ausschließlich darauf gerichtet sind, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern, nach einhelliger Meinung in Literatur und Rechtsprechung grundsätzlich nicht zulässig sind. Das Unternehmen muss unmittelbar durch seine Leistung, nicht nur durch seine Gewinne und Erträge, dem Wohl der Gemeindebürger dienen. Maßgeblich ist deshalb, dass ein wirtschaftliches Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird und ein Ertrag nur dann ausgeschüttet werden soll, wenn dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht gefährdet wird. Ausnahmsweise darf aber auch eine gewinnorientierte Tätigkeit bei einer rechtlich legitimierten Sachaufgabe wahrgenommen werden, insbesondere um sonst brachliegendes Wirtschaftspotenzial auszunutzen. Eine gewinnorientierte Betrachtung ist für eine Vielzahl der Unternehmen im städtischen Portfolio nicht angezeigt. Es handelt sich oftmals um Unternehmen - hierzu zählen auch die defizitären Eigenbetriebe -, die als reine Zuschussgesellschaften geführt werden. Ihr Geschäftszweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt, die Eigenkapitalausstattungen sind in der Regel stark beschränkt bzw. negativ. Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH entzieht sich ebenfalls der Betrachtung, da sie lediglich einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen zur Realisierung des steuerlichen Verbunds zwischen Verkehr, Bäderbetrieben und Energieversorgung darstellt. Insofern sollten nur die Gesellschaften der geforderten Betrachtung unterworfen werden, die neben der Erfüllung des öffentlichen Zwecks eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen. Unabhängig von der Möglichkeit oder Zulässigkeit einer Gewinnerzielung sind alle Gesellschaften beauftragt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wirtschaftlich einzusetzen.

Eigenkapitalverzinsung 2014	durchschnittliches Eigenkapital (in T€)	Jahresüberschuss* (in T€)	Eigenkapitalrendite (in %)
Markt	10.327	89	0,9%
FES (Konzern)	58.367	25.172	43,1%
HFM	6.042	2.961	49,0%
ABG (Konzern)	738.422	68.200	9,2%
Stadtentwässerung	150.027	2.112	1,4%
Messe (Konzern)	440.226	33.406	7,6%
Hafen	24.257	1.453	6,0%
KEG	7.059	362	5,1%
Gateway Gardens	209	4	1,9%
Rebstock Projektentwicklung	6.256	83	1,3%
Nassauische Heimstätte (Konzern)	451.283	36.058	8,0%
BKRZ GmbH	19	2	10,5%

*Bei den Konzernen ABG, Messe und Nassauische Heimstätte wird der Konzern-Jahresüberschuss inkl. der Anteile anderer Gesellschafter dargestellt.

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung **33**

1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH 35

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG 38

1.3 Dom Römer GmbH 42

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH 45

1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region 48

1.6 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH 52

1.7 Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 55

1.8 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung 58

1.9 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH 62

1.10 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 65

1.10.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH 69

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern 72

1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH 81

1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH 86

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH 90

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main 93

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH 96

1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Anschrift:	*Telefon/Fax:*	*E-Mail/Internet:*
Feuerwehrstraße 1	0 69/2 12-72 80 05	---
60435 Frankfurt am Main	0 69/2 12-72 80 09	---

Gründung:	*Unternehmensgegenstand:*
21.12.1999	Beteiligung an der Firma "Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungszentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG" in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin. Ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main.

Gesellschafter:	*Kapitalanteile:*
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführer:

Herr Prof. Reinhard Ries (Direktor der Branddirektion Frankfurt am Main)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) hat auch im Geschäftsjahr 2014 ihre Aufgabe der Geschäftsführung der Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) wahrgenommen. Für die Aufgabe der Geschäftsführung wird ein nebenamtlicher Geschäftsführer beschäftigt. Darüber hinaus werden keine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter beschäftigt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2014 gegenüber dem Vorjahr um 56 T € verringert und beträgt nun 63 T € (Vj. 119 T €). Die Vermögenslage wird auf der Aktivseite ausschließlich durch liquide Mittel bestimmt. Die Passivseite enthält neben dem Eigenkapital (20 T €) und den Rückstellungen (4 T €) für die Jahresabschluss- und Prüfkosten nur kurzfristige Verbindlichkeiten (39 T €). Die Eigenkapitalquote beträgt 31,23 % (Vj. 15,23 %).

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 2 T € (Vj. 1 T €) ab. Die Erträge setzen sich zusammen aus der Haftungsvergütung von 6 T € (25 % des Stammkapitals) und der Tätigkeitsvergütung von 4,9 T €, die beide von der BKRZ KG gezahlt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die extern durchgeführte Buchführung und die Erstellung des Jahresabschlusses 2014.

B. Ausblick

Auch im Jahr 2015 wird die BKRZ GmbH die Aufgaben der Geschäftsführung für die BKRZ KG wahrnehmen. Für die Jahre 2015 und 2016 wird wieder von einem ausgeglichenen Ergebnis in etwa auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres ausgegangen. Besondere Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung bestehen derzeit nicht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bezüge des Geschäftsführers betrugen im Geschäftsjahr 4,9 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 07.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 10.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 28.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücks-verwaltungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	**63**	**119**	**-56**	**-46,9**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	63	119	-56	-46,9
Bilanzsumme	**63**	**119**	**-56**	**-46,9**
PASSIVA				
Eigenkapital	**20**	**18**	**2**	**9,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-7	-8	1	-10,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2	1	1	105,8
Rückstellungen	**4**	**4**	**0**	**9,2**
Verbindlichkeiten	**39**	**97**	**-58**	**-59,4**
Bilanzsumme	**63**	**119**	**-56**	**-46,9**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	6	6	0	0,0
Gesamtleistung	**6**	**6**	0	0,0
sonstige betriebliche Erträge	5	5	0	0,0
Personalaufwand	-5	-5	0	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5	-5	1	-15,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**2**	**1**	1	105,8
Finanzergebnis	0	0	0	-
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2**	**1**	1	105,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2	1	1	105,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**2**	**1**	1	105,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG

Anschrift:	*Telefon/Fax:*	*E-Mail/Internet:*
Feuerwehrstraße 1	0 69/2 12-72 80 05	---
60435 Frankfurt am Main	0 69/2 12-72 80 09	---

Gründung:	*Unternehmensgegenstand:*
21.12.1999	Bau von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie deren Vermietung an die Stadt.

Gesellschafter:	*Kapitalanteile:*		
Stadt Frankfurt am Main	50.000 €	=	100,00 %
BKRZ Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (1 Stimmenanteil)	0 €	=	0,00 %
	50.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung (BKRZ GmbH):

Herr Prof. Reinhard Ries (Direktor der Branddirektion in Frankfurt am Main)

Aufsichtsrat:	*5 Mitglieder*
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank
	Herr StR Peter Mensinger
	Frau Stv Jessica Purkhardt
	Herr Stv Günther Quirin
	Frau Stv Anneliese Scheurich

Satzungsmäßige Besetzung:	*Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.*
5 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Geschäfte werden von der Komplementärin BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) geführt. Grundsätzlich werden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen durch die Gesellschaft an Drittfirmen vergeben. Die Finanzierung erfolgt durch die Inanspruchnahme von Zuschüssen des Landes Hessen, Mitteln aus den Konjunkturprogrammen, Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten, Einlagen der Stadt Frankfurt am Main sowie der Vermarktung von Grundstücken. Die Finanzierung der laufenden Instandhaltung und Betriebskosten erfolgt im Wesentlichen über die Vermietung an die Stadt Frankfurt am Main.

Der Verkauf des unter der Bilanzposition „zum Verkauf bestimmte Grundstücke“ ausgewiesenen Grundstücks Hanauer Landstr. 77-79 konnte im Geschäftsjahr 2014 umgesetzt werden. Die bereits im Jahr 2011 wegen angeblicher Altlasten zugeführten 100 T € bleiben als Rückstellung erhalten. Die Rückstellungen für potentielle Schadensersatzleistungen, unter anderem aus eventuell bestehenden Altlasten, betragen wie in den Vorjahren in 2014 200 T €.

Die Bereichsleitungswache (BLW) 2 wird in der Heinrichstraße / Frankenallee verbleiben, allerdings ist eine bauliche Erneuerung notwendig, die in den kommenden Jahren erfolgen soll.

Die Sanierungsmaßnahmen in den Neubauvorhaben der BLW 3 (Nied) und der Freiwilligen Feuerwehr Nied wegen Wassereinbrüchen aufgrund undichter Leitungen sind noch nicht abgeschlossen und dauern auch 2015 noch an. Die Wache war wegen der Reparatur- und Trocknungsmaßnahmen teilweise nicht benutzbar. Die Schadensfälle mit einer einhergehenden Nutzungseinschränkung des Objekts hat die Gesellschaft dem Generalunternehmer gegenüber angezeigt. Der Gesamtschaden und die Höhe der Sanierungskosten sind noch nicht beziffert.

Für das Projekt Bereichswachen (BW) 20 (Gateway Gardens) konnte im Mai 2014 mit der Neubaumaßnahme begonnen werden. Die Wache wurde im Mai 2015 in Betrieb genommen.

Für die BW 21 (Nordweststadt) läuft im Jahr 2015 der Mietvertrag aus. Das geplante Bauvorhaben kann auf dem von der Branddirektion vorgesehenen Grundstück realisiert werden. Bei diesem Gelände handelt es sich um die Verkehrsgrünfläche zwischen Rosa-Luxemburg-Straße und Erich-Ollenhauer-Ring, neben den „Römischen Töpferöfen". Wegen andauernder denkmalrechtlicher Voruntersuchungen wird mit einer Fertigstellung der Bereichswache in 2016 gerechnet. Die Baugenehmigung wurde im Dezember 2014 erteilt.

Die Wache BW 30 (Westerbachstraße) ist bereits im Jahr 2011 in Betrieb gegangen. Eine Notausfahrt auf die Zufahrtrampe der Autobahn wurde im Jahr 2012 hergestellt. Deren Inbetriebnahme verzögerte sich allerdings auch in diesem Berichtszeitraum und wird erst für 2015 erwartet.

Der 1. Bauabschnitt des Feuer- und Rettungstrainingscenters (FRTC), bestehend aus dem Schulungs- und Verwaltungsgebäude und weiteren Baumaßnahmen, wie z. B. Atemschutzübungsstrecke und Brandsimulationsanlage, wurden am 02.01.2013 in Betrieb genommen. Die Arbeiten für den zweiten Bauabschnitt (Realbrandhalle, Tunnelsimulationsanlage und Außenanlage) wurden im Berichtszeitraum planmäßig weitergeführt. Eine Inbetriebnahme erfolgte im Berichtszeitraum nicht, da Ausstattungsmängel bestehen und er seiner Zweckbestimmung nicht zugeführt werden konnte. Das Amt für Informations- und Kommunikationstechnik der Stadt Frankfurt hat Räumlichkeiten im FRTC zum Betrieb eines Rechenzentrums angemietet.

Zum Bilanzstichtag beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 13 Mitarbeiter (Vj. 13).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanz schließt mit einer Summe von 130,8 Mio. € ab und hat sich gegenüber dem Vorjahr (143,8 Mio. €) um 13 Mio. €. verringert. Mit der Verrechnung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen mit den Sachanlagen ergibt sich daraus eine Verkürzung von 12,7 Mio. €. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf den Verkauf des Grundstücks Hanauer Landstr. 77-79 sowie auf die Wertberichtigung der Forderung gegen die Stadt Frankfurt am Main aufgrund der Neubewertung von Mietforderungen zurückzuführen. Bei den Passiva nahm das Kommanditkapital trotz einer Kapitaleinlage der Stadt Frankfurt am Main von 2,5 Mio. € zur weiteren Finanzierung des 2. Bauabschnitts des FRTC um 0,9 Mio. € auf 91,5 Mio. € wegen des Jahresfehlbetrags ab, wohingegen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund von Tilgungen um 5 Mio. €, die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften um 7,6 Mio. € gesunken sind. Die Eigenkapitalquote stieg um 6,2 % auf 73,7 % (Vj. 67,5 %).

Zur Erfolgslage

Die Erlöse aus Mieteinnahmen inklusive der Einspeisevergütung von Photovoltaikanlagen betrugen 3,7 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €), die Erlöse aus der Erstattung der Nebenkosten 2,5 Mio. € (Vj. 3,3 Mio. €). Der Rückgang resultiert aus einer Wertberichtigung der Mietforderungen gegenüber der Branddirektion für die Jahre 2011 bis 2014. Die sonstigen Betrieblichen Erträge stiegen durch den Verkauf des Grundstücks Hanauer Landstraße 77-79 um 15,2 Mio. € auf 16,3 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €). Dem stand die Bestandsverringerung des eingebrachten Grundstücks von 14,5 Mio. € gegenüber. Der Materialaufwand stieg um 0,5 Mio. € auf 4 Mio. € (Vj. 3,5 Mio. €). Die Abschreibungen sanken leicht um 0,1 Mio. € auf 3,8 Mio. € und die übrigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aufgrund der Wertberichtigung von Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main um 1,9 Mio. € auf 2,1 Mio. € erhöht. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -3,3 Mio. € (Vj. +579 T €) ab.

B. Ausblick

Abgesehen von der Unsicherheit im Rahmen des Verkaufes des Grundstückes Hanauer Landstraße 77 – 79, die über die gebildete Rückstellung hinaus eher als gering eingeschätzt wird, bestehen aufgrund des Geschäfts der Gesellschaft keine besonderen Chancen oder Risiken der künftigen Entwicklung.

Für die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenem Jahresergebnis

gerechnet. Die Mietzahlungen der Jahre 2002 bis 2010 werden im Geschäftsjahr 2015 abgeglichen und können sich, wie auch im Geschäftsjahr 2014, negativ auf das Jahresergebnis auswirken

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2014 auf 6,5 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin BKRZ GmbH. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 07.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 10.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 28.05.2015 geführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**123.493**	**121.828**	**1.665**	**1,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	31	153	-122	-79,8
Sachanlagen	123.462	121.675	1.787	1,5
Umlaufvermögen	**7.311**	**21.931**	**-14.619**	**-66,7**
Vorräte	0	14.500	-14.500	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.076	7.166	-90	-1,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	236	265	-29	-11,1
Bilanzsumme	**130.805**	**143.759**	**-12.954**	**-9,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**91.463**	**92.347**	**-884**	**-1,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	50	50	0	0,0
Kapitalrücklage	98.419	96.000	2.419	2,5
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-3.703	-4.282	579	-13,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-3.303	579	-3.882	-670,2
Sonderposten	**6.643**	**6.900**	**-256**	**-3,7**
Rückstellungen	**826**	**554**	**272**	**49,1**
Verbindlichkeiten	**30.939**	**43.703**	**-12.764**	**-29,2**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.411	32.503	-5.091	-15,7
Rechnungsabgrenzungsposten	**933**	**255**	**678**	**265,8**
Bilanzsumme	**130.805**	**143.759**	**-12.954**	**-9,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	6.273	8.518	-2.245	-26,4
Bestandsänderung UE / FE	-14.500	0	-14.500	-
Gesamtleistung	**-8.227**	**8.518**	-16.745	-196,6
sonstige betriebliche Erträge	16.298	1.093	15.205	1.391,5
Materialaufwand	-4.004	-3.475	-529	15,2
Personalaufwand	-703	-649	-53	8,2
Abschreibungen	-3.837	-3.953	116	-2,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.133	-228	-1.906	837,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-2.606**	**1.306**	-3.912	-299,6
Finanzergebnis	-696	-726	30	-4,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-3.303**	**580**	-3.882	-669,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-0	-0	-0	17,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.303	579	-3.882	-670,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-3.303**	**579**	-3.882	-670,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	13	13	0	0,0

1.3 Dom Römer GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Liebfrauenberg 39 60313 Frankfurt am Main	0 69/6 53 00 07 40 0 69/6 53 00 07 44	info@domroemer.de www.domroemer.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
28.07.2009	Projektentwicklung und Baureifmachung, sowie die Bebauung und Vermarktung des Dom Römer Areals.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Michael F. Guntersdorf

Aufsichtsrat:	8 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr StK Uwe Becker
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr Stv Thomas Kirchner
	Herr Stv Michael zu Löwenstein
	Frau StRin Elke Sautner
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr Stv Wolfgang Siefert

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
mindestens 7 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr StR a. D. Edwin Schwarz (bis 24.11.2014)	Herr Stv Michael zu Löwenstein (seit 24.11.2014)

Beirat:	3 stimmberechtigte Mitglieder
	Herr Prof. Arno Lederer
	Herr Prof. Christoph Mäckler
	Herr Prof. Dr. Fritz Neumeyer

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Zwischen Dom, Schirn Kunsthalle und Römerberg entwickelt die Gesellschaft das neue Altstadtquartier. Auf einem rund 7.000 Quadratmeter großen Areal entstehen 35 Altstadthäuser (darunter 15 Rekonstruktionen) sowie das Stadthaus, das als Veranstaltungs- und Begegnungsort dienen soll. Das Areal wird von einem historischen Netz aus Gassen und Plätzen einschließlich des historischen Krönungswegs durchzogen werden.

Im Geschäftsjahr 2014 erhielt die Gesellschaft die Baugenehmigung für die oberirdische Bebauung. Das Projekt „Sanierung Tiefgarage“ konnte abgeschlossen und das Richtfest für das Stadthaus gefeiert werden. Im November wurde mit den Hochbauarbeiten an den Altstadthäusern begonnen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich aufgrund des Projektfortschritts weiter auf 65,9 Mio. € erhöht (Vj. 57,5 Mio. €). In den Forderungen auf der Aktivseite sind in Höhe von 13,1 Mio. € Ansprüche an die Gesellschafterin über die Einzahlung der in 2014 beschlossenen Kapitalrücklage enthalten. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag ist gegenüber dem letzten Jahr wegen der Kapitaleinlage von 13,1 Mio. € zurückgegangen; aufgrund der Drohverlustrückstellung für die sog. optionalen Rekonstruktionen, deren Realisierung in 2014 beschlossen wurde, bleibt er zum Bilanzstichtag im negativen Bereich. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.02.2014 beschlossen, der Gesellschaft finanzielle Mittel bis zu einer Höhe von 7,5 Mio. € zur Verfügung zu stellen, die aus der Realisierung sog. optionaler Rekonstruktionen als Verlust zu erwarten sind. Im vorliegenden Ab-

schluss ist diese Belastung durch eine Drohverlustrückstellung bereits berücksichtigt. Der Ausgleichsanspruch an die Stadt Frankfurt am Main konnte aber noch nicht eingestellt werden, da die Mittel im Haushalt der Stadt zwar vorgesehen waren, aber die aufsichtsrechtliche Genehmigung dieses Haushalts zum Prüfungszeitpunkt noch ausstand. Der Anstieg der Verbindlichkeiten resultiert aus der weiteren Kreditaufnahme im Zuge des Projektfortschritts.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -5,6 Mio. € (Vj. -7,9 Mio. €). Der Jahresfehlbetrag 2014 geht im Wesentlichen auf die Drohverlustrückstellung für die zu erwartenden Verluste aus den sog. optionalen Rekonstruktionen zurück. Die Umsatzerlöse setzen sich insbesondere aus der Fakturierung des abgeschlossenen Teilprojekts „Sanierung Tiefgarage“ (15,2 Mio. €) sowie aus verfahrensbezogenen Nebenleistungen (4,6 Mio. €) zusammen.

B. Ausblick

Das Gesamtprojekt hat nach den umfangreichen Rückbau-, Planungs-, Umbau- und Gründungsarbeiten der ersten Jahre eine Phase erreicht, in der die Fortschritte sichtbar sind und sich fast täglich neue Eindrücke bieten, insbesondere seit die Rohbauarbeiten an den Altstadthäusern im vollen Gange sind. Noch weiter gediehen sind die Arbeiten am Stadthaus – hier erwartet die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2015 bereits die Abnahme und Fakturierung des Teilprojekts „Stadthaus am Markt“. In 2015 sollen außerdem die Kaufverträge mit den Wohnungsinteressenten abgeschlossen werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 1.097 T € sowie Reste von 53 T € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 450 T € erfolgt.

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2014 auf 46,9 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie der Gestaltungsbeirat.

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Gunterdorf 144 T €.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Berichtsjahr Sitzungsgelder von rund 3 T € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 25.09. und 28.10.2013 für das Planjahr 2014 sowie am 09.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 02.04.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Dom Römer GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**105**	**103**	**2**	**1,7**
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	2	0	6,0
Sachanlagen	102	101	2	1,6
Umlaufvermögen	**61.689**	**45.334**	**16.355**	**36,1**
Vorräte	38.135	43.658	-5.523	-12,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.982	1.600	21.382	1.336,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	572	77	495	646,3
Rechnungsabgrenzungsposten	**10**	**12**	**-3**	**-20,8**
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.106	12.056	-7.950	-65,9
Bilanzsumme	**65.910**	**57.506**	**8.404**	**14,6**
PASSIVA				
Eigenkapital	**0**	**0**	**0**	**-**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	14.964	1.414	13.550	958,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-13.495	-5.580	-7.916	141,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-5.600	-7.916	2.315	-29,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.106	12.056	-7.950	-65,9
Rückstellungen	**11.160**	**11.275**	**-114**	**-1,0**
Verbindlichkeiten	**54.750**	**46.231**	**8.518**	**18,4**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	29.982	22.547	7.434	33,0
Bilanzsumme	**65.910**	**57.506**	**8.404**	**14,6**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	20.772	0	20.772	-
Bestandsänderung UE / FE	-5.523	22.434	-27.957	-124,6
Gesamtleistung	**15.249**	**22.434**	-7.185	-32,0
sonstige betriebliche Erträge	220	337	-117	-34,8
Materialaufwand	-19.438	-20.914	1.476	-7,1
Personalaufwand	-549	-570	21	-3,7
Abschreibungen	-42	-25	-17	69,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-883	-9.026	8.142	-90,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-5.443**	**-7.764**	2.321	-29,9
Finanzergebnis	-157	-151	-5	3,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-5.600**	**-7.915**	2.315	-29,3
Steuern	-0	-0	-0	74,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-5.600	-7.916	2.315	-29,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-5.600**	**-7.916**	2.315	-29,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	5	5	0	0,0

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Altenhöferallee 3	0 69/80 08 65-0	info@fiz-biotech.de
60438 Frankfurt am Main	0 69/80 08 65-19	www.fiz-biotech.de

Gründung:
25.06.2002

Unternehmensgegenstand:
Die Unterstützung der Entwicklung der Biotechnologiewirtschaft im Rhein-Main-Gebiet, die Förderung und Erhaltung der in der Region vorhandenen Biotechnologie-Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie in der Region und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, insbesondere durch den Betrieb eines Zentrums für biotechnologieorientierte Existenzgründer und Unternehmen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	40.000 €	=	40,00 %
Land Hessen	40.000 €	=	40,00 %
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	20.000 €	=	20,00 %
	100.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Christian Garbe

Aufsichtsrat:	11 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr MP Volker Bouffier (seit 14.10.2014)
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank
	Herr StR Claus Möbius
	Herr StR Jan Schneider
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr MP Volker Bouffier
	Frau Dr. Anna Carina Eichhorn
	Herr StS Ingmar Jung
	Herr Präs. Dr. Mathias Müller
	Herr Präs. Prof. Dr. Werner Müller-Esterl
	Herr Detlev Osterloh
	Herr Staatsmin Dr. Thomas Schäfer
	Herr Prof. Dr. Stefan Schreiber

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.	
11 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Frau Staatsmin Nicola Beer (bis 01.04.2014)	Herr StS Ingmar Jung (seit 02.04.2014)
		Herr StR Jan Schneider (seit 17.02.2014)

Beirat:	7 Mitglieder	
	Herr Prof. Dr. Gerhard Gustav Steinmann	Vorsitzender
	Herr Dr. Florian Budde	
	Herr Stefan Constantin	
	Herr Dr. Martin Jager	
	Herr Dr. Malik Larak	
	Herr Dr. Jens Maier	
	Herr Prof. Dr. Günter K. Stahl	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Im Mai 2014 wurden die Ausbauarbeiten an der Erweiterungsfläche des FIZ 3 abgeschlossen. Drei Mieter konnten bereits zur Eröffnung am 12. Juni 2014 einziehen, so dass eine Vollvermietung des neuen Bauabschnittes gegeben war.

Die beiden Bauabschnitte FIZ 1 und FIZ 2 konnten bei unterjährigen Mieterwechseln sofort weitervermietet werden, sie waren damit im Jahr 2014 wiederum voll ausgelastet.

Für die Bauabschnitte FIZ 1 und FIZ 2 auslaufende Verträge über das Facility Management, Leistungen der Gebäudereinigung und Grünpflege sowie der Kaufmännisch-Technischen Verwaltung wurden jeweils nach europaweiter Ausschreibung neu vergeben.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanz der FIZ GmbH ist weiterhin von dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag geprägt, der zum 31.12.2014 mit 7,6 Mio. € einen Anteil von 62,1 % (Vj. 65,9 %) der Bilanzsumme (12,3 Mio. €) ausmacht. Der Fehlbetrag ergibt sich im Wesentlichen aus der Bildung von Rückstellungen für drohende Verluste aus der Vermietung des Bauabschnittes FIZ 1. Im Berichtsjahr erfolgte eine verbrauchsbedingte Auflösung der Rückstellungen von 1,9 Mio. €.

Die Reduktion der Bilanzsumme lässt sich größtenteils auf die Auflösung der Rückstellungen und die Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückführen.

Zur Erfolgslage

Im Berichtsjahr betrugen die Umsatzerlöse 4,9 Mio. € (Vj. 4,3 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die sukzessive Vermietung des Bauabschnittes FIZ 3 zurückzuführen.

Die Drohverlustrückstellungen für den Bauabschnitt FIZ 1 wurden um 1,9 Mio. € reduziert, da die eigenen Mieteinnahmen unter den zu leistenden Leasingzahlungen lagen (Verbrauch der Rückstellung).

Der Materialaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund zusätzlicher Betriebskosten für den Bauabschnitt FIZ 3.

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist durch gestiegene Bezüge für die gegenüber 2013 gleich gebliebene Zahl der Beschäftigten begründet.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von -1,4 Mio. € ab. Dies entspricht einer Ergebnisverbesserung um 0,6 Mio. €.

B. Ausblick

Die Geschäftsführung sieht trotz einer sich eintrübenden Prognose für die allgemeine Situation der Biotechnologie in Deutschland eine stabile Entwicklung für das FIZ.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Finanzierung der FIZ GmbH ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main gewährleistet, in der sich beide verpflichten, die Risiken der Gesellschaft jeweils zur Hälfte zu tragen.

Für die FIZ GmbH standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 1,5 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden. Des Weiteren hat die Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit den Land Hessen Sicherheiten (Patronatserklärung) von 23,3 Mio. € übernommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie ein Beirat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.997**	**2.036**	**-39**	**-1,9**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	-1	-
Sachanlagen	1.997	2.035	-38	-1,9
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**2.614**	**2.974**	**-360**	**-12,1**
Vorräte	1.665	1.341	324	24,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	642	1.155	-513	-44,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	307	478	-172	-35,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**33**	**18**	**15**	**83,6**
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.620	9.749	-2.129	-21,8
Bilanzsumme	**12.264**	**14.776**	**-2.513**	**-17,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**0**	**0**	**0**	**-**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	100	100	0	0,0
Kapitalrücklage	31.784	28.230	3.555	12,6
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-38.078	-36.078	-2.000	5,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.426	-2.000	575	-28,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	7.620	9.749	-2.129	-21,8
Rückstellungen	**8.289**	**10.145**	**-1.856**	**-18,3**
Verbindlichkeiten	**3.957**	**4.631**	**-674**	**-14,6**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	**18**	**0**	**17**	**3.940,2**
Bilanzsumme	**12.264**	**14.776**	**-2.513**	**-17,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	4.920	4.324	596	13,8
Bestandsänderung UE / FE	324	97	227	232,5
Gesamtleistung	**5.244**	**4.421**	822	18,6
sonstige betriebliche Erträge	3.111	2.664	447	16,8
Materialaufwand	-6.412	-5.635	-777	13,8
Personalaufwand	-775	-762	-13	1,8
Abschreibungen	-205	-129	-75	58,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.044	-1.346	302	-22,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-81**	**-787**	706	-89,7
Finanzergebnis	-1.231	-1.112	-119	10,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.312**	**-1.899**	587	-30,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-114	-101	-13	12,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.426	-2.000	575	-28,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-1.426**	**-2.000**	575	-28,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	9	9	0	0,0

1.5 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Unterschweinstiege 8	0 69/68 60 3 8-0	info@frm-united.com
60549 Frankfurt am Main	0 69/68 60 38-11	www.frm-united.com

Gründung:
24.03.2005

Unternehmensgegenstand:
Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an diesem zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild FrankfurtRheinMains und der Region als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschafsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	93.750 €	=	37,50 %
HA Hessen Agentur GmbH	25.000 €	=	10,00 %
IHK Forum Rhein-Main	18.750 €	=	7,50 %
IHK Frankfurt am Man	12.500 €	=	5,00 %
Stadt Wiesbaden	10.000 €	=	4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 €	=	3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 €	=	3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 €	=	3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 €	=	3,50 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 €	=	2,50 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	6.250 €	=	2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 €	=	2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 €	=	2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 €	=	2,00 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	3.750 €	=	1,50 %
Landkreis Bergstraße	2.500 €	=	1,00 %
Landkreis Darmstadt – Dieburg	2.500 €	=	1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 €	=	1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 €	=	1,00 %
Stadt Hanau	2.500 €	=	1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 €	=	1,00 %
Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V.	2.500 €	=	1,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH (Region Bayrischer Untermain)	2.500 €	=	1,00 %
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	1.250 €	=	0,50 %
Handwerkskammer Rhein-Main	1.250 €	=	0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 €	=	0,50 %
	250.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Eric Menges

Aufsichtsrat:	24 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Uwe Paulsen
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr StR Detlev Bendel
	Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender

	Herr OB Patrick Burghardt	
	Herr LRat Michael Cyriax	
	Herr BM Mathias Geiger	
	Herr Matthias Gräßle	
	Herr Martin H. Herkströter	
	Herr OB Klaus Herzog	
	Herr OB Claus Kaminsky	
	Herr LRat Ulrich Krebs	
	Herr BM Karl-Heinz Krug	
	Herr OB Jochen Partsch	
	Herr LRat Erich Pipa	
	Herr LRat Dirk-Oliver Quilling	
	Herr Dr. Christof Riess	
	Herr LRat Klaus Peter Schellhaas	
	Herr OB Horst Schneider	
	Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus	
	Herr Verb.dir. Ludger Stüve	
	Herr LRat Matthias Wilkes	
	Herr LRat Thomas Will	
Satzungsmäßige Besetzung:	***Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:***	
24 Mitglieder	***Ausgeschiedene Mitglieder:***	***Neue Mitglieder:***
	Herr Dr. Hans-Peter Bach (bis 31.05.2014)	Herr BM Mathias Geiger (seit 15.02.2014)
	Herr LRat Dr. Ulrich Reuter (bis 01.05.2014)	Herr OB Klaus Herzog (seit 01.05.2014)
	Herr BM Wilhelm Speckhardt (bis 15.02.2014)	Frau Prof. Dr. Kristina Sinemus (seit 01.06.2014)
Beirat:	***12 Mitglieder***	
	Herr Prof. Theodor Dingermann	
	Frau Eva Dude	
	Herr Michael Freytag	
	Herr Alfred Gohdes	
	Herr Baki Irmak	
	Herr Thorsten N. Kern	
	Herr Peter Knapp	
	Herr Rainer Neumann	
	Herr Volker Schier	
	Herr Prof. Tom Sommerlatte	
	Frau Simone Thomsen	
	Herr Gerhard Wiesheu	
Beteiligungen:		***Kapitalanteile:***
FrankfurtRheinMain Corp., USA		10.000 US$ = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 32 Firmen bei der Ansiedlung in der Region begleitet (Vj. 21). Die drei Top-Branchen waren IKT, Consulting und Konsumgüter. Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 23 Mitarbeiter. Die Tochtergesellschaft FrankfurtRheinMain Corporation in Chicago (FRM Corp.) erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresfehlbetrag von 4.816 US$ (rd. 4.300 €). Zum 31.12.2014 weist die FRM Corp. einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 17.128 $ (rd. 15.200 €) aus. Der Buchwert der Beteiligung ist auf 1 € abgeschrieben. Die Tochtergesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der FRM GmbH. Für das Jahr 2015 besteht eine finanzielle Verpflichtung der FRM GmbH in Höhe von 286 T €. Die HA Hessen Agentur ist zum 31.12.2013 aus

dem Gesellschafterkreis ausgetreten. Aufgrund der Verhandlungen mit dem Land Hessen über einen Eintritt wurde die Anteilsübertragung aus Kostengründen im Berichtsjahr noch nicht vollzogen. Die Rechte und Pflichten der HA Hessen Agentur ruhen jedoch seit dem 01.01.2014. Durch die neue Fokussierung nach einer Strategiedebatte konnten neue Gesellschafter gewonnen werden. So trat die IHK Frankfurt neu bei, die Stadt Wiesbaden entschloss sich zum Wiedereintritt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 1,1 Mio. € auf 1,8 Mio. € gestiegen. Ursächlich ist aktivisch eine Zunahme der liquiden Mittel von 0,8 Mio. € auf 1,5 Mio. €. Passivisch hat sich das Eigenkapital von 0,9 Mio. € auf 1,5 Mio. € erhöht. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3 Mio. € sowie der Investitionstätigkeit in Höhe von 36 T € wurde durch die Zuzahlungen der Gesellschafter in Höhe von 3,7 Mio. € mehr als kompensiert. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelfonds 1,5 Mio. € (Vj. 820 T €).

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 schließt mit einem Fehlbetrag von -3,1 Mio. €. Gegenüber 2013 bedeutet dies eine Verbesserung um 73 T €. Ursächlich sind insbesondere ein um 44 T € gesunkener Materialaufwand (durch Kostenreduzierungsmaßnahmen und Zurückfahren von Sonderprojekten) sowie ein um 33 T € gesunkener Personalaufwand. Im Mehrjahresvergleich ist der Jahresfehlbetrag von 2010 (-4,5 Mio. €) bis 2014 (-3,1 Mio. €) kontinuierlich gesunken. Ebenso ist der Personalaufwand pro Mitarbeiter von 2011 (66 T €) bis 2014 (58 T €) stetig zurückgegangen.

B. Ausblick

Auch zukünftig wird die Gesellschaft aufgabenbedingt nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken können. In den nächsten Jahren rechnet die Geschäftsführung jedoch mit einer höheren Deckung der Kosten durch Erlöse aufgrund einer abgeschlossenen Dienstleistungsvereinbarung mit dem Wirtschaftsförderung Region Frankfurt Rhein-Main e. V. sowie der Errichtung des Kompetenzzentrums. Für 2015 wird ein negatives Geschäftsergebnis von rund -3,9 Mio. € (Stand Juni 2015) erwartet, das durch Kapitaleinlagen sowie vorhandene Rücklagen finanziert wird. Die Chancen für die Entwicklung von qualifizierten Kundenkontakten bzw. die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungsinstitutionen sind weiterhin positiv zu bewerten. Die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft führt auch in 2015 zu weiteren Gesellschafterbeitritten. So ist die Stadt Neu-Isenburg beigetreten. Der Rheingau-Taunus-Kreis will wieder eintreten, der Regionalverband will seine Anteile verdoppeln. Dies kann die Anteilsreduzierung der Stadt Offenbach auf die Hälfte ab 2015 kompensieren. Die Gesellschaft geht davon aus, dass es in den kommenden Jahren gelingen wird, weitere Gesellschafter zu gewinnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 1,4 Mio. € zur Verfügung. Bis zum Jahresende wurden 1,5 Mio. € als Gesellschafterzuzahlung an die FRM geleistet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Die Gesamtbezüge von Herrn Menges betrugen im Geschäftsjahr 142 T €. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**92**	**76**	**15**	**19,9**
Immaterielle Vermögensgegenstände	33	0	33	465.328,6
Sachanlagen	59	76	-17	-22,7
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	**1.573**	**929**	**644**	**69,3**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97	109	-12	-10,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.475	820	655	79,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**88**	**123**	**-35**	**-28,5**
Bilanzsumme	**1.752**	**1.129**	**624**	**55,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**1.494**	**905**	**589**	**65,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	238	13	5,3
Kapitalrücklage	27.260	27.983	-723	-2,6
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-22.952	-24.179	1.227	-5,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-3.064	-3.136	73	-2,3
Rückstellungen	**77**	**65**	**12**	**18,5**
Verbindlichkeiten	**182**	**159**	**23**	**14,5**
Bilanzsumme	**1.752**	**1.129**	**624**	**55,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	126	118	9	7,6
Gesamtleistung	**126**	**118**	9	7,6
sonstige betriebliche Erträge	13	5	7	135,6
Materialaufwand	-1.161	-1.205	44	-3,7
Personalaufwand	-1.323	-1.357	33	-2,5
Abschreibungen	-20	-19	-0	1,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-695	-682	-13	1,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-3.060**	**-3.140**	81	-2,6
Finanzergebnis	2	2	-0	-7,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-3.058**	**-3.138**	80	-2,6
Steuern	-6	2	-8	-464,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.064	-3.136	73	-2,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-3.064**	**-3.136**	73	-2,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	23	23	0	0,0
Zahl der Neuansiedlungen	32	21	11	52,4

1.6 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Speicherstraße 55 60327 Frankfurt am Main	0 69/9 17 32-01 0 69/9 17 32-7 45	info@gateway-gardens.de www.gateway-gardens.de

Gründung:
27.09.2004

Unternehmensgegenstand:
Technische und planerische Koordination der Entwicklung und Baureifmachung von Grundstücken mit den zu beteiligenden Behörden als Dienstleistung für Dritte, insbesondere im Gebiet Gateway Gardens am Flughafen in Frankfurt am Main. Nach § 34 c GewO erlaubnispflichtige Geschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Unternehmenszweck zunächst durch die Koordination von Planungs- und Realisierungskonzepten für das Gebiet Gateway Gardens für die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main zu entwickelnde Bauleitplanung als Dienstleistung für die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	100.000 €	=	50,00 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH	100.000 €	=	50,00 %
	200.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Peter Buchholz
Herr Sanfrid Spory

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr StK Uwe Becker
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser
	Herr StR Stefan Majer
	Herr ehemaliger Stv Klaus Vowinckel
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karl-Heinz Dietrich
	Herr Jürgen Fenk
	Herr Jürgen Groß
	Herr Peter Matteo
	N.N.
	Herr Dr. Alois Rhiel

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
höchstens 13 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Frau Gitta Mir-Ali (bis 03.04.2014)	Herr Stv Ulrich Baier (seit 17.02.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Bebauungsplan 851 „Gateway Gardens“ ist am 11.03.2008 in Kraft getreten. Die Anhebung der Ausweisung auf 700.000 qm BGF wurde durch den Beschluss § 3631 der Stadtverordnetenversammlung vom 12.09.2013 über die Aufstellung des Änderungsplanes 851 Ä zum Bebauungsplan 851 beschlossen. Zur Vervollständigung der Erschließung mit dem ÖPNV wurde der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH (GGP) die Koordination der Planungen der DB-Anlage mit einer S-Bahn-Station übertragen. Der Planfeststellungsbeschluss zum S-Bahnbau wurde am 31.01.2014 ausgestellt, bei Ablauf der Klage- und Einspruchsfrist am 05.05.2014 lagen keine Einsprüche oder Klagen vor, der Planfeststellungsbeschluss ist in Rechtskraft erwachsen. Am 19.08.2014 wurde der Finanzierungsvertrag für die S-Bahn unterzeichnet. Die Baufeldfreimachung begann im Winter 2014/15. Die Planung der Tiefbauleistungen wurde durch die DB Projektbau beauftragt.

Aufgrund der Gesamtwirtschaftslage ergaben sich Verzögerungen im Abverkauf, so dass 2010 der Beschluss gefasst wurde, die Projektlaufzeit um fünf Jahre bis 2021 zu verlängern. Die Vermarktung der

Grundstücke erreichte in 2013 nicht die selbst gesetzten Zielvorgaben, dies konnte auch in 2014 nicht ausgeglichen werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 238 T € (Vj. 282 T €). Sie ist auf der Aktivseite durch liquide Mittel sowie auf der Passivseite durch das Stammkapital und Rückstellungen geprägt.

Zur Erfolgslage

Gemäß vertraglicher Vereinbarung werden die Aufwendungen der Projektentwicklungs-GmbH in der entstandenen Höhe von der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH übernommen. Den Erträgen von rund 324 T € (Vj. 501 T €) stehen Aufwendungen von rund 319 T € gegenüber (Vj. 497 T €). Die Gesellschaft schließt mit einem Jahresüberschuss von 4 T € (Vj. 4 T €) ab.

B. Ausblick

Die weitere Entwicklung der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH bleibt eng mit der Entwicklung der Grundstücksgesellschaft und darüber hinaus mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Projekts „Gateway Gardens“ verbunden.

Der Anschluss des Areals Gateway Gardens an das S-Bahnnetz geht von der Planung in die Umsetzung über, die Inbetriebnahme ist für den Winterfahrplan 2019 geplant.

Gemäß den Regelungen des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, den neu übernommenen Controllingleistungen beim Bau der S-Bahn und dem Wirtschaftsplan der Gesellschaft, werden in den Folgejahren weiterhin ausgeglichene Jahresergebnisse erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1**	**1**	**-0**	**-12,6**
Sachanlagen	1	1	-0	-12,6
Umlaufvermögen	**237**	**279**	**-42**	**-15,0**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17	11	6	56,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	221	269	-48	-17,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**2**	**-2**	**-**
Bilanzsumme	**238**	**282**	**-44**	**-15,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**211**	**207**	**4**	**2,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	7	3	4	110,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4	4	1	16,7
Rückstellungen	**23**	**10**	**13**	**128,6**
Verbindlichkeiten	**4**	**65**	**-61**	**-93,5**
Bilanzsumme	**238**	**282**	**-44**	**-15,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	323	500	-178	-35,5
Gesamtleistung	**323**	**500**	-178	-35,5
sonstige betriebliche Erträge	1	1	0	26,4
Materialaufwand	-171	-362	191	-52,8
Personalaufwand	-114	-110	-5	4,2
Abschreibungen	-0	-1	1	-85,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-31	-22	-9	40,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**7**	**6**	1	8,9
Finanzergebnis	0	-0	0	-100,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**7**	**6**	1	11,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-2	-0	3,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4	4	1	16,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**4**	**4**	1	16,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	1	-1	-

1.7 Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 51 86 0 69/2 12-4 32 10	info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
01.01.1976	Vorhalten und Betreiben der städtischen Häfen, der Hafen- und Industriebahn, sowie der städtischen Lagerhäuser einschließlich der dazugehörigen Einrichtungen.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	10.225.838 € = 100,00 %

Betriebsleitung:

Herr Herbert Janicke

Herr Ralf Karpa

Betriebskommission:	15 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Michael Paris
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Hilime Arslaner
	Herr StK Uwe Becker
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Dr. Martin Gerhardt
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr Stv Mike Josef
	Frau Stv Christiane Loizides
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr StR Michael Paris
	Herr Stv Lothar Reininger
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Thorsten Blum (AN)
	Frau Jutta Ehret
	Herr Dr. Alexander Theiss
	Frau Sabine Kiepfer (AN)
	Herr Roman Stolper

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
15 Mitglieder, davon 2 Mitglieder des Personalrats und 3 Bürgerschaftsvertreter	Herr Stv Ulrich Baier (bis 19.11.2014)	Frau Sabine Kiepfer (AN) (seit 24.07.2014)
	Herr Dr. Andreas Freundt (bis 02.04.2014)	Herr Stv Lothar Reininger (seit 20.11.2014)
	Herr Peter Stolle (AN) (bis 23.07.2014)	Herr Dr. Alexander Theiss (seit 03.04.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Hafenbetriebe führen aufgrund des mit der HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH geschlossenen Betriebspachtvertrags seit Juli 2002 keine eigenen Hafenaktivitäten mehr durch. Ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung, die Aufgaben der Hafenbehörde und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 27 Mio. € auf 30,3 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite erhöhte sich das Sachanlagevermögen im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 Mio. € auf 24,5 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die Grundstückszugänge im Rahmen des Geländetausches und -verkaufs mit dem Liegenschaftsamt der Stadt Frankfurt am Main zurückzuführen. In Summe haben die Zugänge beim Sachanlagevermögen von 6,1 Mio. € die planmäßigen Abschreibungen (1,1 Mio. €) und die Anlagenabgänge (0,3 Mio. €) deutlich überstiegen. Dem steht eine Abnahme der Forderungen gegen die Stadt

Frankfurt um 1,5 Mio. € auf 5,8 Mio. € (davon 5,3 Mio. € Guthaben bei der Stadtkasse) gegenüber.

Auf der Passivseite hat insbesondere der Anstieg der unter den Verbindlichkeiten ausgewiesenen erhaltenen Anzahlungen um 2,2 Mio. € (Vj. 0 €) zum Anstieg des Bilanzvolumens geführt. Mit Vertrag vom 24.11.2014 wurde mit der Samson AG der Verkauf eines Grundstückes am Osthafen vereinbart. Da der wirtschaftliche Übergang gemäß Vertrag in 2015 erfolgt, wird der bereits gezahlte Kaufpreis in Höhe von 2,2 Mio. € unter den erhaltenen Anzahlungen ausgewiesen.

Das Eigenkapital ist infolge des verbesserten Jahresgewinns von 23,9 Mio. € auf 24,6 Mio. € gestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Hafenbetriebe beträgt zum Abschlussstichtag 81,4 % (Vj. 88,4 %). Die passiven latenten Steuern sind um 0,5 Mio. € gestiegen. Die Position „passive latente Steuern“ erfasst Abweichungen zwischen der Handels- und Steuerbilanz und die daraus resultierenden Steuerverbindlichkeiten. Gegenläufig haben sich die Altersteilzeit-Rückstellungen, bedingt durch den planmäßigen Verbrauch, um 0,3 Mio. € auf 0,9 Mio. € verringert.

Der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) hat sich von 6,8 Mio. € auf 5,3 Mio. € reduziert. Der Mittelabfluss infolge der Gewinnausschüttung (-0,7 Mio. €) und aus der Investitionstätigkeit (-4,5 Mio. €) konnte nicht vollständig durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (3,7 Mio. €) finanziert werden.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2014 erzielte der Betrieb einen Gewinn in Höhe von 1.453 T € (Vj. 692 T €).

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr von 761 T € resultiert primär aus dem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 1.335 T € (Vj. 181 T €). Dies erklärt sich überwiegend durch einen Geländetausch/-verkauf mit dem Liegenschaftsamt der Stadt Frankfurt am Main und einem weiteren Grundstückverkauf. Im Gegenzug für das Gelände an der Ruhrorter Werft erhielten die Hafenbetriebe das Gelände Schilestraße, das für den Erbbauvertrag mit der Lufthansa Technik benötigt wurde.

Der Personalaufwand hat sich infolge der geringeren Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr von 2,6 Mio. € auf 2,3 Mio. € reduziert.

In den um 171 T € höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Vj. 105 T€) schlagen sich v. a. höhere Zuführungen zur Rückstellung für Altlastensanierung nieder.

Der Anstieg der Steuern vom Einkommen und Ertrag um 325 T € (Vj. 290 T €) entfällt im Wesentlichen auf zu bildende passive latente Steuern (467 T €), da im Zuge der getätigten Grundstücksgeschäfte steuerlich Rücklagen gemäß § 6b EStG genutzt wurden, die zu Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerrecht führten.

B. Ausblick

Die künftige Entwicklung der Hafenbetriebe ist aufgrund der Verpachtung auch weiterhin von der HFM GmbH abhängig. Auch für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 wird mit einem positiven Geschäftsergebnis gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommsissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 16.05.2013 für das Planjahr 2014 und am 05.06.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 20.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	**31.12.2014**	**31.12.2013**	***Veränderung***	
	T€	**T€**	***in T€***	***in %***
AKTIVA				
Anlagevermögen	**24.500**	**19.747**	**4.753**	**24,1**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	24.451	19.695	4.756	24,1
Finanzanlagen	49	52	-3	-5,9
Umlaufvermögen	**5.763**	**7.260**	**-1.497**	**-20,6**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.763	7.260	-1.497	-20,6
Bilanzsumme	**30.262**	**27.007**	**3.256**	**12,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**24.637**	**23.876**	**761**	**3,2**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.226	10.226	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	11.551	11.551	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.407	1.407	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.453	692	761	109,9
Sonderposten	0	0	0	-
Rückstellungen	**2.262**	**2.549**	**-287**	**-11,3**
Verbindlichkeiten	**2.440**	**102**	**2.338**	**2.303,6**
Passive latente Steuern	**679**	**211**	**467**	**221,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**245**	**269**	**-23**	**-8,7**
Bilanzsumme	**30.262**	**27.007**	**3.256**	**12,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	**31.12.2014**	**31.12.2013**	***Veränderung***	
	T€	**T€**	***in T€***	***in %***
Umsatzerlöse	4.561	4.634	-73	-1,6
Gesamtleistung	**4.561**	**4.634**	-73	-1,6
sonstige betriebliche Erträge	1.516	181	1.335	736,5
Personalaufwand	-2.495	-2.592	97	-3,7
Abschreibungen	-1.114	-1.133	18	-1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-276	-105	-171	163,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**2.193**	**986**	1.207	122,4
Finanzergebnis	-125	-3	-121	3.542,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.068**	**982**	1.086	110,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-615	-290	-325	112,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.453	692	761	109,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**1.453**	**692**	761	109,9

Kennzahlen	**2014**	**2013**	**Veränderung**	
			absolut	***in %***
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	39	43	-4	-9,3

1.8 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 51 86 0 69/2 12-4 32 10	info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
02.04.2001	Die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Hafeneinrichtungen der Stadt Frankfurt am Main sowie die Durchführung eines Hafenbetriebs in all seinen Bereichen der Güterlogistik und der Lagerung. Außerdem die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Kleinmarkthallen und Wochenmärkte der Stadt Frankfurt am Main.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Herbert Janicke

Herr Ralf Karpa

Aufsichtsrat:	5 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Michael Paris
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Frau Stv Ursula auf der Heide
	Herr StR Michael Paris
	Herr Stv Uwe Paulsen

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
5 Mitglieder	

Beirat:	6 Mitglieder
	Herr Michael Loulakis
	Frau Silke Pfeffer
	Herr Dipl.-Ing. Veit Salzmann
	Herr Rudolf Sehring
	Herr Roger Simak
	Herr Dr. Andreas Theiss

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH (HFM) den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafenbetriebe (Eigenbetrieb) gepachtet. Zum Stichtag 01.01.2007 hat die HFM GmbH darüber hinaus auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe (Eigenbetrieb) übernommen.

Im Geschäftssegment Hafen ist es vordringliche Aufgabe der HFM, die Bedeutung der Gewerbe- und Industriegebiete im Osthafen und Gutleuthafen zu stärken, die Attraktivität des Hafenstandortes zu steigern sowie zur Ver- und Entsorgung des Wirtschaftsraumes Frankfurt beizutragen. Hierzu unterstützt die Gesellschaft die Entwicklung und Realisierung logistischer Konzepte der Hafenwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn.

Der Schiffsgüterumschlag ist gegenüber dem Vorjahr um 10,6 % auf 2.929.608 t gestiegen. Die milde Witterung in den Wintermonaten begünstigte die Steigerung, vor allem in der Gütergruppe Steine, Erde und Baustoffe (+24,4 %). Des Weiteren stieg auch der Umschlag von Erzen und Metallabfällen deutlich (+20,1 %). Die Transportmenge der Hafenbahn sank gegenüber dem Vorjahr um 11,7 % auf 1.428.310 t. Den größten Rückgang der bahnseitigen Umschlagsleistung verursachten die Mineralöltransporte im Hafen Hanau (-20,1 % bzw. -196.317 t) infolge einer zweimonatigen Revision im Betrieb eines Lieferanten. Im Frankfurter Hafen blieb die Tonnage gegenüber dem Vorjahreswert von 698.303 t relativ stabil (+1,2 %).

Der bahnseitige Containerverkehr stieg gegenüber 2013 um 4 % auf 38.991 TEU (Twenty-foot Equivalent Unit). Die angebotenen Wagenmeister-Dienstleistungen für Dritte wurden in steigendem Maße nachgefragt, so dass der Umsatz in diesem Bereich im Vergleich zum Vorjahr um 26,6 % stieg. Die Abnahme des Umschlags im Lagerhaus von 11.600 t auf 2.305 t erklärt sich daraus, dass die Flächen bereits zur Festvermietung umgewandelt wurden. Die Auslastung der Hafengrundstücke stieg auf 99 % (Vj. 96 %).

Aufgabenschwerpunkt im Bereich Markt waren 18 Wochen- und Erzeugermärkte, zwei Kleinmarkthallen sowie Sondermärkte wie Schlemmer-, Weihnachtsbaum- und Flohmarkt. Die Kleinmarkthalle beging am 24.05.2014 ihr sechzigjähriges Jubiläum. Das in 2014 zum vierten Mal veranstaltete Hafenfest stieß mit über 100.000 Besuchern auf wachsenden Zuspruch.

Durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Sicherung des Osthafens 2050+ im Dezember 2013 wurde ein Bekenntnis der Stadt Frankfurt zum Osthafenstandort ausgesprochen, welches den Abschluss von langfristigen Mietverträgen ermöglicht. Mietvertragsverlängerungen erfolgen grundsätzlich unter der Voraussetzung, dass Investitionen in die jeweiligen Anlagen und Gebäude der Mieter erfolgen. Insofern konnten auch 2014 den im Hafen ansässigen Unternehmen langfristige Mietverträge angeboten und auch abgeschlossen werden.

Im Hinblick auf den Erbpachtvertrag mit dem Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH erfolgte 2014 eine im Erbpachtvertrag vereinbarte Pachtzinserhöhung von 17 %.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 9,6 Mio. € auf 10,1 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite ist das Guthaben auf dem Stadtkassenkonto um 1,1 Mio. € auf 5,4 Mio. € gestiegen. Auf der Passivseite sind v. a. die kurzfristigen Rückstellungen um 603 T € auf 3,1 Mio. € gestiegen (davon 324 T € Steuerrückstellungen und 239 T € Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen). Das Eigenkapital hat sich um 288 T € auf 6,2 Mio. € erhöht und resultiert unter Berücksichtigung der Abführung des Vorjahresergebnisses (2,7 Mio. €) aus dem höheren Jahresüberschuss 2014 von 3 Mio. €. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 61,3 % (Vj. 61,6 %).

Der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) hat sich um 745 T € auf 5,4 Mio. € erhöht. Der Mittelabfluss infolge der Gewinnausschüttung (-2,7 Mio. €) und aus der Investitionstätigkeit (-175 T €) konnte durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (3,6 Mio. €) finanziert werden.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2014 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 3 Mio. € aus (Vj. 2,7 Mio. €). Die Ergebnisverbesserung von 288 T € ergibt sich im Wesentlichen aus Mehrerlösen, welche jedoch durch geringere sonstige betriebliche Erträge und höhere Ertragssteuern geschmälert werden. Die Umsatzerlöse sind insbesondere aufgrund der Erlöse aus Mietzahlungen (+555 T €) um 742 T € auf 19.940 T € gestiegen, die wiederum aus höheren Quadratmeterpreisen resultieren. Der Rückgang der Verkehrsleistungen um 200 T € (auf 4 Mio. €) konnte durch den Anstieg aller weiteren Umsatzerlösgruppen überkompensiert werden.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge von 1.110 T € auf 825 T € erklärt sich v. a. durch geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und geringere Erlöse aus der Abwicklung von Schäden.

Die Ertragssteuern beinhalten die Gewerbesteuer von 749 T € (Vj. 609 T €) sowie die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag von 699 T € (Vj. 565 T €) für das Geschäftsjahr 2014 sowie Korrekturen im Bereich der Ertragssteuern für Vorjahre. Zum positiven Unternehmensergebnis beigetragen haben die Bereiche Immobilienvermietung und Markt. Die im Bereich der Immobilienvermietung realisierten Ergebnisse liegen (mit 7,2 Mio. €) um 765 T € über dem Vorjahreswert, da die Betriebserträge um rd. 470 T € (Indexierung, Neuvermietung) über dem Vorjahresniveau liegen, während die Aufwendungen durch einen Rückgang der Energie- und Gebäudereparaturkosten, sowie der anteiligen Verwaltungsumlage von 294 T € geprägt

sind. Das Ergebnis im Segment Markt (von 1,6 Mio. €) schneidet infolge der Entgelterhöhung Ende 2013 um rd. 319 T € besser ab als im Vorjahr. Defizitär sind nach wie vor insbesondere die Bereiche Hafen (-2,2 Mio. €) sowie Hafenbahn Verkehr (-1,2 Mio. €) und Hafenbahn Infrastruktur (incl. Werkstatt: -962 T €). Der Bereich Hafen weist eine Ergebnisverschlechterung von 812 T € auf, die primär aus Aufwendungen für die Sanierung von Kaimauern (von rd. 2,7 Mio. €) resultieren.
Im Bereich Hafenbahn hat sich das Ergebnis insgesamt betrachtet um 86 T € gegenüber dem Vorjahr verbessert.

B. Ausblick

Über ein 35.078 qm großes Grundstück in der Daimlerstraße, Osthafen 2, konnte im Berichtsjahr mit der Lufthansa Technik AG ein 99-jähriger Erbpachtvertrag abgeschlossen werden. Die Lufthansa Technik AG wird auf diesem Grundstück eine Halle zur Wartung von Flugzeugreifen und -bremsen errichten. Der positive Trend des schiffsseitigen Umschlags von Containern und Massengütern wird sich auch in 2015 fortsetzen. Ende 2015 stehen neue Vertragsverhandlungen über die Zubringertransporte im Hafen Hanau an.
Auf der Agenda stehen zudem die Revitalisierung des Marktes auf dem Atzelbergplatz in Seckbach sowie die erneute Einrichtung des Wochenmarkts im Ostend auf dem Paul-Arnsberg-Platz.
Die Ertüchtigung der 100 Jahre alten Betonmauern im Osthafen 1 sowie die Sanierung der Sandstein-Kaimauern in der Innenstadt werden in 2015 fortgesetzt. Zudem ist für 2015 die Sanierung der Stützen der Kleinmarkthalle vorgesehen.
Die ehemaligen Gleisflächen in Seckbach sollen 2015 an die Mainova AG zur Erschließung des Riederwaldtunnels mit Stromleitung veräußert werden.
Hinsichtlich des Erbpachtvertrags mit der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH besteht weiterhin ein finanzielles Risiko. Das Frischezentrum strebt eine Umschuldung der bestehenden Kreditverträge sowie den Erwerb des Grundstücks an. Diesbezüglich befindet sich das Frischzentrum in Verhandlungen mit den Gesellschaftern.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2014 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2013 von 2,2 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.
Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Karpa 175 T € und die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Janicke 133 T €.
Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 betrugen 1,3 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 16.05.2013 für das Planjahr 2014 und am 05.06.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 20.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**2.482**	**2.639**	**-157**	**-5,9**
Immaterielle Vermögensgegenstände	197	209	-12	-5,6
Sachanlagen	2.285	2.430	-145	-6,0
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**7.597**	**6.928**	**669**	**9,7**
Vorräte	308	299	9	3,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.228	6.187	1.041	16,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	61	442	-381	-86,3
Rechnungsabgrenzungsposten	**13**	**2**	**11**	**624,3**
Bilanzsumme	**10.092**	**9.569**	**523**	**5,5**
PASSIVA				
Eigenkapital	**6.186**	**5.898**	**288**	**4,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	675	675	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.525	2.525	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2.961	2.673	288	10,8
Rückstellungen	**3.225**	**2.606**	**620**	**23,8**
Verbindlichkeiten	**660**	**1.047**	**-388**	**-37,0**
Rechnungsabgrenzungsposten	**21**	**17**	**4**	**21,1**
Bilanzsumme	**10.092**	**9.569**	**523**	**5,5**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	19.940	19.198	742	3,9
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-
Gesamtleistung	**19.940**	**19.198**	742	3,9
sonstige betriebliche Erträge	825	1.110	-284	-25,6
Materialaufwand	-11.274	-11.448	174	-1,5
Personalaufwand	-2.305	-2.257	-49	2,1
Abschreibungen	-335	-377	42	-11,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.069	-2.009	-60	3,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**4.782**	**4.217**	565	13,4
Finanzergebnis	20	6	14	210,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**4.802**	**4.223**	579	13,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-1.841	-1.550	-291	18,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2.961	2.673	288	10,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**2.961**	**2.673**	288	10,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	48	49	-1	-2,0
Schiffsgüterumschlag (in t)	2.929.608	2.649.636	279.972	10,6
Hafenbahnverkehr (in t)	1.428.310	1.617.335	-189.025	-11,7
Lagerhaus (in t)	2.305	11.637	-9.332	-80,2

1.9 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Uhlandstraße 11 60314 Frankfurt am Main	0 69/40 58 73-12 0 69/40 58 73-40	info@keg-frankfurt.de www.keg-frankfurt.de

Gründung:
26.01.1995

Unternehmensgegenstand:
Erwerb, Entwicklung und Veräußerung von Flächen, vorrangig im Stadtgebiet Frankfurt am Main, deren bisherige, insbesondere militärische Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich den Wohnungsbau, geändert werden soll. Soweit es wirtschaftlich und städteplanerisch zweckmäßig erscheint, ist die Gesellschaft zudem berechtigt, mittel- und ggf. auch längerfristige Nutzungsverhältnisse (bspw. Vermietung an Dritte) zu begründen. Die Gesellschaft kann auch zum Zwecke der Errichtung von öffentlich geförderten Wohngebäuden Flächen erwerben, bebauen, verwalten und vermieten.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH	40.000 €	=	50,00 %
Stadt Frankfurt am Main	**40.000 €**	**=**	**50,00 %**
	80.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dipl. Ing. Rainer Wrenger

Aufsichtsrat:	10 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr Stv Wolfgang Siefert
	Herr StvVorst Stephan Siegler
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Otmar Adelfang
	Herr Robert Faktor
	Herr Heinrich Liman
	Herr Gerald Lipka
	Herr Holger Tracht

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat	
10 Mitglieder, davon entsendet jeder Gesellschafter 5	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder: Herr Stv Wolfgang Siefert (seit 17.02.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, Mitgesellschafterin der KEG, fungiert als Geschäftsbesorgerin. Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr waren u. a.:

- Neubau Bolongarostraße 149
- Fertigstellung Sonnentaustraße 26-28
- Veräußerungen Baufelder 1 bis 3 vom Sportfeld Edwards an die Stadt und einen privaten Investor
- Veräußerungen in der Parkstadt Unterliederbach I
- Bezugsfertigkeit Gebäude Breuerwiesenstraße 11-13
- Sanierung Altes Rathaus Höchst
- Neuplanung Bolongarostraße 122
- Baubeginn Kamelienstraße
- Planung Parkstadt II
- Planung Bahnhof Höchst
- Planung Melchiorstraße 10 und Bolongarostraße 156
- Baubeginn Gerhart-Hauptmann-Ring
- Instandsetzung Höhenstraße 23, 25 und 29
- Projektsteuerung Entwicklungskonzept Griesheim Flächen nördlich der Bahn

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2014 beträgt 98,7 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 13 Mio. €.

Auf der Aktivseite ist das Anlagevermögen um 12,6 Mio. € gestiegen. Dies betrifft mit 9,2 Mio. € Anlagen im Bau und mit 3,3 Mio. € Grundstücke für Wohnbauten. Letzteres betrifft im Wesentlichen das Haus 3 in der Breuerwiesenstraße. Die Anlagen im Bau betreffen im Wesentlichen den 1. Bauabschnitt Kamelienstraße 1 (6,7 Mio. €), die Häuser 1-2 Breuerwiesenstraße (4,9 Mio. €) und das Langhaus Gerhart-Hauptmann-Ring (2,3 Mio. €).

Passivisch sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 8,4 Mio. € auf 51,8 Mio. € und die sonstigen Verbindlichkeiten um 5,5 Mio. € auf 20,6 Mio. € gestiegen. Letztere betreffen mit 20,4 Mio. € Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Stadt Frankfurt am Main. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Gesellschafterdarlehen um rd. 6 Mio. € erhöht.
Insgesamt haben sich die mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten um 17,1 Mio. € auf 71 Mio. € erhöht (davon 47 Mio. € mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren).
Der Finanzmittelbestand ist gegenüber dem Vorjahr um 429 T € auf 1,9 Mio. € gesunken. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (13,6 Mio. €) konnte durch die Kreditfinanzierung (13,1 Mio. €) und den geringen Zufluss aus dem laufenden Geschäft (56 T €) nicht vollständig kompensiert werden.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von 362 T € (Vj. 543 T €). Die Umsatzerlöse aus Grundstücksverkäufen sind gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Mio. € auf 5,9 Mio. € gesunken. Der Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen ist um 5,5 Mio. € auf 0,5 Mio. € zurückgegangen. Demgegenüber haben sich auch die Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke um 8,3 Mio. € auf 6,1 Mio. € verringert.

B. Ausblick

Für 2015 sind insbesondere folgende Projekte geplant:

- Erschließung Parkstadt II
- Fertigstellung Gerhart-Hauptmann-Ring und Melchiorstraße 10
- Bezugsfertigkeit Breuerwiesenstraße 15 – 21
- Bezugsfertigkeit Kamelienstraße
- Veräußerung Berger Straße 328
- Umbau Allmeygang 8
- Sanierung Kita Blauglockenweg
- Endabrechnung Sportfeld Edwards
- Baubeginn Bolongarostraße 122
- Planung ehemalige Breuerwerke
- Planung Gutleutstraße 121
- Bau Flinschstraße

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die KEG hat von der Stadt Frankfurt am Main Gesellschafterdarlehen erhalten, die zum Stichtag 31.12.2014 mit 20,5 Mio. € ausgewiesen sind.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.
Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**77.890**	**65.336**	**12.554**	**19,2**
Sachanlagen	77.890	65.336	12.554	19,2
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**20.593**	**20.100**	**493**	**2,5**
Vorräte	15.765	16.426	-662	-4,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.587	1.293	294	22,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.242	2.381	861	36,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**244**	**286**	**-42**	**-14,5**
Bilanzsumme	**98.728**	**85.722**	**13.006**	**15,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**7.240**	**6.878**	**362**	**5,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	80	80	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	3.905	3.905	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.893	2.350	543	23,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	362	543	-181	-33,3
Rückstellungen	**11.056**	**11.235**	**-179**	**-1,6**
Verbindlichkeiten	**77.510**	**64.582**	**12.928**	**20,0**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.775	43.350	8.425	19,4
Passive latente Steuern	**2.873**	**2.952**	**-80**	**-2,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**48**	**74**	**-26**	**-35,0**
Bilanzsumme	**98.728**	**85.722**	**13.006**	**15,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	9.828	13.493	-3.665	-27,2
Bestandsänderung UE / FE	520	6.003	-5.484	-91,3
Gesamtleistung	**10.347**	**19.496**	-9.148	-46,9
sonstige betriebliche Erträge	643	192	451	234,9
Materialaufwand	-7.142	-15.403	8.261	-53,6
Personalaufwand	-14	-14	0	-0,0
Abschreibungen	-1.073	-1.409	336	-23,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-897	-977	80	-8,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**1.864**	**1.885**	-21	-1,1
Finanzergebnis	-1.184	-886	-298	33,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**680**	**998**	-318	-31,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-318	-455	138	-30,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	362	543	-181	-33,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**362**	**543**	-181	-33,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.10 Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 36 98 0 69/2 12-4 76 47	info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de

Gründung:
01.01.1968

Unternehmensgegenstand:
Abhaltung und Unterstützung sowie die Förderung der Abhaltung von Märkten (Großmarkt für Lebensmittel, insbesondere für Obst und Gemüse, Einzelhandelsmarkthallen in der Innenstadt und im Stadtteil Höchst sowie offene Märkte) nach Maßgabe der Marktordnung der Stadt Frankfurt am Main, ggf. auch die Schließung sowie Auflösung der städtischen Märkte, wobei eine Übertragung des Geschäftsbetriebs auf Dritte möglich ist. Darüber hinaus besteht der Zweck des Eigenbetriebes auch in der Bereitstellung von Gewerbe- und sonstigen Flächen, inklusive deren Erwerb, Entwicklung und Verkauf.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	1.278.230 € = 100,00 %

Betriebsleitung:
Herr Herbert Janicke
Herr Ralf Karpa

Betriebskommission:	14 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Michael Paris
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Frau Stv Ursula auf der Heide
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Frau Stv Christiane Loizides
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr StR Michael Paris
	Frau StRin Dominike Pauli
	Herr Stv Arnold Weber
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Thorsten Blum (AN)
	Frau Jutta Ehret
	Frau Sabine Kiepfer (AN)
	Herr Dr. Andreas Theiss

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
14 Mitglieder, davon 2 Vertreter des Personalrats und 2 von der Stadt berufene wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen	Frau Stv Natascha Kauder (bis 19.11.2014) Herr Peter Stolle (AN) (bis 23.07.2014)	Frau Sabine Kiepfer (AN) (seit 24.07.2014) Frau StRin Dominike Pauli (seit 20.11.2014)

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	1.688.100 € = 25,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Seit dem 01.01.2007 hat der Eigenbetrieb seinen gesamten Geschäftsbetrieb an die HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mbH verpachtet. Die Unternehmenstätigkeit beschränkt sich nunmehr im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Entwicklung der Wochenmärkte und der Kleinmarkthalle ist weiterhin stabil und gewährleistet damit eine solide Ertragslage aus der Betriebspacht. Märkte in der Innenstadt werden standortbedingt am stärksten frequentiert, was ein entsprechend großes Händlerinteresse und damit einhergehende Vollvermietung der Standflächen nach sich zieht. Zudem konnten die Händlerzahlen bei den Flohmärkten aufgrund des milden Winters um 12,5 % gesteigert werden.

Im Hinblick auf den Erbpachtvertrag mit der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH erfolgte 2014 eine im Erbpachtvertrag vereinbarte Pachtzinserhöhung von 17 %.
Die Abrechnung mit der Europäischen Zentralbank (EZB) aus dem Verkauf des Großmarkthallen-Geländes liegt weiterhin im erwarteten Rahmen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 36,5 Mio. € auf 34,3 Mio. € reduziert. Bei den Sachanlagen schlägt eine nachträgliche Anpassung der Anschaffungskosten von Grundstücken (1,1 Mio. €) zu Buche. Der Rückgang des Finanzanlagevermögens um 1,9 Mio. € auf 19,8 Mio. € betrifft die planmäßige Tilgung von Darlehen durch das Frischezentrum. Unter den Forderungen an die Stadt Frankfurt ist im Wesentlichen das Guthaben auf dem Stadtkassenkonto von 8,6 Mio. € ausgewiesen (Vj. 7,7 Mio. €).
Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt (-1,9 Mio. €) sowie die passiven latenten Steuern reduziert (-0,2 Mio. €). Darüber hinaus hat sich das Eigenkapital um 0,2 Mio. € auf 10,2 Mio. € verringert. Die Verringerung des Eigenkapitals ergibt sich als Saldo zwischen dem Jahresüberschuss und der Gewinnausschüttung. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 29,9 % (Vj. 28,5 %).
Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt von 18,2 Mio. € auf 16,3 Mio. € resultiert vornehmlich aus der von der Stadt erhaltenen, an die Frischezentrum GmbH weitergereichten Darlehen.
Der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) hat sich zum Stichtag von 7,7 Mio. € auf 8,7 Mio. € erhöht. Der geringe Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (59 T €) sowie der Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit (3 Mio. €) haben ausgereicht, um den Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit (-2,1 Mio. €) überzukompensieren.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von 89 T € (Vj. 248 T €). Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 235 T € auf 161 T € gesunken und resultieren i.W. aus um 204 T € geringeren Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 373 T € haben sich gegenüber dem Vorjahr um 287 T € erhöht. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf nicht aktivierbare Planungskosten im Zusammenhang mit der Sanierung der Kleinmarkthalle in Höhe von 312 T € zurückzuführen.
Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen. Dabei hat sich der Aufwand aus der Gewerbe- und Körperschaftsteuer um 186 T € verringert. Die restliche Veränderung ist auf die Auflösung von latenten Steuern in Höhe von -186 T € (Vj. Zuführung + 39 T €) zurückzuführen.

B. Ausblick

Sowohl das Jahresergebnis als auch das Risikofrüherkennungssystem stehen in engem Zusammenhang mit der HFM GmbH. So existiert ein informelles System zur Risikofrüherkennung über die HFM GmbH, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung der Märkte und Beteiligungen fortlaufend beobachtet wird. Zudem wird der Fortschritt der Planungs- und Bauarbeiten auf dem EZB-Gelände durch eine Ingenieurgesellschaft überwacht.
Auf der Agenda steht weiterhin die baulich-technische Sanierung der Kleinmarkthalle. Diese beinhaltet die Erneuerung der Haustechnik der Kleinmarkthalle innerhalb der bestehenden Gebäudetechnik und die substanzielle Verbesserung der Belüftung, wobei der laufende Marktbetrieb möglichst gering beeinträchtigt werden soll. Im Jahr 2014 wurden im Rahmen der Planung zur Sanierung der Haustechnik der Kleinmarkthalle in der Leistungsphase Vorplanung diverse Varianten erarbeitet. Projektleiter ist das Hochbauamt der Stadt Frankfurt am Main. Die Bewertung und Auswahl der Varianten werden voraussichtlich im Jahr 2015 erfolgen.
Hinsichtlich des Erbpachtvertrags mit der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH besteht weiterhin ein finanzielles Risiko. Eine Stundung des Erbpachtzinses sowie eine Anpassung von Darlehenszinsen und -laufzeiten in Verbindung mit den Kreditverpflichtungen könnten die Folge

sein. Das Frischezentrum strebt eine Umschuldung der bestehenden Kreditverträge sowie den Erwerb des Grundstücks an. Diesbezüglich befindet sich das Frischzentrum in Verhandlungen mit den Gesellschaftern. Die Auswirkungen einer möglichen Umschuldung des Frischezentrums auf die Marktbetriebe sind aktuell noch nicht absehbar.
Auch für das Jahr 2015 wird aufgrund der Erlöse aus dem Betriebspachtvertrag mit einem positiven Geschäftsergebnis gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebs in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 16.05.2013 für das Planjahr 2014 und am 05.06.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 20.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**25.471**	**28.569**	**-3.098**	**-10,8**
Sachanlagen	5.628	6.867	-1.239	-18,0
Finanzanlagen	19.843	21.702	-1.859	-8,6
Umlaufvermögen	**8.829**	**7.878**	**950**	**12,1**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.694	7.779	915	11,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	135	99	36	36,0
Bilanzsumme	**34.300**	**36.448**	**-2.148**	**-5,9**
PASSIVA				
Eigenkapital	**10.247**	**10.406**	**-159**	**-1,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	1.278	1.278	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.880	8.880	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	89	248	-159	-64,0
Rückstellungen	**5.336**	**5.289**	**47**	**0,9**
Verbindlichkeiten	**18.365**	**20.215**	**-1.851**	**-9,2**
Passive latente Steuern	**351**	**537**	**-186**	**-34,6**
Bilanzsumme	**34.300**	**36.448**	**-2.148**	**-5,9**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	837	901	-64	-7,1
Gesamtleistung	**837**	**901**	-64	-7,1
sonstige betriebliche Erträge	161	396	-235	-59,3
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-595	-614	19	-3,2
Abschreibungen	-11	-12	1	-4,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-373	-85	-287	337,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**20**	**585**	-566	-96,7
Finanzergebnis	129	94	35	37,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**148**	**679**	-531	-78,2
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-59	-431	372	-86,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	89	248	-159	-64,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**89**	**248**	-159	-64,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	9	10	-1	-10,0

1.10.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Josef-Eicher-Straße 10 60437 Frankfurt am Main	0 69/50 77 598-0 0 69/50 77 598-150	info@frische-zentrum-frankfurt.de www.frische-zentrum-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
29.01.2002	Betrieb eines Frischezentrums mit allen dafür erforderlichen Teilfunktionen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Händler	5.060.450 €	=	74,94 %
Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	1.688.100 €	=	25,00 %
Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt e. V.	4.150 €	=	0,06 %
	6.752.700 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Ltd. Magistratsdirektor Adolf Kannengießer

Herr Hans-Georg Paulus

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr StR Claus Möbius
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Jürgen Gärtner
	Herr Clemens Götzinger
	Herr Wolfgang Lindner
	Herr Thomas Nassall
	Herr Ercan Satir
	Frau Meltem Tekirdag
	Herr Ralf Wisser
	Frau Halime Yalcin
	Herr Ruhi Yavuz

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
12 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr Hasan Erdinc (bis 24.09.2014)	Herr Clemens Götzinger (seit 24.09.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Gesellschaft hat mit den Marktbetrieben einen Erbbaurechtsvertrag über das Gelände des Frischezentrums geschlossen. Zur Finanzierung der Errichtung des Frischezentrums wurden Darlehen seitens der Marktbetriebe in Anspruch genommen. Das Hauptaugenmerk lag im Berichtsjahr auf den Ende Mai 2014 auslaufenden 10-Jahres-Mietverträgen. Nur wenige Mieter haben sich entschlossen, ihren Mietvertrag zu beenden. In einigen Fällen kam es zu Flächenerweiterungen. Im Zusammenhang mit dem Auslaufen der 10-Jahres-Mietverträge waren Neugruppierungen der Flächen erforderlich. Ein Mieter hat unerwartet die Anmietung einer großen Distributionsfläche nicht verlängert. Die Anschlussvermietung konnte bis zum Ende des Berichtsjahrs nicht realisiert werden. Zum 31.12.2014 waren 87 % der Flächen im Frischezentrum vermietet. Damit ist der Vermietungsstand gegenüber dem Vorjahresstichtag um 6,7 % gesunken. Die Halle B war zum Stichtag zu 66,1 % vermietet, die Halle A zu 98,5 % und die Büros zu 59,1 %. Die technischen Gebäudeleistungen wurden aufgrund des Auslaufens der entsprechenden Verträge neu ausgeschrieben und zum Jahresbeginn 2015 ein neuer Dienstleister beauftragt. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Frischezentrums fand im August ein Frische-Erlebnistag statt, der rund 25.000 Besucher anlockte.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 29 Mio. € auf 29,3 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich abschreibungsbedingt das Sachanlagevermögen um 1,5 Mio. € auf 23,8 Mio. € verringert. Das Umlaufvermögen hat sich um 0,1 Mio. € verringert. Ursächlich ist vor allem ein Rückgang der liquiden Mittel um 0,4 Mio. €, der durch den Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 0,3 Mio. € nicht kompensiert werden konnte. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr (0,2 Mio. €) auf 2,1 Mio. € gestiegen. Dieser beinhaltet im Wesentlichen im Berichtsjahr angeforderte Erschließungskosten für das Grundstück des Frischezentrums, die über die Laufzeit des Erbbaurechtsvertrages aufgelöst werden.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital aufgrund des Jahresfehlbetrages um 161 T € auf 6,4 Mio. € gesunken. Die Verbindlichkeiten haben sich um 0,6 Mio. € auf 22,4 Mio. € erhöht. Die Darlehensverpflichtungen gegenüber der Stadt beliefen sich auf rund 18 Mio. €. Die Verschuldung betrug insgesamt 78,1 % der Bilanzsumme. Gegenüber dem Vorjahr (77,3 %) trat eine leichte Verschlechterung ein.

Der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) hat sich aufgrund des um 0,6 Mio. € auf 1,5 Mio. € gesunkenen Cashflow aus laufendem Geschäft und des Abflusses aus der Darlehenstilgung (1,9 Mio. €) um 0,4 Mio. € auf 1,4 Mio. € verringert.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis ist mit -161 T € negativ (Vj. +534 T €). Ursächlich sind insbesondere um 788 T € gestiegene Betriebsausgaben. Dies betrifft insbesondere mit 296 T € Kosten für Mieterumzüge, mit 139 T € Forderungsverluste sowie mit 140 T € Rechts- und Beratungskosten. Weiter sind die Umsatzerlöse um 219 T € gesunken.

Das Ergebnis beruht in Höhe von 378 T € auf neutralen und periodenfremden Bestandteilen. Unter Abzug dieser Effekte ergibt sich ein Ergebnis von -539 T €.

B. Ausblick

Das Großmarktgeschäft entwickelt sich aufgrund der stärker werdenden Konkurrenzsituation durch Discounter und des veränderten Konsumverhaltens allgemein rückläufig. Auch im Jahr 2014 wird der Handel mit Obst und Gemüse daher schwierig bleiben.

Aufgrund der mit der Stadtentwässerung vereinbarten Ratenzahlung des Kanalanschlussbeitrages ist in 2015 mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. Die Gesellschaft erwartet in 2015 gleichwohl ein gegenüber 2014 verbessertes Jahresergebnis, da sie davon ausgeht, dass die aktuelle Vermietungsquote wieder steigt. Bei entsprechender Nachfrage sollen zu diesem Zweck auch Flächen aufgewertet und zu einem höheren Mietpreis angeboten werden. Ferner wird eine Verringerung der Finanzierungsbelastung durch eine Darlehensumfinanzierung angestrebt. Ebenso in Prüfung ist die Möglichkeit der finanziellen Entlastung durch einen Erwerb des Erbbaugrundstücks.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Er wird belegt durch die Struktur der Gesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung diverser privater Markthändler. Hierin zeigen sich die Akzeptanz und die Bedeutung des Frischezentrums für den Wirtschaftszweig.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 10 T €. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**23.804**	**25.270**	**-1.466**	**-5,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	1	231,0
Sachanlagen	23.802	25.270	-1.467	-5,8
Umlaufvermögen	**3.354**	**3.498**	**-144**	**-4,1**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.021	1.754	266	15,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.333	1.744	-410	-23,5
Aktive latente Steuern	**2**	**1**	**1**	**79,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**2.148**	**217**	**1.931**	**892,1**
Bilanzsumme	**29.308**	**28.986**	**322**	**1,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**6.407**	**6.568**	**-161**	**-2,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	6.753	6.753	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-185	-719	534	-74,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-161	534	-696	-130,2
Rückstellungen	**454**	**522**	**-67**	**-12,9**
Verbindlichkeiten	**22.440**	**21.888**	**551**	**2,5**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	213	222	-9	-4,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**7**	**7**	**-1**	**-7,1**
Bilanzsumme	**29.308**	**28.986**	**322**	**1,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	7.061	7.280	-219	-3,0
Gesamtleistung	**7.061**	**7.280**	-219	-3,0
sonstige betriebliche Erträge	516	97	419	429,9
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-452	-404	-47	11,8
Abschreibungen	-1.499	-1.503	4	-0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.384	-3.580	-804	22,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**1.243**	**1.890**	-647	-34,2
Finanzergebnis	-1.205	-1.153	-52	4,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**38**	**737**	-699	-94,8
Steuern	-199	-203	4	-1,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-161	534	-696	-130,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-161**	**534**	-696	-130,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0
Vermietungsstand (in %)	87	93	-6	-6,7

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Ludwig-Erhard-Anlage 1	0 69/75 75-0	info@messefrankfurt.com
60327 Frankfurt am Main	0 69/75 75-64 33	www.messefrankfurt.com

Gründung:
22.11.1907

Unternehmensgegenstand:
Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland, durch Veranstaltung oder Durchführung von Kongressen und Tagungen und durch alle mit den Messe-, Ausstellungs-, Kongress- und Tagungsgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten. Zur Erfüllung dieses Zwecks unterhält die Gesellschaft Messe- und Ausstellungsanlagen sowie Kongress- und Tagungsräume, die sie für die Veranstaltungen nutzt oder gegen angemessenes Entgelt vermietet. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, auf ihrem Gelände Veranstaltungen sportlicher, kultureller oder sonstiger Art durchzuführen oder ihre Anlagen für solche Zwecke zu vermieten.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	108.000.000 €	=	60,00 %
Land Hessen	72.000.000 €	=	40,00 %
	180.000.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Uwe Behm
Herr Detlef Braun
Herr Wolfgang Marzin

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Manuel Stock
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Jörn Apfelstädt (AN)
	Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir
	Herr Staatsmin Peter Beuth
	Frau Britta Böcher (AN)
	Herr Wolfgang Dimmer (AN)
	Herr Bernd Ehinger
	Herr Jürgen Engel (AN)
	Herr Prof. Dr. Gottfried Honnefelder
	Herr Christian Klingler
	Herr Alexander Neumann (AN)
	Herr StR Dr. Lutz Raettig
	Herr Peter Saalmüller (AN)
	Herr Staatsmin Dr. Thomas Schäfer
	Herr Peter Thomaschewski (AN)
	Herr Dr. Martin Viessmann
	Herr Hamid Yazdtschi

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
21 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
davon 7 Vertreter der Arbeitnehmer	Herr Staatsmin Florian Rentsch (bis 18.01.2014)	Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir (seit 31.03.2014)
	Herr Staatsmin Boris Rhein (bis 25.05.2014)	Herr Staatsmin Peter Beuth (seit 26.05.2014)
	Frau Ute Schuchardt (AN) (bis 19.08.2014)	Frau Britta Böcher (AN) (seit 03.11.2014)

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	25.000.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Venue GmbH, Frankfurt am Main	150.000.000 €	=	100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Strategie der fortwährenden Internationalisierung hat die Wirtschaftskraft des Konzerns Messe Frankfurt in den vergangenen Jahren beständig gesteigert. Ende 2014 verfügte der Konzern Messe Frankfurt neben der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH über neun inländische, 20 ausländische Tochtergesellschaften, fünf Niederlassungen sowie 57 Sales Partner, die für 161 Länder tätig sind.

Das weltwirtschaftliche Expansionstempo war im Jahr 2014 niedriger als ursprünglich erwartet und setzt damit eine Reihe enttäuschender Jahre fort. Das Wachstum ist auf 2,6 % (nach 2,5 % im Jahr 2013) gestiegen. Diese Entwicklung war vor allem durch eine deutlich nachlassende konjunkturelle Dynamik im Euroraum und in Japan getrieben, während die aggregierte Produktion in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in den USA und in Großbritannien, weiterhin robuste Zuwachsraten verzeichnete (Ifo Institut - Kurzfassung der Ifo Konjunkturprognose 2014/2015 vom 11. Dezember 2014).

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen: Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 1,2 %. Die konjunkturelle Lage hat sich nach dem schwungvollen Jahresauftakt und der Schwächephase im Sommer zum Jahresende 2014 stabilisiert (Statistisches Bundesamt - Pressemitteilung vom 15. Januar 2015 – 16/15).

Unter diesen Rahmenbedingungen hat der Konzern Messe Frankfurt 2014 weltweit 121 Messen und Ausstellungen (Vj. 113) durchgeführt, zu denen 84.708 Aussteller (Vj. 79.579) und 3,1 Mio. Besucher (Vj. 3,7 Mio.) kamen. Es wurden insgesamt vom Konzern wie im Vorjahr rund 2,4 Mio. qm Nettofläche vermietet. Neben den o. g. Veranstaltungen gab es am Messeplatz Frankfurt noch 245 Kongresse und Events mit 582.000 Besuchern. Insgesamt besuchten im Berichtsjahr 3,7 Millionen Menschen die Veranstaltungen des Konzerns Messe Frankfurt GmbH.

Am Standort Frankfurt fanden insgesamt 36 Messen und Fachausstellungen statt, darunter 15 konzerneigene Veranstaltungen mit 21.600 Ausstellern (Vj. 19.300). Bei diesen Eigenveranstaltungen wurden mehr als 834.900 Besucher (Vj. 744.000) registriert. Die diesbezüglich vermietete Gesamtnettofläche lag bei 903.900 qm (Vj. 866.000 qm). Bei den konzerneigenen Messeveranstaltungen in Frankfurt am Main kamen im Berichtsjahr 73,4 % der Aussteller (Vj. 68.5 %) aus dem Ausland. Auf der Besucherseite lag der Internationalitätsgrad bei 47,9 % (Vj. 44,8 %). Die durchschnittlichen Internationalitätsgrade für Veranstaltungen am Messeplatz Deutschland beziffert der Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft (AUMA e.V.) mit 57 % auf der Ausstellerseite bzw. 26 % bei den Besuchern.

Am Messeplatz Frankfurt kommt neben den Eigenveranstaltungen der Messe Frankfurt auch den Gastveranstaltungen eine große Bedeutung zu. Im Geschäftsjahr 2014 fanden 21 Gastmessen statt.

Das Auslandsgeschäft (Messen und Services außerhalb Deutschlands) hatte auch 2014 einen wesentlichen Anteil am Geschäftserfolg des Konzerns Messe Frankfurt. Von den Tochtergesellschaften im Ausland wurden insgesamt 77 Messen (Vj. 70) mit 42.900 Ausstellern (Vj. 38.800) und fast 1,5 Mio. Besuchern (Vj. 1,4 Mio.) auf 1.060.600 qm (Vj. 935.200 qm) veranstaltet. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts war nach wie vor Asien mit 46 Veranstaltungen, von denen allein 27 auf China entfielen. Die Messe Frankfurt engagiert sich auch weiterhin in den attraktiven Märkten des Wirtschaftsraums EMEA (Europe, Middle East, Africa) mit 20 sowie in Nord- und Südamerika mit zehn Messeveranstaltungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Messe Frankfurt GmbH ist um 16,5 Mio. € auf 495,9 Mio. € (Vj. 479,4 Mio. €) gestiegen.

Das Anlagevermögen (334,7 Mio. €) der Gesellschaft ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen (325,1 Mio. €). Sie machen allein rund 66 % der Bilanzsumme aus und beinhalten ausschließlich die von der Gesellschaft gehaltenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen. Es wurden Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen von 3,4 Mio. € insbesondere für Hard- und Softwareausstattung vorgenommen, denen Abschreibungen von 3,5 Mio. € gegenüberstanden.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 16,7 Mio. € auf 161 Mio. € erhöht.

Die Forderungen sind insgesamt um 4,6 Mio. € auf 49,9 Mio. € zurückgegangen. Dabei stand dem Rückgang bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 11,6 Mio. € ein Anstieg bei den sonstigen Vermögensgegenständen von 7,1 Mio. € gegenüber.

Auf der Passivseite wird aufgrund der im Berichtsjahr beschlossenen Gewinnverwendung des Bilanzergebnisses 2013 (Ausschüttung von 13 Mio. €) sowie des erzielten Jahresüberschusses von 25,3 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr um 12,3 Mio. € erhöhtes Eigenkapital von 366,5 Mio. € ausgewiesen. Dies entspricht wie im Vorjahr einer Eigenkapitalquote von rund 74 %.

Zur Erfolgslage

Die Messe Frankfurt GmbH weist im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 25,3 Mio. € nach 28,1 Mio. € im Geschäftsjahr 2013 aus. Nach Abzug aller Aufwandspositionen von 51,2 Mio. € (Vj. 50,7 Mio. €) und nach Hinzurechnung des positiven Finanzergebnisses von 29,4 Mio. € (Vj. 36,5 Mio. €) ergibt sich ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 28,8 Mio. € (Vj. 33,7 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2012 wurden Ergebnisabführungsverträge mit der Messe Frankfurt Exhibition GmbH und der Messe Frankfurt Venue GmbH abgeschlossen. Bedingt durch die Ausgliederung des operativen Geschäfts auf die beiden genannten Tochtergesellschaften in den Jahren 2003 bzw. 2004 resultiert der Umsatz bei der Messe Frankfurt GmbH (Holding) im Wesentlichen aus der Bereitstellung der zentralen Verwaltungsdienstleistungen sowie aus Umlagen für das Unternehmensmarketing an ihre Tochtergesellschaften am Messeplatz Frankfurt. Im Jahr 2014 betrug der Umsatz 48 Mio. € (Vj. 46,2 Mio. €).

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Messe Frankfurt Exhibition GmbH erzielte ein Ergebnis vor Ertragsteuer bzw. Ertragsteuerumlage von 26,3 Mio. € (Vj. 16,2 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch begründet, dass gerade Jahre aufgrund des Mehrjahresturnus einiger Veranstaltungen aus Sicht der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ergebnisstärkere Geschäftsjahre sind. Darüber hinaus haben sich die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH um 2,7 Mio. € verbessert. Nach Abzug der Ertragsteuer bzw. der Ertragsteuerumlage von 4,6 Mio. € verbleibt bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ein Jahresüberschuss von 21,7 Mio. € (Vj. 14,6 Mio. €), der jedoch infolge des im Jahr 2012 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages vollständig an die Messe Frankfurt GmbH abgeführt wurde. Auch die inländische MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart trägt mit einem Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung von 8,8 Mio. € (Vj. 8,6 Mio. €) einen wesentlichen Anteil zum Konzernerfolg bei. Für die Messe Frankfurt Venue GmbH war das Geschäftsjahr 2014 ergebnisschwächer, da turnusbedingt die großen Gastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA nicht stattfanden. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beträgt 4,1 Mio. € und liegt damit rund 18,1 Mio. € unter dem Vorjahr.

Bei den Steuern waren neben den Grundsteuern (3 Mio. €) Steuererstattungen von 0,7 Mio. € zu berücksichtigen. Im Geschäftsjahr ergibt sich damit ein Gewinn von rund 1,8 Mio. € nach 13,7 Mio. € im Vorjahr, der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt wurde. Die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Venue GmbH, d. h. der Messe

Frankfurt Medien und Service GmbH und der Accente Gastronomie Service GmbH verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr (9 Mio. €) um rund 1 Mio. € auf 10,1 Mio. €.

Die Konzernbilanzsumme beläuft sich auf 863,5 Mio. € (Vj. 819,8 Mio. €). Das Anlagevermögen des Konzerns Messe Frankfurt von 599,7 Mio. € (Vj. 601,5 Mio. €) ist im Wesentlichen geprägt durch die Grundstücke und Gebäude sowie die Messerechte und Firmenwerte. Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus Investitionen von rund 55,8 Mio. € vorgenommen (Vj. 48,1 Mio. €). Davon entfielen 28,6 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände für den Erwerb der Anteile an den Gesellschaften in Südafrika und in Guangzhou (China) sowie den Kauf von Veranstaltungsrechten. Weitere 27,2 Mio. € wurden in Sachanlagen investiert, wobei 8,5 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie 4,5 Mio. € auf Betriebsvorrichtungen in den Hallen entfallen. In weitere Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere das Grundstück und das Gebäude des Kaps Europa sowie die Parkplatzbefestigungen und die Begrünung auf dem Rebstockgelände, wurden 6,6 Mio. € investiert.

Auf der Passivseite wird für das Eigenkapital aufgrund des im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschusses (33,4 Mio. €), der erfolgten Ausschüttungen (16,9 Mio. €), der Veränderung des Minderheitskapitals (5,3 Mio. €) sowie der Veränderung der Eigenkapitaldifferenz aus der Fremdwährungsumrechnung (4,1 Mio. €) ein Wert von 453,2 Mio. € bilanziert, der um 25,9 Mio. € über dem Vorjahr (427,3 Mio. €) liegt. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von rund 52,5 % und führt zu einem Anlagendeckungsgrad 1. Grades von rund 76 %.

Der Konzern weist einen Jahresüberschuss von 33,4 Mio. € nach 34,7 Mio. € im Geschäftsjahr 2013 aus. Die hieraus resultierende Umsatzrendite nach Steuern beträgt 6 % (Vj. 6,4 %). Im Verhältnis zum Eigenkapital errechnet sich eine Rendite von 7,8 % (Vj. 8,4 %).

Mit 47,3 Mio. € lag das Ergebnis vor Ertragsteuern um 1,8 Mio. € bzw. 3,7 % unter dem des Vorjahrs (49,1 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge (19,2 Mio. €) beinhalten neben dem laufenden Ertrag aus der jährlichen Auflösung des Sonderpostens zum Finanzierungsbeitrag (2,1 Mio. €) im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen (5 Mio. €) für aus zeitlichen Gründen unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen, Erträge aus Kursdifferenzen von 9,7 Mio. € sowie Erträge aus wertberichtigten Forderungen (0,8 Mio. €). Den Erlösen stehen betriebliche Aufwendungen von insgesamt 519,1 Mio. € (Vj. 502,7 Mio. €) gegenüber. Den höchsten Anteil bei den Aufwendungen haben die veranstaltungsbezogenen Kosten mit 266,2 Mio. € nach 261,4 Mio. € im Jahr 2013. Aufgrund der vorgesehenen weiteren Geschäftsausweitung insbesondere im Ausland ist die Personalkostenquote von 22,6 % im Vorjahr auf 23,6 % im Berichtsjahr angestiegen. Die Abschreibungen hingegen sind mit 52 Mio. € um 4,4 Mio. € niedriger ausgefallen. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen, dass bei einigen Hallen die betriebswirtschaftliche Nutzungsdauer abgelaufen ist. Sonstige betriebliche Aufwendungen wurden in Höhe von 70,2 Mio. € verbucht und liegen damit um 8,6 Mio. € über dem Vorjahr. Diese Position beinhaltet alle Aufwendungen, die nicht direkt mit den Veranstaltungen in Zusammenhang stehen, z. B. Bürokosten, Leiharbeitskräfte, Aufwendungen aus Kursdifferenzen sowie Beratung und Unternehmensmarketing. Der Anstieg resultiert insbesondere aus höheren Aufwendungen aus Kursdifferenzen sowie bei den Bürokosten. Das Finanzergebnis bzw. Zinsergebnis ist mit - 2,4 Mio. € etwas besser ausgefallen als im Vorjahr (-2,6 Mio. €). Dabei haben sich sowohl die Zinserträge (1,5 Mio. €) um 0,8 Mio. € als auch die Zinsaufwendungen (3,9 Mio. €) um 1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die Zinsaufwendungen resultieren aus dem Bankdarlehen der Messe Frankfurt Venue GmbH, das zur Finanzierung des Baus der Halle 3 aufgenommen wurde.

Der überwiegend positive Geschäftsverlauf spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung des Konzerns wider. Mit 554,2 Mio. € wurde im Jahr 2014 ein neuer Höchstumsatz erzielt, der um 1,7 % bzw. 9,4 Mio. € über dem des Vorjahrs (544,8 Mio. €) liegt. Gegenüber dem Jahr 2012, das vom Veranstaltungsturnus im Inland eher vergleichbar ist, wurden 9,2 Mio. € mehr erlöst. Das Wachstum im Konzern wurde im Gegensatz zum Vorjahr im We-

sentlichen durch die ausländischen Tochtergesellschaften generiert, die mit 197,9 Mio. € den Umsatz um 31,3 Mio. € bzw. 18,8 % gesteigert haben. Insbesondere die Mehrumsätze der Tochtergesellschaften in Asien (+18,4 Mio. €), Dubai (+3,9 Mio. €) sowie in den USA (+3,1 Mio. €) waren hierfür ursächlich. Im Inland hingegen ging der Umsatz turnusbedingt um 21,9 Mio. € auf 356,3 Mio. € zurück, da weder die umsatzstarke Gastveranstaltung IAA Pkw (Zweijahresturnus) noch die ACHEMA (Dreijahresturnus) stattfanden. Der Messeturnus wirkte sich vor allem bei der Messe Frankfurt Venue GmbH sowie der Accente Gastronomie Service GmbH aus, die mit konsolidiert 73,3 Mio. € (-32,3 Mio. €) bzw. 25,9 Mio. € (-2,3 Mio. €) geringere Umsätze erzielt haben. Dies konnte auch nicht durch Mehrerlöse der Messe Frankfurt Exhibition GmbH kompensiert werden, für die gerade Jahre turnusbedingt stärkere Jahre darstellen. Sie ist mit ihren großen internationalen Leitmessen unverändert der Hauptumsatzträger des Konzerns (37,5 %) und erzielte konsolidiert 210,5 Mio. € nach 197,6 Mio. € im Vorjahr.

B. Ausblick

Der ifo-Konjunkturbericht 4/2014, der für die Messe Frankfurt erstellt wird, geht für den Euroraum von einer geringen konjunkturellen Dynamik aus, während die Weltwirtschaft an Fahrt gewinnen wird. In den USA und Großbritannien sollte sich die Erholung fortsetzen, und auch in Indien sowie mehreren ostasiatischen Schwellenländern dürfte die Produktion stärker expandieren. Insgesamt wird von einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Welt um 3 % im Jahr 2015 ausgegangen. Der für die Messewirtschaft wichtige Welthandel wird nach voraussichtlich 2,6 % im Jahr 2014 im Jahr 2015 um 4 % zulegen. Der Branchenverband der Messewirtschaft AUMA (Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin) rechnet für das Jahr 2015 in Deutschland mit konstanten bis leicht wachsenden Messekennzahlen im Vergleich zu den Vorveranstaltungen. Unter diesen Vorzeichen strebt die Messe Frankfurt im Geschäftsjahr 2015 an, sich mit ihren Veranstaltungen als internationales, wirtschaftsorientiertes Unternehmen mit Frankfurt am Main als modernen Messestandort zu positionieren und weiter – auch international – zu wachsen.

Neben der formnext, einer Fachmesse für den Bereich hochspezialisierter Werkzeug- und Formenbau und Additiven Fertigungstechnologien/3D-Druck sind konzernweit weitere 13 Veranstaltungen geplant. Grundsätzlich sieht die Messe Frankfurt Wachstumsmöglichkeiten sowohl im Inland als auch im Ausland, insbesondere durch die Steigerung der Auslastung am Standort Frankfurt, weitere Internationalisierung der Messemarken durch Ausrollen in die definierten Märkte und Erweiterung der Marktanteile an Serviceleistungen sowohl im Bereich der Hardware (Standbau, Catering, Advertising) als auch zunehmend im Bereich digitaler Dienstleistungen und Sponsorings.

Die Messe Frankfurt GmbH erwartet 2015 erneut ein positives Geschäftsjahr. Anlass hierzu geben das starke Interesse und die stabile Nachfrage nach den großen Messen im Frühjahr 2015 im In- und Ausland und der damit verbundene Flächenbedarf. Obwohl 2015 insbesondere die umsatz- und ergebnisstarken Eigenveranstaltungen Automechanika und Light + Building nicht stattfinden, führt der Turnus der großen Gastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA dazu, dass im anstehenden Geschäftsjahr von einer etwas höheren Geländeauslastung ausgegangen werden kann. Im Ausland wird ebenfalls aufgrund des Messeturnus und neuer Veranstaltungen mit einer deutlichen Geschäftsausweitung gerechnet.

Für das Jahr 2015 plant die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt mit rund 612 Mio. € einen Konzernumsatz, der ca. 51 Mio. € über der Vorjahreshöhe liegt und mit rund 30 Mio. € auch ein weiterhin positives Jahresergebnis.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 1964 gewährte Sicherheit (selbstschuldnerische Bürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2014 auf rund 4,9 Mio. €. Dem Haushalt ist in 2014 für das Geschäftsjahr 2013 eine Nettodividende von rund 6,6 Mio. € zugeflossen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge von Herrn Marzin 560 T €, von Herrn Behm 540 T € und von Herrn Braun 534 T €. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 45 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Das Land Hessen beabsichtigt ebenfalls den Erlass eines Public Corporate Governance Kodex, der Bestandteil einer Richtlinie „Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen“ sein wird. Nach dem Inkrafttreten des Landeskodex sollen aus beiden Richtlinien, d. h. der des Landes Hessen und der der Stadt Frankfurt am Main vom März 2010 die gemeinsamen „Standards“ und die Regelungen, die konfliktfrei im Hinblick auf die unterschiedlichen Zielsetzungen zur Unternehmens- und Beteiligungsführung der Anteilseigner angewandt werden können, in eine speziell für die Messe Frankfurt GmbH erstellte Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – einfließen.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Messe Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**334.663**	**334.825**	**-163**	**-0,0**
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.859	6.930	-71	-1,0
Sachanlagen	2.684	2.776	-92	-3,3
Finanzanlagen	325.120	325.120	0	0,0
Umlaufvermögen	**160.975**	**144.260**	**16.715**	**11,6**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.882	54.489	-4.607	-8,5
Wertpapiere	39.698	23.611	16.087	68,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	71.394	66.159	5.235	7,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**250**	**334**	**-84**	**-25,2**
Bilanzsumme	**495.887**	**479.419**	**16.468**	**3,4**
PASSIVA				
Eigenkapital	**366.523**	**354.208**	**12.315**	**3,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	85.219	85.219	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	57.000	57.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	18.989	3.929	15.061	383,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	25.315	28.061	-2.746	-9,8
Rückstellungen	**13.697**	**18.067**	**-4.371**	**-24,2**
Verbindlichkeiten	**115.667**	**107.143**	**8.523**	**8,0**
Bilanzsumme	**495.887**	**479.419**	**16.468**	**3,4**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	48.048	46.247	1.801	3,9
Gesamtleistung	**48.048**	**46.247**	1.801	3,9
sonstige betriebliche Erträge	2.582	1.623	959	59,1
Materialaufwand	-4.369	-3.781	-589	15,6
Personalaufwand	-25.404	-24.002	-1.401	5,8
Abschreibungen	-3.530	-4.661	1.131	-24,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.879	-18.245	366	-2,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-551**	**-2.818**	2.267	-80,4
Finanzergebnis	29.372	36.505	-7.134	-19,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**28.820**	**33.687**	-4.867	-14,4
Außerordentliches Ergebnis	0	39	-39	-
Steuern	-3.505	-5.665	2.160	-38,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	25.315	28.061	-2.746	-9,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**25.315**	**28.061**	-2.746	-9,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	261	248	13	5,2
Anzahl der Messen u. Ausstellungen in Frankfurt	36	36	0	0,0
Anzahl der Aussteller in Frankfurt	37.354	37.876	-522	-1,4
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm) in Frankfurt	1.147	1.383	-236	-17,1
Besucher (in Tsd.) in Frankfurt	1.431	2.172	-741	-34,1
Weitere Veranstaltungen in Frankfurt	245	256	-11	-4,3

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Messe Frankfurt GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**599.747**	**601.546**	**-1.799**	**-0,3**
Immaterielle Vermögensgegenstände	50.365	34.413	15.952	46,4
Sachanlagen	549.362	567.112	-17.751	-3,1
Finanzanlagen	20	20	0	0,0
Umlaufvermögen	**260.440**	**213.178**	**47.263**	**22,2**
Vorräte	1.128	1.952	-824	-42,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	48.551	46.033	2.518	5,5
Wertpapiere	39.698	23.611	16.087	68,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	171.063	141.581	29.482	20,8
Aktive latente Steuern	**182**	**307**	**-125**	**-40,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**3.091**	**4.791**	**-1.700**	**-35,5**
Bilanzsumme	**863.460**	**819.821**	**43.640**	**5,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**453.182**	**427.269**	**25.913**	**6,1**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	112.149	112.149	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	83.386	82.916	470	0,6
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	40.081	22.370	17.711	79,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	30.222	31.180	-959	-3,1
Anteile anderer Gesellschafter	9.768	4.542	5.226	115,1
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	-2.423	-5.888	3.465	-58,8
Sonderposten	**23.263**	**25.411**	**-2.147**	**-8,5**
Rückstellungen	**83.543**	**83.917**	**-374**	**-0,4**
Verbindlichkeiten	**272.706**	**253.622**	**19.083**	**7,5**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67.769	77.542	-9.773	-12,6
Passive latente Steuern	**4.767**	**1.437**	**3.331**	**231,9**
Rechnungsabgrenzungsposten	**25.999**	**28.165**	**-2.166**	**-7,7**
Bilanzsumme	**863.460**	**819.821**	**43.640**	**5,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	554.189	544.799	9.390	1,7
Bestandsveränderung UE / FE	-811	1.129	-1.940	-171,8
Gesamtleistung	**553.378**	**545.929**	7.449	1,4
sonstige betriebliche Erträge	19.204	13.070	6.134	46,9
Materialaufwand	-266.177	-261.362	-4.815	1,8
Personalaufwand	-130.671	-123.355	-7.316	5,9
Abschreibungen	-52.034	-56.402	4.368	-7,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-70.230	-61.617	-8.613	14,0
Betriebsergebnis	**53.469**	**56.263**	-2.793	-5,0
Finanzergebnis	-2.373	-2.609	235	-9,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**51.096**	**53.654**	-2.558	-4,8
Außerordentliches Ergebnis	0	-335	335	-
Steuern	-17.690	-18.645	954	-5,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	33.406	34.674	-1.268	-3,7
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-3.184	-3.494	310	-8,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**30.222**	**31.180**	-959	-3,1

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung	
			absolut	*in %*
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.006	1.866	140	7,5
Anzahl der gesamten Messen u. Ausstellungen	121	113	8	7,1
Anzahl der Aussteller	84.708	79.579	5.129	6,4
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm)	2.375	2.416	-41	-1,7
Besucher (in Tsd.)	3.085	3.650	-565	-15,5

1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Ludwig-Erhard-Anlage 1	0 69/75 75-0	info@messefrankfurt.com
60327 Frankfurt am Main	0 69/75 75-64 33	www.messefrankfurt.com

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
18.12.2003	Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland und alle mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen. Sie darf daneben alle Geschäfte vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar förderlich sind.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	25.000.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Uwe Behm

Herr Detlef Braun

Herr Wolfgang Marzin

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	127.500 ARS	=	85,00 %
MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	77.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	389.727.618 HK$	=	100,00 %
Messe Frankfurt Feiras Ltda., Sao Paulo	23.823.456 BRL	=	100,00 %
Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	50.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Inc., Atlanta	30.000 US$	=	100,00 %
Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	11.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	6.431.291 MXN	=	100,00 %
Messe Frankfurt Middle East GmbH, Frankfurt am Main*	75.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	370.000 TRL	=	99,99 %
Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	23.518.000 RUB	=	99,99 %
South African Shows Messe Frankfurt Proprietary Limited, Südafrika	14.987.561 ZAR	=	56,00 %

*Die bisherige EPOC Messe Frankfurt GmbH mit ihrer Betriebsstätte in Dubai firmiert nunmehr als Messe Frankfurt Middle East GmbH.

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

In den Zuständigkeitsbereich der Messe Frankfurt Exhibition GmbH fallen sämtliche Eigenveranstaltungen im In- und Ausland. Für dieses Kerngeschäft und auch für den Vertrieb ihrer Veranstaltungen weltweit hält sie 25 Tochtergesellschaften und Beteiligungen.

Die Holding (Messe Frankfurt GmbH) übt über ihre Tochterunternehmen nur noch eine Klammerfunktion aus, indem sie die Aktivitäten der Gesellschaften steuert. Die Geschäftsführung der Messe Frankfurt GmbH nimmt daher auch bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH die Geschäftsführungsfunktion war. Im Geschäftsjahr 2014 haben die Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihre Tochtergesellschaften weltweit 100 Messen und Ausstellungen (Vj. 93) durchgeführt. Darüber hinaus hat die Messe Frankfurt Exhibition GmbH vier eigene Kongressveranstaltungen mit begleitenden Ausstellungen durchgeführt. Zu den 100 Veranstaltungen kamen insgesamt 68.968 Aussteller (Vj. 61.022) und 2,5 Mio. Besucher (Vj. 2,2 Mio.). Die vermietete Nettofläche betrug rund 2,1 Mio. qm (Vj. 1,9 Mio. qm). Von den insgesamt 23 Veranstaltungen im Inland fanden 15 Messen auf dem konzerneigenen Gelände in Frankfurt statt. Davon wurden elf Veranstaltungen durch die Messe Frankfurt Exhibition GmbH sowie vier durch die Tochtergesellschaft MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart, durchgeführt. Zu diesen Messen in Frankfurt kamen 21.614 Aussteller (Vj. 19.319) und 835.000 Besucher (Vj. 744.000). Die vermietete Gesamtnettofläche am Standort Frankfurt lag bei rund 904.000 qm (Vj. 866.000 qm). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere dadurch

begründet, dass gerade Jahre aufgrund des Mehrjahresturnus einiger Veranstaltungen aus Sicht der Messe Frankfurt Exhibition GmbH stärkere Messejahre sind. Die Summe der Messekennziffern der Mehrjahresveranstaltungen im Berichtsjahr 2014 (Automechanika, Light + Building) ist höher als die Summe der Kennziffern von ISH, IFFA, Techtextil und Texprocess, die 2013 stattfanden. An anderen deutschen Messeplätzen führten die Messe Frankfurt Exhibition GmbH und die MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart, acht Veranstaltungen durch. In Berlin veranstaltete die Messe Frankfurt Exhibition GmbH jeweils im Frühjahr und Herbst den Greenshowroom und die Ethical Fashion Show, und in Hamburg wurde die Nordstil im Frühjahr und im Herbst durchgeführt. Die SPS IPC Drives, PCIM Europe, SMT Hybrid Packaging (alle Nürnberg) und die EMV (Düsseldorf) gehören zum Portfolio der MESAGO Messe Frankfurt GmbH. Zu diesen Veranstaltungen in Deutschland außerhalb Frankfurts kamen rund 4.500 Aussteller und rund 126.300 Besucher. Die vermietete Nettofläche betrug insgesamt rund 167.000 qm. Das Auslandsgeschäft (außerhalb Deutschlands veranstaltete Messen und Services) trug im Berichtsjahr erneut einen wesentlichen Anteil zum Geschäftserfolg der Messe Frankfurt bei: Auf 77 Veranstaltungen (Vj. 70) zeigten rund 42.900 Aussteller (Vj. 38.800) über 1,5 Mio. Besuchern (Vj. 1,4 Mio.) auf rund 1.060.600 qm (Vj. 935.200 qm) ihr Leistungsspektrum. Damit stellten die Auslandsmessen auch 2014 ihre Bedeutung für die Unternehmensgruppe unter Beweis. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts war nach wie vor Asien mit 46 Veranstaltungen im Berichtsjahr, von denen allein 27 auf China entfielen. Eine weitere attraktive Veranstaltungsregion war für die Messe Frankfurt der Wirtschaftsraum EMEA (Europe, Middle East, Africa): 20 Messen wurden hier durchgeführt. In den Amerikas veranstalteten die Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Berichtsjahr elf Messen. Im Zuge der Optimierung ihres Produktspektrums hat die Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Berichtsjahr ihr Portfolio im Ausland erweitert. Insgesamt elf neue Veranstaltungen in Südafrika, der Türkei, China, Japan und Indien öffneten 2014 erstmals ihre Tore.

Neben der Konzeption und Durchführung von Eigenveranstaltungen wurden 15 German Pavilions auf Auslandsmessen organisiert. Dabei handelt es sich um Messebeteiligungen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt wurden. Sie erleichtern kleinen und mittleren Unternehmen den Markteintritt im jeweiligen Land. Des Weiteren wurde die Realisation des Deutschen Pavillons auf der EXPO 2015 in Mailand im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie weiter fortgesetzt. Insbesondere ist im April des Berichtsjahres termingerecht mit der Errichtung des Pavillons begonnen worden. Darüber hinaus konnten die Ausschreibungen im Hinblick auf das Kulturprogramm sowie die Sicherheits- und Reinigungsleistungen abgeschlossen werden. Bereits im August fiel der Startschuss für das Personalrecruiting, da rund 160 Hosts und Hostessen für die Betreuung der Besucher gefunden werden müssen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 190,2 Mio. € (Vj. 163,3 Mio. €). Die Vermögenslage der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist im Wesentlichen geprägt durch Beteiligungen. Zum Jahresende 2014 wird ein Anlagevermögen von 86,9 Mio. € (Vj. 83,2 Mio. €) ausgewiesen, was einem Anteil von rund 46 % an der o. g. Bilanzsumme entspricht. Das Umlaufvermögen (103,1 Mio. €) wird im Wesentlichen bestimmt durch Forderungen gegen verbundene Unternehmen, die 95,9 Mio. € nach 65,4 Mio. € im Vorjahr betragen. Ursächlich für diesen Anstieg sind höhere Cash Pool-Forderungen gegen die Muttergesellschaft im Zusammenhang mit den gegenüber dem Vorjahr höheren erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen. Eine weitere Erhöhung ergibt sich dadurch, dass die im Vorjahr unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten vorausbezahlten Hallenmieten an die Messe Frankfurt Venue GmbH für die Veranstaltungen 2015 nunmehr unter den Forderungen ausgewiesen werden.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital (46,6 Mio. €) zum Vorjahr nicht verändert, da der

neue Jahresüberschuss aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages bereits von der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH vereinnahmt wurde. Für die Eigenkapitalquote errechnet sich im Berichtsjahr damit ein Anteil von rund 25 % nach 29 % im Vorjahr.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung beträgt 21,7 Mio. € (Vj. 14,6 Mio. €). Der Umsatz der Messe Frankfurt Exhibition liegt mit 244 Mio. € um 10 % über dem Vorjahresergebnis (221,9 Mio. €). Hintergrund hierfür ist, dass im Berichtsjahr die umsatzstarken Zweijahresveranstaltungen Automechanika und Light + Building stattfanden. Die stattdessen nicht durchgeführten Mehrjahresveranstaltungen ISH, Texprocess und Techtextil (alle Zweijahresturnus) sowie IFFA (Dreijahresturnus) weisen in Summe einen etwas niedrigeren Umsatz aus. Darüber hinaus führten die in Hamburg neu etablierten Nordstil-Veranstaltungen zu einem Umsatzzuwachs. Gegenüber dem aufgrund der Veranstaltungen besser vergleichbaren Jahr 2012 wurde der Umsatz um 15,9 Mio. € bzw. 7 % gesteigert. Hierbei wirkte sich neben den Neuveranstaltungen und höheren Vertriebsprovisionen die insgesamt gute Entwicklung des Veranstaltungsportfolios positiv aus.

Ergebnisse der Beteiligungen

Die Ergebnisse der in- und ausländischen Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH haben eine differenzierte Entwicklung genommen. Insgesamt summieren sich die ausländischen Jahresergebnisse im Berichtsjahr auf 23,5 Mio. € nach 20,8 Mio. € im Vorjahr. Davon hat der asiatische Teilkonzern 12,6 Mio. € erwirtschaftet nach 11,7 Mio. € im Jahr 2013. Insbesondere die Entwicklung der Tochtergesellschaft in Hongkong ist für diesen Anstieg verantwortlich. Weitere nennenswerte Gewinnanteile erwirtschafteten die Messe Frankfurt Middle East GmbH mit ihrer Betriebsstätte in Dubai mit 5,2 Mio. € (Vj. 4,3 Mio. €) sowie die Tochtergesellschaften in Russland mit 2,4 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €) und Frankreich mit 1,8 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €). Während die Tochtergesellschaften in Südafrika, Brasilien und Mexiko sowie die Messe Frankfurt New Era in Hongkong und die Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd. Jahresfehlbeträge verzeichneten, können alle übrigen Veranstaltungs- und Vertriebsgesellschaften positive Jahresergebnisse ausweisen. Die inländische Tochtergesellschaft MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart trägt mit einem Ergebnis vor Steuern und Gewinnabführung von 8,8 Mio. € (Vj. 8,6 Mio. €) einen wesentlichen Anteil zum Konzernerfolg bei.

B. Ausblick

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung bei der Messe Frankfurt Exhibition GmbH kann im Wesentlichen auf die dargelegte Strategie und Geschäftspolitik der Messe Frankfurt GmbH und des Konzerns verwiesen werden. Zur Weiterentwicklung des Veranstaltungsportfolios sind bezüglich des Teilkonzerns Messe Frankfurt Exhibition GmbH im nächsten Geschäftsjahr konzernweit 14 neue Veranstaltungen geplant. Konkret gehen davon sieben in Asien, drei in Europa, zwei in Amerika und je eine in Afrika und im Mittleren Osten an den Start.

Mit Wirkung ab Februar 2015 hat die Tochtergesellschaft in Russland, die Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau, zusammen mit der ITE LLC Moscow, Moskau, jeweils 50 % an der Media Globe Hannover Expo CJSC, Moskau, erworben. Diese Gesellschaft wird zukünftig den Namen ITEMF-Expo A. O. tragen und weiterhin ihren Sitz in Moskau haben.

Vor diesem Hintergrund erwartet die Messe Frankfurt Exhibition GmbH für 2015 ein positives Geschäftsjahr. Anlass hierzu geben das starke Interesse und die stabile Nachfrage nach den großen Messen im Frühjahr 2015 und der damit verbundene Flächenbedarf. Der Turnus der Mehrjahresveranstaltungen führt jedoch dazu, dass im laufenden Geschäftsjahr 2015 ein etwas geringerer Umsatz von rund 232 Mio. € geplant ist. Infolgedessen wird auch beim Ergebnis mit einem Rückgang gerechnet und ein Ergebnis vor Ertragsteuerumlage von

10 Mio. € erwartet. Wesentlichen Anteil am Ergebnis haben insbesondere wieder die Beteiligungserträge der Tochtergesellschaften in Asien und Dubai sowie die Gewinnabführung durch die MESAGO Messe Frankfurt GmbH in Stuttgart.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding.

Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**86.861**	**83.211**	**3.649**	**4,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.648	4.526	1.121	24,8
Finanzanlagen	81.213	78.685	2.528	3,2
Umlaufvermögen	**103.078**	**68.434**	**34.644**	**50,6**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102.746	67.784	34.962	51,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	332	651	-319	-49,0
Rechnungsabgrenzungsposten	**225**	**11.677**	**-11.453**	**-98,1**
Bilanzsumme	**190.164**	**163.323**	**26.841**	**16,4**
PASSIVA				
Eigenkapital	**46.637**	**46.637**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25.000	25.000	0	0,0
Kapitalrücklage	6.234	6.234	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.403	15.403	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	**22.965**	**19.033**	**3.932**	**20,7**
Verbindlichkeiten	**120.562**	**97.654**	**22.909**	**23,5**
Bilanzsumme	**190.164**	**163.323**	**26.841**	**16,4**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	244.032	221.883	22.149	10,0
Gesamtleistung	**244.032**	**221.883**	22.149	10,0
sonstige betriebliche Erträge	3.586	2.246	1.340	59,7
Materialaufwand	-180.718	-166.856	-13.862	8,3
Personalaufwand	-24.457	-23.802	-656	2,8
Abschreibungen	-2.813	-1.413	-1.400	99,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-38.440	-38.230	-210	0,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**1.190**	**-6.173**	7.363	-119,3
Finanzergebnis	25.066	22.392	2.673	11,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**26.256**	**16.219**	10.036	61,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-4.552	-1.578	-2.974	188,5
Gewinnabführung	-21.704	-14.642	-7.062	48,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	311	310	1	0,3

1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Ludwig-Erhard-Anlage 1	0 69/75 75-0	info@messefrankfurt.com
60327 Frankfurt am Main	0 69/75 75-64 33	www.messefrankfurt.com

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
17.12.2002	Erbringung und Vermarktung sämtlicher Serviceleistungen, insbesondere die Durchführung von Messen, Kongressen und Tagungen sowie Errichtung, Erwerb, Besitz, Verwaltung und Vermietung von Immobilien. Die Gesellschaft betreibt das gesamte Facility-Management einschließlich Baumanagement, Logistik und Baueinkauf und erbringt alle Service- und Technikaufgaben im Zusammenhang mit dem vorher beschriebenen Gegentand des Unternehmens.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	150.000.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Uwe Behm

Herr Detlef Braun

Herr Wolfgang Marzin

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	260.000 €	=	100,00 %
Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	26.000 €	=	100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Messe Frankfurt Venue GmbH, die 2003 aus der Messe Frankfurt GmbH ausgegliedert wurde, ist für das Management der für die Messeveranstaltungen notwendigen Technik und Serviceleistungen, die Vermarktung des Geländes unter Einschluss des Congress Centers Messe Frankfurt und der Festhalle an Gastveranstalter sowie die Instandhaltung und Weiterentwicklung des Messegeländes zuständig. Die Inbetriebnahme des Kongresshauses Kap Europa in unmittelbarer Nähe des Messegeländes im Mai 2014 gehörte zu den wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr. Während das Congress Center auf dem Messegelände ideal ist für große Veranstaltungen mit erweitertem Flächenbedarf, bedient das Kap Europa den Bedarf nach flexiblen Tagungsformaten mit auch kleineren Räumen. Pünktlich zur Eröffnung wurde dem Kap Europa die Zertifizierung der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen e. V. (DGNB) in Gold zuerkannt. Damit genügt das Kongresshaus - als einziges Gebäude dieser Art weltweit - den höchsten Nachhaltigkeitsansprüchen an Bau und Betrieb.

Im Sommer des Berichtsjahres wurde das neue Operation & Security Center in der Halle 4 in Betrieb genommen. Neben der zentralen Leitstelle befinden sich hier alle sicherheitsrelevanten Partner und Dienstleister der Messe Frankfurt wie z. B. die Polizei und die Feuerwehr.

Zum Teilkonzern Venue gehören auch die Töchter der Messe Frankfurt Venue GmbH, d. h. die Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit den Bereichen Standbau, Verlag und Werbeservice und die Tochtergesellschaft Accente Gastronomie Service GmbH mit den Bereichen Gastronomieservice, Möbelverleih und Standbewachungsgewerbe.

Den Gastveranstaltungen kommt am Messeplatz Frankfurt eine große Bedeutung zu. Sie tragen in hohem Maße sowohl zum wirtschaftlichen Erfolg als auch zur Attraktivität des Messeplatzes Frankfurt bei. Zu den bedeutenden Gastveranstaltungen gehört die jährliche Frankfurter Buchmesse, bei der auf stabilem Niveau in Bezug auf Aussteller- und Besucherbeteiligungen 2014 ein neues Messekonzept zum Tragen kam, dass im Jahr 2015 mit einem neuen Hallenlayout vollendet werden soll. Die jährlich stattfindende IMEX konnte ein Plus bei Ausstellern und Besuchern vermelden. Als Neuveranstaltungen fanden die Safety 2014 Germany (eine Fachmesse für Arbeitsschutz) und die COSMETICA Frankfurt (eine Fachmesse der Kosmetik) statt. Die beiden Erstveranstaltungen konnten zusammen mehr als 33.000 Besucher auf dem Messegelände begrüßen. Zu den 21 Gastmessen kamen rund

15.700 Aussteller (Vj. 18.600) und 596.300 Besucher (Vj. 1,43 Mio.). Der Besucherrückgang zum Vorjahr erklärt sich dadurch, dass im Berichtsjahr turnusgemäß die besucherstarke IAA Pkw nicht stattfand, die allein über 881.000 Besucher zählte.
Neben Gastmessen und Ausstellungen betreute die Messe Frankfurt Venue GmbH 138 Kongresse und Tagungen (Vj. 75) sowie 92 Events (Vj. 58). Mit rund 116.800 Teilnehmern stieg die Teilnehmerzahl entsprechend der Veranstaltungszahl (Vj. 100.400). 50 dieser Kongresse und Tagungen mit rund 20.000 Teilnehmern wurden im neuen Kongresshaus Kap Europa durchgeführt. Zu den Events, die vor allem in der traditionsreichen Festhalle stattfanden, kamen mehr als 465.000 Gäste. Neben Firmenevents gehörten hierzu Konzerte, Sportveranstaltungen und Shows. Highlights des Jahres waren im sportlichen Bereich der BMW Frankfurt Marathon mit dem Zieleinlauf in der Festhalle und das Internationale Festhallenreitturnier mit begleitender Ausstellung. Musikalische Höhepunkte boten die Konzerte von Helene Fischer, David Garrett und „Night of the Proms“. Im Showbereich glänzten der mehrtägige Klassiker „Holiday on Ice“ mit Kostümen von Harald Glööckler.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 560,9 Mio. € (Vj. 586,6 Mio. €). Die Vermögenslage des Unternehmens wird wie in den Vorjahren geprägt durch die im Anlagevermögen aktivierten Grundstücke und Gebäude. Im Berichtsjahr wurden Investitionen von rund 23,6 Mio. € (Vj. 37,7 Mio. €) vorgenommen. Hiervon entfielen 4,9 Mio. € auf das Grundstück und Gebäude des Kaps Europa und 1,7 Mio. € auf Parkplatzbefestigungen sowie die Begrünung auf dem Rebstockgelände. Zum Jahresende 2014 wird unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen von 34,8 Mio. € und der Anlagenabgänge ein Anlagevermögen von 543,6 Mio. € nach 561,2 Mio. € im Vorjahr bilanziert. Dies entspricht einem Anteil von rund 97 % an der Bilanzsumme.
Beim Umlaufvermögen weist die Gesellschaft zum Bilanzstichtag mit 17,1 Mio. € einen gegenüber Vorjahr um 8,2 Mio. € geringeren Wert aus. Dabei steht den Rückgängen bei den Vorräten (-1,1 Mio. €) sowie den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-8,6 Mio. €) ein Anstieg bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 1,1 Mio. € sowie den sonstigen Vermögensgegenständen (0,5 Mio. €) gegenüber. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen 4,8 Mio. € (Vj. 13,4 Mio. €) und haben sich turnusbedingt reduziert, da im Berichtsjahr die IAA Pkw nicht stattfand.
Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital (362,9 Mio. €) zum Vorjahr nicht verändert, da der Gewinn des Berichtsjahres aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft abgeführt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme resultiert hieraus eine Eigenkapitalquote von 65 % und ein Anlagedeckungsgrad I von 67 %.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 2014 liegt turnusbedingt mit 1,8 Mio. € erheblich unter dem Vorjahresergebnis (13,7 Mio. €). Der Turnus der Veranstaltungen, die auf dem Gelände der Messe Frankfurt Venue GmbH durchgeführt werden, spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung wider. Insgesamt wurde mit 174,9 Mio. € ein Umsatz erzielt, der um 26,6 Mio. € bzw. 13,2 % unter dem des Vorjahres (201,5 Mio. €) liegt. Wesentlicher Grund dafür ist, dass im Berichtsjahr die großen Gastveranstaltungen IAA Pkw, die alle zwei Jahre ihre Tore öffnet, sowie die ACHEMA (Dreijahresturnus) nicht stattfanden. Im Vergleich zu 2012, das aufgrund der Veranstaltungen eigentlich das besser vergleichbare Jahr ist, wurden 20,6 Mio. € bzw. 10,5 % weniger erlöst.
Mit 95,4 Mio. € Mio. € bzw. 54,5 % hatte die Vermietung der Hallen und des Geländes den größten Anteil am Umsatz der Messe Frankfurt Venue GmbH. Die Umsätze der technischen Serviceleistungen und sonstigen Leistungen gingen von 96,5 Mio. € auf 79,6 Mio. € zurück und machten rund 45,5 % aus.
Mit Konzerngesellschaften wurden rund 101,6 Mio. € (Vj. 95,9 Mio. €) bzw. 58,1 % des Umsatzes getätigt, wovon allein 91 Mio. € (Vj. 86 Mio. €) auf die Messe Frankfurt Exhibition GmbH

entfielen. Dieser Anstieg zum Vorjahr ist auf den Messeturnus zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind mit 4,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. € höher ausgefallen. Sie bestehen im Wesentlichen wie im Vorjahr aus den Erträgen der ratierlichen Auflösung des Sonderpostens für den Finanzierungsbeitrag zum Anlagevermögen (2,1 Mio. €) sowie Auflösungen von Rückstellungen.

Die Aufwendungen sind im Berichtsjahr auf 179,1 Mio. € (Vj. 187,9 Mio. €) zurückgegangen. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten zum einen die um 5,5 Mio. € auf 87 Mio. € verringerten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen. Zum anderen liegen die Abschreibungen mit 34,8 Mio. € deutlich unter Vorjahr (42,6 Mio. €). Die Personalkosten hingegen sind aufgrund der tariflichen Steigerungen um 0,7 Mio. € bzw. 4 % auf 19,2 Mio. € angestiegen.

Ergebnisse der Beteiligungen

Aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge schlagen sich die Ergebnisse der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH und Accente Gastronomie Service GmbH mit insgesamt 10,1 Mio. € (Vj. 9 Mio. €) im Finanzergebnis der Messe Frankfurt Venue GmbH nieder.

B. Ausblick

Die Zielsetzung des Geländemanagements der Gesellschaft besteht darin, die internationale Bedeutung des Messegeländes in Frankfurt zu steigern, ferner das Gelände nachhaltig wirtschaftlich zu betreiben und auszulasten, sowie in einem verantwortungsbewussten Ressourceneinsatz, der die Sicherheit nicht außer Acht lässt. Zur Weiterentwicklung des Messestandortes in Frankfurt gab die Messe Frankfurt Venue GmbH den Startschuss für den Bau einer weiteren Halle. Ziel ist dabei eine weitere Erhöhung der Umschlagshäufigkeit sowie eine verbesserte wirtschaftliche Nutzung durch Parallelbespielbarkeit der Hallen und Flächen. Die geplante Messehalle 12 ermöglicht den Neubau der Halle 5, die in den nächsten Jahren ersetzt werden soll. Des Weiteren sollen mittelfristig neben einem neuen Südeingang ein Bürogebäude und ein Hotel entstehen.

Für das anstehende Geschäftsjahr 2015 wird turnusbedingt ein etwas stärkeres Messejahr erwartet. Die Gesellschaft plant einen Umsatzanstieg auf rund 205 Mio. €. Hintergrund hierfür ist, dass die großen Zwei- und Dreijahresgastveranstaltungen IAA Pkw und ACHEMA stattfinden und den etwas schwächeren Messeturnus der Messe Frankfurt Exhibition GmbH mehr als ausgleichen können. Für Investitionen sind 2015 insgesamt rund 48 Mio. € geplant. Sie umfassen neben dem Baubeginn der Halle 12 mehrere kleinere Einzelmaßnahmen zur Verbesserung der Hallen und Serviceeinrichtungen. Die Finanzierung ist durch die Abschreibungen und eine weitere Inanspruchnahme des Cash Pools sichergestellt.

Das Ergebnis vor Ertragsteuerumlage wird infolge des Umsatzanstiegs deutlich höher als im Vorjahr ausfallen und rund 21 Mio. € betragen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding. Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften also keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Messe Frankfurt Venue GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**543.594**	**561.158**	**-17.563**	**-3,1**
Immaterielle Vermögensgegenstände	63	96	-33	-34,2
Sachanlagen	534.745	552.276	-17.530	-3,2
Finanzanlagen	8.786	8.786	0	0,0
Umlaufvermögen	**17.104**	**25.269**	**-8.165**	**-32,3**
Vorräte	132	1.281	-1.149	-89,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.966	23.940	-6.974	-29,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	7	48	-41	-86,0
Rechnungsabgrenzungsposten	**157**	**215**	**-58**	**-27,0**
Bilanzsumme	**560.856**	**586.642**	**-25.786**	**-4,4**
PASSIVA				
Eigenkapital	**362.862**	**362.862**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	151.000	151.000	0	0,0
Kapitalrücklage	168.430	168.430	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	23.000	23.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.433	20.433	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**23.263**	**25.411**	**-2.147**	**-8,5**
Rückstellungen	**15.370**	**19.714**	**-4.345**	**-22,0**
Verbindlichkeiten	**133.362**	**140.728**	**-7.367**	**-5,2**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	67.769	77.407	-9.637	-12,5
Rechnungsabgrenzungsposten	**25.999**	**37.926**	**-11.927**	**-31,4**
Bilanzsumme	**560.856**	**586.642**	**-25.786**	**-4,4**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	174.906	201.531	-26.625	-13,2
Bestandsänderung UE / FE	-1.129	1.129	-2.258	-200,0
Gesamtleistung	**173.777**	**202.661**	-28.884	-14,3
sonstige betriebliche Erträge	4.209	3.364	845	25,1
Materialaufwand	-87.045	-92.492	5.447	-5,9
Personalaufwand	-19.233	-18.498	-734	4,0
Abschreibungen	-34.755	-42.592	7.837	-18,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-38.080	-34.315	-3.765	11,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-1.126**	**18.128**	-19.254	-106,2
Finanzergebnis	5.230	4.048	1.183	29,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**4.105**	**22.176**	-18.071	-81,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.306	-8.450	6.145	-72,7
Gewinnabführung	-1.799	-13.726	11.927	-86,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	231	233	-2	-0,9

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Leonardo-da-Vinci-Allee 20 60486 Frankfurt am Main	0 69/71 67 38-0 0 69/71 67 38-79	info@rebstockpark-ffm.de www.rebstockpark-ffm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
21.02.1995	Entwicklung, Baureifmachung und Erschließung der Grundstücke auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main sowie die wirtschaftliche und technische Baubetreuung von Bauvorhaben auf den dort gelegenen Grundstücken und die Vermarktung der Wohnbauflächen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	1.278.230 €	=	50,00 %
Euroga B.V.	958.672 €	=	37,50 %
Concret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft für Geschäftsimmobilien mbH	319.557 €	=	12,50 %
	2.556.459 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Michael Knisatschek

Herr Michael Matzerath

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr BM Olaf Cunitz
	Frau Stv Helga Dörhöfer
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser
	Herr OV Axel Kaufmann
	Herr Stv Thomas Kirchner
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dr. Frank Büchler
	Herr Peter Jürges
	Herr Dr. Bastian Messow
	Herr Dr. Jan Markus Plathner
	Herr Carsten Schumacher
	Herr Helmut Wagner

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
mindestens 8 Mitglieder, höchstens 12 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Wesentliche Ereignisse im Berichtsjahr waren für das Projektgebiet die Eröffnung der neuen Grundschule, die Bezugsfertigstellung eines großen Wohngebäudes und der Baubeginn für zwei weitere Gebäude, von denen eines einen Einkaufsmarkt beinhaltet, dessen Eröffnung für Ende 2015 geplant ist.

Im Verlauf der Aushubarbeiten für vorgenannte Baumaßnahmen mussten auf beiden Baufeldern aufgefundene Bodenverunreinigungen fachgerecht entsorgt werden. Die Entsorgungsmaßnahmen wurden von der Projektgesellschaft für die Grundstücksverkäuferin überwacht und wirtschaftlich abgewickelt.

Die im nord-östlichen Projektgebiet angestrebten Planungsänderungen zur Erhöhung des Wohnanteils und zu Lasten der gewerblichen Nutzung wurden weiter vorangetrieben und damit einhergehend auch die Verhandlungen zwischen Gesellschaftern und Grundstückseigentümern über die daraus resultierende Neuverteilung der Flächenanteile.

Die entsprechend der geänderten Bebauungsplanung anzupassende Erschließungsplanung hat die Gesellschaft in Auftrag gegeben und vorangetrieben.

Für das letzte unbebaute Baufeld im Südteil des Projektgebietes, welches auch die zweite Kinderta-

geseinrichtung des Stadtteils aufnehmen soll, konnte ein Grundstückskaufvertrag mit einem Investor geschlossen werden. Dieser wurde jedoch von Seiten der Gremien der Verkäuferin bisher noch nicht bestätigt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € auf 8,5 Mio. € gesunken. Dies ist auf der Aktivseite vor allem auf die Verminderung der Vorräte zurückzuführen. Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen insbesondere durch die Herabsetzung einer Verbindlichkeit für Erschließungsleistungen gegenüber der Stadt Frankfurt am Main in Höhe von 0,4 Mio. €. Durch den Jahresüberschuss erhöhte sich das Eigenkapital leicht. Die Eigenkapitalquote beträgt 74,2 %.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 191 T € erhöht. Dies resultiert im Wesentlichen aus Geschäftsbesorgungsvergütungen aus Grundstücksverkäufen im Projektgebiet.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 171 T € auf 76 T €. Das Finanzergebnis hat sich trotz gleichbleibender Anlagestrategie auf Grund des niedrigen Zinsniveaus leicht um 3 T € verringert.

Die Gesellschaft erzielte in 2014 einen Jahresüberschuss von 83 T € (Vj. -85 T €).

B. Ausblick

Im Geschäftsjahr 2015 wird die Gesellschaft den ersten Abschnitt der Erschließungsarbeiten im nordöstlichen Projektteilgebiet herstellen, um die Erschließung des für den Jahreswechsel 2015/16 in Betrieb gehenden Supermarktes im Baufeld 7.1-S sicherzustellen.

Bei zügiger Umsetzung der angestrebten Planungsänderung auch in rechtlicher Hinsicht wird die bereits begonnene Vermarktungstätigkeit der Gesellschaft fortgesetzt. Die dann an- und abschließende Fertigstellung der Erschließung des Erschließungsabschnitts I „Arbeiten“ ist vom Erfolg der vorgenannten Vermarktung abhängig und unter Berücksichtigung der Planungsänderungen zeitlich derzeit noch nicht absehbar.

Die Ertragslage wird in den nächsten Jahren vorwiegend beeinflusst durch die Entwicklung im Erschließungsabschnitt I „Arbeiten“, der Entwicklung am Kapitalmarkt und den Vergütungen aus Verkäufen von weiteren Wohnbauflächen. Die Gesellschaft plant für 2015 einen Jahresfehlbetrag von -353 T € bei voraussichtlichen Umsatzerlösen aus Geschäftsbesorgungsvergütung in Höhe von lediglich 35 T €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Seitens der Gesellschaft bestehen bisher nicht eingeforderte Ansprüche auf Ausgabeaufgeld gegen die Stadt Frankfurt am Main von 1,9 Mio. €.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Rebstock Projektgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**0**	**0**	**0**	**0,0**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	0	0	0	0,0
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**8.487**	**8.782**	**-295**	**-3,4**
Vorräte	2.242	2.523	-281	-11,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.012	2.059	-47	-2,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.233	4.200	33	0,8
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**4**	**-3**	**-89,6**
Bilanzsumme	**8.488**	**8.786**	**-298**	**-3,4**
PASSIVA				
Eigenkapital	**6.297**	**6.214**	**83**	**1,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	2.556	2.556	0	0,0
Kapitalrücklage	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	579	579	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-4.591	-4.506	-85	1,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	83	-85	168	-198,0
Rückstellungen	**224**	**202**	**22**	**10,7**
Verbindlichkeiten	**1.966**	**2.370**	**-403**	**-17,0**
Bilanzsumme	**8.488**	**8.786**	**-298**	**-3,4**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	544	353	191	54,0
Bestandsänderung UE / FE	-280	114	-394	-344,9
Gesamtleistung	**264**	**467**	-204	-43,6
sonstige betriebliche Erträge	409	11	398	3.487,5
Materialaufwand	-138	-169	32	-18,6
Personalaufwand	-301	-300	-1	0,4
Abschreibungen	0	-2	2	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-158	-103	-55	53,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**76**	**-95**	171	-180,2
Finanzergebnis	7	10	-3	-31,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**83**	**-85**	168	-198,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-0	-0	-0	2,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	83	-85	168	-198,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**83**	**-85**	168	-198,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Kaiserstraße 56 60329 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 88 00 0 69/2 12-3 78 80	info@infofrankfurt.de www.frankfurt-tourismus.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
07.06.1995	Vermarktung der Segmente Tourismus und Kongresse für die Stadt Frankfurt am Main, die Durchführung von Volks- und Stadtfesten, den Betrieb des Zimmerreservierungssystems sowie die Vermittlung und Erbringung touristischer Dienstleistungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	51.130 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Thomas Feda

Aufsichtsrat:	11 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Hilime Arslaner-Gölbasi
	Herr StK Uwe Becker
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Frau Stv Ursula auf der Heide
	Frau Stv Christiane Loizides
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr StR Christian Setzepfandt
	Herr Stv Manuel Stock
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	N.N. (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
11 Mitglieder, davon 1 Arbeitnehmervertreter	

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	5.200 € = 20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Das Gäste- und Übernachtungsaufkommen in Frankfurt am Main verzeichnete für das Jahr 2014 erneut eine Steigerung. Die Gästezahlen stiegen um 6,7 % auf 4,8 Mio., die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,3 % auf 8 Mio. Rund 90 % der bedeutenden Frankfurter Veranstaltungen werden von der TCF durchgeführt. Wie in jedem Jahr wurden folgende Volksfeste organisiert: Wäldchestag, Mainfest, Dippemess, Museumsuferfest und der Frankfurter Weihnachtsmarkt. Die Sparte war auch im Berichtsjahr unverändert einer der wichtigsten Geschäftsbereiche der TCF und trug zur Verringerung des Jahresverlustes bei.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 234 T € auf 2,5 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die Forderungen gegen die Gesellschafterin (im Wesentlichen Guthaben auf dem Stadtkassenkonto) erhöht (+347 T€), während die übrigen liquiden Mittel sich um 238 T € verringert haben. Passivisch ist das Eigenkapital aufgrund des geringeren Fehlbetrages um 267 T € auf 991 T € gestiegen. Die Verbindlichkeiten haben sich stichtagsbedingt um 131 T € reduziert.

Der Finanzmittelfonds hat sich um 103 T € auf 1,6 Mio. € erhöht. Der Mittelabfluss aus dem laufenden Geschäft (-2,4 Mio.€) sowie der Investitionstätigkeit (-86 T €) wurde durch die Kapitaleinlagen der Gesellschafterin (2,5 Mio. €) kompensiert.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -2,3 Mio. € (Vj. -2,6 Mio. €). Die Verringerung beruht im Wesentlichen auf höheren Umsatzerlösen (+442 T €). Darüber hinaus enthielt das Vorjahr eine Abschreibung auf Finanzanlagen von 102 T € betreffend die Frankfurt Ticket RheinMain GmbH. Der Personalaufwand ist demgegenüber auf 2,6 Mio. € gestiegen. Die Personalaufwandsquote ist gegenüber dem Vorjahr jedoch leicht gesunken.

Die einzelnen Geschäftsbereiche haben sich wie folgt entwickelt: Im Bereich Zimmerreservierung konnten die Umsatzerlöse des Vorjahres (380 T €) mit 378 T € nahezu erreicht werden. Aufgrund Aufwandsverringerung schloss der Geschäftszweig insgesamt mit einem positiven Ergebnis von 12 T € (Vj. -25 T €) ab. Im Kernbereich Marketing wurde das Ergebnis von -2,8 Mio. € auf -2,7 Mio. € verbessert. Die Schwerpunkte lagen hier auf dem Besuch von Fachmessen und Workshops sowie der Durchführung von Presse- und Studienreisen und Site-Inspections. Bei den traditionellen Volksfesten wurde eine Verbesserung von 64 T € auf 113 T € erzielt. Auch die neuen Volksfeste verzeichneten mit 220 T € gegenüber 175 T € im Vorjahr eine deutliche Verbesserung. Die englischen Weihnachtsmärkte trugen mit 60 T € (Vj. 14 T €) zum Ergebnis bei. Defizitär geblieben ist mit einem Fehlbetrag von -20 T € der Bereich Stadtrundfahrten und -gänge. Hier wurde jedoch eine leichte Verbesserung um 4 T € erreicht.

B. Ausblick

Für den Fortbestand der TCF ist es unverzichtbar, dass ihr auch zukünftig von der Gesellschafterin Liquiditätszuschüsse bereitgestellt werden. Für das Geschäftsjahr 2015 ist ein Zuschuss in Höhe von 2,3 Mio. € vorgesehen. Geschäftsrisiken liegen allgemein in weltweiten Krisensituationen und dadurch geringerem Reiseaufkommen, der Konkurrenzsituation zu anderen Zimmerreservierungsportalen, der Konkurrenz mit anderen Städten sowie der weiteren Entwicklung der englischen Weihnachtsmärkte. Entwicklungsmöglichkeiten bestehen in einer verstärkten Akquisition von Tagungen und Kongressen für die Stadt Frankfurt am Main sowie einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Region FrankfurtRheinMain.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 2,3 Mio. € zzgl. 363 T € Reste aus dem Vorjahr zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 2,5 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Es gibt keinen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, da die Gesellschaft keinen Betriebsrat hat. Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 164 T €.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 13.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 10.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**240**	**230**	**10**	**4,3**
Immaterielle Vermögensgegenstände	103	51	52	101,5
Sachanlagen	137	179	-42	-23,4
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	**2.265**	**2.018**	**248**	**12,3**
Vorräte	26	38	-12	-31,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.639	1.141	498	43,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	601	839	-238	-28,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**36**	**61**	**-24**	**-40,0**
Bilanzsumme	**2.542**	**2.308**	**234**	**10,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**991**	**724**	**267**	**36,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	51	51	0	0,0
Kapitalrücklage	3.213	3.284	-72	-2,2
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.273	-2.612	339	-13,0
Rückstellungen	**691**	**668**	**23**	**3,5**
Verbindlichkeiten	**700**	**831**	**-131**	**-15,8**
Rechnungsabgrenzungsposten	**159**	**85**	**74**	**86,8**
Bilanzsumme	**2.542**	**2.308**	**234**	**10,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	5.162	4.720	442	9,4
Gesamtleistung	**5.162**	**4.720**	442	9,4
sonstige betriebliche Erträge	272	314	-42	-13,4
Materialaufwand	-4.273	-4.277	4	-0,1
Personalaufwand	-2.634	-2.452	-181	7,4
Abschreibungen	-76	-82	5	-6,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-703	-715	12	-1,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-2.251**	**-2.491**	241	-9,7
Finanzergebnis	-20	-118	98	-83,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.271**	**-2.609**	338	-13,0
Außerordentliches Ergebnis	-2	-2	0	0,0
Steuern	0	-0	1	-204,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.273	-2.612	339	-13,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-2.273**	**-2.612**	339	-13,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	63	63	0	0,0
Anzahl der Messeauftritte	35	39	-4	-10,3
Anzahl der Stadtrundfahrten und -rundgänge	1.758	1.900	-142	-7,5
Anzahl der Kundenkontakte in den Touristinfos	321.129	378.573	-57.444	-15,2
Anzahl der durchgeführten Feste	21	20	1	5,0
Anzahl der vermittelten Übernachtungen	24.932	27.305	-2.373	-8,7

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Hanauer Landstraße 126-128 60314 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 62 09 0 69/2 12-9 80 0	info@frankfurt-business.net www.frankfurt-business.net

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
27.04.1987	Förderung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Frankfurt am Main dienen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Frau Anja Obermann

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Hilime Arslaner-Gölbasi
	Herr StK Uwe Becker
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Markus Frank
	Herr StR Dr. Lutz Raettig

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
bis zu 10 Mitglieder	

Beteiligungen: (über 20%)	Kapitalanteile:
Kompass - Zentrum für Existenzgründungen, Frankfurt am Main gemeinnützige GmbH	13.750 € = 50,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Aktivitäten der Gesellschaft sind auf folgende drei Kernaufgaben ausgerichtet:

1. Unterstützung von Unternehmen bei ihrer Entwicklung am Standort:
   - Bestandspflege
   - Begleitung von Ansiedlungen
   - Existenzgründungen.
2. Bestandsentwicklung: Umsetzung von strukturpolitischen Projekten, die neue Entwicklungen begünstigen oder vorhandene Entwicklungen fördern.
3. Kommunikation der Standortvorteile nach innen und nach außen.

Im Rahmen der Bestandspflege hat die Gesellschaft 2.557 Firmen betreut (Vj. 2.252). Die Zahl der beratenen Existenzgründer belief sich auf 181 (Vj. 217). 20 Unternehmen siedelten sich unter Mitwirkung der Gesellschaft in Frankfurt am Main an (Vj. 29).

Wichtige Projekte in 2014 waren:

- Masterplan Industrie: Konstituierung von Arbeitsgruppen mit der Aufgabe, Ziele und Maßnahmen auf den identifizierten industriepolitischen Handlungsfeldern zu entwickeln,
- Europäische Zentralbank: Unterstützung beim Auf- und Ausbau der Bankenaufsicht,
- Lufthansa Technik: Vermittlung eines geeigneten Grundstücks im Osthafen für ein neues Werk,
- Dachverband Frankfurter Gewerbevereine e. V.: Unterstützung bei der Realisierung der Stadtteilsonntage sowie der StadtteilApp „MyQuarters“,
- Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen: Frankfurter Gründerfonds, Frankfurter Gründerpreis, Gründerzentren Kompass und MAINRAUM.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 189 T € auf 5,1 Mio. € gestiegen.

Auf der Aktivseite hat sich das Guthaben auf dem Stadtkassenkonto um 696 T € erhöht. Die übrigen liquiden Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) haben sich um 394 T € verringert.

Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen die Rückstellungen für Pensionen um 101 T € erhöht. Zum Stichtag bestanden Verbindlichkeiten gegenüber dem ehemaligen Geschäftsführer sowie einer Mitarbeiterin.
Der Finanzmittelfonds hat sich um 304 T € auf 4,1 Mio. € erhöht. Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-4,7 Mio. €) sowie der Investitionstätigkeit (-52 T €) wurde durch die Kapitaleinlagen der Stadt Frankfurt am Main (5 Mio. €) ausgeglichen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Fehlbetrag von 5 Mio. €. Die leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 50 T € beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Umsatzerlösen. Hier wurde eine Erhöhung um 153 T € auf 4,5 Mio. € erreicht. Ursächlich waren hier im Wesentlichen ein Anstieg der Deutsche Städte Medien-Pachterlöse, höhere Co-Finanzierungsbeiträge für die Immobilienmessen sowie Kostenbeteiligungen im Rahmen der Erstellung des Industriepolitischen Masterplans.
Der Anteil der Drittfinanzierung der Projekte ist von 50 % auf 56 % gestiegen.

B. Ausblick

Im Fokus der Aktivitäten stehen auch in 2015 und 2016 unverändert die Bestandspflege und -entwicklung mit der Fortführung vielfältiger Maßnahmen zur Zielbranchenentwicklung und des Clustermanagements sowie die weitere Profilierung des Wirtschaftsstandorts Frankfurt am Main als Gründerstadt und als Stadt der Kreativen. Bei unveränderter Fortführung der im Berichtsjahr wesentlichen Projekte, insbesondere der Immobilienmessen, der Gründerzentren Kompass und MAINRAUM sowie sonstiger beschlossener oder verpflichteter Aktivitäten, sind rund 72 % des regulären Projektbudgets gebunden.

Für den Planungszeitraum bis 2018 werden jeweils reguläre Mittel in Höhe von 4,5 Mio. € zur Verfügung stehen.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 4,5 Mio. € sowie Reste von 496 T € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Einzahlungen in die Kapitalrücklage von 5 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge der Geschäftsführung 152 T €. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 06.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 25.09.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 24.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**227**	**307**	**-80**	**-26,1**
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	23	-14	-61,7
Sachanlagen	204	279	-74	-26,6
Finanzanlagen	14	6	8	150,0
Umlaufvermögen	**4.653**	**4.408**	**245**	**5,5**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.817	1.178	638	54,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.836	3.230	-394	-12,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**233**	**208**	**25**	**12,1**
Bilanzsumme	**5.113**	**4.923**	**189**	**3,8**
PASSIVA				
Eigenkapital	**3.061**	**3.022**	**40**	**1,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	8.009	8.019	-10	-0,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.973	-5.023	50	-1,0
Rückstellungen	**926**	**848**	**78**	**9,2**
Verbindlichkeiten	**1.125**	**1.051**	**74**	**7,1**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**2**	**-2**	**-**
Bilanzsumme	**5.113**	**4.923**	**189**	**3,8**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	4.546	4.393	153	3,5
Gesamtleistung	**4.546**	**4.393**	153	3,5
sonstige betriebliche Erträge	96	123	-27	-22,0
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-2.825	-2.754	-70	2,6
Abschreibungen	-138	-191	53	-27,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.633	-6.577	-56	0,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-4.954**	**-5.006**	52	-1,0
Finanzergebnis	-14	-17	3	-16,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-4.968**	**-5.023**	55	-1,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-6	-1	-5	900,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.973	-5.023	50	-1,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-4.973**	**-5.023**	50	-1,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	42	41	1	2,4
Zahl der Neuansiedlungen (durch Vermittlung Wifö)	20	29	-9	-31,0
Begleitete Firmenfälle/- beratungen gesamt	2.557	2.252	305	13,5
davon Existenzgründer	181	217	-36	-16,6
Anteil Drittfinanzierung der Projekte (in %)	56	50	6	12,0

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung

2. Verkehr, Ver- und Entsorgung **99**

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern 101
2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) 107
2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH 111
2.4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 114
2.5 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern 118
2.5.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH 124
2.5.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH 127
2.5.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern 130
2.5.4 Mainova AG 138
2.5.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH 146
2.5.6 In-der-City-Bus GmbH 151
2.5.7 Main Mobil Frankfurt GmbH 154
2.6 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH 157

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Weidenbornstraße 40	08 00/2 00 80 07-0	services@fes-frankfurt.de
60389 Frankfurt am Main	0 69/21 23 13 23	www.fes-frankfurt.de

Gründung:
03.07.1995

Unternehmensgegenstand:
Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt- und sonstigen Flächenreinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	2.091.000 €	=	51,00 %
REMONDIS GmbH & Co KG - Region Süd, München	2.009.000 €	=	49,00 %
	4.100.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dirk Remmert
Herr Benjamin Scheffler

Aufsichtsrat:	16 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Angela Hanisch
	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr Stv Robert Lange
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Bettina Brauburger (AN)
	Herr Thomas Conzendorf
	Herr Jörg Detlof
	Herr Oliver Dziuba (AN)
	Herr Georg Eicker
	Herr Abdenassar Gannoukh (AN)
	Herr Siegfried Rehberger
	Herr Olaf Rettig (AN)
	Herr Norbert Rohleder (AN)
	Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN)
	Herr Jürgen Raimund Wachs (AN)
	Herr Ömer Zengin (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:
16 Mitglieder
davon 8 Vertreter der Arbeitnehmer

Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG, Frankfurt am Main	1.200.000 €	=	100,00 %
RMB Rhein-Main Biokompost GmbH, Frankfurt am Main	51.129 €	=	100,00 %
FES Abfallmanagement- und Service GmbH, Frankfurt am Main	25.000 €	=	100,00 %
FFR GmbH, Frankfurt am Main	25.000 €	=	100,00 %
RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH	50.000 €	=	50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 €	=	50,00 %
TRAPP Handelsgesellschaft mbH	12.500 €	=	50,00 %
FSG Flughafen-Service GmbH	25.000 €	=	33,33 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Das Geschäftsjahr 2014 blieb für die Entsorgungsbranche sowohl im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung als auch auf die Konkretisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen enttäuschend. Das Preisniveau für Entsorgungsleistungen stand erneut unter hohem Wettbewerbsdruck. Die Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz wurden nicht ausgeräumt. Dies betrifft vor allem die Rahmenbedingungen für die Einführung der Wertstofftonne und die gewerbliche Sammlung von Abfällen. Auch die anstehenden Novellierungen verschiedener Gesetze und Verordnungen wurden nicht abgeschlossen. Dies betrifft z. B. das Elektro- und Elektronikgesetz, die Verpackungsverordnung, die Gewerbeabfallverordnung und die Ersatzbaustoffverordnung.

Der Preiswettbewerb bei Entsorgungs- und Reinigungsleistungen hält ungebrochen an. Insgesamt hat die FES-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre führende Marktposition in der Region behaupten können.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. € auf 97,8 Mio. € gesunken. Die Eigenkapitalquote nahm von 45,5 % im Vorjahr auf 47,6 % zu. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 50,2 % (Vj. 53 %). Die Investitionen lagen mit 16,7 Mio. € über dem Vorjahresniveau (14,4 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte im Wirtschaftsjahr einen Jahresüberschuss von 23,4 Mio. €. Das Ergebnis liegt damit etwas unter dem Vorjahresniveau von 25,8 Mio. € und über dem Planergebnis von 16,1 Mio. €. Das über Plan liegende Ergebnis ist u. a. auf die über Plan liegenden hohen Vermarktungspreise für Sekundärrohstoffe und auf geringere Abschreibungen zurückzuführen. Die Umsatzerlöse der FES betrugen 212,3 Mio. € (Vj. 199,8 Mio. €). Der Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie auf die Verschmelzung der TRAPP GmbH auf die Gesellschaft zurückzuführen sowie auf höhere Erlöse aus der Vermarktung von Verbrennungskapazitäten. Der maßgebliche Teil der Umsatzerlöse entfällt mit 96,4 Mio. € bzw. 45 % (Vj. 95,6 Mio. € bzw. 48 %) weiterhin auf die Einzelleistungsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main. Der zweitgrößte Umsatzanteil entfällt mit 50,6 Mio. € bzw. 24 % (Vj. 46,4 Mio. € bzw. 23 %) auf den Entsorgungsvertrag mit der RMA Rhein-Main Abfall GmbH. Der Umsatz mit Anbietern von dualen Systemen gemäß Verpackungsverordnung beträgt 1,9 Mio. € bzw. 1 % (Vj. 2 Mio. € bzw. 1 %). Der Umsatz im Drittgeschäft, d. h. mit allen übrigen kommunalen, gewerblichen und privaten Kunden nahm auf 63,4 Mio. € (Vj. 55,9 Mio. €) bzw. 30 % aller Umsätze (Vj. 28 %) zu.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bildet neben allen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie allen Erträgen und Aufwendungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) auch die der Tochterunternehmen RMB Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB), FES Abfallmanagement- und Service GmbH (FAS), FFR GmbH (FFR) und FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG (FFR KG) ab. Innerhalb des FES-Konzerns ist es zu Umstrukturierungen gekommen. Die 2010 gegründete TRAPP GmbH war im Vorjahr in den Konzernabschluss einbezogen und wurde im Berichtsjahr rückwirkend zum 01.01.2014 zu Buchwerten auf die Muttergesellschaft FES verschmolzen. Das Geschäft der TRAPP wurde zum Großteil auf die FES übertragen. Die Eintragung der Verschmelzung im Handelsregister der FES erfolgte am 25.07.2014.

Die MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW), an der die Mainova AG zu 50 % beteiligt ist, wird als assoziiertes Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die RMS Rhein-Main Solarpark GmbH (RMS), an der die FES und die Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen

beteiligt sind, sowie die TRAPP Handelsgesellschaft GmbH werden ebenfalls als assoziierte Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Das assoziierte Unternehmen FSG Flughafen Service GmbH, an dem die FES mit 33,3 % beteiligt ist, wird auf Grundlage des § 311 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die FAS war im Geschäftsjahr auf zwei Geschäftsfeldern, der Entsorgungslogistik und dem Betrieb von Abfallaufbereitungsanlagen, tätig. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind mit 12,7 Mio. € (Vj. 12,1 Mio. €) leicht gestiegen. Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss von 615 T € (Vj. 583 T €).

Die FFR hat im Geschäftsjahr die marktführende Stellung in der Region bei gewerblichen Winterdienst- und Flächenreinigungsleistungen sowie bei Verkehrssicherungsmaßnahmen weiter ausbauen können. Die FFR erzielte einen Jahresüberschuss von 1,1 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen auf 16,8 Mio. € (Vj. 16,3 Mio. €).

Gegenstand der FFR KG ist die Verwaltung, Verpachtung (an die FFR GmbH) und Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden. Die FFR KG hat im Geschäftsjahr 2014 Umsätze von 94 T € (Vj. 94 T €) und ein Ergebnis von 56 T € (Vj. 57 T €) erzielt.

Die RMB, Betreiberin einer Biokompostanlage, erzielte im Geschäftsjahr bei Umsätzen von 6,2 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €) einen Jahresüberschuss von 1,6 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €). Der Betrieb des Kompostwerks der RMB verlief auch im Geschäftsjahr 2014 stabil. Insgesamt wurden ca. 32.300 t Bio-, Grün- und andere organische Abfälle (Vj. 33.000 t) zur Verarbeitung angenommen und umgeschlagen. Die Anlage war damit voll ausgelastet.

Die Konzernbilanz weist eine Bilanzsumme von 107,4 Mio. € (Vj. 117,1 Mio. €) aus. Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 54,1 % (Vj. 50 %). Der Konzernumsatz ist geringfügig auf 230 Mio. € (Vj. 228,8 Mio. €) gestiegen. Der Konzernüberschuss beträgt 25,2 Mio. € (Vj. 27,6 Mio. €).

B. Ausblick

Die Gesellschaft ist grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Entsorgungsmarkt ausgesetzt. Allerdings kann sie im Einzelfall auch an sich daraus ergebenden Chancen teilhaben. So sieht z. B. das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz die Einführung einer Wertstofftonne bis zum Jahr 2015 vor, lässt aber die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen derzeit noch offen.

Ebenfalls bis 2015 steht die flächendeckende Einführung der Biotonne an. Diese gesetzliche Vorgabe wird auch in der Rhein-Main-Region eine spürbare Steigerung der Nachfrage nach entsprechenden Verwertungskapazitäten bewirken. Der Preisdruck bei der Neuvergabe von kommunalen und gewerblichen Entsorgungs- und Reinigungsverträgen hält unvermindert an.

Die Vielzahl von Abfallbehandlungsanlagen, die in den vergangenen Jahren in Betrieb gegangen sind, hat auch in der Rhein-Main-Region zu Überkapazitäten geführt. Gleichzeitig werden die allgemeine demographische Entwicklung und die Abwanderung des produzierenden Gewerbes einen Rückgang der Nachfrage nach Entsorgungsleistungen bewirken. Als Folge dieser Entwicklung muss für die Zukunft von sinkenden Preisen für Abfallbehandlungsleistungen ausgegangen werden. In diesem Zusammenhang gewinnen die stete Kontrolle und Reduzierung der Behandlungskosten von zusätzlicher Bedeutung.

Die Gesellschaft nutzt ein formalisiertes Risikomanagementsystem zur systematischen Erfassung von Risiken und Chancen. Zu diesem Zweck werden regelmäßige Risikoinventuren durchgeführt und die Ergebnisse zu Risikoberichten zusammengefasst.

Die Gesellschaft und der Konzern wollen in den kommenden Jahren ihre führende Position in der Rhein-Main-Region bei kommunalen und gewerblichen Entsorgungs- und Flächenreinigungsdienstleistungen weiter festigen. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss von 12,9 Mio. € und Umsätze von 210,8 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel in Höhe von 24,8 Mio. € vorgesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der FES handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2014 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2013 von 11 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 22 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 14.11.2014 für das Planjahr 2015 statt. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 16.03.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**62.037**	**55.476**	**6.561**	**11,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	383	730	-347	-47,6
Sachanlagen	56.652	49.743	6.909	13,9
Finanzanlagen	5.002	5.002	-0	-0,0
Umlaufvermögen	**30.809**	**46.551**	**-15.743**	**-33,8**
Vorräte	1.141	1.103	38	3,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.415	18.983	-568	-3,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	11.252	26.465	-15.213	-57,5
Aktive latente Steuern	**4.683**	**4.873**	**-190**	**-3,9**
Rechnungsabgrenzungsposten	**272**	**239**	**33**	**13,8**
Bilanzsumme	**97.801**	**107.139**	**-9.338**	**-8,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**46.588**	**48.708**	**-2.120**	**-4,4**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	4.100	4.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	12.354	12.063	291	2,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	23.395	25.806	-2.411	-9,3
Rückstellungen	**34.808**	**38.042**	**-3.233**	**-8,5**
Verbindlichkeiten	**16.068**	**19.657**	**-3.589**	**-18,3**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	2	-2	-
Rechnungsabgrenzungsposten	**336**	**732**	**-396**	**-54,1**
Bilanzsumme	**97.801**	**107.139**	**-9.338**	**-8,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	212.324	199.811	12.514	6,3
Bestandsänderung UE / FE	-270	15	-285	-1.903,8
Gesamtleistung	**212.055**	**199.826**	12.229	6,1
sonstige betriebliche Erträge	3.196	12.169	-8.972	-73,7
Materialaufwand	-74.585	-69.061	-5.524	8,0
Personalaufwand	-66.402	-67.418	1.016	-1,5
Abschreibungen	-10.062	-10.136	73	-0,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-31.500	-29.735	-1.764	5,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**32.702**	**35.645**	-2.943	-8,3
Finanzergebnis	1.398	1.837	-439	-23,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**34.099**	**37.481**	-3.382	-9,0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-10.705	-11.676	971	-8,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	23.395	25.806	-2.411	-9,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**23.395**	**25.806**	-2.411	-9,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	1.210	1.189	21	1,8

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**67.891**	**63.828**	**4.063**	**6,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.348	1.834	-486	-26,5
Sachanlagen	66.125	61.659	4.466	7,2
Finanzanlagen	418	336	82	24,5
Umlaufvermögen	**34.281**	**47.761**	**-13.480**	**-28,2**
Vorräte	1.183	1.447	-264	-18,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.652	19.436	2.216	11,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	11.446	26.878	-15.432	-57,4
Aktive latente Steuern	**4.949**	**5.223**	**-273**	**-5,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	**285**	**249**	**36**	**14,5**
Bilanzsumme	**107.408**	**117.061**	**-9.654**	**-8,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**58.195**	**58.538**	**-343**	**-0,6**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	4.100	4.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	6.505	6.184	320	5,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.679	13.916	1.763	12,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	25.172	27.598	-2.427	-8,8
Rückstellungen	**37.676**	**41.201**	**-3.525**	**-8,6**
Verbindlichkeiten	**10.106**	**14.997**	**-4.891**	**-32,6**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	3	-3	-
Passive latente Steuern	**97**	**111**	**-14**	**-12,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**1.333**	**2.215**	**-882**	**-39,8**
Bilanzsumme	**107.408**	**117.061**	**-9.654**	**-8,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	230.029	228.780	1.249	0,5
Bestandsveränderung UE / FE	-270	17	-287	-1.703,8
Gesamtleistung	**229.759**	**228.797**	962	0,4
sonstige betriebliche Erträge	3.324	12.624	-9.300	-73,7
Materialaufwand	-68.024	-73.196	5.173	-7,1
Personalaufwand	-80.428	-80.521	93	-0,1
Abschreibungen	-12.884	-12.942	58	-0,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.921	-33.845	-76	0,2
Betriebsergebnis	**37.826**	**40.916**	-3.090	-7,6
Finanzergebnis	-152	85	-237	-278,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**37.675**	**41.001**	-3.326	-8,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-12.503	-13.403	900	-6,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	25.172	27.598	-2.427	-8,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**25.172**	**27.598**	-2.427	-8,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	1.568	1.539	29	1,9
Gesammelter Restmüll (aus Haushalten u.Gewerbe) (t)	157.700	156.300	1.400	0,9
Gesammeltes Altpapier (aus Haushalten u.Gewerbe) (t)	79.500	89.300	-9.800	-11,0
Gesammelte organische Abfälle (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	51.700	46.000	5.700	12,4
Sperrmüllmenge (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	28.400	28.000	400	1,4

2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Lyoner Straße 22	0 69/66 07 59-0	info@ivm-rheinmain.de
60528 Frankfurt am Main	0 69/66 07 59-90	www.ivm-rheinmain.de

Gründung:
13.05.2002

Unternehmensgegenstand:
Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	60.500 €	=	25,11 %
Land Hessen	30.500 €	=	12,67 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	30.000 €	=	12,46 %
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Groß-Gerau	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Hochtaunus	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Main-Kinzig	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Main-Taunus	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Offenbach	7.500 €	=	3,11 %
Landkreis Rheingau-Taunus	7.500 €	=	3,11 %
Land Rheinland-Pfalz	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Darmstadt	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Hanau	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Mainz	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Offenbach am Main	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Rüsselsheim	7.500 €	=	3,11 %
Stadt Wiesbaden	7.500 €	=	3,11 %
	241.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Frau Heike Mühlhans

Aufsichtsrat:	*19 Mitglieder*
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr LRat Burkhard Albers
	Herr KrBg Johannes Baron
	Herr OB Patrick Burghardt
	Frau Bg Katrin Eder
	Herr KrBg Christel Fleischmann
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
	Herr MinDirigent Dr. Lothar Kaufmann
	Herr OB Michael Korwisi
	Herr StR Andreas Kowol
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Frau StRin Sigrid Möricke
	Herr Prof. Knut Ringat
	Herr StS Mathias Samson
	Herr OB Horst Schneider
	Herr LRat Thomas Will
	Frau StS Dr. Bernadette Weyland

	Herr KrBg Matthias Zach	
	Frau StRin Cornelia Zuschke	
Satzungsmäßige Besetzung:	***Unterjährige Veränderungen im Aufsichtsrat:***	
Land Hessen 2 Mitglieder, übrige Gesellschafter je 1 Mitglied	***Ausgeschiedene Mitglieder:***	***Neue Mitglieder:***
	Herr Erster KrBg Dr. Andre Kavai (bis 31.03.2014)	Herr KrBg Johannes Baron (seit 06.05.2014)
	Herr KrBg Wolfgang Kollmeier (bis 05.05.2014)	Herr StS Mathias Samson (seit 02.04.2014)
	Frau StRin Brigitte Lindscheid (bis 28.02.2014)	Frau StS Dr. Bernadette Weyland (seit 02.04.2014)
	Herr StS Steffen Saebisch (bis 17.01.2014)	Herr KrBg Matthias Zach (seit 01.04.2014)
		Frau StRin Cornelia Zuschke (seit 28.08.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte sich die Gesellschaft mit diversen Projekten, welche sich den Bereichen Bürgerservice, kommunaler Service und der Wissensbasis zuordnen lassen. Zu den Bürgerserviceangeboten gehören u. a. Projekte wie Radroutenplaner Hessen, Meldeplattform Radverkehr, Multimodaler Mobilitätslotse Vielmobil, LKW-Lotse RheinMain, Plattform zu barrierefreien Einrichtungen Mobile Menschen, Pendlerservices und Fahrgemeinschaftsvermittlungssysteme sowie die Informationsplattformen zu den Park-und-Ride und Parken-und-Mitnehmen-Angeboten. Der kommunale Service umfasst u. a. Projekte wie Regionale Leihfahrradkonzepte, Carsharing für die Region Frankfurt RheinMain, Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum, kommunales und betriebliches sowie schulisches Mobilitätsmanagement, Elektromobilität, Klimaschutz und Luftreinhalteplanung sowie kosteneffiziente Maßnahmen im Verkehrsbereich. Zu den Themen im Bereich Wissensbasis zählen u.a. regionale Mobilitätsdaten sowie die Verkehrsfolgen von Siedlungsentwicklungen und Wirtschaftsverkehr in der Region Frankfurt RheinMain.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 947 T € im Vorjahr auf 1.101 T € im Berichtsjahr gestiegen. Der Anstieg resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 208 T € sowie dem Anlagevermögen um 19 T €. Auf der Passivseite ist erstmalig in diesem Geschäftsjahr unter den sonstigen Verbindlichkeiten der Posten „Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt“ (289 T €) ausgewiesen und betrifft mit 217 T € die Umsatzsteuernachzahlungen nebst Nachzahlungszinsen für den Zeitraum 2008 bis 2013; der Restbetrag das Jahr 2014. Die Eigenkapitalquote beträgt einschließlich des Sonderpostens 46 % (Vj. 51 %).

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis 2014 ist wie im Vorjahr ausgeglichen. Die nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen der Gesellschaft werden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden hierfür Finanzierungsbeiträge der kommunalen Aufgabenträger von 962 T € (davon rund 645 T € von der Stadt Frankfurt am Main) und des Landes Hessen von 440 T € vereinnahmt. Zusätzlich beteiligte sich der RMV mit einer projektbezogenen Umlage und es wurden Erträge aus der Kofinanzierung von Dritten vereinnahmt, wobei es sich um Fördermittel (EU, Bund, Land) sowie um Mittel im Rahmen von projektbezogener Kooperation mit Dritten handelte. Die Zuschüsse werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

B. Ausblick

Neben einer Umlage ihrer Gesellschafter erhält die ivm GmbH auch projektbezogene Leistungsentgelte in geringerem Umfang. Sofern sich keine Veränderungen an der finanziellen Beteiligung ergeben, ist kein Risiko für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ersichtlich. Auch im Jahr 2015 wird sich die Projektarbeit nach den bisher erfolgreichen Ansätzen, insbesondere im Verkehrs- und Mobili-

tätsmanagement, gestalten. Die Aktivitäten der Gesellschaft sind vor allem durch aktuelle Entwicklungen geprägt. Die Themen der Intermodalität und der Multimodalen Verknüpfung und Angebote sowie der Vernetzung stehen hierbei im Vordergrund. Die Potenziale der Elektromobilität und die Finanzierung von Mobilität und Verkehr gewinnen zunehmend an Bedeutung. Für die Folgejahre wird ein wichtiger Handlungsschwerpunkt der ivm GmbH auch auf der Verbreitung und Nutzbarmachung der vorliegenden Grundlagen und Angebote zur Erreichung der verkehrs- und umweltpolitischen Zielstellungen der Gesellschafter liegen. Das Einbinden und Begleiten der Prozesse zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler und regionaler Strategien zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität auf kommunaler und regionaler Ebene wird in den Folgejahren daher weiter an Bedeutung gewinnen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gründung der Gesellschaft erfolgte im Jahr 2002 (zunächst als Vorbereitungsgesellschaft) auf der Grundlage des hessischen Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main vom 19.12.2000 (BallrG), damit diese die Aufgaben des integrierten Verkehrsmanagements in der Region Frankfurt Rhein-Main (§ 1 Abs. 1 Ziffer 8 BallrG) übernimmt. Zum 01.04.2011 ging der Regelungsgehalt des Ballungsraumgesetzes im „Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main (MetropolG)“ vom 08.03.2011 auf.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der ivm GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der Gesellschafter sowie durch Drittmittel. Das Land Hessen leistet seinen Beitrag im Rahmen einer anteiligen Fehlbedarfsfinanzierung. Die Stadt Frankfurt am Main steuert einen jährlichen Betrag von rd. 645 T € bei. Den restlichen Finanzierungsanteil leisten die beteiligten Gebietskörperschaften, mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz sowie der Stadt Mainz, in Form einer einwohnerbezogenen Umlage von 0,13 € pro Einwohner. Das Land Rheinland-Pfalz leistet seinen Finanzierungsanteil in Form einer Projektfinanzierung, die Stadt Mainz durch eine Personalabstellung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 1,1 T €. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**269**	**251**	**19**	**7,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	228	203	25	12,5
Sachanlagen	41	48	-7	-13,8
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**819**	**684**	**135**	**19,7**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	338	130	208	160,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	481	555	-73	-13,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**12**	**12**	**1**	**5,4**
Bilanzsumme	**1.101**	**947**	**154**	**16,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**234**	**234**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	234	234	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**269**	**251**	**19**	**7,4**
Rückstellungen	**26**	**23**	**3**	**14,7**
Verbindlichkeiten	**560**	**440**	**121**	**27,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**12**	**0**	**12**	**-**
Bilanzsumme	**1.101**	**947**	**154**	**16,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Gesamtleistung	**0**	**0**	0	-
sonstige betriebliche Erträge	2.222	2.095	127	6,0
Materialaufwand	-599	-843	244	-29,0
Personalaufwand	-779	-730	-49	6,7
Abschreibungen	-97	-143	47	-32,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-463	-381	-82	21,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**285**	**-1**	286	-22.762,8
Finanzergebnis	-28	2	-30	-1.919,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**257**	**0**	257	91.662,9
Steuern	-257	-0	-257	91.662,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	13	14	-1	-7,1

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Stiftstraße 9-17	0 69/2 12 – 2 72 50	kontakt@rtw-planung.info
60313 Frankfurt am Main	0 69/2 12 – 2 72 52	www.rtw-planung.info

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
27.11.2008	Die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“, darunter werden folgende Aufgaben verstanden: - Vorbereitung und Ausschreibung von Planungsleistungen, - Steuerung der Planungsleistungen, - Koordinierung der Prozesse für die beteiligten Aufgabenträger, - Erarbeitung der Grundlagen für die Herbeiführung der Bau- und Finanzierungs-beschlüsse durch die betroffenen Aufgabenträger.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	10.000 €	=	33,33 %
Stadt Frankfurt am Main	**10.000 €**	**=**	**33,33 %**
Landkreis Hochtaunus	2.500 €	=	8,33 %
Landkreis Main-Taunus	2.500 €	=	8,33 %
Landkreis Offenbach	2.500 €	=	8,33 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 €	=	8,33 %
	30.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Peter Forst

Herr Rolf Valussi

Aufsichtsrat:	*8 Mitglieder*
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Helmut Heuser
	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Johannes Baron
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger
	Herr OB Michael Korwisi
	Herr Erster KrBg Uwe Kraft
	N.N.
	Herr Prof. Knut Ringat

Satzungsmäßige Besetzung:	*Unterjährige Veränderungen im Aufsichtsrat:*	
8 Mitglieder	*Ausgeschiedene Mitglieder:*	*Neue Mitglieder:*
	Herr KrBg Wolfgang Kollmeier (bis 31.03.2014)	Herr KrBg Johannes Baron (seit 01.04.2014)
	Herr LRat Ulrich Krebs (bis 20.01.2014)	Herr Erster KrBg Uwe Kraft (seit 21.01.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13.12.2012 wurde die Gesellschaft bis zum 31.12.2015 verlängert. Die Finanzierungsmodalitäten der Gesellschaft sehen eine umlagenbezogene Finanzierung seitens der Gebietskörperschaften vor. Das Gesamtbudget der RTW seit Gründung beträgt 26,6 Mio. €. Ab dem 26.11.2014 sind, mit Beschluss der Gesellschafterversammlung, die Befristung der Gesellschaft entfallen, die Städte Eschborn, Schwalbach und Neu-Isenburg sowie das Land Hessen der Gesellschaft als Gesellschafter beigetreten und haben Geschäftsanteile von den Gründungsgesellschaftern übernommen (Eintragung in das Handelsregister in 2015). Das Budget der Gesellschaft erhöht sich dadurch nicht.

Gegenstand der Gesellschaft ist die planerische Vorbereitung des Vorhabens „Regionaltangente West“.

In Erfüllung der Aufgabenvereinbarung werden von Mitarbeitern der RTW GmbH Projekte entwickelt, die teils in Eigenleistung und teilweise durch Auf-

tragsvergabe an Unternehmen abgearbeitet werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mio. € auf rd. 7 Mio. € reduziert. Diese Entwicklung ist auf die gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zurückzuführen.

Die Aktivseite weist im Geschäftsjahr 2014 ein Umlaufvermögen aus, welches im Wesentlichen aus liquiden Mitteln von 7 Mio. € (Vj. 6,5 Mio. €) besteht.

Die Passivseite ist geprägt von den Verbindlichkeiten mit 6,5 Mio. € (Vj. 8 Mio. €), insbesondere den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern von 6 Mio. € (Vj. 7,6 Mio. €).

Die unterjährige Zahlungsfähigkeit konnte gewährleistet werden.

Die Eigenkapitalquote beträgt inkl. des Sonderpostens 0,4 %.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung führt wie im Vorjahr zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Betriebsaufwendungen (Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen) haben sich im Wesentlichen aufgrund der höheren Planungsleistungen im Jahr 2014 um 1,8 Mio. € auf 5,4 Mio. € erhöht.

Die Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter (hier unter „sonstigen betrieblichen Erträgen“ erfasst) belaufen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 5,4 Mio. € (Vj. 3,5 Mio. €). Der Anstieg gegenüber 2013 ist auf die voranschreitende Projektarbeit und den damit notwendigen finanziellen Mitteln zurückzuführen.

B. Ausblick

Die nächsten zwei Jahre sollen dazu genutzt werden, die Leistungsphasen 3 und 4 der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) sowie die notwendigen ergänzenden Arbeiten, wie Vermessungen, Baugrunduntersuchungen, umweltfachliche Prüfungen und Schallgutachten usw. durchzuführen sowie die Frage der Vorhabenträgerschaft als Voraussetzung für die Abgabe der Planfeststellungsunterlagen einer Lösung zuzuführen und ein Betriebs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten.

Die RTW GmbH trägt grundsätzlich kein finanzielles Risiko, da sie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Hessen und einzelner Landkreise und Städte in der Region Frankfurt Rhein-Main auf dem Gebiet des Verkehrswesens zum Ziel hat und keine unternehmerische Tätigkeit im engeren Sinne wahrnimmt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RTW GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Das Budget der Gesellschaft betrug bis zum 31.12.2012 insgesamt 5,8 Mio. €, wovon auf die Stadt Frankfurt am Main gemäß Gesellschaftsvertrag ein Finanzierungsanteil von insgesamt 1,251 Mio. € fiel. Für die Planungen ab 2013 wurde ein weiterer Budgetrahmen von 20,8 Mio. € beschlossen. Auf die Stadt Frankfurt am Main entfällt davon ein Finanzierungsanteil von rd. 11 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2014 wurden Erträge aus Beiträgen der Gesellschafter von 5,4 Mio. € verbucht (Anteil Frankfurt am Main 2,9 Mio. €).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Valussi 173 T € und Herrn Forst 98 T €. Die Aufsichtsräte üben ihre Aufgabe ehrenamtlich aus und erhalten keine Vergütung.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

RTW Planungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	*Veränderung in T€*	*in %*
AKTIVA				
Anlagevermögen	**6**	**0**	**6**	**-**
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	0	6	-
Umlaufvermögen	**7.011**	**8.112**	**-1.102**	**-13,6**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	1.655	-1.651	-99,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	7.007	6.458	550	8,5
Rechnungsabgrenzungsposten	**2**	**2**	**0**	**2,1**
Bilanzsumme	**7.020**	**8.115**	**-1.095**	**-13,5**
PASSIVA				
Eigenkapital	**22**	**22**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	30	30	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-8	-8	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**6**	**0**	**6**	**-**
Rückstellungen	**490**	**132**	**358**	**270,7**
Verbindlichkeiten	**6.500**	**7.960**	**-1.460**	**-18,3**
Bilanzsumme	**7.020**	**8.115**	**-1.095**	**-13,5**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	*Veränderung in T€*	*in %*
sonstige betriebliche Erträge	5.433	3.624	1.809	49,9
Materialaufwand	-4.773	-3.165	-1.608	50,8
Personalaufwand	-349	-279	-70	24,9
Abschreibungen	-2	0	-2	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-323	-188	-135	71,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-12**	**-7**	-5	61,6
Finanzergebnis	12	8	5	58,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0**	**0**	0	0,0
Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung *absolut*	*in %*
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	4	4	0	0,0

2.4 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Goldsteinstraße 160 60528 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 46 66 0 69/2 12-3 79 45	poststelle.eb68@stadt-frankfurt.de www.stadtentwaesserung-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
17.12.1998	Reinhaltung und naturnahe Entwicklung der Gewässer in Frankfurt am Main durch umweltschützende Ableitung und Reinigung des Abwassers, durch naturgerechte Gewässerunterhaltung und naturnahen Gewässerausbau bei angemessenem Hochwasserschutz.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	7.669.378 € = 100,00 %

Betriebsleitung:

Herr Ernst Appel

Herr Werner Kristeller

Betriebskommission:	13 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau Stv Nimatoulaye Diallo
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr Stv Martin Kliehm
	Herr Stv Robert Lange
	Herr StR Stefan Majer
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr StR Michael Paris
	Herr Stv Roger Podstatny
	Herr Stv Günther Quirin
	Herr Stv Helmut Ulshöfer
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Rainer Fitzek (AN)
	Herr Andreas Krug (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
13 Mitglieder davon 6 Vertreter der Stadtverordnetenversammlung, 5 Vertreter des Magistrats und 2 Vertreter der Arbeitnehmer	Frau Stv Dominike Pauli (bis 31.10.2014)	Herr Stv Martin Kliehm (seit 01.11.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes betreibt die Stadtentwässerung Frankfurt am Main öffentliche Entwässerungskanäle ebenso wie zahlreiche Pumpwerke, Regenentlastungen, Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle sowie zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit einer Gesamtkapazität von ca. 2 Mio. Einwohnergleichwerten. Die Entsorgung der anfallenden Schlämme erfolgt in einer Schlammentwässerungs- und -verbrennungsanlage (SEVA). Neben der Entsorgung im Einzugsgebiet der Stadt Frankfurt am Main erfolgt die Entsorgung der Abwässer der Städte Maintal (Stadtteil Bischofsheim), Neu-Isenburg, Offenbach, Kelsterbach und Steinbach sowie der in den Abwasserverbänden Main-Taunus und Westerbach zusammengeschlossenen Städte. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, zahlreiche Gewässer mit einer Gesamtlänge von ca. 160 km zu unterhalten. Es handelt sich dabei um kleine Gräben und Bäche und umfasst auch den Fluss Nidda, der im Stadtgebiet durch fünf bewegliche Wehre staugeregelt ist. Die Abwassergebühr beträgt seit 1995 unverändert 1,76 € pro Kubikmeter Abwasser.

Für den Betrieb der Kanalisation wurden die flächendeckende Inspektion der Kanäle, die Erarbeitung von Sanierungskonzepten und die Wiederherstellung eines einwandfreien Zustandes schadhafter

Kanalabschnitte fortgesetzt. Ein Schwerpunkt der systematischen Instandsetzung von Kanalschäden lag im Stadtteil Ostend. Neben der Behandlung der öffentlichen Kanäle wurde auch die systematische Untersuchung der Zuleitungskanäle fortgesetzt. Hier lag der Schwerpunkt in den Stadtteilen Kalbach und Sachsenhausen und noch einem kleinen Teil in Niederrad. Der Betrieb der Abwasserableitung lief im Berichtsjahr ordnungsgemäß ohne wesentliche Betriebsstörungen.

Für die beiden Abwasserreinigungsanlagen stehen zwei wesentliche und zukunftsweisende Projekte an. Für die Klärschlammbehandlung ist in einem ersten Schritt der Neubau einer Klärschlammfaulung geplant. In einem zweiten Schritt soll dann die vorhandene SEVA durch den Neubau einer Klärschlammtrocknung mit anschließender Klärschlammverbrennung ersetzt werden.

Ein weiteres Projekt betrifft die ARA Frankfurt-Griesheim mit dem Neubau der Einlaufgruppe. Aufgrund der rund 30-jährigen Betriebszeit müssen alle wesentlichen maschinen- und elektrotechnischen Einrichtungen von Rohwasserpumpwerk, Rechengebäude und Sandfang erneuert werden.

Der naturnahe Umbau des Höchster Wehres, der im Juli 2013 erfolgreich abgeschlossen wurde, wird von der Bevölkerung positiv beurteilt und hat die naturnahe Entwicklung der Nidda in diesem Abschnitt stark verbessert. Als nächste Maßnahme ist der naturnahe Umbau des Sossenheimer Wehres geplant.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. € auf 671,8 Mio. € verringert. Mit einem Anteil von 95,4 % macht das Sachanlagevermögen den überwiegenden Teil der Bilanzsumme aus. Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2014 beträgt 22,3 % (Vj. 22,8 %).

Zur Erfolgslage

Der formelle Abschluss für das Vorjahr 2013 mit einem Jahresergebnis von -7,3 Mio. € war mit Sondereinflüssen durch die erstmalige Bildung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen wegen Rückzahlungsverpflichtung aus Gebührenüberdeckung in Höhe von 11,9 Mio. € belastet. Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in Hessen zum 01.01.2013 wurde in § 10 ausdrücklich geregelt, dass bei Kostenüberdeckungen auch in der handelsrechtlichen Rechnungslegung entsprechende Verbindlichkeiten und Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen auszuweisen sind.

Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses vor Sondereinflüssen in Höhe von 4,4 Mio. € und einer Ertragsminderung für die Zuführung zu Rückstellungen wegen Zahlungsverpflichtungen von 2,3 Mio. € beläuft sich der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr auf 2,1 Mio. €.

B. Ausblick

Da die Leistungen der Stadtentwässerung im Hoheitsbereich erbracht werden, werden bestandsgefährdende Risiken nicht gesehen. Die Diskussion über die steuerliche Gleichbehandlung von Betrieben der Wasserversorgung mit der Abwasserentsorgung wird nach wie vor geführt, eine mögliche Gesetzesinitiative ist jedoch nicht absehbar.

Der Eigenbetrieb hat als Grundlage für das eigene Handeln und Selbstverständnis in den letzten Jahren eine Unternehmensvision sowie ein Unternehmens- und Führungsleitbild formuliert. Darauf aufbauend wurde eine Vielzahl von Arbeitsabläufen optimiert. Die Aufbauorganisation wurde grundlegend überarbeitet und den künftigen Anforderungen angepasst. Die strategische Ausrichtung des Betriebs wurde weiter fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang wurde Anfang 2010 beschlossen, ein „Integriertes Managementsystem“ (IMS) einzuführen, das die Bausteine Qualitätsmanagement, Umweltmanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz in einem Gesamtsystem zusammenfasst. Das IMS soll zu einer weiteren nachhaltigen Verbesserung und Absicherung der betrieblichen Abläufe beitragen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 29.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 02.09.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 22.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**640.833**	**642.107**	**-1.274**	**-0,2**
Immaterielle Vermögensgegenstände	183	280	-98	-34,8
Sachanlagen	640.651	641.827	-1.176	-0,2
Umlaufvermögen	**30.979**	**30.220**	**760**	**2,5**
Vorräte	6.981	6.888	93	1,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.206	22.275	931	4,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	792	1.056	-264	-25,0
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**1**	**-1**	**-**
Bilanzsumme	**671.813**	**672.328**	**-515**	**-0,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**150.028**	**150.026**	**2**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	140.247	140.247	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	9.437	-9.437	-100,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	2.112	-7.327	9.439	-128,8
Sonderposten	**121.863**	**118.974**	**2.889**	**2,4**
Rückstellungen	**35.328**	**29.688**	**5.640**	**19,0**
Verbindlichkeiten	**360.794**	**369.840**	**-9.046**	**-2,4**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	325.718	315.939	9.779	3,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**3.800**	**3.800**	**0**	**0,0**
Bilanzsumme	**671.813**	**672.328**	**-515**	**-0,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	109.433	108.768	665	0,6
andere aktivierte Eigenleistungen	1.788	1.834	-46	-2,5
Gesamtleistung	**111.221**	**110.602**	620	0,6
sonstige betriebliche Erträge	2.669	2.857	-187	-6,6
Materialaufwand	-40.993	-39.374	-1.619	4,1
Personalaufwand	-26.027	-24.436	-1.591	6,5
Abschreibungen	-22.374	-24.653	2.279	-9,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.282	-13.094	811	-6,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**12.216**	**11.902**	314	2,6
Finanzergebnis	-9.993	-9.703	-290	3,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.222**	**2.199**	24	1,1
Außerordentliches Ergebnis	0	-9.437	9.437	-
Steuern	-110	-88	-22	24,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	2.112	-7.327	9.439	-128,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**2.112**	**-7.327**	9.439	-128,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	399	397	2	0,5
Öffentliche Entwässerungskanäle in km (ca.)	1.581	1.565	16	1,0

2.5 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Kurt-Schumacher-Straße 8	0 69/2 13-01	info@stadtwerke-frankfurt.de
60311 Frankfurt am Main	0 69/2 13-2 27 40	www.stadtwerke-frankfurt.de

Gründung:
01.01.1995

Unternehmensgegenstand:
Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen jeder Art an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen und das Erbringen von Verkehrs- und Verkehrsdienstleistungen ist.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	52.001.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Constantin H. Alsheimer
Herr Lothar Herbst (seit 01.01.2014)
Herr Thomas Wissgott (seit 01.01.2014)

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser
	Herr Stv Michael zu Löwenstein
	Herr StR Claus Möbius
	Herr Stv Uwe Paulsen
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Herr Stv Dr. Christoph Schmitt
	Herr Stv Manuel Stock
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Peter Arnold (AN)
	Herr Mahmut Bas (AN)
	Herr Erich Braun (AN)
	Herr Karl Heinz Dauth (AN)
	Herr Reinhold Falk (AN)
	Herr Lothar Huber (AN)
	Herr Jochen Koppel (AN)
	Frau Cornelia Kröll (AN)
	Herr Ralf Stamm (AN)
	Herr Athanasios Stavrakidis (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:
20 Mitglieder
davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer

Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.

Beteiligungen: (über 20 %)	Kapitalanteile:		
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	25.500 €	=	100,00 %
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	26.600 €	=	100,00 %
IN-DER-CITY-BUS GmbH	10.572.000 €	=	100,00 %
Main Mobil Frankfurt GmbH	204.100 €	=	100,00 %
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.000 €	=	100,00 %
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	25.565 €	=	100,00 %
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	11.000.000 €	=	100,00 %
Mainova AG	107.061.248 €	=	75,22 %
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	184.911.621 €	=	20,02 %
Nassauische Sparkasse (stille Einlage ohne Stimmrechte)	8.060.000 €		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Gesellschaft leistet - zusammen mit ihren direkten und indirekten Beteiligungsgesellschaften - als wesentliche städtische Beteiligung einen nachhaltigen Beitrag für die Stadt Frankfurt am Main. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen dabei stets die Aspekte Wirtschaftlichkeit und Daseinsvorsorge. Zu den vorrangigen Zielen des Steuerungskonzeptes der Stadt Frankfurt zählt die Sicherung des Ergebnisbeitrages für den Anteilseigner. Ebenso relevant sind Aufrechterhaltung und Ausbau der Daseinsvorsorge der Stadt Frankfurt am Main gegenüber ihren Bürgern. Dabei sollen Investitionstätigkeiten aus eigenen Mitteln und ohne Haushaltszuschüsse durchgeführt werden.

Zu den operativen Aufgaben zählen neben der Vermietung des Verwaltungsgebäudes weitere Konzernaufgaben, vor allem in den Bereichen Rechnungswesen, Treasury, Betriebsrestauration, betriebsärztlicher Dienst, Revision sowie Aus- und Fortbildung. Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) bildet für die Konzerngesellschaften in gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungsberufen aus. Die von den Tochtergesellschaften Mainova AG und VGF bezogenen Leistungen betreffen maßgeblich gebäudebezogene und EDV-Dienstleistungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist um 127,5 Mio. € auf 843,2 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend hierfür sind auf der Aktivseite hauptsächlich das gesunkene Guthaben bei Kreditinstituten sowie der Rückgang der Forderungen gegen verbundene Unternehmen aufgrund des erhöhten Liquiditätsbedarfs der Tochtergesellschaften im Rahmen des gemeinsamen Cash Pooling-Verfahrens.

Gegenläufig hat sich das Anlagevermögen durch den Erwerb von Anteilen an zwei verbundenen Unternehmen (ICB und MMF) erhöht. Auf der Passivseite vermindern sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch das gemeinsame Cash Pooling-Verfahren sowie die sonstigen Verbindlichkeiten durch die Rückzahlung kurzfristiger Termingeldaufnahmen. Gegenläufig haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund der Inanspruchnahme von kurzfristigen Kreditlinien erhöht.

Auf der Vermögensseite stellen die Finanzanlagen mit rund 776 Mio. € den wichtigsten Aktivposten dar. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die Beteiligungen an der Mainova AG, der Fraport AG, der SWG, der AVA GmbH sowie die stille Beteiligung an der Nassauischen Sparkasse.

Auf der Passivseite ist der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme um 5,4 Prozentpunkte auf 38,9 % gestiegen.

Zur Erfolgslage

Der Rückgang des Jahresergebnisses um 5,8 Mio. € (Vj. Jahresüberschuss 8,9 Mio. €) beruht im Wesentlichen auf dem Rückgang des Ertrags aus Gewinnabführungsverträgen. Diese haben sich um 11,6 Mio. € auf 71 Mio. € vermindert. Die Verminderung resultiert größtenteils aus dem gesunkenen Ertrag aus Gewinnabführung der AVA (-7,0 Mio. €) und der Mainova (-4,7 Mio. €). Gegenläufig haben sich die Aufwendungen aus Verlustübernahme um 2,8 Mio. € auf 78,2 Mio. € vermindert. Dies ist vor allem auf den Rückgang des Aufwands aus Verlustübernahme gegenüber der VGF in Höhe von 2,3 Mio. € auf 53,8 Mio. € sowie gegenüber der BäderBetriebe in Höhe von 0,6 Mio. € auf 24,4 Mio. € zurückzuführen.

Der Personalaufwand verringerte sich um 0,3 Mio. €, da im Vorjahr eine Nachzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen enthalten war. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen beruht der Rückgang um 1,2 Mio. € auf 8,6 Mio. € vor allem auf den gesunkenen Aufwendungen für Gutachten und Beratung, die im Vorjahr im Zusammenhang mit der Untersuchung von Synergien im Konzernverbund sowie beihilferechtlichen Fragestellungen entstanden.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 186,1 Mio. € auf 3,5 Mrd. € verringert. Auf der Aktivseite bleiben die immateriellen Vermö-

gensgegenstände fast unverändert. Das Sachanlagevermögen erhöhte sich um 38,2 Mio. €. Im Konzern wurden im Berichtsjahr 186,5 Mio. € (Vj. 246,3 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Den Schwerpunkt der Zugänge bei den Sachanlagen bilden die Erweiterung und Erneuerung der Erzeugungs- und Verteilungsanlage im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich sowie die Beschaffung neuer Fahrzeuge im Stadtbahn- und Straßenbahnbereich, einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen. Im Vorjahr waren außerdem die Investitionen für den Ausbau des Photovoltaik- und Windparkportfolios enthalten.

Das Finanzanlagevermögen reduzierte sich um 2,6 Mio. €. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang aus niedrigeren Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht sowie gesunkenen sonstigen Beteiligungen.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um 229,9 Mio. € auf 2 Mrd. € verringert. Der Rückgang resultiert vor allem aus den gesunkenen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Der Rückgang bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert aus planmäßigen Darlehenstilgungen.

Das Eigenkapital ist um rund 39,7 Mio. € gestiegen. Der Anstieg resultiert zum einen aus dem positiven Konzernergebnis des Berichtsjahres und zum anderen aus dem Anstieg der Anteile anderer Gesellschafter. Die Eigenkapitalquote ist mit 22,9 % leicht angestiegen.

Der Jahresüberschuss des Konzerns beträgt 54,2 Mio. €. Nach Verrechnung des auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinns ergibt sich ein positives Konzernergebnis von 39 Mio. € (Vj. 35 Mio. €). Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2,2 Mrd. € und lagen damit um 190,4 Mio. € bzw. 7,8 % unter den Vorjahreserlösen.

Der Materialaufwand betrifft überwiegend den Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmebezug, die Kosten für den Gas-, Kohle- und Heizöleinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Ursächlich für den Rückgang um 7,6 % (140,7 Mio. €) auf 1,7 Mrd. € waren die rückläufigen Gas- und Stromvertriebsmengen.

Der Personalaufwand ist mit 348,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den gesunkenen Mitarbeitsbestand kompensiert. Zum Ende des Berichtsjahrs betrug die Konzernbelegschaft 5.589 Mitarbeiter, im Jahresdurchschnitt waren 5.390 beschäftigt.

B. Ausblick

Die Auswirkungen des volatilen Marktumfelds sowie die unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich in nahezu allen Bereichen des Konzerns. Der SWFH-Konzern ist vor dem Hintergrund der durch die Liberalisierung des Energie- und Verkehrsmarkts entstandenen Veränderungen sowie europäischer Vorgaben gehalten, den bereits in den Vorjahren eingeleiteten Um- und Restrukturierungsprozess, der zur Verschlankung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und darüber hinaus zu strukturellen Anpassungen geführt hat, auch in den folgenden Jahren fortzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2014 auf 120,6 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen). Weiterhin hat die SWFH GmbH eine Garantie von 8 Mio. € für die Stille Einlage bei der Nassauischen Sparkasse erhalten.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 23 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 01.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 22.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 21.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**803.664**	**796.456**	**7.207**	**0,9**
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	23	-9	-38,8
Sachanlagen	28.073	31.477	-3.405	-10,8
Finanzanlagen	775.577	764.956	10.621	1,4
Umlaufvermögen	**39.556**	**174.250**	**-134.694**	**-77,3**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.516	48.321	-8.805	-18,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	41	125.929	-125.889	-100,0
Bilanzsumme	**843.220**	**970.706**	**-127.486**	**-13,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**327.914**	**324.812**	**3.102**	**1,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	387.136	387.136	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-114.326	-123.177	8.851	-7,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.102	8.851	-5.749	-64,9
Rückstellungen	**13.951**	**16.830**	**-2.878**	**-17,1**
Verbindlichkeiten	**501.355**	**629.065**	**-127.710**	**-20,3**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	241.506	198.392	43.114	21,7
Bilanzsumme	**843.220**	**970.706**	**-127.486**	**-13,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	0	0	0	-
Gesamtleistung	**0**	**0**	0	-
sonstige betriebliche Erträge	17.094	16.787	307	1,8
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-11.273	-11.560	286	-2,5
Abschreibungen	-3.735	-3.778	43	-1,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.624	-9.788	1.163	-11,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-6.538**	**-8.338**	1.800	-21,6
Finanzergebnis	9.018	18.229	-9.211	-50,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.480**	**9.891**	-7.411	-74,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	622	-1.040	1.662	-159,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	3.102	8.851	-5.749	-64,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**3.102**	**8.851**	-5.749	-64,9

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	96	105	-9	-8,6
Auszubildende	154	164	-10	-6,1

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**3.112.111**	**3.076.612**	**35.499**	**1,2**
Immaterielle Vermögensgegenstände	47.484	47.480	5	0,0
Sachanlagen	1.726.668	1.688.491	38.177	2,3
Finanzanlagen	1.337.959	1.340.641	-2.682	-0,2
Umlaufvermögen	**392.985**	**615.912**	**-222.926**	**-36,2**
Vorräte	60.388	57.974	2.414	4,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	313.735	412.949	-99.214	-24,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	18.862	144.988	-126.126	-87,0
Rechnungsabgrenzungsposten	**4.775**	**3.440**	**1.335**	**38,8**
Bilanzsumme	**3.509.871**	**3.695.964**	**-186.093**	**-5,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**876.274**	**836.629**	**39.645**	**4,7**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	387.136	387.136	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	154.944	128.532	26.413	20,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	38.966	35.034	3.933	11,2
Anteile anderer Gesellschafter	171.193	161.869	9.324	5,8
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	72.033	72.057	-24	-0,0
Sonderposten	**148.961**	**142.197**	**6.765**	**4,8**
Rückstellungen	**445.331**	**449.666**	**-4.336**	**-1,0**
Verbindlichkeiten	**2.016.819**	**2.246.743**	**-229.924**	**-10,2**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.518.034	1.617.413	-99.378	-6,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**22.486**	**20.729**	**1.757**	**8,5**
Bilanzsumme	**3.509.871**	**3.695.964**	**-186.093**	**-5,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.247.046	2.437.486	-190.440	-7,8
Bestandsveränderung UE / FE	-1.661	1.480	-3.141	-212,2
andere aktivierte Eigenleistungen	17.297	14.778	2.519	17,0
Gesamtleistung	**2.262.682**	**2.453.744**	-191.062	-7,8
sonstige betriebliche Erträge	151.279	154.254	-2.975	-1,9
Materialaufwand	-1.711.721	-1.852.435	140.715	-7,6
Personalaufwand	-348.309	-348.309	-1	0,0
Abschreibungen	-151.616	-151.576	-40	0,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-172.544	-209.776	37.232	-17,7
Betriebsergebnis	**29.772**	**45.903**	-16.131	-35,1
Finanzergebnis	31.312	12.520	18.792	150,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**61.084**	**58.423**	2.661	4,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-6.855	-8.697	1.842	-21,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	54.229	49.726	4.503	9,1
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-15.263	-14.692	-571	3,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**38.966**	**35.034**	3.933	11,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	5.390	5.487	-97	-1,8

2.5.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	0 69/58 60 43-0 0 69/58 60 43-39	info@ava-sanierung.de www.stadtwerke-frankfurt.de/165.html

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
02.04.2001	Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Frankfurt am Main zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit in der Region.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	25.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Udo Findt

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Markus Frank
	Frau Stv Angela Hanisch
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr Stv Ulf Homeyer
	Herr Stv Roger Podstatny
	Herr Stv Gert Trinklein

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
6 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Gesellschaftszweck ist, nach Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt in Frankfurt am Main im Jahr 2009, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen.

Nach Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien am 01.07.2009 steht der Stadt Frankfurt am Main und der Region eine genehmigte Kapazität von 526.600 Jahrestonnen für die Verbrennung von Haus- und Gewerbemüll zur Verfügung. Im Geschäftsjahr 2014 wurden ca. 516.186 Tonnen Abfälle zur Verbrennung geliefert.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 63,8 Mio. € auf 85,6 Mio. €.

Der Rückgang des Anlagevermögens resultiert mit 16,2 Mio. € hauptsächlich aus den Abschreibungen des Geschäftsjahres. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme macht 77,8 % (Vj. 54,4 %) aus. Die Finanzanlagen resultieren aus einem an die Gesellschafterin gewährten langfristigen Darlehen und haben einen Anteil von 19,9 % an der Bilanzsumme.

Das Umlaufvermögen ist in 2014 um 47,1 Mio. € auf 2 Mio. € gesunken und macht 2,4 % (Vj. 32,9 %) der Bilanzsumme aus. Ursächlich für diese Veränderung ist vor allem, die wie im Vorjahr vorgenommene Verrechnung der Forderungen gegen die Gesellschafterin mit den entsprechenden Verbindlichkeiten und dem daraus zum Bilanzstichtag resultierenden Ausweis unter den Verbindlichkeiten. Der Rückgang beruht überwiegend auf dem hohen Liquiditätsbedarf aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten planmäßigen Tilgungen von Schuldscheindarlehen, der über das gemeinsame Konzern-Cash Pooling mit der SWF Holding gedeckt wurde.

Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten um 63,7 Mio. € auf 85 Mio. €. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 66,3 Mio. € beruht fast ausschließlich auf den planmäßigen Tilgungsleistungen des Berichtsjahres. Die zur Finanzierung der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage aufgenommenen Darle-

hen machen auf der Passivseite 93,3 % (Vj. 97,2 %) der Bilanzsumme aus.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft hat Umsatzerlöse in Höhe von 26,8 Mio. € (Vj. 36,1 Mio. €) aus der Verpachtung der Verbrennungslinien 1 bis 4 an die MHKW GmbH erzielt. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert aus der monatlichen Pachtreduzierung aufgrund der geleisteten Sonderzahlung des Jahres 2013. Zusätzlich hatte im Vorjahr eine in den Umsatzerlösen enthaltene Pacht-Sonderzahlung der MHKW GmbH von 8,5 Mio. € wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um 1,7 Mio. € resultiert hauptsächlich aus den im Vorjahr enthaltenen periodenfremden Erträgen und den geringeren Erstattungen durch die MHKW GmbH.

Der Rückgang der Abschreibungen um 3 Mio. € resultiert vor allem daraus, dass für die technischen Anlagen und Maschinen die degressive Abschreibungsmethode angewandt wird.

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung betrug im Geschäftsjahr 0,4 Mio. € (Vj. 7,4 Mio. €). Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages mit der Stadtwerke Holding wird der Jahresüberschuss vollständig abgeführt.

B. Ausblick

Die Gesellschaft sieht auf Grund des seit der Eingliederung in den Stadtwerke-Konzern zum 01.01.2006 bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages keine bestandsgefährdenden Risiken. Aufgrund der vereinbarten Pachtzahlungen und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Aufwendungen für die Abschreibungen der Verbrennungslinien rechnet die Gesellschaft mit dauerhaften positiven Jahresergebnissen, die dann an die Muttergesellschaft abgeführt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der AVA GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2014 auf 79,8 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Der Geschäftsführer ist nebenamtlich tätig.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 01.12.2013 für das Planjahr 2014 und am 30.09.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 21.04.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**83.538**	**100.226**	**-16.688**	**-16,6**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-0	-35,3
Sachanlagen	66.537	81.225	-14.687	-18,1
Finanzanlagen	17.000	19.000	-2.000	-10,5
Umlaufvermögen	**2.011**	**49.143**	**-47.132**	**-95,9**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.011	49.143	-47.132	-95,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	0	0	294,4
Bilanzsumme	**85.549**	**149.369**	**-63.820**	**-42,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**403**	**403**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	377	377	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	**139**	**273**	**-134**	**-49,0**
Verbindlichkeiten	**85.007**	**148.693**	**-63.686**	**-42,8**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	80.826	147.125	-66.299	-45,1
Bilanzsumme	**85.549**	**149.369**	**-63.820**	**-42,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	26.798	36.129	-9.331	-25,8
Gesamtleistung	**26.798**	**36.129**	-9.331	-25,8
sonstige betriebliche Erträge	1.104	2.847	-1.742	-61,2
Materialaufwand	-6.312	-6.299	-13	0,2
Personalaufwand	-42	-42	0	-0,1
Abschreibungen	-16.239	-19.251	3.012	-15,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-577	-698	121	-17,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**4.733**	**12.685**	-7.953	-62,7
Finanzergebnis	-4.260	-5.268	1.008	-19,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**473**	**7.417**	-6.945	-93,6
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-69	-41	-28	68,8
Gewinnabführung	-403	-7.377	6.973	-94,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.5.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Am Hauptbahnhof 16 60329 Frankfurt am Main	0 69/27 10 89-10 10 0 69/27 10 89-10 09	info@bbf-frankfurt.de www.bbf-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
02.01.2003 Ausgliederung	Bau, Unterhaltung und Betrieb von Hallen- und Freibädern sowie die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	26.600 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Frank Müller

Aufsichtsrat:	9 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Eugen Emmerling
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Frau Stv Angela Hanisch
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Herr Stv Helmut Ulshöfer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Ajsela Jukovic (AN)
	Herr Robby Schink (AN)
	Herr Armin Vessali (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
9 Mitglieder davon 3 Vertreter der Arbeitnehmer	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Gesellschaft sind sieben Hallenbäder (davon drei Erlebnisbäder) und sieben Freibäder zugeordnet. Dabei wird das Gartenbad Fechenheim von der TG Bornheim als Vereinsbad betrieben. Im Jahr 2014 wurden in den genannten Schwimmbädern insgesamt rd. 2,2 Mio. Besucher gezählt. Gegenüber dem Vorjahr mit 2,5 Mio. Badegästen, der zweithöchsten Besucherzahl seit dem „Jahrtausendsommer“ 2003, ist ein witterungsbedingter Rückgang zu verzeichnen: Die Freibadeintritte sind um rund 0,3 Mio. auf nicht einmal 0,5 Mio. gesunken. Die besucherstärksten Bäder waren erneut die Erlebnisbäder: Das Rebstockbad mit knapp 0,6 Mio. Besucher gefolgt von den Titus Thermen (rd. 0,4 Mio. Besucher) und dem Panorambad (rd. 0,3 Mio.).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist bedingt durch die geringe Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr (0,4 Mio. €) um 2,7 Mio. € auf 70,5 Mio. € zurückgegangen. Das Eigenkapital beträgt unverändert 37,7 Mio. €, da die Ergebnisse aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags von der Gesellschafterin, der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), ausgeglichen werden. Wegen der geringeren Bilanzsumme ist die Eigenkapitalquote auf 53,5 % (Vj. 51,5 %) gestiegen. Forderungen (insbesondere Verlustübernahme) und Verbindlichkeiten (insbesondere Cash-Pooling) gegen die Gesellschafterin werden wie üblich saldiert. In 2014 wird der Saldo als Forderung (0,6 Mio. €) ausgewiesen, wohingegen im Vorjahr eine Verbindlichkeit (13,4 Mio. €) ausgewiesen war. Der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Cash-Pooling resultiert aus der Darlehensaufnahme bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main. Die Veränderung bei den Rückstellungen resultiert über-

wiegend aus der Auflösung der Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -24,4 Mio. € ab. Im Vergleich zum Vorjahr (-24,9 Mio. €) zeigt sich das Ergebnis um 2,3 % verbessert. Ein Ausgleich des Defizits ist aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags durch die SWFH gewährleistet.

Der Umsatzrückgang ist im Wesentlichen durch den Rückgang der Besucherzahlen aufgrund der witterungsbedingt schlechten Freibadesaison (-37 % Freibadbesucher) begründet. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge geht vor allem auf höhere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen zurück. Da 2013 als Sondereffekt Aufwendungen für Planungsleistungen aus der abgesetzten Dach- und Fassadensanierung Panoramabad (0,7 Mio. €) im Materialaufwand enthalten waren, ergibt sich im Berichtsjahr ein Rückgang.

B. Ausblick

Auch in finanziell schwierigeren Zeiten geht es bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH primär darum, die flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Schwimmstätten (auch für das Vereins- und Schulschwimmen) dauerhaft zu sichern. Zur passgenauen Ausrichtung der künftigen Angebotsstruktur wird im Jahr 2015 eine repräsentative Umfrage bei Gästen und Bürgern außerhalb der Bäder durchgeführt. Diese soll bei der Erstellung eines Konzepts mit dem Zeithorizont bis 2020 über die Frankfurter Bäderlandschaft einfließen. Zudem steht die Projektierung eines neuen Familienbades an der Frankfurter Eissporthalle als Ersatz für das Panoramabad Bornheim auf der Agenda.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 141,5 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 1,6 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 21.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 17.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 20.04.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**68.887**	**72.053**	**-3.166**	**-4,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	6	-1	-11,9
Sachanlagen	68.882	72.047	-3.165	-4,4
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**1.624**	**1.201**	**423**	**35,2**
Vorräte	187	177	10	5,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.380	967	413	42,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	57	58	-0	-0,8
Bilanzsumme	**70.511**	**73.255**	**-2.744**	**-3,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**37.710**	**37.710**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	37.683	37.683	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	**8.109**	**8.878**	**-769**	**-8,7**
Verbindlichkeiten	**23.772**	**26.103**	**-2.332**	**-8,9**
Rechnungsabgrenzungsposten	**921**	**564**	**357**	**63,3**
Bilanzsumme	**70.511**	**73.255**	**-2.744**	**-3,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	10.058	10.586	-528	-5,0
Gesamtleistung	**10.058**	**10.586**	-528	-5,0
sonstige betriebliche Erträge	2.157	1.509	648	43,0
Materialaufwand	-14.413	-15.155	742	-4,9
Personalaufwand	-9.881	-9.754	-127	1,3
Abschreibungen	-3.520	-3.572	51	-1,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.601	-7.612	11	-0,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-23.201**	**-23.997**	797	-3,3
Finanzergebnis	-1.134	-903	-231	25,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-24.335**	**-24.900**	566	-2,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-33	-30	-4	12,6
Erträge aus Verlustübernahme	24.368	24.930	-562	-2,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	185	179	6	3,4
Besucher insgesamt	2.202.253	2.465.473	-263.220	-10,7
Besucher Erlebnis- und Hallenbäder	1.733.326	1.720.603	12.723	0,7
Besucher Freibäder	468.927	744.870	-275.943	-37,0

2.5.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Flughafen	0 69/6 90-0	info@fraport.de
60547 Frankfurt am Main	0 69/6 90-2 52 01	www.fraport.de

Gründung:
02.07.1924

Unternehmensgegenstand:
Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören zudem der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau anderer Flughäfen im In- und Ausland und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie die Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Land Hessen	289.538.714 €	=	31,36 %
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	184.911.621 €	=	20,02 %
Weitere Anteilseigner (einschl. Streubesitz)	448.977.145 €	=	48,62 %
	923.427.480 €	=	100,00 %

Vorstand:
Frau Anke Giesen
Herr Michael Müller
Herr Peter Schmitz (bis 31.08.2014)
Herr Dr. Stefan Schulte
Herr Dr. Matthias Zieschang

Aufsichtsrat: *20 Mitglieder*

Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Staatsmin a. D. Karlheinz Weimar
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Claudia Amier (AN)
	Herr Devrim Arslan (AN)
	Herr Hakan Cicek (AN)
	Frau Kathrin Dahnke
	Herr Peter Gerber
	Frau Dr. Margarete Haase
	Herr Erster KrBg a. D. Frank-Peter Kaufmann
	Herr Staatsmin a. D. Lothar Klemm
	Herr Dr. Roland Krieg (AN)
	Herr StS Michael Odenwald
	Herr Mehmet Özdemir (AN)
	Herr Arno Prangenberg (AN)
	Herr Gerold Schaub (AN)
	Herr Hans-Jürgen Schmidt (AN)
	Herr Werner Schmidt (AN)
	Herr Edgar Stejskal (AN)
	Herr Staatsmin a.D. Karlheinz Weimar
	Frau Prof. Dr.-Ing. Katja Windt

Satzungsmäßige Besetzung:
20 Mitglieder
davon 10 Vertreter der Anteilseigner

Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:

Ausgeschiedene Mitglieder:	*Neue Mitglieder:*
Herr Karl Ulrich Garnadt (vom 10.02.2014 bis 30.05.2014)	Herr Erster KrBg a. D. Frank-Peter Kaufmann (seit 31.05.2014)
Herr Staatsmin a. D. Jörg-Uwe Hahn (bis 30.05.2014)	Herr Peter Gerber (seit 31.05.2014)

Beteiligungen: (über 20%)	Kapitalanteile:		
Aerodrom, d.d., Slowenien	15.524.189 €	=	97,99 %

Afriport S.A., Luxemburg	1.452.499 €	=	100,00 %
AirIT Services AG, Lautzenhausen	500.000 €	=	100,00 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	52.000 €	=	100,00 %
Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	25.565 €	=	100,00 %
AMU Holdings Inc.	3.000 US$	=	100,00 %
Air-Transport IT Services, Inc., Orlando/USA	12.709.328 US$	=	100,00 %
APS Airport Personal Service GmbH	50.000 €	=	100,00 %
Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	52.000 €	=	100,00 %
Flughafen Frankfurt Main (Greece) Monoprosopi EPE, Athen/Griechenland	120.000 €	=	100,00 %
Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	75.000 €	=	100,00 %
FRA – Vorfeldaufsicht GmbH i. L.	25.000 €	=	100,00 %
FRA – Vorfeldkontrolle GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Fraport Asia Ltd., Hong Kong/China	10.000 HK$	=	100,00 %
Fraport Cargo Services GmbH, Frankfurt am Main	4.346.100 €	=	100,00 %
Fraport Casa GmbH	1.000.000 €	=	100,00 %
Fraport Casa Commercial, Neu Isenburg	250.000 €	=	100,00 %
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Flörsheim am Main	25.000 €	=	100,00 %
Fraport Passenger Services GmbH, Frankfurt am Main	50.000 €	=	100,00 %
Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	37.096 PEN	=	100,00 %
Fraport (Philippines)Services, Inc. i.L., Manila/Philippinen	26.180.300 PHP	=	100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Flörsheim am Main	25.000 €	=	100,00 %
FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	470.450 €	=	100,00 %
VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	26.000 €	=	100,00 %
Antalya Havalimani Uluslararasi Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	68.372.538 TRL	=	100,00 %
Fraport Malta Ltd., St. Julians/Malta	1.499 €	=	99,93 %
Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd., SA.	480.000 US$	=	90,00 %
Lima Airport Partners S. R. L., Lima/Peru	46.917.869 US$	=	70,01 %
Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	3.898.345 €	=	60,00 %
NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	676.000 €	=	52,00 %
FraCareServices GmbH, Frankfurt am Main	25.500 €	=	51,00 %
Fraport IC Ictas Antalya Havalimani Terminal Yatirim ve Isletmeciligi A.S., Antalya/Türkei	28.835 €	=	51,01 %
Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	133.015 €	=	51,00 %
AirIT Systems Hannover GmbH, Hannover	1.000.000 €	=	50,00 %
Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	19.175 €	=	50,00 %
operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	62.500 €	=	50,00 %
Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	1.013.430 CNY	=	50,00 %
ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	127.400 €	=	49,00 %
Philippine Airport and Ground Services Terminals Holdings, Inc., Pasay City/Philippinen	3.200.000 PHP	=	40,00 %
Philippine Airport and Ground Services Terminals, Inc., Manila/Philippinen	3.200.000 PHP	=	40,00 %
Philippine Airport Ground Services, Inc., Manila/Philippinen	45.000.000 PHP	=	40,00 %
Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	104.000 €	=	40,00 %
GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	410.000 €	=	40,00 %
Fraport IC Ictas Havalimani Isletme A.S., Antalya/Türkei	6.224.494 €	=	39,56 %
Thalita Trading Ltd., Lakatamia/ Zypern	97.732 €	=	35,50 %
FSG Flughaben-Service GmbH, Frankfurt am Main	25.000 €	=	33,33 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 €	=	33,33 %
Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	9.210.000 €	=	30,00 %
Philippine International Air Terminals Co., Inc., Manila/Philippinen	1.170.000.000 PHP	=	30,00 %
Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	7.785 €	=	20,00 %
Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	48.484 €	=	20,00 %
Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	22.217 €	=	20,00 %
Ineuropa Handling U.T.E., Teneriffa/Spanien	89.847 €	=	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Frankfurter Flughafen belegt im europäischen Vergleich hinter London-Heathrow und Paris Charles-De-Gaulle die dritte Position. Mehr als 80.000 Beschäftigte in rund 500 Firmen und Organisationen bilden die größte lokale Arbeitsstätte Deutschlands. Angebunden an die Region durch drei Autobahnen und drei Bahnhöfe, davon ein Bahnhof mit Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz, ist der kontinentale und interkontinentale Flugverkehr optimal mit anderen Verkehrsmitteln vernetzt. Fast 300 Flugziele in 104 Ländern eröffnen ein großes Spektrum an möglichen Zielorten, mehr als an jedem anderen Verkehrsflughafen weltweit. Gemeinsam mit Partnern entwickelt die Fraport AG den Frankfurter Flughafen zur „Frankfurt Airport City“, einem herausragenden Mobilitäts-, Erlebnis- und Immobilienstandort. Exemplarisch stehen hierfür das Mönchhof-Gelände oder das Quartier Gateway Gardens, deren Vermarktung von der unmittelbaren Nähe zum Flughafen und dessen Mobilitätsangebot profitieren. Auch die CargoCity Nord und Süd für die Bereiche Luftfracht und Luftpost werden bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Wie bereits im Vorjahr verzeichnete der Standort Frankfurt erneut Höchstwerte bei den Passagierzahlen. Trotz zahlreicher streik- und witterungsbedingter Flugausfälle nutzten 59,6 Mio. Passagiere (+ 1,5 Mio., Vj. 58 Mio.) den Frankfurter Flughafen, dies entspricht einem Zuwachs von 2,6 %.

Der Zuwachs der Passagierzahlen verteilte sich mit +2,1 % auf den Inlandsverkehr und den Europaverkehr (+ 5,2 %), was durch eine gestiegene Nachfrage an touristischen Zielen sowie Frequenzverdichtungen erklärbar ist. Der Interkontinentalverkehr war leicht rückläufig (-0,5 %). Der Anteil der Transferpassagiere lag unverändert bei rund 55 %. Bei der Fracht (Cargo-Tonnage) wurde mit 2,1 Mio. t eine Verbesserung von 1,7 % (+ 34.766 t) erzielt. Die Zahl der Flugbewegungen sank aufgrund von Angebotsreduzierungen und Annullierungen sowie gestiegenen Höchststartgewichten (+1,9 %, Einsatz größerer Flugzeuge und erhöhtes Sitzplatzangebot) um 0,8 % auf 469.026 (Vj. 472.692). Der Standort Deutschland, und dabei fast ausschließlich der Flughafen Frankfurt, hat einen Anteil von knapp 63 % am Konzern-Ergebnis und von über 90 % der Beschäftigten.

Der Planergänzungsbeschluss vom 10.05.2013 des Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau des Frankfurter Flughafens vom 18.12.2007 wurde mit erneutem Planergänzungsbeschluss vom 26.05.2014 erweitert. Dabei wurden die Schutzauflagen und Sicherungspflichten gegen Wirbelschleppen konkretisiert und erweitert.

Der Bauantrag für das im Süden geplante Terminal 3 als Teil des durch Planfeststellungsbeschluss genehmigten Ausbaus wurde am 12.08.2014 durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde der Stadt Frankfurt am Main genehmigt. Der prognostizierte Zuwachs an Passagier- und Cargokapazitäten wurde umfangreich gutachterlich untersucht. Der Neubau des Terminals 3 soll die langfristig benötigten landseitigen Kapazitäten für das prognostizierte Wachstum nach dem Ausbau der luftseitigen Kapazitäten durch die Landebahn Nordwest in 2011 sichern.

Der Ausbau des externen Geschäfts außerhalb des Standorts Frankfurt am Main wurde durch die Akquise von 100 % der Anteile an der AMU Holdings Inc., USA im August 2014 fortgesetzt. Die von der AMU Holdings Inc. gehaltenen Beteiligungen betreiben und entwickeln mit ihren insgesamt 17 Mitarbeitern kommerzielle Terminal-Flächen an den amerikanischen Flughäfen in Pittsburgh, Boston, Baltimore und Cleveland. Der Zukauf soll den Eingang zum US-amerikanischen Markt eröffnen und das Retail-Geschäft stärken. Ebenfalls im externen Geschäft wurden im Oktober 75,5 % der Anteile an der börsennotierten Aerodrom Ljubljana, d.d., Slowenien, erworben, die den Hauptstadtflughafen in Ljubljana betreibt und im vergangenen Jahr 1,3 Mio. Passagiere beförderte. Bis zum 31.12.2014 erwarb die Fraport AG 97,99 % der Anteile.

Gemeinsam mit dem griechischen Partner Copelouzos Group wurde die Fraport AG von der griechischen Privatisierungsgesellschaft Hellenic Republic Assets Development Fund (HRADF) als Prefered Investor für zwei Konzessionsverträge zum Betrieb von 14 griechischen Regionalflughäfen nominiert. Die Leistungen würden den Betrieb der

Flughäfen (u. a. Chania auf Kreta, Mykonos, Rhodos, Samos, Santorini) auf 40 Jahre umfassen, der Kaufpreis beträgt 1.234 Mio. € sowie jährliche Mindestkonzessionszahlungen von 22,9 Mio. €. Aufgrund der politischen Lage in Griechenland konnte der Vertragsschluss im Geschäftsjahr 2014 nicht finalisiert werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Vermögensstruktur wird durch die langfristig gebundenen Vermögenswerte der Terminals und der Flughafeninfrastruktur zum Betrieb des Flughafens bestimmt. Die Bilanzsumme verringerte sich um 2,6 Mio. € auf 7.648,2 Mio. € (Vj. 7.650,8 Mio. €) Dabei stieg das Anlagevermögen, während das Umlaufvermögen fast in gleichem Maße abnahm. Das Anlagevermögen erhöhte sich von 6.525,1 Mio. € um 367,5 Mio. € (+ 5,6 %) deutlich. Bedingt ist dies vornehmlich durch die Anteilserwerbe am Flughafen Ljubljana und der AMU Holdings Inc. Auch enthalten sind aktivierte Aufwendungen für erweiterte Schallschutzauflagen aus dem Planergänzungsbeschluss zu Wirbelschleppen in Höhe von 26 Mio. €. Das Umlaufvermögen (ohne den aktiven Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung) reduzierte sich im Wesentlichen durch geringere Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten aufgrund der Anteilserwerbe, der Tilgung von Finanzschulden und Dividendenzahlungen von 1 Mrd. € um 366,4 Mio. € auf 659,5 Mio. € (-35,7 %). Bei den Passiva stiegen das Eigenkapital um 65,9 Mio. € und die Rückstellungen um 25,1 Mio. €, die Verbindlichkeiten sanken um 91,1 Mio. €. Das Eigenkapital stieg um 2,5 % auf 2.690,2 Mio. € (Vj. 2.624,3 Mio. €). Die Eigenkapitalquote (ohne den zur Ausschüttung vorgesehenen Betrag) nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht um 0,7 Prozentpunkte auf 33,5 % (Vj. 32,8 %) zu. Die Rückstellungen wuchsen um 25,1 Mio. € auf 549,4 Mio. € (Vj. 524,3 Mio. €) an. Die Verbindlichkeiten sind um 2,1 % auf 4.339 Mio. € (Vj. 4.430,1 Mio. €) gesunken, dabei wurden mit Ausnahme der Anleihen alle Arten von Verbindlichkeiten zurückgeführt.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von 178,5 Mio. € (Vj. 173,8 Mio. €) erwirtschaftet. Damit liegt der Jahresüberschuss um 4,7 Mio. € (2,7 %) über dem Vorjahreswert. Die Steuerquote betrug 2014 34,5 % (Vj. 26,1 %), die auf höhere Steuerrückstellungen zurückzuführen war.

Die Umsatzerlöse waren mit 1.985,2 Mio. € (Vj. 1.954,7 Mio. €, +1,6 %) leicht verbessert und wurden wie im Vorjahr von der positiven Verkehrsentwicklung und der Erhöhung der Flughafen- und Infrastrukturentgelte in Frankfurt am Main getragen. Dies kompensierte die gesunkenen Retail-Einnahmen durch Kaufkraftverluste bei veränderter Passagierstruktur und rückläufigen Erlösen aus Sicherheitsdienstleistungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 9,4 Mio. € (+27,8 %) auf 43,2 Mio. € (Vj. 33,8 Mio. €), hauptsächlich aufgrund von Gewinnen aus dem Abgang von Finanzanlagen und Rückstellungsauflösungen. 2014 waren die Aufwendungen insgesamt rückläufig. Der gesamte operative Aufwand sank um 1,3 % auf 1.395,8 Mio. € (Vj. 1.414,7 Mio. €). Im Einzelnen verringerte sich der Materialaufwand witterungsbedingt wegen geringerer Aufwendungen für Winterdienste sowie Energie- und Versorgungsleistungen um 21,9 Mio. € auf 562,2 Mio. € (Vj. 584,1 Mio. €). Dabei wurde auch der Auftragsverlust der Sicherheitsleistungen im Terminal 1B berücksichtigt, der ebenfalls zu geringeren Aufwendungen führte. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich von 179,8 Mio. € um 5,7 Mio. € u.a. wegen geringerer Wertberichtigungen auf 174,1 Mio. € (- 3,2 %). Der Personalaufwand steigerte sich im Wesentlichen durch Tariferhöhungen um 8,7 Mio. € (1,3 %) auf 659,5 Mio. € (Vj. 650,8 Mio. €). Das Finanzergebnis verschlechterte sich von - 76,1 Mio. € um 16,4 Mio. € auf -92,5 Mio. €. Dies war auf eine negative Entwicklung des Zinsergebnisses wegen rückläufiger Zinserträge und beim sonstigen Finanzergebnis auf die veränderte Marktbewertung von Derivaten zurückzuführen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Seit Jahresbeginn 2014 wendet die Fraport AG die neuen Rechnungslegungsstandards IFRS 10, 11 und 12 an. Bisher anteilig nach der Quotenkonsolidierungsmethode in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen (insbesondere die Konzerngesellschaft in Antalya) werden ab diesem Jahr aufgrund von rechtlichen Anforderungen nach der At-Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Beim Vergleich mit der Darstellung in Beteiligungsberichten der Vorjahre ist dies zu berücksichtigen. Auf die in diesem Bericht dargestellten Vorjahresdaten sind die neuen Vorschriften zur Berichtserstattung bereits angewandt worden, um eine Vergleichbarkeit zu erlauben und die Entwicklung im Geschäftsjahr darstellen zu können. Einzelheiten zu den Auswirkungen der Umstellung können dem frei zugänglichen Geschäftsbericht 2014 der Fraport AG entnommen werden.

Das Konzern-Ergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 16,1 Mio. € (+ 6,8 %) auf 251,8 Mio. € (Vj. 235,7 Mio. €). Das unverwässerte Ergebnis je Aktie stieg von 2,40 € auf 2,54 € (+5,8 %). Die Umsatzerlöse stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 18,9 Mio. € auf 2.394,6 Mio. € (Vj. 2.375,7 Mio. €, + 0,8 %). Bereinigt um die ergebnisneutrale Erfassung von kapazitativen Investitionen in den Konzerngesellschaften Lima und Twin Star (IFRIC12) erhöhte sich der Konzern-Umsatz auf 2.383,8 Mio. € (Vj. 2.310 Mio. €), eine Steigerung von 3,2 %. Konzernweit stieg der Personalaufwand um 41,5 Mio. € auf 970,4 Mio. € (Vj. 928,9 Mio. €, + 4,5 %), auch hier waren Tariferhöhungen maßgebend. Der Materialaufwand sank um 61,9 Mio. € (- 10,4 %) auf 533,3 Mio. € (Vj. 595,2 Mio. €) aufgrund von witterungsbedingten Minderaufwendungen in Frankfurt und geringeren kapazitativen Investitionen in Bulgarien und Peru. Dies kompensierte die höheren verkehrsabhängigen Konzessionsabgaben in Peru sowie die Kosten der erstmaligen Konsolidierung der AMU Holdings Inc.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken vor allem durch geringere Wertberichtigungen um 11,9 Mio. € auf 172,2 Mio. € (Vj. 184,1 Mio. €). Das negative Finanzergebnis lag mit - 108,1 Mio. € um 1 Mio. € unter dem Vorjahr (- 107,1 Mio. €). Dabei verbesserte sich zwar das Ergebnis aus At-Equity bewerteten Unternehmen (besonders positiv die Konzern-Gesellschaft in Antalya), die Marktbewertung von Derivaten führte jedoch zu einem schlechteren sonstigen Finanzergebnis und auch das Zinsergebnis fiel wegen höherer Aufzinsung für Rückstellungen schlechter aus. Im Segment Aviation war ein Umsatzzuwachs von 38,6 Mio. € (+4,6 %) auf 884,2 Mio. € (Vj. 845,6 Mio. €) zu verzeichnen, der auf die leicht gestiegenen Passagierzahlen und die Anhebung der Flughafen-Entgelte in Frankfurt zurückzuführen war und zusammen mit Neuaufträgen den Umsatzrückgang aus Luftsicherheitskontrolldienstleistungen kompensieren konnte. Dem stand ein erhöhter Personalaufwand (18,1 Mio. €, + 6,5 %) von 296,1 Mio. € (Vj. 278 Mio. €) gegenüber, der bei leicht rückgängiger Beschäftigtenzahl (6.082, Vj. 6.199) in diesem Segment durch einen hohen Tarifabschluss bedingt war. Das Segment-EBIT verbesserte sich um 24,9 Mio. € (+ 27,5 %) auf 115,5 Mio. € (Vj. 90,6 Mio. €). Das Segment Ground Handling konnte bei leicht gestiegenen Höchstartgewichten, höheren Infrastrukturentgelten und höheren Passagierzahlen einen leichten Umsatzanstieg von 7,2 Mio. € (+ 1,1 %) auf 656,2 Mio. € (Vj. 649 Mio. €) verzeichnen. Der Tarifabschluss bewirkte auch hier einen gestiegenen Personalaufwand, der Material- und sonstige betriebliche Aufwand sank aufgrund von Kostenmanagement und Einmaleffekten im Vorjahr. Das Segment-EBIT verbesserte sich auch aufgrund geringerer Abschreibungen um 11,9 Mio. € auf 7,5 Mio. € (Vj. – 4,4 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 9.038 (Vj. 8.993). Das Segment External Activities & Services, welches hauptsächlich Beteiligungen außerhalb des Standorts Frankfurt umfasst, verzeichnete einen Umsatzrückgang von 18,4 Mio. € (- 4,4 %) auf 398,5 Mio. € (Vj. 416,9 Mio. €). Eine Umsatzreduzierung von 54,9 Mio. € entstand durch die geringere Erfassung ergebnisneutraler kapazitativer Investitionen in den Konzerngesellschaften Twin Star und Lima durch die Anwendung der IFRIC 12 Bilanzierungsvorschriften. Bereinigt um diesen Effekt erhöhte sich der Umsatz um 36,5 Mio. € auf 387,7 Mio. €

(Vj. 351,2 Mio. €). Dies lag vor allem an der positiven Passagierentwicklung in Lima sowie Vargas und Burgos. Das Segment-EBIT sank leicht um 0,6 Mio. € (- 0,7 %) auf 84,8 Mio. € (Vj. 85,4 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 4.662 (Vj. 4.691).

Im Segment Retail & Real Estate führten vor allem ein gesunkener Netto-Retail-Erlös pro Passagier von 3,43 € (Vj. 3,60 €) aufgrund veränderter Passagierstruktur sowie geringerer Erlöse aus Grundstücksverkäufen und aus Energieversorgungsleistungen zu um 8,5 Mio. € geringeren Umsatzerlösen von 455,7 Mio. € (Vj. 464,2 Mio. €). Das Segment-EBIT stieg dennoch durch geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit Grundstücksverkäufen und Energieversorgungsleistungen sowie geringfügig rückläufigen Abschreibungen um 8 Mio. € (+ 3 %) auf 275 Mio. € (Vj. 267 Mio. €). Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten im Segment betrug 613 (Vj. 598).

B. Ausblick

Mitte April 2015 haben Vorstand und Aufsichtsrat nach einer eingehenden Bedarfsprüfung den Bau eines dritten Terminals am Standort Frankfurt beschlossen, um die nötigen Kapazitäten für die erwartete zukünftige Nachfrage rechtzeitig bereitstellen zu können. Die Bauarbeiten sollen im Geschäftsjahr 2015 beginnen. Das Terminal wird in modularer Bauweise errichtet und soll in der ersten Bauphase Kapazitäten für 14 Millionen Passagiere bieten. Die Aufnahme des Betriebs wird für Ende 2021/Anfang 2022 erwartet.

Seit 23.04.2015 werden am Frankfurter Flughafen siebenstündige Lärmpausen erprobt. Während des einjährigen Probebetriebs werden am frühen Morgen und am späten Abend einzelne Lande- und Startbahnen nicht genutzt. Das sogenannte Modell 4 wird allerdings nur bei Westbetrieb (Betriebsrichtung 25) getestet.

Die Gesellschaft geht aufgrund der leicht verbesserten Entwicklung der Weltwirtschaftslage sowie verschiedener Prognosen von Fachverbänden für den Standort Frankfurt von einem Zuwachs an Passagieren zwischen 2 % und 3 % aus und beim Cargoaufkommen von etwa 3 %. Positiv wird sich die Erhöhung der Flughafen- und Infrastrukturentgelte in Frankfurt auf den Umsatz auswirken. Für die Konzerngesellschaften Twin Star (Varna und Burgas) und Lima sowie die Gesellschaften in Antalya und Xi'an werden höhere Zuwächse erwartet. Auch die in 2015 erstmalig ganzjährig voll zu konsolidierenden Gesellschaften AMU Holdings Inc., USA und Aerodrom, d.d., die den Flughafen in Ljubljana betreibt, werden positiv zum Ergebnis beitragen. Auch im Geschäftsjahr 2015 können sich politische und wirtschaftliche Risiken auf den Geschäftsverlauf auswirken. Davon könnten insbesondere die Beteiligung in St. Petersburg, Russland und über mögliche Kaufkraftverluste (Retail und Passagierzahlen) auch die Gesellschaften Twinstar und Antalya betroffen sein. Weiterhin erwartet der Vorstand den Abschluss über den Betrieb von 14 griechischen Regionalflughäfen für Ende 2015/Anfang 2016, was jedoch maßgeblich von der politischen Willensbildung in Griechenland abhängt.

Es wird ein Konzern-Ergebnis zwischen 265 Mio. € und 285 Mio. € erwartet, die Dividende von 1,35 € pro Aktie soll gehalten werden. Die finanzielle Situation der Gesellschaft wird als weiterhin stabil angesehen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2014 5.829,1 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 876,7 T € (Vj. 889,5 T €).

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**6.892.600**	**6.525.100**	**367.500**	**5,6**
Immaterielle Vermögensgegenstände	47.700	46.300	1.400	3,0
Sachanlagen	5.311.500	5.346.700	-35.200	-0,7
Finanzanlagen	1.533.400	1.132.100	401.300	35,4
Umlaufvermögen	**669.800**	**1.035.200**	**-365.400**	**-35,3**
Vorräte	13.000	14.100	-1.100	-7,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	340.600	363.400	-22.800	-6,3
Wertpapiere	89.800	303.300	-213.500	-70,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	226.400	354.400	-128.000	-36,1
Aktive latente Steuern	**49.200**	**51.200**	**-2.000**	**-3,9**
Rechnungsabgrenzungsposten	**36.600**	**39.300**	**-2.700**	**-6,9**
Bilanzsumme	**7.648.200**	**7.650.800**	**-2.600**	**-0,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**2.690.200**	**2.624.300**	**65.900**	**2,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	922.600	922.100	500	0,1
Kapitalrücklage	600.200	598.100	2.100	0,4
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.042.700	988.700	54.000	5,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	124.700	115.400	9.300	8,1
Sonderposten	**12.700**	**14.000**	**-1.300**	**-9,3**
Rückstellungen	**549.400**	**524.300**	**25.100**	**4,8**
Verbindlichkeiten	**4.339.000**	**4.430.100**	**-91.100**	**-2,1**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.094.900	3.137.300	-42.400	-1,4
Passive latente Steuern	**15.000**	**12.900**	**2.100**	**16,3**
Rechnungsabgrenzungsposten	**41.900**	**45.200**	**-3.300**	**-7,3**
Bilanzsumme	**7.648.200**	**7.650.800**	**-2.600**	**-0,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	1.985.200	1.954.700	30.500	1,6
andere aktivierte Eigenleistungen	25.700	30.000	-4.300	-14,3
Gesamtleistung	**2.010.900**	**1.984.700**	26.200	1,3
sonstige betriebliche Erträge	43.200	33.800	9.400	27,8
Materialaufwand	-562.200	-584.100	21.900	-3,7
Personalaufwand	-659.500	-650.800	-8.700	1,3
Abschreibungen	-293.200	-292.400	-800	0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-174.100	-179.800	5.700	-3,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**365.100**	**311.400**	53.700	17,2
Finanzergebnis	-92.500	-76.100	-16.400	21,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**272.600**	**235.300**	37.300	15,9
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-94.100	-61.500	-32.600	53,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	178.500	173.800	4.700	2,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**178.500**	**173.800**	4.700	2,7
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-53.800	-58.400	4.600	-7,9
Bilanzergebnis	**124.700**	**115.400**	9.300	8,1

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	10.278	10.439	-161	-1,5
Passagiere (Mio.)	60	58	2	3,4
Cargo (Fracht+Post, ohne Transit, in Tsd. t)	2.132	2.074	58	2,8
Flugzeugbewegungen (ohne Militärflüge,in Tsd.)	469	473	-4	-0,8
Passagiere/Flugbew. (Linien- u. zivil. Charter-Verk.)	136	132	4	3,0

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung inT€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	**8.081.300**	**7.685.800**	395.500	5,1
Immaterielle Vermögenswerte	678.000	531.900	146.100	27,5
Sachanlagen	6.127.700	5.962.300	165.400	2,8
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	63.000	47.700	15.300	32,1
At-Equity bilanzierte Beteiligungen	216.900	194.900	22.000	11,3
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	964.600	921.100	43.500	4,7
Latente Steueransprüche	31.100	27.900	3.200	11,5
Kurzfristige Vermögenswerte	**931.900**	**1.131.000**	-199.100	-17,6
Vorräte	43.700	42.300	1.400	3,3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	174.700	174.400	300	0,2
Sonstige Vermögensgegenstände	312.400	427.400	-115.000	-26,9
Flüssige Mittel	401.100	486.900	-85.800	-17,6
Bilanzsumme	**9.013.200**	**8.816.800**	**196.400**	**2,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**3.286.000**	**3.098.800**	187.200	6,0
Anteile des Konzerns	3.221.100	3.053.100	168.000	5,5
Gezeichnetes Kapital	922.700	922.100	600	0,1
Kapitalrücklage	592.300	590.200	2.100	0,4
Gewinnrücklage	1.706.100	1.540.800	165.300	10,7
Minderheitenanteile	64.900	45.700	19.200	42,0
Langfristige Schulden	**4.908.100**	**4.902.500**	5.600	0,1
Langfristige Finanzschulden	3.874.300	3.948.100	-73.800	-1,9
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	613.400	596.600	16.800	2,8
Latente Steuerverpflichtungen	158.700	107.200	51.500	48,0
Pensionsrückstellungen	33.700	26.700	7.000	26,2
Andere langfristige Rückstellungen	228.000	223.900	4.100	1,8
Kurzfristige Schulden	**819.100**	**815.500**	3.600	0,4
Kurzfristige Finanzschulden	318.100	290.600	27.500	9,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	134.500	159.600	-25.100	-15,7
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	223.800	234.600	-10.800	-4,6
Übrige kurzfristige Verbindlichkeitenen	142.700	130.700	12.000	9,2
Bilanzsumme	**9.013.200**	**8.816.800**	**196.400**	**2,2**

Gewinn- und Verlustrechnung Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.394.600	2.375.700	18.900	0,8
Bestandsveränderung UE / FE	600	600	0	0,0
andere aktivierte Eigenleistungen	28.300	32.300	-4.000	-12,4
Gesamtleistung	**2.423.500**	**2.408.600**	14.900	0,6
sonstige betriebliche Erträge	42.500	32.500	10.000	30,8
Materialaufwand	-533.300	-595.200	61.900	-10,4
Personalaufwand	-970.400	-928.900	-41.500	4,5
Abschreibungen	-307.300	-294.300	-13.000	4,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-172.200	-184.100	11.900	-6,5
Betriebsergebnis	**482.800**	**438.600**	44.200	10,1
Finanzergebnis	-108.100	-107.100	-1.000	0,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschaftstätigkeit	**374.700**	**331.500**	43.200	13,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-122.900	-95.800	-27.100	28,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	251.800	235.700	16.100	6,8
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	17.100	14.700	2.400	16,3
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	**234.700**	**221.000**	13.700	6,2

Kennzahlen	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)*	20.395	20.481	-86	-0,4
davon in Frankfurt beschäftigt	18.657	18.783	-126	-0,7

*erstmalige Anwendung neuer Rechnungslegungsvorschriften, die zur veränderten Darstellung führten. Vorjahreszahlen wurden angepasst.

2.5.4 Mainova AG

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Solmsstraße 38	0 69/2 13-02	info@mainova.de
60623 Frankfurt am Main	0 69/2 13-8 11 22	www.mainova.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
05.12.1930	Versorgung mit Energie und Wasser, insbesondere die Erzeugung, Gewinnung, Beschaffung, Nutzung, Fortleitung, Übertragung, Verteilung, der Transport, Handel und Vertrieb und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	107.061.248 €	=	75,22 %
Thüga AG München	34.829.056 €	=	24,47 %
Streubesitz	445.696 €	=	0,31 %
	142.336.000 €	=	100,00 %

Vorstand:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer
Herr Prof. Dr. Peter Birkner
Herr Norbert Breitenbach
Herr Lothar Herbst

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StK Uwe Becker
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr StR Markus Frank
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Herr StR Stefan Majer
	Herr Stv Klaus Oesterling
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Peter Arnold (AN)
	Herr Dr. Jörg Becker (AN)
	Herr Peter Bodens (AN)
	Herr Reinhold Falk (AN)
	Herr René Gehringer (AN)
	Herr StK a.D. Dr. h. c. Ernst Gerhardt
	Herr Holger Klingbeil (AN)
	Frau Cornelia Kröll (AN)
	N.N.
	Herr Thomas Raasch
	Herr Bernd Rudolph
	Frau Nicole Salm (AN)
	Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN)
	Herr Jürgen Wachs (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
20 Mitglieder	Herr StR a. D. Hans-Dieter Bürger (bis 20.05.2014)	Herr Dr. Jörg Becker (AN) (seit 21.05.2014)
davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Frau BM a. D. Jutta Ebeling (bis 20.05.2014)	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld (seit 21.05.2014)
	Herr StR a. D. Edwin Schwarz (bis 20.05.2014)	Herr StR Stefan Majer (seit 21.05.2014)
	Herr Frank Wiese (AN) (bis 20.05.2014)	Herr Thomas Raasch (seit 21.05.2014)
	Herr Ewald Woste (bis 31.10.2014)	

Beirat:	***36 Mitglieder***
Beiratsvorsitz:	Herr OB Claus Kaminsky
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Peter Mensinger
Weitere Beiratsmitglieder:	Herr BM Norbert Altenkamp
	Herr LRat Joachim Arnold
	Frau BM Christiane Augsburger
	Herr Prof. Dr.-Ing. Gerd Balzer
	Herr BM Heinz-Peter Becker
	Herr Helmut Becker
	Herr BM Hans-Georg Brum
	Herr BM Horst Burghardt
	Herr LRat Michael Cyriax
	Herr Bernd Ehinger
	Herr Herbert Hans Grüntker
	Herr BM Leonhard Helm
	Herr BM Thomas Horn
	Herr Frank Junker
	Herr OB Claus Kaminsky
	Herr Peter Knapp
	Frau BM Antje Köster
	Herr OB Michael Korwisi
	Herr LRat Ulrich Krebs
	Herr Matthias Kruse
	Herr Wolfgang Marzin
	Herr Dr. Roland Mohr
	Herr Prof. Dr. Achim Morkramer
	Herr LRat Dr. Ulrich Reuter
	Herr Karl-Christian Schelzke
	Herr OB Horst Schneider
	Herr Dr. Norbert Schraad
	Herr Georg Friedrich Sommer
	Herr BM Gregor Sommer
	Frau BM Gisela Stang
	Herr Verb.dir. Ludger Stüve
	Herr BM Klaus Temmen
	Herr Claus Wisser
	Herr Dr. Matthias Zieschang
	Herr BM Dieter Zimmer

Beteiligungen: *(über 20 %)*	***Kapitalanteile:***		
Energieversorgung Main-Spessart GmbH	5.000.000 €	=	100,00 %
FERME EOLIENNE DE MIGE S.A.R.L.	100 €	=	100,00 %
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	=	100,00 %
Mainova EnergieDienste GmbH	3.500.000 €	=	100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	8.000.340 €	=	100,00 %
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	10.000 €	=	100,00 %
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	50.000 €	=	100,00 %
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	5.000 €	=	100,00 %
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	5.000 €	=	100,00 %
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	5.000 €	=	100,00 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	25.000 €	=	100,00 %

Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L.	25.000 €	=	100,00 %
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	500.000 €	=	100,00 %
Offshore-Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i. L.	25.000 €	=	100,00 %
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	5.740.200 €	=	90,00 %
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	4.250 €	=	85,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	4.088.000 €	=	56,00 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	100.000 €	=	57,98 %
ABGnova GmbH	50.000 €	=	50,00 %
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH, Eisenach	2.556.500 €	=	50,00 %
eserv GmbH & Co. KG	20.000 €	=	50,00 %
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	12.500 €	=	50,00 %
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	4.300.000 €	=	50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 €	=	50,00 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	1.800.000 €	=	50,00 %
Stadtwerke Hanau GmbH	7.485.023 €	=	49,90 %
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	12.475 €	=	49,90 %
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	6.000.000 €	=	36,36 %
Hessenwasser Verwaltungs GmbH, Groß-Gerau	11.100 €	=	36,33 %
Gas-Union GmbH	8.671.000 €	=	34,27 %
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH	16.873 €	=	33,00 %
CEE Mainova Windpark Kirchhain GmbH & Co. KG	1.500 €	=	30,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	307.970 €	=	29,90 %
Stadtwerke Dreieich GmbH	2.100.000 €	=	26,25 %
Gasversorgung Offenbach GmbH	2.566.740 €	=	25,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	2.510.000 €	=	25,10 %
SYNECO Verwaltungs GmbH, München	6.275 €	=	25,10 %
Joblinge gAG	10.000 €	=	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Mainova AG ist ein börsennotierter, kommunaler Versorger, der Gas, Strom, Wärme, Dampf, Kälte und Wasser liefert. Das operative Kerngeschäft wird insbesondere von vier Tochtergesellschaften wahrgenommen: NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM), die das Strom- und Gasnetz pachtet und für das Fernwärme- und Wasserversorgungsnetz die Betriebsführung übernimmt, Mainova EnergieDienste GmbH (MED), die das Contracting mit Geschäftskunden und das technische Facility Management betreibt, Mainova ServiceDienste GmbH (MSD), die Abrechnungen für Kunden erstellt und diese auch betreut, sowie SRM StraßenBeleuchtung Rhein Main GmbH (SRM), die das Straßenbeleuchtungsnetz betreut.

Der Mainova Konzern versorgt rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zusätzlich beliefert die Mainova regionale Strom- und Gasversorger.

Neben dieser Versorgung betreibt die Mainova auch Kraftwerke bzw. ist an Kraftwerken und Erzeugungsgesellschaften, die Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben, beteiligt.

Die Energiebranche befindet sich in einem dynamischen Umfeld, das von zunehmendem Wettbewerb, intensiver Regulierung und der Energiewende geprägt ist.

Die Wärmeerzeugungsmengen der Mainova AG sind aufgrund der milden Witterung zurückgegangen. Dies hat sich bei den wärmegeführten Kraftwerken auch auf die Stromerzeugungsmengen ausgewirkt. Des Weiteren machte sich die unverändert angespannte Marktsituation im Strombereich bemerkbar. Die Stromerzeugung in den Beteiligungen blieb nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Gas-, Wärme und Stromabsatz waren rückläufig.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 5,3 % auf 1.344,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen nur marginal verändert. Der Rückgang bei den Finanzanlagen war durch Kapitalrückzahlungen und Abschreibungen verursacht. Mainova tätigte insgesamt Investitionen von 102,3 Mio. €. Das Anlagevermögen war zu 34,7 % (Vj. 34,6 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Umlaufvermögen lag unter dem Vorjahresniveau, was insbesondere auf witterungsbedingt geringere Forderungen aus Lieferung und Leistung zurückzuführen ist.

Auf der Passivseite haben sich Darlehenstilgungen, geringere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und ein abrechnungstechnisch bedingter Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten ausgewirkt. Das Eigenkapital bestand in unveränderter Höhe zum Vorjahr; dies bedeutet eine Eigenkapitalquote von 26,5 % (Vj. 25,1 %). Die finanziellen Mittel der Mainova (Finanzmittelfonds) setzten sich zusammen aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (bei der SWFH im Rahmen des Cash-Pools angelegte Tagesgelder) von 148,4 Mio. € (Vj. 166,5 Mio. €) zuzüglich der liquiden Mittel von 0,7 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €) abzüglich der Verbindlichkeiten aus Konzernfinanzierung von 84,3 Mio. € (Vj. 86,9 Mio. €). Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 125,4 Mio. € nahm gegenüber dem Vorjahr ab. Der negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit resultierte aus der Gewinnabführung an die SWFH und der planmäßigen Tilgung von Krediten. Die Mittel aus laufender Geschäftstätigkeit reichten nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zu decken, so dass sich der Finanzmittelbestand auf 64,8 Mio. € reduzierte.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Mainova ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 89,9 Mio. € (Vj. 94,6 Mio. €) erzielen. Die Umsatzerlöse lagen größtenteils absatzbedingt mit rund 2,1 Mrd. € unter dem Vorjahreswert von 2,3 Mrd. €.

Die geringeren Strom- und Gasvertriebsmengen führten ebenfalls zu einem niedrigeren Materialaufwand. Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Vorjahr durch einen Einmaleffekt (Immobilienverkauf) beeinflusst und lagen somit unter dem Vorjahreswert. Aufgrund von sich ausgleichenden Effekten durch eine tariflich bedingte Gehaltsanpassung sowie einen gesunkenen Mitarbeiterbestand lag der Personalaufwand nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorjahres. Am Jahresende waren 2.627 (Vj. 2.674) Mitarbeiter beschäftigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sanken insbesondere durch Kosteneinsparungen sowie geringere Rückstellungszuführungen. Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Die Übernahme eines witterungsbedingt angefallenen Verlustes der Netzgesellschaft sowie Abschreibungen auf Finanzanlagen konnten nicht durch höhere Erträge aus Beteiligungen, insbesondere eine Sonderausschüttung einer Beteiligung kompensiert werden. Höhere Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen sind in erster Linie für die Verschlechterung des Zinsergebnisses verantwortlich.

Die genannten Gründe führten insgesamt zu einem gesunkenen Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Die Gewinnabführung je Anteil für das Geschäftsjahr 2014 beträgt für die SWFH 11,14 €/Stück (Vorjahr 10,91 €/Stück) und die Dividende je Anteil für die außenstehenden Aktionäre 10,84 €/Stück.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Mainova AG hat 21,5 Mio. € in Finanzanlagen investiert. Der Buchwert der Finanzanlagen betrug insgesamt 355,7 Mio. €. Es wurden Abschreibungen von insgesamt 13,1 Mio. € auf diverse Beteiligungen vorgenommen.

Die Erträge aus Beteiligungen betrugen 29,3 Mio. € (Vj. 17,6 Mio. €), aus Gewinnabführungsverträgen 11,1 Mio. € (Vj. 12,6 Mio. €) und die Aufwendungen aus Verlustübernahmen 7,4 Mio. € (Vj. 2,1 Mio. €).

Der Konzernabschluss der Mainova AG wurde wiederum nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. In den Mainova

Konzern werden 19 Tochterunternehmen, 16 assoziierte Unternehmen und neun Gemeinschaftsunternehmen einbezogen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden sechs Tochterunternehmen miteinander verschmolzen und eine Netzeigentumsgesellschaft gegründet.

Die Konzern-Bilanzsumme nach IFRS betrug 2.776,3 Mio. € (Vj. 2.868,4 Mio. €). Dies bedeutet einen leichten Rückgang um 3,2 %. Während die langfristigen Vermögenswerte leicht stiegen (+1 %), sanken die kurzfristigen Vermögenswerte um 19,4 %. Dies war maßgeblich den gesunkenen Forderungen aus Lieferung und Leistung geschuldet. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 82,5 % (Vj. 79 %) und er wurde zu 44,4 % (Vj. 44,8 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Passivseite wies ein Eigenkapital auf, welches nahezu auf Vorjahresniveau lag. Die Eigenkapitalquote betrug 36,6 % (Vj. 35,4 %). Die langfristigen Rückstellungen erhöhten sich insbesondere aufgrund gesunkener Diskontierungssätze. Die Finanzschulden sanken durch Darlehenstilgungen. Ein abrechnungstechnisch bedingter Rückgang der Erdgas- und Stromsteuerverbindlichkeiten sowie geringere Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung waren für die gesunkenen übrigen kurzfristigen Schulden verantwortlich.

Das EBT des Konzerns lag bei 105,7 Mio. € (Vj. 136,6 Mio. €). Bereinigt um rechnerische Ergebniseffekte aus der stichtagsbezogenen Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IAS 39 belief sich das Ergebnis vor Steuern auf 136,1 Mio. € (Vj. 128,3 Mio. €). Die Umsatzerlöse lagen um knapp 8 % und die Materialaufwendungen um rund 6 % unter den jeweiligen Vorjahreswerten. Dafür waren im Wesentlichen die Gründe wie beim Einzelabschluss erörtert verantwortlich.

Das Finanzergebnis hat sich um rund 10 Mio. € verbessert. Einerseits stieg das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen aufgrund eines Sondereffektes bei einer Beteiligung. Andererseits erhöhten sich die Finanzaufwendungen, da ein höherer Aufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen anfiel, der nicht durch geringere Zinsaufwendungen für Darlehen durch den Rückgang der Finanzschulden kompensiert werden konnte.

B. Ausblick

Trotz der energiewirtschaftlichen Herausforderungen geht der Vorstand in 2015 von einer stabilen Ertragslage für die Mainova AG und das Konzernergebnis aus.

Das geplante Gesamtinvestitionsvolumen des Mainova Konzerns beläuft sich für das Jahr 2015 auf 128 Mio. €, davon entfallen rund 65 Mio. € auf den Ausbau und die Erweiterung der Verteilanlagen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2014 auf 114,7 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat, der Beirat und die Hauptversammlung.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 1.841,8 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 339,1 T €.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Mainova AG

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.027.603**	**1.031.473**	**-3.870**	**-0,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	44.336	42.255	2.081	4,9
Sachanlagen	705.199	704.484	715	0,1
Finanzanlagen	278.068	284.735	-6.666	-2,3
Umlaufvermögen	**313.946**	**386.252**	**-72.306**	**-18,7**
Vorräte	42.469	36.706	5.763	15,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	270.753	348.986	-78.234	-22,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	724	559	165	29,5
Rechnungsabgrenzungsposten	**3.153**	**1.733**	**1.421**	**82,0**
Bilanzsumme	**1.344.703**	**1.419.458**	**-74.755**	**-5,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**356.679**	**356.679**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.083	207.083	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	7.260	7.260	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**118.510**	**110.637**	**7.873**	**7,1**
Rückstellungen	**329.851**	**325.459**	**4.393**	**1,3**
Verbindlichkeiten	**533.199**	**620.225**	**-87.026**	**-14,0**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	154.311	178.176	-23.865	-13,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**6.464**	**6.459**	**5**	**0,1**
Bilanzsumme	**1.344.703**	**1.419.458**	**-74.755**	**-5,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.125.774	2.295.561	-169.787	-7,4
Bestandsänderung UE / FE	74	-103	177	-171,7
andere aktivierte Eigenleistungen	2.625	1.148	1.477	128,7
Gesamtleistung	**2.128.472**	**2.296.606**	-168.133	-7,3
sonstige betriebliche Erträge	90.916	115.722	-24.806	-21,4
Materialaufwand	-1.729.436	-1.881.784	152.348	-8,1
Personalaufwand	-191.004	-191.434	429	-0,2
Abschreibungen	-64.642	-66.578	1.936	-2,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-152.353	-190.530	38.177	-20,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**81.954**	**82.003**	-49	-0,1
Finanzergebnis	7.985	12.631	-4.646	-36,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**89.939**	**94.633**	-4.694	-5,0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-30.243	-35.965	5.721	-15,9
Gewinnabführung	-59.696	-58.669	-1.027	1,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	2.638	2.724	-86	-3,2

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Mainova AG Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	**2.290.785**	**2.266.322**	24.463	1,1
Immaterielle Vermögenswerte	63.118	59.964	3.154	5,3
Sachanlagen	1.259.309	1.254.411	4.898	0,4
At equity bilanzierte Beteiligungen	825.692	804.356	21.336	2,7
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	98.874	115.108	-16.234	-14,1
Latente Steueransprüche	43.792	32.483	11.309	34,8
Kurzfristige Vermögenswerte	**485.538**	**602.037**	-116.499	-19,4
Vorräte	48.079	43.834	4.245	9,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	200.827	314.935	-114.108	-36,2
Forderungen aus Ertragsteuern	31.724	28.230	3.494	12,4
Sonstige Vermögensgegenstände	188.283	198.286	-10.003	-5,0
Flüssige Mittel	16.625	16.752	-127	-0,8
Bilanzsumme	**2.776.323**	**2.868.359**	**-92.036**	**-3,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**1.018.914**	**1.015.156**	3.758	0,4
Anteile des Konzerns	992.753	989.993	2.760	0,3
Gezeichnetes Kapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.082	207.082	0	0,0
Sonstige Rücklagen	643.335	640.575	2.760	0,4
Nicht beherrschende Anteile	26.161	25.163	998	4,0
Langfristige Schulden	**1.089.190**	**1.104.108**	-14.918	-1,4
Erhaltene Zuschüsse	105.024	87.531	17.493	20,0
Langfristige Finanzschulden	628.692	719.945	-91.253	-12,7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	58.256	29.043	29.213	100,6
Latente Steuerverpflichtungen	108.532	117.191	-8.659	-7,4
Pensionsrückstellungen	69.942	56.192	13.750	24,5
Andere langfristige Rückstellungen	118.744	94.206	24.538	26,0
Kurzfristige Schulden	**668.219**	**749.095**	-80.876	-10,8
Kurzfristige Finanzschulden	63.491	40.579	22.912	56,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	197.798	236.527	-38.729	-16,4
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	128.197	134.705	-6.508	-4,8
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	278.733	337.284	-58.551	-17,4
Bilanzsumme	**2.776.323**	**2.868.359**	**-92.036**	**-3,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.036.746	2.211.161	-174.415	-7,9
Bestandsveränderungen UE/FE	-1.469	1.112	-2.581	-232,1
Andere aktivierte Eigenleistungen	15.184	12.542	2.642	21,1
Gesamtleistung	**2.050.461**	**2.224.815**	-174.354	-7,8
Sonstige betriebliche Erträge	77.378	87.640	-10.262	-11,7
Materialaufwand	-1.665.017	-1.766.982	101.965	-5,8
Personalaufwand	-202.423	-201.978	-445	0,2
Abschreibungen	-80.072	-75.935	-4.137	5,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-137.604	-183.573	45.969	-25,0
Operatives Ergebnis	**42.723**	**83.987**	-41.264	-49,1
Finanzergebnis	62.956	52.656	10.300	19,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**105.679**	**136.643**	-30.964	-22,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-9.058	-20.594	11.536	-56,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	**96.621**	**116.049**	-19.428	-16,7
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	2.181	1.683	498	29,6
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	**94.440**	**114.366**	-19.926	-17,4

Kennzahlen	2014	2013	*Veränderung* absolut	*in %*
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.768	2.858	-90	-3,1
Absatz Gasverkauf (o. Betriebsverbrauch) (Mio.kWh)	13.734	15.169	-1.435	-9,5
Absatz Stromverkauf (Mio. kWh)	10.851	11.024	-173	-1,6
Gasversorgungsnetz (km)	4.961	4.941	20	0,4
davon Verbund	4.419	4.407	12	0,3
Stromversorgungsnetz (km)	7.458	7.485	-27	-0,4
davon Verbund	7.458	7.485	-27	-0,4

2.5.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	0 69/2 13-03 0 69/2 13-2 27 40	info@vgf-ffm.de www.vgf-ffm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
15.12.1995	Erbringung von Verkehrsdienstleistungen beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern. Darüber hinaus obliegten der Gsellschaft die Planung,der Bau und die Instandhaltung der oberirdischen Straßen- und Stadtbahnstrecken und der unterirdischen Stadtbahnstrecken inklusive der Tunnelbauwerke.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	11.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Michael Budig
Herr Thomas Raasch
Herr Thomas Wissgott

Aufsichtsrat:	20 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StK Uwe Becker
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau Stv Annegret Brein
	Herr Stv Martin Daum
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser
	Herr Stv Ulf Homeyer
	Herr StR Stefan Majer
	Herr StR Claus Möbius
	Herr Stv Klaus Oesterling
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Herr Stv Wolfgang Siefert
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Holger Abt (AN)
	Herr Karl de Andrade Huber (AN)
	Frau Anja Barth-Schmidt (AN)
	Herr Eckehard Kalweit (AN)
	Herr Jochen Koppel (AN)
	Herr Andreas Kretzschmar (AN)
	Herr Michael Rüffer (AN)
	Herr Julian Sanchez-Diaz (AN)
	Herr Athanasios Stavrakidis (AN)
	Herr Christian Winkler (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
20 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer	Herr Mahmut Bas (AN) (bis 01.09.2014)	Herr Andreas Kretzschmar (AN) (seit 16.10.2014)
	Herr Ahmet Özkaratas (AN) (bis 01.09.2014)	Herr Christian Winkler (AN) (seit 16.10.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) ist tätig als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung. Sie ist eingebunden in den Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen ist.

Zur Verringerung europarechtlicher Risiken hat die SWFH Holding in Abstimmung mit der Stadt Frankfurt am Main und der VGF in der Aufsichtsratssit-

zung der SWFH am 27.06.2014 die Neuordnung des verbliebenen Bus- und Werkstattbereichs der VGF und der In-der-Citiy-Bus GmbH (ICB) beschlossen. Dementsprechend wird das operative Busgeschäft seit 01.09.2014 in der ICB konzentriert. Gleichzeitig erfolgt die Ausgliederung der ICB unter das Dach der SWFH. Die VGF erbringt jedoch weiterhin Infrastrukturdienstleistungen sowie Kundendienst und Vertriebsleistungen im Busbereich und stellt der ICB im Rahmen einer Personalüberlassung das Werkstattpersonal sowie das Werkstattgebäude einschließlich des Betriebshofes Rebstock zur Verfügung.

Die VGF beabsichtigt ihren Strombedarf zukünftig weitgehend durch eigenerzeugten Strom zu decken, da die Kosten zunehmend durch Abgaben und Steuern bestimmt werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Eigenstromversorgung als Alternative zum Fremdstrombezug wirtschaftlich an Attraktivität. Zu diesem Zweck haben Mainova AG und VGF am 28.07.2014 einen Pachtvertrag über einen Teil des Kraftwerkes HKW West (12 Megawatt) abgeschlossen, was einem Anteil von 9,7 % der Stromerzeugungskapazität des HKW West entspricht.

Im Hinblick auf weitere Netzergänzungen wurden die Planungen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie U5 über den Hauptbahnhof hinaus in das Neubaugebiet „Europa-Viertel“ (Erschließung und Bebauung des ehemaligen Güterbahnhofsgeländes in zentraler Lage) fortgeführt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 Mio. € auf 750,5 Mio. € verringert.

Auf der Aktivseite beträgt der Anteil des Anlagevermögens rd. 83,1 % (Vj. 74,9 %). Der investitionsbedingte Anstieg des Anlagevermögens beruht im Wesentlichen auf der Beschaffung neuer Fahrzeuge im Stadtbahn- und Straßenbahnbereich sowie Investitionen in Gleisanlagen, der Generalüberholung der Fahrausweisverkaufsautomaten, der Verstärkung der Fahrstromversorgung, dem barrierefreien Umbau von oberirdischen Stadtbahn- und Straßenbahnstationen sowie Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken.

Im Rahmen der Ausgliederung der ICB wurden die im Besitz der VGF befindlichen und von der ICB betriebenen Busse im Wege einer Sacheinlage in Höhe von 9,9 Mio. € an die ICB übertragen. Anschließend wurden im Kauf- und Abtretungsvertrag vom 19.08.2014 und mit Wirkung zum 01.09.2014 sämtliche Anteile an der ICB an die SWFH zum Kaufpreis von 10,4 Mio. € veräußert.

Der Rückgang des Umlaufvermögens um 65,1 Mio. € auf 126,6 Mio. € ist im Wesentlichen durch den Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände begründet. Dies beruht auf die Abnahme der Forderungen gegen die Gesellschafterin (SWFH) aufgrund der investitionsbedingten Inanspruchnahme der im Vorjahr angelegten Termingelder.

Bei den auf der Passivseite stehenden Rückstellungen (89,1 Mio. €) handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Personal, wie z.B. für Altersteilzeit und Deputate sowie Rückstellungen im Rahmen der Restrukturierung. Zum Berichtszeitpunkt beträgt die Eigenkapitalquote nahezu unverändert rd. 5,1 %.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) hat sich um rd. 2,3 Mio. € auf -53,8 Mio. € reduziert. Während die Steigerung des Aufwands (ohne Abschreibungen, Zinsen und Steuern) das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um ca. 13,6 Mio. € verschlechtert, sind die um 15,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegenen operativen Erträge (ohne Zinsen) im Wesentlichen auf die gestiegenen sonstigen betrieblichten Erträge zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 16,6 Mio. € auf 72,9 Mio. € gestiegen. Dies setzt sich im Wesentichen zusammen aus einer Zunahme der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 7,4 Mio. €, aus dem Abgang von Anlagegegenstände um 3,9 Mio. € und aus Kooperationsförderung um 4,2 Mio. €.

Der leichte Anstieg des Personalaufwands um 0,9 Mio. € auf 110,7 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus Tariferhöhungen in 2014 bei teilweise nicht realisierten Neueinstellungen von Mitarbeitern.

B. Ausblick

Die VGF wird, wie auch in den Jahren zuvor, einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr in Frankfurt am Main anbieten. Für 2015 ist ein Investitionsvolumen für Sachanlagen in Höhe von rund 133,1 Mio. € (-1,6 Mio. € gegenüber dem Vj.) geplant. Darüber hinaus sind für 2015 eine Vielzahl weiterer Projekte vorgesehen z. B. die Fortführung der Beschaffung von Stadtbahnfahrzeugen des Typs U5, die Erschließung des Europaviertels, Neukonzeption der Betreibsleitstelle, Erneuerung der Fahrtreppen in Verkehrsanlagen, Verstärkung der Fahrstromversorgung sowie Aufbau eines digitalen BOS-Funks in den unterirdischen Verkehrsanlagen. Der bereits in den Vorjahren durchgeführte Um- und Restrukturierungsprozess der VGF, der zur Verschlankung sowie Rationalisierung von Arbeitsprozessen und zu strukturellen Anpassungen geführt hat, wird auch im Jahr 2015 in allen Bereichen des Unternehmens fortgesetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2014 auf 304 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 511 T €. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 17 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 31.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 21.10.2014 für das Planjahr 2015 statt. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 05.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**623.717**	**573.018**	**50.698**	**8,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	798	712	86	12,0
Sachanlagen	622.917	572.305	50.613	8,8
Finanzanlagen	1	1	0	0,0
Umlaufvermögen	**126.604**	**191.685**	**-65.080**	**-34,0**
Vorräte	11.807	13.964	-2.158	-15,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	112.666	175.793	-63.127	-35,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.132	1.927	204	10,6
Rechnungsabgrenzungsposten	**190**	**177**	**13**	**7,4**
Bilanzsumme	**750.511**	**764.880**	**-14.368**	**-1,9**
PASSIVA				
Eigenkapital	**38.017**	**38.017**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.000	11.000	0	0,0
Kapitalrücklage	18.768	18.768	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.249	8.249	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	**89.129**	**94.829**	**-5.699**	**-6,0**
Verbindlichkeiten	**608.407**	**618.400**	**-9.993**	**-1,6**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	511.672	524.380	-12.708	-2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**14.958**	**13.634**	**1.324**	**9,7**
Bilanzsumme	**750.511**	**764.880**	**-14.368**	**-1,9**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	177.588	177.950	-361	-0,2
Bestandsänderung UE / FE	-192	368	-560	-152,1
andere aktivierte Eigenleistungen	2.493	2.367	126	5,3
Gesamtleistung	**179.889**	**180.685**	-796	-0,4
sonstige betriebliche Erträge	72.900	56.299	16.601	29,5
Materialaufwand	-92.337	-91.508	-829	0,9
Personalaufwand	-110.653	-109.803	-850	0,8
Abschreibungen	-42.358	-41.506	-852	2,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.218	-27.321	-11.897	43,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-31.778**	**-33.154**	1.376	-4,2
Finanzergebnis	-21.767	-22.697	931	-4,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-53.544**	**-55.851**	2.307	-4,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-288	-257	-31	12,1
Erträge aus Verlustübernahme	53.832	56.108	-2.276	-4,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung	
			absolut	*in %*
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	1.874	1.861	13	0,7
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	27.749	27.753	-4	-0,0
davon Bus	0	67	-67	-
davon Straßenbahn	7.025	6.973	52	0,7
davon U-Bahn	20.724	20.713	11	0,1
Platzkilometer (in Mio.)	4.932	4.887	45	0,9
davon Bus	0	6	-6	-
davon Straßenbahn	1.212	1.217	-5	-0,4
davon U-Bahn	3.720	3.664	56	1,5
Anzahl der Fahrten (beförderte Personen) (in Mio.)	180	172	8	4,7
davon Bus	0	1	-1	-
davon Straßenbahn	57	54	3	5,6
davon U-Bahn	123	117	6	5,1

2.5.6 In-der-City-Bus GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	0 69/7 19 18 93 - 0 0 69/7 19 18 93 - 18	info@icb-ffm.de www.icb-ffm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
08.09.1992	Verkehrsbedienung: Die Gesellschaft ist tätig als Verkehrsdienstleister beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	10.572.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Alois Rautschka
Herr Christian Schaefer

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Nachdem sich die In-der-City-Bus GmbH (ICB) in der Ausschreibung des Linienbündels B Anfang des Jahres 2014 nicht durchsetzen konnte, wurden die Busaktivitäten im Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) neu ausgerichtet. Im Zuge dieser Neuausrichtung wurden zur Kapitalstärkung der ICB von der VGF sämtliche dort für den Linienverkehr und für die Fahrschulausbildung vorhandenen 172 Busse in die ICB eingelegt. Dadurch ist das Gezeichnete Kapital von 700 T € auf 10,6 Mio. € gestiegen. In einem zweiten Schritt wurden die von der VGF gehaltenen Gesellschaftsanteile an der ICB zum 01.09.2014 auf die SWFH übertragen. Um den Werkstattbetrieb unter Führung der ICB aufrecht erhalten zu können, wird die Werkstatt im Rahmen eines Pachtvertrages von der ICB übernommen, die dort von der VGF beschäftigten Mitarbeiter werden seither im Rahmen einer Arbeitnehmerüberlassung von der ICB eingesetzt.

Im Bereich des Fahrdienstes konnte zur teilweisen Kompensation der im Linienbündel B entfallenden Fahrleistungen ein Arbeitnehmerüberlassungsvertrag mit der City Bus Mainz GmbH (CBM) abgeschlossen werden, der die Beschäftigung für die unbefristet beschäftigten Fahrdienstmitarbeiter bis Dezember 2016 sichern soll.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 8,8 Mio. € auf 14,2 Mio. € gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf die durch die Einlage der Omnibusse in die Gesellschaft realisierte Kapitalerhöhung zurückzuführen. Das Umlaufvermögen hat sich um 0,7 Mio. € auf 4,6 Mio. € reduziert. Dabei sind insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1,8 Mio. € auf 3,1 Mio. € gesunken. Ursächlich für den Rückgang ist ein früherer Forderungsausgleich durch den Auftraggeber traffiQ. Die Eigenkapitalquote hat sich bei einer gestiegenen Bilanzsumme von 10,2 % im Vorjahr auf 59,0 % erhöht.

Zur Erfolgslage

Umsatzerlöse wurden aus den Verkehrsverträgen mit der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ), aus Sonderlinien- und Gelegenheitsverkehr (Messeverkehr) und seit 01.09.2014 aus dem Verkauf von Dieselkraftstoff sowie aus Werkstattleistungen erzielt. Umsatzrückgänge waren insbesondere durch den Wegfall der Leistungen im Bündel B (-0,9 Mio. €) zu verzeichnen. Der Anstieg des Materialaufwands resultiert aus höheren Aufwendungen für die seit 01.09.2014 bei der ICB in der Arbeitnehmerüberlassung geführten Werkstattmitarbeiter, gestiegenem Instandhaltungsaufwand für die Busse und gestiegenem Dieselkraftstoffverbrauch. Ursache für den gestiegenen Personalaufwand sind Anpassungen im Tarifvertrag.

B. Ausblick

Nach den sehr weitreichenden Veränderungen in der Unternehmens- und Leistungsstruktur, die im Jahr 2014 in Folge der Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern der SWFH eingetreten sind, sind die wesentlichsten Herausforderungen für die Gesellschaft im Jahr 2015 der Abschluss des Konzessionsvertrages für die Übernahme der Leistungen im Linienbündel D und die Anpassung insbesondere der Unterstützungsprozesse im Bereich der Buswerkstatt.

Für das Geschäftsjahr 2015 ist gegenüber 2014 nur mit einem leichten Rückgang der Aufwendungen zu rechnen. Die Aufwendungen aus der Tätigkeit im Bereich der Buswerkstatt skalieren nur in begrenztem Umfang mit der durch den Wegfall des Bündels B geringeren Auslastung. Auf der Ertragsseite sollen wegfallende Erträge im Bündel B durch höhere Erträge im Rahmen der Dienstleistungskonzession Bündel D und im Geschäft mit Werkstattleistungen für fremde Unternehmen zumindest teilweise kompensiert werden.

Eine weitere Stabilisierung des Unternehmens ist mit einer möglichen Direktvergabe des Linienbündels E zum Fahrplanwechsel im Dezember 2016 zu erwarten.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei der ICB also keine zusätzliche Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der In-der-City-Bus GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**9.600**	**88**	**9.511**	**10.751,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-0	-92,0
Sachanlagen	9.600	88	9.511	10.751,9
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**4.604**	**5.294**	**-690**	**-13,0**
Vorräte	120	0	120	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.479	5.290	-811	-15,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5	3	1	41,6
Aktive latente Steuern	**24**	**26**	**-2**	**-6,0**
Rechnungsabgrenzungsposten	**6**	**6**	**-1**	**-8,6**
Bilanzsumme	**14.233**	**5.414**	**8.819**	**162,9**
PASSIVA				
Eigenkapital	**8.403**	**553**	**7.850**	**1.418,2**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.572	700	9.872	1.410,3
Gewinnrücklagen / variables Kapital	29	29	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-176	-231	55	-23,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.022	55	-2.077	-3.777,5
Rückstellungen	**632**	**778**	**-146**	**-18,8**
Verbindlichkeiten	**5.199**	**4.082**	**1.116**	**27,3**
Bilanzsumme	**14.233**	**5.414**	**8.819**	**162,9**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	31.787	32.250	-463	-1,4
Gesamtleistung	**31.787**	**32.250**	-463	-1,4
sonstige betriebliche Erträge	261	142	120	84,5
Materialaufwand	-17.028	-16.180	-848	5,2
Personalaufwand	-13.144	-13.001	-143	1,1
Abschreibungen	-612	-12	-600	4.988,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.278	-3.124	-154	4,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-2.014**	**75**	-2.089	-2.788,6
Finanzergebnis	-7	-2	-5	281,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.020**	**73**	-2.094	-2.861,0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-18	16	-89,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.022	55	-2.077	-3.777,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-2.022**	**55**	-2.077	-3.777,5

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	397	407	-10	-2,5
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	8.127	8.309	-182	-2,2
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	6.898	6.791	107	1,6
davon ICB in Subunternehmerleistung	1.229	1.338	-109	-8,1
Platzkilometer (in Mio.)	601	610	-9	-1,5
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	508	511	-3	-0,6
davon ICB in Subunternehmerleistung	93	99	-6	-6,1

2.5.7 Main Mobil Frankfurt GmbH

Gründung:	***Unternehmensgegenstand:***
10.12.2004	Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines Verkehrsunternehmens zur Personenbeförderung nach dem Personenbeförderungsgesetz im Sinne der §§ 42 und 43 PBefG, die Planung, Organisation und Durchführung von Linienverkehr, die Durchführung von Fernlinien, von Ausflugs- und Reiseverkehr und die Erbringung anderer Sonderverkehrsleistungen mittels Omnibussen und anderen, dem Personenverkehr dienenden, straßengebundenen und schienengebundenen Verkehrsmitteln.

Gesellschafter:	***Kapitalanteile:***
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	204.100 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Anja Georgi (bis 11.07.2014)

Herr Alois Rautschka

Herr Christian Schaefer (seit 08.09.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Main Mobil Frankfurt GmbH (MMF) weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Jahresfehlbetrag von -71 T € aus. Insgesamt hat sich der Umsatz der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr um ca. 17 % verringert. Dies ist im Wesentlichen auf die im Geschäftsjahr geringeren Leistungen, die für die ICB erbracht werden, zurückzuführen. Neben einer Belastung durch einen hohen Krankenstand wird das Ergebnis des Jahres 2014 durch Aufwendungen in Folge des Umzuges des Betriebsstandortes von Offenbach in die Flinschstraße in Frankfurt am Main geprägt.

Der Unsicherheit der Entwicklung der Energiepreise begegnet die Gesellschaft mit geringerem Verbrauch mit der Fortsetzung des Schulungsprogrammes „Wirtschaftliches Fahren“, das nunmehr als eigenständiger Baustein im Qualifizierungsprogramm gemäß Berufskraftfahrerqualifizierungsgesetz fortgeführt wird.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 43 T € auf 564 T € vermindert. Die Quote des gezeichneten Kapitals hat sich demzufolge rechnerisch von 33,6 % auf 36,2 % erhöht. Das Sachanlagevermögen beträgt 30 T €; es ist vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag stieg um 29 T € auf -71 T €. Der Umsatz der Gesellschaft verminderte sich um 717 T € auf 3,5 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die im Geschäftsjahr rückläufige Kilometerleistung zurückzuführen. Kostenreduzierungen in den Bereichen Material- und Personalaufwand konnten den Umsatzrückgang nicht vollständig kompensieren.

B. Ausblick

Im Wirtschaftsplan für 2015 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 6 T € geplant.

In der mittelfristigen Planung erwartet die Gesellschaft eine Ergebnisentwicklung auf leicht verbessertem Niveau.

Die wesentliche Herausforderung für die Geschäftsführung ist es, die im Jahr 2014 sehr unbefriedigende Entwicklung des Krankenstandes in der MMF umzukehren.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei der ICB also keine zusätzliche Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Main Mobil Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**30**	**0**	**30**	**-**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	30	0	30	-
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**534**	**607**	**-74**	**-12,2**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	534	291	243	83,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	316	-316	-
Bilanzsumme	**564**	**607**	**-43**	**-7,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**109**	**179**	**-71**	**-39,4**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	204	204	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-25	17	-42	-248,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-71	-42	-29	69,7
Rückstellungen	**97**	**145**	**-48**	**-32,9**
Verbindlichkeiten	**358**	**283**	**75**	**26,5**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28	0	28	-
Bilanzsumme	**564**	**607**	**-43**	**-7,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	3.536	4.253	-717	-16,9
Gesamtleistung	**3.536**	**4.253**	-717	-16,9
sonstige betriebliche Erträge	14	15	-1	-9,3
Materialaufwand	-1.031	-1.521	490	-32,2
Personalaufwand	-2.404	-2.613	210	-8,0
Abschreibungen	-0	0	-0	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-185	-175	-10	5,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-70**	**-41**	-29	69,4
Finanzergebnis	-0	-0	-0	124,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-71**	**-42**	-29	69,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-71	-42	-29	69,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-71**	**-42**	-29	69,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	70	77	-7	-9,1
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	1.147	1.323	-176	-13,3
Platzkilometer (in Mio.)	74	86	-12	-14,0

2.6 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	0 69/2 12-2 44 24 0 69/2 12-2 44 30	info@traffiQ.de www.traffiQ.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
31.08.2001	Die Wahrnehmung der im Allgemeininteresse liegenden, nicht gewerblichen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträger im öffentlichen Personennahverkehr und in sonstigen Verkehren, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll die der Stadt Frankfurt am Main zugewiesenen Aufgaben gemäß § 5 und § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz sicherstellen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.600 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Hans-Jörg von Berlepsch

Aufsichtsrat:	9 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Martin Daum
	Frau Stv Angela Hanisch
	Herr Stv Helmut Heuser
	Herr Stv Bernhard Maier
	Herr StR Stefan Majer
	Herr Stv Klaus Oesterling
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Frau Stv Annette Rinn
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Holger Reich (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
9 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	Herr StR Peter Mensinger (bis 13.07.2014)	Frau StRin Erika Pfreundschuh (seit 14.07.2014)

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L.	25.000 € = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) nimmt im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main die Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz dem Aufgabenträger zugewiesen sind (Aufgabenübertragungs- und Beleihungsvertrag zwischen traffiQ und der Stadt Frankfurt am Main). Dazu gehören unter anderem die Planung des lokalen Verkehrs, die Aufstellung des lokalen Nahverkehrsplans (NVP) für die Stadt Frankfurt am Main, die Bestellung der lokalen Verkehrsleistungen, die Auferlegung und Ausschreibung von Verkehrsleistungen, das Marketing und die Kundenbetreuung sowie die Finanzierung der lokalen Verkehrsleistungen. traffiQ ist zudem das Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund, der für den regionalen Nahverkehr verantwortlich ist.

Die Verkehrsleistung im Jahr 2014 ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Insgesamt wurden in den Frankfurter Bussen und Bahnen (Lokaler Verkehr) 214,3 Mio. (Vj. 203 Mio.) Personen befördert und 922,3 Mio. (Vj. 872,8 Mio.) Personenkilometer geleistet.

Diese Entwicklung ist ein Ergebnis der kontinuierlichen Verbesserung des Angebotes (z. B. neue Linien, moderne Fahrzeuge) sowie zielgruppengerechter Marketingmaßnahmen, mit denen traffiQ die Vorzüge der Nutzung der Frankfurter Busse und Bahnen bewirbt.

Dies macht sich auch bei den kassentechnischen Einnahmen bemerkbar. Diese sind gegenüber dem

Vorjahr (236,2 Mio. €) um rd. 6,2 % auf 251,3 Mio. € gestiegen und konnten damit die jährliche Tarifanpassung (in 2014 um 2,42 %) um mehr als das Doppelte realisieren.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € auf 25,6 Mio. € erhöht. Dies beruht insbesondere auf den zum Bilanzstichtag einzubeziehenden höheren, betragsmäßig gleichen Treuhandforderungen und –verbindlichkeiten von 20,7 Mio. € (Vj. 18,2 Mio. €) sowie der Zunahme bei den Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Auf der Vermögensseite entfallen 0,4 Mio. € auf das Anlagevermögen sowie 25,1 Mio. € auf das Umlaufvermögen (inkl. Rechnungsabgrenzungsposten). Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere aufgrund der Forderungen aus der Weiterberechnung von Infrastrukturleistungen um 0,9 Mio. € auf 3 Mio. € erhöht.

Der Rückgang der liquiden Mittel ist vor allem durch das im Vergleich zum Vorjahr schlechtere Jahresergebnis zu erklären. In 2014 wurde ein höherer Anteil der durch die Stadt Frankfurt am Main zur Verfügung gestellten Mittel (in 2013 und 2014 jeweils 9,1 Mio. €) zur Deckung des Jahresfehlbetrages benötigt als in 2013.

Die Passivseite ist geprägt durch die Verbindlichkeiten in Höhe von 24,3 Mio. € (Vj. 20,6 Mio. €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,6 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mio. € erhöht. Den höchsten Anteil daran haben die Verbindlichkeiten gegenüber der VGF GmbH aus in Rechnung gestellten Infrastrukturleistungen.

In 2014 erfolgte eine Einstellung in die Kapitalrücklage in Höhe von 9,1 Mio. € (Vj. 9,1 Mio. €).

Die Finanzierung der traffiQ erfolgt, soweit nicht durch eigene Erträge erwirtschaftet, durch Zuweisungen der Gesellschafterin, die seit dem Geschäftsjahr 2004 in die Kapitalrücklage eingestellt werden. Der Betrag der Zuführung zur Kapitalrücklage wird auf der Grundlage der benötigten Mittel festgelegt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss wird der im Eigenkapital aufgeführte Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus der Kapitalrücklage gedeckt. Die unterjährige Liquidität war im Berichtsjahr 2014 jederzeit gesichert. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 0,9 %.

Zur Erfolgslage

Da die traffiQ alle Aufgaben und Befugnisse des Aufgabenträgers (Stadt Frankfurt am Main) gemäß dem Hessischen ÖPNV-Gesetz wahrnimmt und insofern kein wesentliches eigenes operatives Geschäft hat, ist das Ergebnis der traffiQ in erster Linie durch die Aufwendungen für den sog. Eigenbedarf geprägt.

Der Jahresfehlbetrag ist von 7,7 Mio. € im Vorjahr auf 8,9 Mio. € im Berichtsjahr gestiegen.

Den Erträgen in Höhe von 1 Mio. € stehen Aufwendungen in Höhe von 9,9 Mio. € gegenüber. Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um gut 1,1 Mio. € verschlechtert. Dies resultiert im Wesentlichen aus Sondereffekten bei den Erträgen aus EU-Zuschüssen im Vorjahr sowie gestiegenen Personalaufwendungen aufgrund von Tariferhöhungen in 2014 sowie der Übernahme von 14 Mitarbeitern der in Liquidation gegangenen Tochtergesellschaft tiQs GmbH.

Ergebnisse der Beteiligungen

Die traffiQ hat eine 100%ige Tochtergesellschaft, „traffiQ-Servicegesellschaft mbH“ (tiQs), deren Gegenstand die Beratung von Aufgabenträgern und aufgabenträgernahen Organisationen in Planungsfragen und strategisch-organisatorischen Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs im Zuge der Marktliberalisierung ist. Zwischen den Gesellschaften besteht ein steuerlich anerkannter Ergebnisabführungsvertrag. Die Gesellschafterversammlung der tiQs hat am 21.07.2014 die Liquidation der Gesellschaft zum 30.09.2014 beschlossen. Die Gesellschaft befindet sich seit dem 01.10.2014 in Liquidation und führt den Namen tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L. (tiQs). Das Rumpfgeschäftsjahr 2014 (01.01.2014-30.09.2014) schließt mit einem Jahresverlust vor Ergebnisübernahme in Höhe von rd. -7 T € ab. Gegenüber dem Vorjahr

verschlechterte sich das Jahresergebnis deutlich um rd. 10 T €. Die Geschäftsentwicklung der tiQs über voraussichtlich zwei Liquidationsjahre wird planseitig überwiegend geprägt sein durch die Abwicklungskosten der Gesellschaft.

B. Ausblick

Der finanzielle Rahmen, in dem sich traffiQ in den Jahren 2015 und 2016 bewegen wird, orientiert sich an dem am 15.12.2014 beschlossenen Wirtschaftsplan einschließlich der fünfjährigen Finanzplanung. Insgesamt stoßen die Bereitstellung von Haushaltsmitteln und damit die Finanzierung des städtischen Nahverkehrs aber mittel- und langfristig an ihre Grenzen.

Generell zeichnen sich künftig höhere Finanzbedarfe im Treuhandbereich ab, die aus den in den Verkehrsverträgen festgelegten Preisfortschreibungen sowie überproportionalen Kostensteigerungen beim Lohn resultieren dürften.

Durch die Vergabe der Busbündel im Wettbewerb konnte das Leistungsangebot bis Ende 2014 um gut 25 % auf rd. 17 Mio. Fahrplankilometer erhöht werden, die gemeinsam von sechs Verkehrsunternehmen erbracht werden. Die bisherigen Ausschreibungen brachten finanziell einen überzeugenden Erfolg. Der jeweils erzielte Preis lag deutlich unter den bisherigen Kosten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der traffiQ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Haushalt 2014 der Stadt Frankfurt am Main standen für die traffiQ Mittel von rund 35,8 Mio. € zur Verfügung, davon 10,5 Mio. € für den Eigenbedarfsbereich und 25,3 Mio. € für den Treuhandbereich. Zudem standen der Gesellschaft Reste aus Mittelübertragung von 7,4 Mio. € zur Verfügung. Insgesamt wurden für das Jahr 2014 im Eigenbedarfsbereich Mittel von 9,1 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage gezahlt. An Treuhandmitteln wurden insgesamt 21,2 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main abgefordert.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Bezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 219 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 16.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 18.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 21.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**425**	**474**	**-49**	**-10,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	31	8	23	285,6
Sachanlagen	369	441	-72	-16,3
Finanzanlagen	25	25	0	0,0
Umlaufvermögen	**25.142**	**22.338**	**2.804**	**12,6**
Vorräte	3	15	-11	-77,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.106	20.655	3.451	16,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.033	1.669	-636	-38,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**76**	**25**	**51**	**200,2**
Bilanzsumme	**25.643**	**22.838**	**2.806**	**12,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**239**	**1.388**	**-1.149**	**-82,8**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	9.100	9.100	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-8.887	-7.738	-1.149	14,8
Rückstellungen	**1.082**	**898**	**184**	**20,5**
Verbindlichkeiten	**24.323**	**20.552**	**3.770**	**18,3**
Bilanzsumme	**25.643**	**22.838**	**2.806**	**12,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Gesamtleistung	**0**	**0**	0	-
sonstige betriebliche Erträge	981	1.468	-487	-33,2
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-5.237	-4.809	-428	8,9
Abschreibungen	-161	-167	6	-3,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.453	-4.206	-247	5,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-8.871**	**-7.714**	-1.157	15,0
Finanzergebnis	-15	-23	8	-34,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-8.886**	**-7.737**	-1.149	14,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-1	-1	-0	10,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-8.887	-7.738	-1.149	14,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-8.887**	**-7.738**	-1.149	14,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	76	71	5	7,0
Verwaltete Treuhandgelder (in T€)	293.011	286.557	6.454	2,3
Anzahl d. Linien d. gesamten integr. ÖV auf dem Stadtgebiet	142	142	0	0,0
Angebotskilometer pro Jahr (in Mio. Nutzkm*)	41	41	0	0,0
Anzahl der Haltestellen**	757	756	1	0,1

Anmerkung zu den Kennzahlen: Die verwalteten Treuhandgelder sind um die verrechneten kassentechnischen Einnahmen bereinigt. Die Anzahl der Linien des gesamten integrierten ÖV auf dem Stadtgebiet bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr. Für den Regionalverkehr ist der RMV verantwortlich.
*Nutzzugkm (Schiene) bzw. Nutzwagenkm (Bus) ohne Regionalen Verkehr
**Doppelnennungen der verschiedenen Betriebszweige wurden herausgerechnet, eine Haltestelle kann aus mehreren Steigen bestehen. Die Anzahl bezieht sich auf den Lokalen und den Regionalen Verkehr.

3. Wohnungsbau

3. Wohnungsbau **161**

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern 163

3.1.1 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft 169

3.1.2 Hellerhof GmbH 173

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH 176

3.1.4 WOHNHEIM GmbH 179

3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern 183

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Niddastraße 107	0 69/26 08-0	post@abg-fh.de
60329 Frankfurt am Main	0 69/26 08-2 77	www.abg-fh.de

Gründung:
16.01.1890

Unternehmensgegenstand:
Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben, Verwaltung von Beteiligungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	102.530.260 €	=	99,99 %
AXA Bank AG	1.970 €	=	0,01 %
	102.532.230 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Ralf Hübner
Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr Stv Michael zu Löwenstein
	Herr StR Stefan Majer
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Frau StRin Elke Sautner
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr Stv Wolfgang Siefert
	Herr Stv Lothar Stapf
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Peter Bachmann (AN)
	Frau Berit Beierlein (AN)
	Herr Mike Blanc (AN)
	Frau Elvira Damme (AN)
	Frau Andrea Emmerich (AN)
	Frau Brigitte Feik (AN)
	Herr Hans Peter Kemmer (AN)
	Herr Karlheinz Leister (AN)
	Frau Iris Marquardt (AN)
	Herr Claus Tischer (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
21 Mitglieder davon 10 Vertreter der Anteilseigner, 10 Vertreter der Arbeitnehmer und die neutrale Person		Frau StRin Erika Pfreundschuh (seit 17.02.2014)

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	28.000 €	=	100,00 %
ABG Erste Kulturcampus GmbH & Co. KG	2.000 €	=	100,00 %
ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	28.000 €	=	100,00 %
ABG Zweite Kulturcampus GmbH & Co. KG	27.000 €	=	100,00 %
ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	28.000 €	=	100,00 %
ABG Dritte Kulturcampus GmbH & Co. KG	27.000 €	=	100,00 %

SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	25.000 €	=	100,00 %
WOHNHEIM GmbH	34.103.200 €	=	98,81 %
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	14.125.056 €	=	96,80 %
ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG	9.400 €	=	94,00 %
ABG BelVivo GmbH & Co. KG	9.400 €	=	94,00 %
MIBAU GmbH	4.285.050 €	=	92,09 %
Hellerhof GmbH	13.238.050 €	=	86,83 %
ABGnova GmbH	50.000 €	=	50,00 %
Merton-Wohnprojekt GmbH	25.600 €	=	50,00 %
MainWERT GmbH, Bietigheim-Bissingen	25.000 €	=	50,00 %
CP Campus Projekte GmbH	12.500 €	=	50,00 %
book-n-drive, Wiesbaden	16.873 €	=	33,33 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	5.200 €	=	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der von der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) betreute und bewirtschaftete eigene Bestand belief sich auf 21.793 Wohnungen, 315 gewerbliche und 372 sonstige Objekte, 17 soziale Einrichtungen sowie 5.028 Garagen und Kfz-Stellplätze mit einer Gesamtwohnfläche von 1.387.501 qm. Darüber hinaus betreute die ABG aufgrund von Geschäftsbesorgungsverträgen den Liegenschaftsbestand der Hellerhof GmbH, der MIBAU GmbH, der ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG sowie der ABG BelVivo GmbH & Co. KG. Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge bestehen mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) sowie der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH. Beherrschungsverträge sind mit der WOHNHEIM GmbH, der MIBAU GmbH und der Hellerhof GmbH abgeschlossen.

Bereits in den letzten Berichtsjahren überstieg die Nachfrage das Angebot an Mietwohnungen. Insbesondere werden Drei- und Vierzimmerwohnungen nachgefragt. Dieser steigenden Nachfrage nach Miet- und Eigentumswohnungen kommt die ABG sowohl durch Bestandsneubauten als auch durch Bauträgermaßnahmen nach. 167 Neubauwohnungen für den Bestand mit 160 Stellplätzen wurden im Berichtsjahr fertig gestellt. 54,5 Mio. € wurden in Modernisierung und Instandhaltung des Wohnungsbestands investiert. 2 % (Vj. 3,2 %) der Wohnungen standen am 31.12.2014 vermietungsbedingt und aus technischen Gründen leer. Die Forderungen aus Vermietung haben sich von 2,1 Mio. € auf 1,7 Mio. € verringert. Mietanpassungen wurden im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vorgenommen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 1.238 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 154 Mio. € erhöht. Der Anstieg der Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen aus der Erhöhung des Anlagevermögens. Der Rückgang der bilanziellen Eigenkapitalquote von 50,3 % auf 48,8 % resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr von 216,9 Mio. € auf 195,6 Mio. € vermindert. Der Rückgang resultiert aus geringeren Erlösen aus dem Verkauf von Grundstücken. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zum Vorjahr auf Grund von Erstvermietungen bei Neubauten und Mieterhöhungen nach Mieterwechsel und auf Grund von Mieterhöhungen nach Mietspiegel um 9,7 Mio. € gestiegen. Das Betriebsergebnis liegt mit 34,7 Mio. € um 419 T € niedriger als im Vorjahr. Das um 5,8 Mio. € verbesserte Finanzergebnis ergibt sich aus höheren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen insbesondere mit der FAAG. Die Verlustübernahmeverpflichtung gegenüber der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH stieg um 1,7 Mio. €. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich um 5,3 Mio. € auf 69,9 Mio. € verbessert. Die Eigenkapitalrentabilität hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf 10,7 % stabilisiert. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahres-

überschuss von rund 64,3 Mio. € (Vj. 57,2 Mio. €) ab, der zusammen mit dem Gewinnvortrag von 23 T € einen Bilanzgewinn von rund 64,4 Mio. € ergibt. Hiervon wurde eine Gewinnausschüttung von rund 8,3 Mio. € vorgenommen, in die anderen Gewinnrücklagen wurden 56 Mio. € eingestellt. Die übrigen 47 T € wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der vom Konzern betreute und bewirtschaftete eigene Bestand umfasste 50.661 Wohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von 3,1 Mio. qm. In den Konzernabschluss der ABG wurden außer der ABG die Abschlüsse von 14 weiteren Gesellschaften als vollkonsolidierte Unternehmen einbezogen: Hellerhof GmbH, FAAG, MIBAU GmbH, WOHNHEIM GmbH, Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, FAAG Technik GmbH, ABG Projekte GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH und Parkhaus Goetheplatz GmbH sowie die ABG Erste bis Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, die ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG und die ABG BelVivo GmbH & Co. KG. Die ABG erwarb mit Wirkung zum 31.07.2014 Kommanditanteile von 94 % an der ABG BelVivo GmbH & Co. KG (vormals Europaviertel Baufeld 4 d GmbH & Co. KG Essen). Die Gesellschaft bewirtschaftet 122 eigene Wohneinheiten, vier Gewerbeobjekte und 135 Tiefgaragenstellplätze. Die Gesellschaft hat kein eigenes Personal.

Die ABG Erste bis Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG wurden jeweils aus steuerlichen Gründen geschaffen, um im Entwicklungsgebiet Kulturcampus Bockenheim eigene und fremde Grundstücke zu verwalten, zu entwickeln und zu veräußern. Alleinige Kommanditgesellschafterin ist jeweils die ABG. Die ABG Erste bis Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH ist jeweils unbeschränkt haftende Gesellschafterin der jeweiligen ABG Erste bis Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG. Die ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH ist Komplementärin der ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG und seit dem 17.12.2014 Komplementärin der ABG BelVivo GmbH & Co. KG ohne Kapitaleinlage.

Fünf at equity bewertete Unternehmen sind in den Konzernabschluss einbezogen: Die Merton-Wohnprojekt GmbH und die MainWERT GmbH sind Gemeinschaftsunternehmen mit jeweils einem privaten Gesellschafter, die über kein eigenes Personal verfügen. Die Merton-Wohnprojekt GmbH wird als Bauträgerin tätig, während die MainWERT GmbH Wohnimmobilien erwirbt, verpachtet, vermietet, in Wohneigentum umwandelt und weiterveräußert. Die CP Campus Projekte GmbH Frankfurt am Main, die als ein Gemeinschaftsunternehmen zu gleichen Teilen der ABG und der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Hessen mbH, Frankfurt am Main gehört, bebaut ein Grundstück in Bockenheim mit Eigentumswohnungen. Die ABGnova GmbH ist ein Unternehmen, das gemeinsam mit der Mainova AG zur Erbringung von Beratungsleistungen im Bereich des Innovationsmanagements und der Energieeffizienz an Gebäuden der Gesellschafter und Dritter besteht. Außerdem wird die Hofgarten Projektgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, nach der Equity-Methode bewertet.

Zu Anschaffungskosten angesetzt wurden die book-n-drive GmbH und die Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH Frankfurt am Main.

Die Konzernbilanzsumme im Berichtsjahr beträgt 2.079 Mio. € (Vj. 1.919 Mio. €). Der Konzernjahresüberschuss beläuft sich auf 68,1 Mio. € (Vj. 64,9 Mio. €). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 83,7 Mio. €.

Das „Aktiv-Stadthaus“ wurde Mitte 2015 fertig gestellt. Das Haus mit 78 Wohnungen erzeugt mehr Energie als für die Versorgung der Bewohner notwendig ist.

B. Ausblick

Die Wirtschaftspläne der ABG für die Jahre 2015 bis 2019 sehen jährliche Überschüsse vor Ertragssteuern zwischen 54,5 Mio. € und 62,9 Mio. € vor. Die Entwicklung der Sollmieten wird in den nächsten zwei Geschäftsjahren sehr moderat ausfallen und im Wesentlichen durch Erstbezüge beeinflusst sein. Die ABG wird von 2015 bis 2019 rund 1,3 Mrd. € in Neubauten, Bauträgermaßnahmen, Sanierungen und Modernisierungsmaßnahmen investieren. Im Jahr 2015 sollen 191 geförderte und frei finanzierte

Wohnungen fertig gestellt werden. Risiken werden in steigenden Ausfällen bei Mietforderungen gesehen, denen die Unternehmen durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen gegenübertreten. Auf Grund der Zunahme der Einwohner, der Haushalte und einer erhöhten Nachfrage nach mehr Wohnraum pro Person im Rhein-Main-Gebiet wird auch die Nachfrage innerhalb der Stadt Frankfurt am Main weiter zunehmen. Davon werden sowohl das Bauträgergeschäft als auch die Nachfrage nach Gebrauchswohnungen profitieren.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat im Haushaltsjahr 2014 Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 7,9 Mio. € übernommen (Stand 31.12.2014, Restschuld ohne Zinsen). Im Jahr 2014 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2013 von 4,5 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2014 betrugen die Bezüge der Geschäftsführung 448 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 4 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 06.11.2014 für das Planjahr 2015. Die Abschlussgespräche 2014 wurden am 07.05.2015 und am 02.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.007.427**	**904.356**	**103.070**	**11,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	522	659	-137	-20,8
Sachanlagen	787.229	712.732	74.497	10,5
Finanzanlagen	219.675	190.965	28.710	15,0
Umlaufvermögen	**226.263**	**175.691**	**50.571**	**28,8**
Vorräte	44.050	37.084	6.966	18,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	121.824	128.901	-7.077	-5,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	60.389	9.706	50.682	522,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**4.318**	**4.267**	**51**	**1,2**
Bilanzsumme	**1.238.007**	**1.084.315**	**153.692**	**14,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**603.907**	**544.913**	**58.994**	**10,8**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	38.016	38.016	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	398.995	346.995	52.000	15,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	23	125	-102	-81,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	64.341	57.245	7.096	12,4
Sonderposten	**8.946**	**9.167**	**-221**	**-2,4**
Rückstellungen	**36.623**	**30.195**	**6.428**	**21,3**
Verbindlichkeiten	**579.462**	**492.152**	**87.310**	**17,7**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	269.327	211.547	57.780	27,3
Rechnungsabgrenzungsposten	**9.069**	**7.887**	**1.182**	**15,0**
Bilanzsumme	**1.238.007**	**1.084.315**	**153.692**	**14,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	195.591	216.863	-21.272	-9,8
Bestandsänderung UE / FE	6.964	-13.772	20.736	-150,6
andere aktivierte Eigenleistungen	178	151	28	18,2
Gesamtleistung	**202.734**	**203.242**	-508	-0,3
sonstige betriebliche Erträge	6.185	5.579	606	10,9
Materialaufwand	-125.756	-128.626	2.870	-2,2
Personalaufwand	-19.177	-17.878	-1.298	7,3
Abschreibungen	-21.401	-19.125	-2.276	11,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.903	-8.091	188	-2,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**34.682**	**35.101**	-419	-1,2
Finanzergebnis	35.178	29.410	5.768	19,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**69.860**	**64.511**	5.349	8,3
Außerordentliches Ergebnis	-1.777	-183	-1.594	869,2
Steuern	-3.743	-7.083	3.340	-47,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	64.341	57.245	7.096	12,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**64.341**	**57.245**	7.096	12,4
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	23	125	-102	-81,7
Bilanzergebnis	**64.363**	**57.369**	6.994	12,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	264	260	4	1,5
Anzahl Wohnungen preisfrei	17.739	16.626	1.113	6,7
Anzahl Wohnungen preisgebunden	4.054	4.990	-936	-18,8
Anzahl Wohnungen gesamt	21.793	21.616	177	0,8
davon Neubaufertigstellungen	167	410	-243	-59,3

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.803.274**	**1.693.727**	**109.546**	**6,5**
Immaterielle Vermögensgegenstände	524	663	-139	-20,9
Sachanlagen	1.794.021	1.661.581	132.440	8,0
Finanzanlagen	8.728	31.483	-22.755	-72,3
Umlaufvermögen	**271.266**	**220.632**	**50.634**	**22,9**
Vorräte	112.384	106.010	6.374	6,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	97.698	103.036	-5.338	-5,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	61.184	11.585	49.599	428,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**4.387**	**4.357**	**30**	**0,7**
Bilanzsumme	**2.078.927**	**1.918.717**	**160.211**	**8,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**769.976**	**706.867**	**63.108**	**8,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	48.040	48.040	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	480.924	428.924	52.000	12,1
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.605	8.026	7.578	94,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	68.088	64.870	3.218	5,0
Anteile anderer Gesellschafter	7.349	6.878	471	6,9
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	47.438	47.597	-159	-0,3
Rückstellungen	**60.392**	**57.759**	**2.632**	**4,6**
Verbindlichkeiten	**1.209.582**	**1.115.278**	**94.304**	**8,5**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	704.744	645.561	59.183	9,2
Passive latente Steuern	**28.677**	**29.832**	**-1.155**	**-3,9**
Rechnungsabgrenzungsposten	**10.301**	**8.981**	**1.321**	**14,7**
Bilanzsumme	**2.078.927**	**1.918.717**	**160.211**	**8,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	448.085	451.023	-2.937	-0,7
Bestandsveränderung UE / FE	6.376	-6.857	13.233	-193,0
andere aktivierte Eigenleistungen	6.907	9.364	-2.457	-26,2
Gesamtleistung	**461.369**	**453.530**	7.838	1,7
sonstige betriebliche Erträge	13.180	12.881	300	2,3
Materialaufwand	-251.977	-248.703	-3.274	1,3
Personalaufwand	-55.021	-54.233	-788	1,5
Abschreibungen	-57.347	-53.857	-3.489	6,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-16.161	-14.484	-1.677	11,6
Betriebsergebnis	**94.043**	**95.133**	-1.090	-1,1
Finanzergebnis	-20.344	-21.944	1.600	-7,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	73.699	73.189	510	0,7
Außerordentliches Ergebnis	-1.991	-647	-1.345	208,0
Steuern	-3.508	-7.561	4.053	-53,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	68.200	64.982	3.218	5,0
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-111	-111	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**68.088**	**64.870**	3.218	5,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	15.605	8.026	7.578	94,4
Bilanzergebnis	**83.693**	**72.897**	10.796	14,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	797	812	-15	-1,8
Anzahl Wohnungen preisfrei	35.044	33.532	1.512	4,5
Anzahl Wohnungen preisgebunden	15.617	16.737	-1.120	-6,7
Anzahl Wohnungen gesamt	50.661	50.269	392	0,8
davon Neubaufertigstellungen	456	621	-165	-26,6

3.1.1 Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	0 69/26 98-0 0 69/26 98-5 16	post@abg-fh.de www.faag.de

Gründung:
15.08.1947

Unternehmensgegenstand:
Erwerb, Bebauung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken in der Stadt Frankfurt am Main und ihrer näheren Umgebung sowie die Ausführung von Architekten- und Ingenieurleistungen für öffentliche und private Bauherren und die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben, auch über die Grenzen der Stadt Frankfurt am Main hinaus.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	14.125.056 €	=	96,80 %
Stadt Frankfurt am Main	**466.944 €**	**=**	**3,20 %**
	14.592.000 €	=	100,00 %

Vorstand:
Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	21 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr BM Olaf Cunitz
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Frau Stv Ursula auf der Heide
	Frau Stv Christiane Loizides
	Herr StR Stefan Majer
	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Herr StR Jan Schneider
	Herr Stv Wolfgang Siefert
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Markus Buschwa (AN)
	Frau Andrea Emmerich (AN)
	Frau Brigitte Feik (AN)
	Frau Petra Granatella (AN)
	Frau Roswitha Haus (AN)
	Herr Friedrich-Wilhelm Klingenstein (AN)
	Herr Norbert Kreile (AN)
	Frau Iris Marquardt (AN)
	Herr Adolf Stein (AN)
	Frau Petra Weigert (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:
21 Mitglieder
davon 10 Vertreter der Arbeitnehmer

Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:

Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
Herr Rüdiger Heinisch (AN) (bis 28.07.2014)	Herr Markus Buschwa (AN) (seit 28.07.2014)
Frau Claudia Meisel (AN) (bis 28.07.2014)	Frau Petra Granatella (AN) (seit 28.07.2014)
Herr Hans-Werner Reuter (AN) (bis 28.07.2014)	Frau Stv Ursula auf der Heide (seit 03.02.2014)
	Frau Stv Christiane Loizides (seit 03.02.2014)
	Frau Petra Weigert (AN) (seit 28.07.2014)

Beteiligungen:	*Kapitalanteile:*		
FAAG Technik GmbH	4.000.000 €	=	100,00 %
Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	26.000 €	=	100,00 %
ABG Projekte GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Parkhaus Goetheplatz GmbH	25.000 €	=	100,00 %
Hofgarten Projektgesellschaft mbH	25.000 €	=	50,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Gesellschaft betreute im Geschäftsjahr 5.443 eigene Wohnungen, 405 Gewerbeobjekte sowie 1.913 Garagen und Stellplätze. Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft (ABG). Die Frankfurter Aufbau AG (FAAG) ihrerseits hat mit ihren Töchtern Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, Parkhaus Goetheplatz GmbH, ABG Projekte GmbH und FAAG Technik GmbH jeweils einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen.

Im Bereich Wohnimmobilien betrug der Leerstand im Berichtsjahr bezogen auf die Fläche 0,9 % (Vj. 1,4 %). Im Bereich Gewerbeimmobilien verzeichnete die FAAG einen Leerstand von 3 % (Vj. 4,2 %). Dieser liegt wieder deutlich unter der stadtweiten Leerstandsquote. Um die Mietobjekte weiterhin marktgerecht zu erhalten, investierte die FAAG erneut 14,1 Mio. € in Instandhaltungen und Modernisierungen. Die Neubaumaßnahme eines Passivhauses in der Salvador-Allende-Straße mit 66 Mietwohnungen, einer Kindertagesstätte und einer Tiefgarage verläuft planmäßig. In der Planung befindet sich das Projekt „Goethehöfe“. Die FAAG wird dort 30 Wohnungen bauen und den Cantatesaal sanieren.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 4,6 Mio. € auf 362,9 Mio. € gesunken. Das Anlagevermögen ist zu 92,9 % durch eigene und mittel- bis langfristige Fremdmittel finanziert. Das Anlagevermögen hat sich auf 305,3 Mio. € verringert. Das Eigenkapital beläuft sich unverändert auf 70,5 Mio. €. Die Eigenkapitalquote beträgt 19,4 % (Vj. 19,2 %).

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse (einschließlich Bestandsveränderungen) haben sich mit 91,5 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Mio. € erhöht. Im Bereich der Hausbewirtschaftung, auf den 91 % des Gesamtbetrages entfallen, stieg die Gesamtleistung um 4 Mio. € auf 83,6 Mio. €. Das Bauträgergeschäft ruhte im Berichtsjahr weitgehend. Im Architekten- und Ingenieurgeschäft der FAAG stieg die Gesamtleistung um 1,2 Mio. € auf 8,2 Mio. €. Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die ABG betrug 43,1 Mio. € (Vj. 37,9 Mio. €). Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 61 % (Vj. 53,7 %).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die FAAG Technik GmbH hat im Geschäftsjahr wieder ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 1,3 Mio. € erwirtschaftet. Die Bilanzsumme ist auf 34,9 Mio. € (Vj. 38 Mio. €) gesunken. Durchschnittlich waren 116 (Vj. 123) Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die ABG Projekte GmbH erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 343 T € (Vj. 1,4 Mio. €). Die Bilanzsumme ist auf 1,4 Mio. € (Vj. 2,7 Mio. €) gesunken. Durchschnittlich waren 8 Mitarbeiter (Vj. 9) bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH hat einen Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 2,4 Mio. € (Vj. 2 Mio. €) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse liegen mit 37,4 Mio. € um 6,1 Mio. € über dem Vorjahreswert. Durch die Tarifanpassung zum 01.01.2014 haben sich die von Kurzparkern vereinnahmten Parktarife in diesem Geschäftsjahr um 5,3 Mio. € erhöht. Die Bilanzsumme ist von 8 Mio. € im Vorjahr auf 13,3 Mio. € gestiegen. Durchschnittlich waren 42 (Vj. 46) Mitarbeiter bei der Gesellschaft beschäftigt.

Die Parkhaus Goetheplatz GmbH erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 0,6 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung

des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr wird im Geschäftsjahr wie im Vorjahr ein Bilanzgewinn von 0,1 Mio. € ausgewiesen. Die Bilanzsumme beträgt 15,9 Mio. € (Vj. 15,8 Mio. €). Die Gesellschaft hat keine Mitarbeiter. Die Geschäfte werden von der Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH besorgt.

Die Hofgarten Projektgesellschaft mbH hat das ehemalige denkmalgeschützte Wiesenhüttenstift in Frankfurt am Main zu einer Wohnanlage mit 81 Eigentumswohnungen in einer großen Parklandschaft entwickelt. Es sind alle Wohnungen verkauft. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

B. Ausblick

In Frankfurt am Main übersteigt die Nachfrage nach Wohnimmobilien auf Grund des anhaltenden Bevölkerungswachstums nach wie vor das Angebot. Die nachhaltige Vermietbarkeit des Bestands wird durch Investitionen von 42,3 Mio. € in den Jahren 2015 und 2016 in die Instandhaltung und Modernisierung gesichert. Neubauten werden grundsätzlich im Passivhausstandard errichtet. Bei Gewerbeimmobilien wird mit einem Anstieg der Leerstandsquote und sinkenden Mieten bei Neuverträgen gerechnet. In den Jahren 2015 und 2016 werden Jahresergebnisse von rund 50 Mio. € und 40 Mio. € erwartet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für die Gesellschaft erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Es bestehen Treuhandverbindlichkeiten für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Am Martinszehnten“ von 1,57 Mio. €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 4 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 06.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 06.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Frankfurter Aufbau-AG

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**305.279**	**308.245**	**-2.966**	**-1,0**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	296.409	299.375	-2.966	-1,0
Finanzanlagen	8.870	8.870	0	0,0
Umlaufvermögen	**57.608**	**59.187**	**-1.579**	**-2,7**
Vorräte	14.443	15.506	-1.062	-6,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	43.164	43.671	-508	-1,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1	10	-9	-93,6
Rechnungsabgrenzungsposten	**21**	**35**	**-14**	**-40,9**
Bilanzsumme	**362.907**	**367.467**	**-4.559**	**-1,2**
PASSIVA				
Eigenkapital	**70.545**	**70.545**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	14.592	14.592	0	0,0
Kapitalrücklage	53.813	53.813	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.141	2.141	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**73.644**	**75.592**	**-1.948**	**-2,6**
Rückstellungen	**4.111**	**7.364**	**-3.253**	**-44,2**
Verbindlichkeiten	**214.414**	**213.751**	**663**	**0,3**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	122.528	128.923	-6.395	-5,0
Rechnungsabgrenzungsposten	**193**	**214**	**-21**	**-10,0**
Bilanzsumme	**362.907**	**367.467**	**-4.559**	**-1,2**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	92.609	84.521	8.088	9,6
Bestandsänderung UE / FE	-1.062	1.707	-2.769	-162,3
andere aktivierte Eigenleistungen	251	190	61	31,9
Gesamtleistung	**91.797**	**86.417**	5.379	6,2
sonstige betriebliche Erträge	6.712	6.382	330	5,2
Materialaufwand	-32.974	-31.467	-1.507	4,8
Personalaufwand	-8.811	-9.241	430	-4,7
Abschreibungen	-7.922	-8.251	329	-4,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.795	-5.550	-246	4,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**43.006**	**38.290**	4.716	12,3
Finanzergebnis	82	-388	470	-121,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**43.088**	**37.902**	5.186	13,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-21	-22	1	-5,1
Gewinnabführung	-43.067	-37.880	-5.187	13,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	125	130	-5	-3,8
Anzahl Wohnungen preisfrei	4.751	4.710	41	0,9
Anzahl Wohnungen preisgebunden	692	730	-38	-5,2
Anzahl Wohnungen gesamt	5.443	5.440	3	0,1
davon Neubaufertigstellungen	0	0	0	-

3.1.2 Hellerhof GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Niddastraße 107	0 69/26 08-0	post@abg-fh.de
60329 Frankfurt am Main	0 69/26 08-2 77	www.abg-fh.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
20.05.1901	Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, die Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr im eigenen und fremden Namen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	13.238.050 €	=	86,83 %
Deutsche Annington Vermögensgesellschaft mbH & Co. KG	2.007.950 €	=	13,17 %
	15.246.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Frank Junker

Aufsichtsrat:	3 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Stv Lothar Stapf
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Martin Gerhardt
	Herr Stv Lothar Stapf
	Frau Stv Evanthia Triantafillidou

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
3 Mitglieder	

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	5.200 €	=	20,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Das Kerngeschäft der Hellerhof GmbH ist die Bewirtschaftung ihres Wohngungsbestands, der 6.263 Wohnungen, 1.329 Garagen und Stellplätze, 43 gewerblich genutzte Objekte sowie 6 soziale Einrichtungen in Frankfurt am Main umfasst. Für Instandhaltung und Modernisierung, für die Verbesserung des Wohnumfelds sowie für Neubau wurden im Geschäftsjahr 15,5 Mio. € von der Gesellschaft bereitgestellt (Vj. 21,1 Mio. €).

Seit Jahren bestehen ein Beherrschungsvertrag und ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG). In Folge des Geschäftsbesorgungsvertrags verfügt die Hellerhof GmbH über kein eigenes Personal mehr. Der Aufsichtsrat wurde verkleinert. Die Bestandsverwaltung wird über die ABG abgewickelt. Die technische Betreuung des Wohnungsbestands erfolgt in Zusammenarbeit mit der Frankfurter Aufbau AG (FAAG), der FAAG TECHNIK GmbH und der ABG.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 9,3 Mio. € auf 164,3 Mio. € gestiegen. Das Anlagevermögen verminderte sich, da die Abschreibungen die Investitionen übersteigen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote stieg von 34,9 % auf 37,3 %.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse lagen mit 41,8 Mio. € leicht über dem Vorjahr (40,2 Mio. €). Das Betriebsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 487 T € auf 9,4 Mio. €, was im Wesentlichen auf die Erhöhung der Grundmieten zurückzuführen ist. Das Jahresergebnis von 7,2 Mio. € ist stabil (Vj. 7,3 Mio. €). Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren von 19,6 Mio. € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 26,8 Mio. €.

Ergebnisse der Beteiligungen

Zum 31.12.2014 befanden sich 550 Stellplätze und 261 Garagen in der Verwaltung der Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH, an der die Hellerhof

GmbH mit 20 % beteiligt ist. Daneben sind die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (60 %) und die ABG (20 %) an der Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH beteiligt. Diese weist ein Jahresergebnis von -3,9 T € (Vj. -4,4 T €) und ein stabiles Eigenkapital von 6 Mio. € aus. Das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus rückläufigen Zinserträgen und erhöhten Instandhaltungsaufwendungen. Die Bilanzsumme beträgt unverändert 6 Mio. €. Für 2015 sind keine wesentlichen Risiken erkennbar. Es wird mit einem Ergebnis von -21 T € auf Grund von Instandhaltungen und niedrigen Zinserträgen gerechnet.

B. Ausblick

Durch die hohen Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen der letzten Jahre in den Wohnungsbestand haben sich die Ertragschancen verbessert. Diese gewährleisten die Nachhaltigkeit der Vermietung.

Die Nachfrage nach Wohnungen ist nach wie vor groß.

Die Wirtschaftspläne für die Jahre 2015 und 2016 sehen jeweils Jahresergebnisse von 5,8 Mio. € vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsschichten. Bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt sie im Besonderen auch Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 300 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 06.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 07.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Hellerhof GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**129.044**	**130.805**	**-1.760**	**-1,3**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	128.560	130.304	-1.744	-1,3
Finanzanlagen	484	501	-17	-3,3
Umlaufvermögen	**35.218**	**24.125**	**11.093**	**46,0**
Vorräte	11.026	11.308	-282	-2,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.193	12.814	11.378	88,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	3	-3	-99,9
Bilanzsumme	**164.263**	**154.930**	**9.333**	**6,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**61.202**	**54.008**	**7.194**	**13,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	15.246	15.246	0	0,0
Kapitalrücklage	1.242	1.242	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	17.900	17.900	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	19.620	12.321	7.299	59,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	7.194	7.299	-105	-1,4
Rückstellungen	**5.278**	**5.341**	**-63**	**-1,2**
Verbindlichkeiten	**97.760**	**95.548**	**2.212**	**2,3**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47.039	46.709	331	0,7
Rechnungsabgrenzungsposten	**23**	**33**	**-10**	**-30,9**
Bilanzsumme	**164.263**	**154.930**	**9.333**	**6,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	41.789	40.165	1.624	4,0
Bestandsänderung UE / FE	-275	761	-1.036	-136,2
Gesamtleistung	**41.514**	**40.926**	588	1,4
sonstige betriebliche Erträge	818	532	285	53,6
Materialaufwand	-23.726	-23.202	-524	2,3
Personalaufwand	-40	-7	-33	460,7
Abschreibungen	-5.633	-5.461	-173	3,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.568	-3.910	343	-8,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**9.364**	**8.877**	487	5,5
Finanzergebnis	-1.291	-1.339	47	-3,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**8.073**	**7.539**	534	7,1
Außerordentliches Ergebnis	0	-203	203	-
Steuern	-879	-37	-842	2.303,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	7.194	7.299	-105	-1,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**7.194**	**7.299**	-105	-1,4
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	19.620	12.321	7.299	59,2
Bilanzergebnis	**26.813**	**19.620**	7.194	36,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-
Anzahl Wohnungen preisfrei	4.136	4.094	42	1,0
Anzahl Wohnungen preisgebunden	2.127	2.105	22	1,0
Anzahl Wohnungen gesamt	6.263	6.199	64	1,0
davon Neubaufertigstellungen	84	0	84	-

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	0 69/1 53 08-0 0 69/1 53 08- 135	info@saalbau.com www.saalbau.com

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
12.05.2011	Verwaltung und Vermietung von Bürgergemeinschaftshäusern, Volksbildungsheimen und Saalbauten sowie Vermietung und Vermittlung externer Räumlichkeiten im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main und die Einziehung fremder Forderungen. Dieser Unternehmensgegenstand soll vorwiegend den Zwecken der Gemeinschaftspflege, der Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege, der Gesundheitspflege, der Förderung des Sports und der sozialen Betreuung dienen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Andreas Eichstaedt (bis 31.08.2014)

Herr Frank Junker (seit 01.09.2014)

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Herr Stv Bernhard Maier
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Richard Birnbach (AN)
	Frau Dr. Andrea Lehr
	Herr Clemens Menges (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
6 Mitglieder	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
	Herr Frank Junker (bis 31.08.2014)	Frau Dr. Andrea Lehr (seit 02.12.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Rückwirkend zum 01.04.2011 ist die SAALBAU GmbH auf die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) verschmolzen worden; der Verschmelzungsvertrag wurde am 15.07.2011 unterzeichnet. Mit dem Übergang des Anlagenbestands soll eine zügigere Abarbeitung der Brandschutzauflagen sowie des allgemeinen Instandhaltungsstaus in den Bürgerhäusern ermöglicht werden. Gleichzeitig wurde die neue SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH am 12.05.2011 notariell gegründet, die das operative Geschäft weiter betreibt sowie die auf die ABG übergegangenen Liegenschaften verwaltet und vermietet. Die SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH hat den Betrieb im August 2011 aufgenommen. Zwischen der ABG und der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH bestehen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag sowie ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag, in dem auch das Betreiberentgelt vereinbart ist. Die SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH wird in den Konzernabschluss der ABG einbezogen.

2011 erfolgte die Zertifizierung mit dem Green-Globe-Label, dem ersten weltweiten Programm zur Zertifizierung und Leistungsverbesserung für die Reise- und Tagungsindustrie.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 3,7 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €) und hat sich somit um 2 Mio. € erhöht. Der Anstieg resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus der Zunahme der Forderungen gegen die ABG aus dem Ergebnisausgleichsanspruch der SAALBAU GmbH. Auf der Passivseite haben sich bei unverändertem Eigenkapital die Rückstellungen für die zu zahlende Miete in den alten Geschäftsräumen sowie vor allem die Verbindlichkeiten erhöht. Dies betrifft Verbindlichkeiten gegenüber dem Sportamt aus dem Mietinkasso 2013 und 2014 für Schulsporthallen (2 Mio. €).

Die Eigenkapitalquote beträgt am Abschlussstichtag 0,7 % (Vj. 1,5 %).

Zur Erfolgslage

Bei der Gesellschaft ist im Geschäftsjahr 2014 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von 2,7 Mio. € (Vj. -1,1 Mio. €) angefallen. Im Jahr 2014 wurde ein deutlich schlechteres Ergebnis gezeigt als geplant, da zum einen die Erlöse aus Eigenanteilen der Vereine in Frankfurter Schulsporthallen dem Sportamt zufließen. Mitarbeiterschulungen und die für 2013 geleistete Konzernumlage sowie die Vorauszahlungen darauf für 2014 erhöhten in erster Linie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Wesentlich für das schlechtere Ergebnis ist die Drohverlustrückstellung für die zu zahlende Miete in den alten Geschäftsräumen. Diese sind bis Ende 2017 angemietet und konnten nur zum Teil untervermietet werden.

89 % des Umsatzes von 8,2 Mio. € entfallen auf das auf Grundlage des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrags von der Muttergesellschaft gezahlte Betreiberentgelt.

Für die Zukunft wird mit vergleichbaren Umsätzen gerechnet.

B. Ausblick

Es ist ein leichter Trend erkennbar, dass bezuschusste Vereine eher kleinere Räume anmieten, so dass die verbliebenen Kapazitäten an Privat- und Firmenkunden vermarktet werden können und so die Ertragslage verbessern helfen.

Risiken könnten langfristig in einem veränderten Freizeitverhalten bestehen, das zu einer geringeren Nachfrage nach Räumlichkeiten führen könnte.

Für die Jahre 2015 und 2016 wird mit gleich bleibenden Umsätzen und Jahresergebnissen von -1 Mio. € vor Verlustausgleich gerechnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Gemeinschaftspflege, die Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege und der Gesundheitspflege sowie die Förderung des Sports und der sozialen Betreuung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. An Bezügen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 480 € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 06.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 07.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**45**	**18**	**27**	**145,1**
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	45	18	27	145,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**3.683**	**1.663**	**2.020**	**121,5**
Vorräte	7	7	-1	-8,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.676	1.652	2.024	122,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	4	-4	-98,6
Rechnungsabgrenzungsposten	**7**	**6**	**1**	**14,0**
Bilanzsumme	**3.735**	**1.688**	**2.048**	**121,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**25**	**25**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	**1.147**	**880**	**268**	**30,4**
Verbindlichkeiten	**2.563**	**783**	**1.780**	**227,3**
Bilanzsumme	**3.735**	**1.688**	**2.048**	**121,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	8.174	8.209	-36	-0,4
Gesamtleistung	**8.174**	**8.209**	-36	-0,4
sonstige betriebliche Erträge	52	48	4	8,8
Materialaufwand	-1.461	-1.321	-141	10,6
Personalaufwand	-6.200	-5.948	-252	4,2
Abschreibungen	-11	-13	2	-17,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.290	-2.052	-1.238	60,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-2.736**	**-1.077**	-1.659	154,1
Finanzergebnis	2	2	0	23,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-2.733**	**-1.075**	-1.659	154,3
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2	-2	0	-19,9
Erträge aus Verlustübernahme	2.735	1.077	1.658	153,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	124	126	-2	-1,6
Besucher	1.341.765	1.408.856	-67.091	-4,8

3.1.4 WOHNHEIM GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Waldschulstraße 20	0 69/3 90 06-0	post@wohnheim.abg-fh.de
65933 Frankfurt am Main	0 69/3 90 06-2 22	www.wohnheim-frankfurt.de

Gründung:
11.09.1951

Unternehmensgegenstand:
Zum Zwecke der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung kann die Gesellschaft geeignete Bauten errichten, betreuen und verwalten und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	34.103.200 €	=	98,82 %
Stadt Frankfurt am Main	**367.200 €**	**=**	**1,06 %**
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	42.000 €	=	0,12 %
	34.512.400 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Ralf Hübner

Aufsichtsrat:	17 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr BM Olaf Cunitz
	Herr StK a. D. Ernst Gerhardt
	N.N.
	Herr StR Dr. Lutz Raettig
	Herr Stv Lothar Stapf
	Herr Stv Cihad Taskin
	Frau Stv Evanthia Triantafillidou
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Heike Bandze (AN)
	Herr Uwe Hillmer (AN)
	Herr Frank Junker
	Herr Hans Peter Kemmer (AN)
	Frau Katja Mertineit (AN)
	Herr Karl-Heinz Rimkus (AN)
	Herr Mirko Streipert (AN)
	Herr Klaus Strubel (AN)
	Herr Frank Weber (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
17 Mitglieder	*Ausgeschiedene Mitglieder:*	*Neue Mitglieder:*
davon 8 Vertreter der Anteilseigner,	Frau Yvonne Frankenbach (AN) (bis 30.06.2014)	Frau Heike Bandze (AN) (seit 28.07.2014)
8 Vertreter der Arbeitnehmer und	Frau StRin Lilli Pölt (verstorben am 16.05.2014)	
die neutrale Person		

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Gesellschaft bewirtschaftet in Frankfurt am Main 14.379 Wohnungen, 565 Wohnheimplätze, 101 Gewerbeeinheiten, 62 Sozialeinrichtungen sowie 4.897 Garagen und Abstellplätze. Zwischen der WOHNHEIM GmbH (WOHNHEIM) und der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungsvertrag und ein Cash-Pooling-Vertrag.

Die von der Gesellschaft bewirtschafteten Wohnungen profitieren von der weiterhin regen Nachfrage auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt, insbesondere auf dem Teilmarkt des preisgebundenen Wohnraums. Der Bedarf an Zwei- und Dreizimmerwohnungen übersteigt nach wie vor das vorhandene Angebot.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 5 Mio. € auf 473,6 Mio. € gestiegen. 21,1 Mio. € wurden in das Anlagevermögen investiert. Das Anlagevermögen ist um 2,4 Mio. € auf 428,7 Mio. € gestiegen. Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 22,8 % auf 22,5 % verringert. Die Verbindlichkeiten stiegen um 7,2 Mio. € auf 362,3 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -111 T € (Vj. +2,3 Mio. €) ab. Die Umsatzerlöse haben sich um 5,9 Mio. € auf 98,7 Mio. € erhöht. Dies hängt einerseits mit der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Abrechnungsquote der unterjährigen Heizkosten- und Wassergeldabrechnungen, andererseits mit den im Geschäftsjahr 2014 durchgeführten Mieterhöhungen (2,5 Mio. €) zusammen. Die Erlösschmälerungen sind unwesentlich gestiegen. Die Aufwendungen für Instandhaltungen haben sich um 2,4 Mio. € erhöht.

B. Ausblick

Für 2015 sind 11,9 Mio. € für Investitionen eingeplant. 2016 bis 2019 sind Investitionsmaßnahmen von 59,8 Mio. € vorgesehen. Der Wirtschaftsplan 2015 weist einen Fehlbetrag von -26 T € aus, für 2016 ist ein negatives Ergebnis von -1,6 Mio. € geplant.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2014 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2013 von 12 T € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 2 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 06.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 06.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

WOHNHEIM GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**428.657**	**426.272**	**2.385**	**0,6**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-0	-18,0
Sachanlagen	428.651	426.265	2.386	0,6
Finanzanlagen	5	6	-1	-15,0
Umlaufvermögen	**44.927**	**42.392**	**2.535**	**6,0**
Vorräte	25.164	25.890	-726	-2,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.506	16.380	3.126	19,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	257	122	135	111,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**3**	**4**	**-0**	**-12,5**
Bilanzsumme	**473.587**	**468.668**	**4.919**	**1,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**106.609**	**106.720**	**-111**	**-0,1**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	34.512	34.512	0	0,0
Kapitalrücklage	2.147	2.147	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	48.276	48.276	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	21.785	19.460	2.324	11,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-111	2.324	-2.436	-104,8
Rückstellungen	**3.931**	**6.322**	**-2.391**	**-37,8**
Verbindlichkeiten	**362.272**	**355.049**	**7.222**	**2,0**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	213.569	203.843	9.727	4,8
Rechnungsabgrenzungsposten	**776**	**576**	**199**	**34,6**
Bilanzsumme	**473.587**	**468.668**	**4.919**	**1,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	98.657	92.733	5.924	6,4
Bestandsänderung UE / FE	-744	4.349	-5.093	-117,1
andere aktivierte Eigenleistungen	43	90	-47	-52,5
Gesamtleistung	**97.956**	**97.172**	784	0,8
sonstige betriebliche Erträge	3.630	4.450	-820	-18,4
Materialaufwand	-64.213	-62.667	-1.546	2,5
Personalaufwand	-7.486	-7.166	-321	4,5
Abschreibungen	-18.627	-18.164	-462	2,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.038	-4.249	-789	18,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**6.222**	**9.376**	-3.154	-33,6
Finanzergebnis	-6.325	-6.877	552	-8,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-103**	**2.499**	-2.602	-104,1
Außerordentliches Ergebnis	0	-166	166	-
Steuern	-9	-9	0	-0,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-111	2.324	-2.436	-104,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-111**	**2.324**	-2.436	-104,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung	
			absolut	*in %*
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	124	119	5	4,2
Anzahl Wohnungen preisfrei	6.176	6.651	-475	-7,1
Anzahl Wohnungen preisgebunden	8.203	8.350	-147	-1,8
Anzahl Wohnungen gesamt	14.379	15.001	-622	-4,1
davon Neubaufertigstellungen	83	71	12	16,9

3.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift:	*Telefon/Fax:*	*E-Mail/Internet:*
Schaumainkai 47	0 69/60 69-0	post@naheimst.de
60596 Frankfurt am Main	0 69/60 69-3 00	www.naheimst.de

Gründung:	*Unternehmensgegenstand:*
26.06.1928	Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung, Verwaltung und Veräußerung von Wohnungen und sonstigen baulichen Anlagen. Übernahme aller im Bereich der Wohnungswirtschaft, Stadtentwicklung und Infrastruktur anfallenden Aufgaben.

Gesellschafter:	*Kapitalanteile:*		
Land Hessen	61.545.124 €	=	56,02 %
Stadt Frankfurt am Main	**34.180.834 €**	**=**	**31,11 %**
WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH, Wiesbaden	7.775.983 €	=	7,08 %
Städte, Landkreise, Sonstige	6.358.835 €	=	5,79 %
	109.860.775 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Thomas Hain

Herr StR Prof. Dr. Joachim Pös

Herr Dr. Constantin Westphal

Aufsichtsrat:	*21 Mitglieder*
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Staatsmin Priska Hinz
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Ulrich Baier
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Peter Mensinger
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Markus Amon
	Herr Jens Bersch (AN)
	Frau MinR Dagmar Brinkmann
	Herr Gerd Brückmann (AN)
	Herr Ulrich Caspar
	Herr MinDirigent Elmar Damm
	Herr MinR Dr. Christian Hermann
	Herr MinR Hans-Joachim Hertling
	Frau Staatsmin Priska Hinz
	Frau Marion Hofmann (AN)
	Herr Wolfgang Koberg (AN)
	Herr MinDirigent Andreas Koch
	Herr StS Werner Koch
	Herr Bernhard Köppler (AN)
	Herr Sascha Langknecht (AN)
	Herr RegPräs Dr. Walter Lübcke
	Frau Elke Maiberger (AN)
	Herr StS Thomas Metz

Gesetzliche Besetzung:	*Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:*	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	*Neue Mitglieder:*
21 Mitglieder	Herr Gottfried Milde (bis 14.05.2014)	Herr Ulrich Casper (seit 02.07.2014)
davon 14 Vertreter der Anteilseigner und	Herr MinDirigent Werner Müller (bis 08.07.2014)	Frau Staatsmin Priska Hinz (seit 24.03.2014)
7 Vertreter der Arbeitnehmer	Herr Staatsmin Florian Rentsch (bis 24.03.2014)	Herr MinDirigent Andreas Koch (seit 08.07.2014)
		Herr StS Thomas Metz (seit 24.03.2014)

Beteiligungen: (über 20%)	***Kapitalanteile:***		
NH ProjektStadt GmbH	200.000 €	=	100,00 %
WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	36.722.950 €	=	88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	26.000 €	=	60,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	5.131.500 €	=	33,33 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Nassauische Heimstätte) ist in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Bewirtschaftung ihrer 42.001 Wohnungen. In Frankfurt hält die Gesellschaft 16.265 Wohnungen. Konzernweit vermietet die Nassauische Heimstätte 60.450 Wohnungen in ganz Hessen. 42 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. Für den eigenen Bestand waren 177 Wohnungen im Bau, 56 fertig gestellt, 45 erworben und weitere 485 im Planungsprozess. Außerdem betätigt sich die Gesellschaft als Bauträger.

Das Unternehmen ist treuhänderisch oder beratend und als Projektentwickler in über 58 Städten und Gemeinden mit 82 Aufträgen tätig.

Es besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH (WOHNSTADT), der NH ProjektStadt GmbH und mit der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH sowie ein Büroführungsvertrag mit der Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. Ein Ergebnisabführungsvertrag besteht mit der NH ProjektStadt GmbH.

Die Nassauische Heimstätte hat erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 60 Mio. € auf 1.534 Mio. € erhöht. Dabei ist das Anlagevermögen um 22,6 Mio. € gestiegen, resultierend im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens. Das Umlaufvermögen hat sich um 37,7 Mio. € erhöht. Grund hierfür war hauptsächlich die Erhöhung des Bestands der flüssigen Mittel. Der Anstieg der Verbindlichkeiten um 21,8 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Cashpool-Verbindlichkeiten gegenüber der NH ProjektStadt GmbH. Die Eigenkapitalquote hat sich von 28,4 % auf 29,3 % erhöht.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss ist um 7,8 Mio. € auf 35,6 Mio. € gestiegen. Die im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen sowie die geringeren Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen hängen mit der Gründung der NH ProjektStadt GmbH zusammen. Der um 4,4 Mio. € gestiegene Personalaufwand resultiert aus ungeplanten Rückstellungen für Altersteilzeit und Neueinstellung von drei Mitarbeiterkapazitäten. Das um 13,4 Mio. € verbesserte Finanzergebnis enthält 11,2 Mio. € Gewinnabführung der NH ProjektStadt GmbH, gegenläufig wirkt die Sonderabschreibung der Beteiligung an der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die NH ProjektStadt GmbH ist zuständig für das Bauträgergeschäft der Nassauischen Heimstätte.

Die Bilanzsumme beträgt 63,4 Mio. €, die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Plus von 11,2 Mio. € vor Gewinnabführung an die Nassauische Heimstätte. Die Ertragslage ist geprägt durch Bestandserhöhung aus Bauvorbereitungskosten und Grundstücken mit unfertigen Bauten. Die Aufwendungen aus bezogenen Lieferungen und Leistungen sind im Wesentlichen durch Baukosten geprägt. 110 Eigentumswohnungen wurden im Geschäftsjahr in Frankfurt am Main im Europaviertel und in Sachsenhausen fertig gestellt. In Planung ist das Projekt Prädium im Europaviertel mit 242 Wohnungen; der Bau von weiteren 100 Eigentumswohnungen in Wiesbaden und in Frankfurt am Main ist in Planung. Die Planung sieht für das Jahr 2015 einen Jahresüberschuss von 7,2 Mio. € vor.

Die Bilanzsumme der WOHNSTADT hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 18 Mio. € vermindert auf 587,4 Mio. €. Das Jahresergebnis der WOHNSTADT beläuft sich auf 1,4 Mio. €.

Schwerpunkt der Tätigkeit des Konzerns ist die Bewirtschaftung der eigenen Wohnungen. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 29,8 Mio. € auf 2,1 Mrd. € erhöht. Für Instandhaltungen und Renovierungen wurden 62,8 Mio. € aufgewandt, darüber hinaus für Modernisierungen 45,3 Mio. €. Der Konzernabschluss schließt mit einem Konzernjahresüberschuss von 36 Mio. € (Vj. 32,1 Mio. €). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr von 1,7 Mio. € sowie nach Abzug der auf andere Gesellschafter entfallenden Gewinne ergibt sich ein Konzernbilanzgewinn von 37,6 Mio. €.

In den Konzernabschluss mit einbezogen wurden neben der Nassauischen Heimstätte die WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH und die NH Projekt-Stadt GmbH.

Nicht mit einbezogen wurden die MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft Kassel und die Garagen- Bau und Betriebsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main.

Assoziiertes Unternehmen ist die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH.

B. Ausblick

Die Nassauische Heimstätte wird weiterhin in den Bestand investieren und die Neubautätigkeit fortsetzen. Neben der Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestands leisten die Veräußerungen von Bestandswohnungen einen wesentlichen Beitrag zum geplanten Unternehmenserfolg. Für 2015 wird mit einem Jahresüberschuss vor Ertragssteuern von 27,5 Mio. € gerechnet. Bei der WOHNSTADT ist für 2015 ein Jahresüberschuss von 1,8 Mio. € geplant.

Konzernweit wird von einem Jahresüberschuss für das Jahr 2015 von 27,9 Mio. € vor Ertragssteuern ausgegangen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main liegen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2014 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2013 von 1,5 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 18,1 T €.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.272.904**	**1.250.316**	**22.588**	**1,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	822	646	175	27,1
Sachanlagen	1.100.769	1.073.116	27.652	2,6
Finanzanlagen	171.314	176.554	-5.240	-3,0
Umlaufvermögen	**259.565**	**221.826**	**37.739**	**17,0**
Vorräte	108.221	104.804	3.417	3,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.992	16.226	8.766	54,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	126.352	100.797	25.555	25,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**1.572**	**1.903**	**-331**	**-17,4**
Bilanzsumme	**1.534.041**	**1.474.045**	**59.996**	**4,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**450.023**	**418.823**	**31.199**	**7,4**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	109.861	109.861	0	0,0
Kapitalrücklage	8.283	8.283	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	296.287	272.853	23.434	8,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	35.592	27.827	7.765	27,9
Rückstellungen	**34.433**	**29.432**	**5.001**	**17,0**
Verbindlichkeiten	**1.047.595**	**1.025.790**	**21.806**	**2,1**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	785.504	788.942	-3.438	-0,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**1.990**	**0**	**1.990**	**-**
Bilanzsumme	**1.534.041**	**1.474.045**	**59.996**	**4,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	280.836	309.017	-28.181	-9,1
Bestandsänderung UE / FE	-801	-1.386	585	-42,2
andere aktivierte Eigenleistungen	6.856	3.858	2.998	77,7
Gesamtleistung	**286.891**	**311.489**	-24.598	-7,9
sonstige betriebliche Erträge	2.260	2.870	-610	-21,2
Materialaufwand	-130.872	-159.760	28.888	-18,1
Personalaufwand	-49.489	-45.109	-4.380	9,7
Abschreibungen	-34.965	-32.857	-2.108	6,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.282	-15.321	-1.960	12,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**56.543**	**61.311**	-4.768	-7,8
Finanzergebnis	-18.098	-31.460	13.363	-42,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**38.446**	**29.851**	8.594	28,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.854	-2.025	-829	41,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	35.592	27.827	7.765	27,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**35.592**	**27.827**	7.765	27,9

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	652	629	23	3,7
Anzahl Wohnungen preisfrei	31.418	30.973	445	1,4
Anzahl Wohnungen preisgebunden	10.583	10.975	-392	-3,6
Anzahl Wohnungen gesamt	42.001	41.948	53	0,1

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.733.832**	**1.725.405**	**8.426**	**0,5**
Immaterielle Vermögensgegenstände	882	650	233	35,8
Sachanlagen	1.671.321	1.661.845	9.476	0,6
Finanzanlagen	61.628	62.910	-1.282	-2,0
Umlaufvermögen	**320.670**	**298.761**	**21.909**	**7,3**
Vorräte	180.607	184.625	-4.018	-2,2
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.567	12.681	886	7,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	126.496	101.455	25.041	24,7
Rechnungsabgrenzungsposten	**2.441**	**2.945**	**-504**	**-17,1**
Bilanzsumme	**2.056.943**	**2.027.111**	**29.832**	**1,5**
PASSIVA				
Eigenkapital	**467.020**	**435.546**	**31.474**	**7,2**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	109.861	109.861	0	0,0
Kapitalrücklage	8.283	8.283	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	303.314	279.880	23.434	8,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	37.636	29.556	8.080	27,3
Anteile anderer Gesellschafter	7.926	7.774	151	1,9
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	0	192	-192	-
Rückstellungen	**39.087**	**31.809**	**7.278**	**22,9**
Verbindlichkeiten	**1.548.808**	**1.559.756**	**-10.948**	**-0,7**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.222.261	1.244.677	-22.416	-1,8
Rechnungsabgrenzungsposten	**2.028**	**0**	**2.028**	**-**
Bilanzsumme	**2.056.943**	**2.027.111**	**29.832**	**1,5**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	404.343	374.949	29.393	7,8
Bestandsveränderung UE / FE	16.363	12.083	4.280	35,4
andere aktivierte Eigenleistungen	7.795	4.701	3.094	65,8
Gesamtleistung	**428.501**	**391.733**	36.768	9,4
sonstige betriebliche Erträge	2.863	3.378	-514	-15,2
Materialaufwand	-225.731	-202.110	-23.621	11,7
Personalaufwand	-49.755	-45.888	-3.866	8,4
Abschreibungen	-56.788	-52.805	-3.983	7,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.752	-17.547	-2.205	12,6
Betriebsergebnis	**79.338**	**76.760**	2.578	3,4
Finanzergebnis	-40.400	-42.048	1.648	-3,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	38.937	34.712	4.226	12,2
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-2.879	-2.052	-828	40,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	36.058	32.660	3.398	10,4
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-151	-560	409	-73,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**35.907**	**32.100**	3.807	11,9
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	1.730	-2.544	4.273	-168,0
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	0	0	0	-
Bilanzergebnis	**37.636**	**29.556**	8.080	27,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter Konzern (Jahresdurchschnitt)	652	629	23	3,7
Anzahl Wohnungen preisfrei	44.542	42.906	1.636	3,8
Anzahl Wohnungen preisgebunden	15.908	17.793	-1.885	-10,6
Anzahl Wohnungen gesamt	60.450	60.699	-249	-0,4

4. Kultur

4. Kultur **189**

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH 191
4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH 194
4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH 198
4.4 Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH 201
4.5 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH 205
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.4) 179
4.6 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH 208
4.7 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH 211
4.8 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH 214

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Opernplatz 60313 Frankfurt am Main	0 69/13 40-0 0 69/13 40-2 84	info@alteoper.de www.alteoper.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
02.10.1978	Förderung von Kunst und Kultur durch Betrieb und Unterhaltung der Alten Oper Frankfurt, verwirklicht durch Darbietungen künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art unter Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungskreise, insbesondere durch Konzerte und Theateraufführungen (mit Vorrang von Konzerten) sowie durch Kongressveranstaltungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	255.650 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Stephan Pauly

Aufsichtsrat:	10 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Hellwig
	Frau Alexandra Prinzessin von Hannover
	Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz
	Herr Stv Sebastian Popp
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Gundula Tzschoppe (AN)
	N.N. (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
mindestens 7 Mitglieder, davon 2 Arbeitnehmervertreter	Frau Hannelore Kettner (bis 04.06.2014)	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Seit ihrer Wiedereröffnung 1981 dient die Alte Oper als Konzerthaus. Ihr Name erinnert daran, dass das Gebäude vor dem Krieg das Frankfurter Opernhaus beherbergte, welches heute am Willy-Brandt-Platz (vgl. Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH) beheimatet ist.

Die Alte Oper bietet bei Reihenbestuhlung eine Kapazität von rund 2.400 Plätzen im Großen Saal und von rund 700 Plätzen im Mozart Saal; ergänzend stehen vier Salons und fünf Foyers zur Verfügung. Im Jahr 2014 wurden 445.931 Besucher gezählt, ein Zuwachs von rund 1 % gegenüber dem Vorjahr. In den 415 Veranstaltungen (Vj. 398) hat sich die Alte Oper erneut als Haus für alle präsentiert: mit Klassik-Konzerten, mit Kinder- und Familienprojekten, mit Entertainment-Veranstaltungen, Kongressen und Events.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 0,6 Mio. € auf 8,6 Mio. € erhöht (Vj. 8 Mio. €). Dies geht auf die Investitionstätigkeit (1,4 Mio. €) zurück, vor allem für die damit abgeschlossene Erneuerung der Saalbestuhlung. Im Berichtsjahr wurden 7,5 Mio. € in die Kapitalrücklage eingestellt. Der Jahresfehlbetrag kann vollständig aus der Kapitalrücklage gedeckt werden. Nach dem Tod eines früheren Geschäftsführers wurde ein Teil der Pensionsrückstellungen aufgelöst.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis 2014 fällt mit -6,4 Mio. € besser aus als im Vorjahr (-7,1 Mio. €). Der Erlöszuwachs geht im Wesentlichen auf die Erfolge beim Ensuite-Musicalprogramm zu Jahresbeginn und zum Jahresende zurück. Die Zunahme der sonstigen be-

trieblichen Erträge resultiert aus Sponsoringerträgen und den Erträgen aus der Auflösung der Pensionsrückstellungen. Bei den Aufwendungen zeigt sich die auffälligste Änderung im Vorjahresvergleich beim Personal infolge von Tarifsteigerungen, aber auch durch Sondereffekte, die aus Krankheitsvertretungen, der Stelleneinarbeitung einer zentralen Schnittstelle und einer im Vorjahr erst zur Jahresmitte besetzten Stelle resultieren.

B. Ausblick

Auch im Geschäftsjahr 2015 wird die Alte Oper mit ihrem Konzertprogramm die große Vielfalt weiterführen, die sie zu einer lebendigen Stätte der Musik und Begegnung in Frankfurt am Main macht. Das umfangreiche Klassikprogramm sowie „Pegasus“, das Musikvermittlungsprogramm für Kinder aller Altersgruppen, Jugendliche und Familien, werden genauso fortgesetzt wie die Musical-Tradition rund um Weihnachten und Neujahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 7,4 Mio. € (davon 411 T € für die Erneuerung der Bestuhlung) sowie Reste von 2,7 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 7,5 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer Herr Dr. Pauly erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 179 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr rund 0,6 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 23.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 22.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 13.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**3.424**	**2.710**	**714**	**26,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	32	21	11	51,2
Sachanlagen	3.392	2.689	704	26,2
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**5.173**	**5.255**	**-81**	**-1,5**
Vorräte	0	0	0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.083	1.498	-414	-27,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.090	3.757	333	8,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**6**	**-6**	**-**
Bilanzsumme	**8.598**	**7.971**	**627**	**7,9**
PASSIVA				
Eigenkapital	**3.221**	**2.128**	**1.092**	**51,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	9.373	8.969	404	4,5
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6.408	-7.096	688	-9,7
Rückstellungen	**2.830**	**2.969**	**-139**	**-4,7**
Verbindlichkeiten	**2.529**	**2.847**	**-317**	**-11,1**
Rechnungsabgrenzungsposten	**18**	**27**	**-9**	**-33,9**
Bilanzsumme	**8.598**	**7.971**	**627**	**7,9**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	9.651	9.204	447	4,9
Gesamtleistung	**9.651**	**9.204**	447	4,9
sonstige betriebliche Erträge	2.611	2.203	408	18,5
Materialaufwand	-7.209	-7.145	-65	0,9
Personalaufwand	-2.583	-2.420	-162	6,7
Abschreibungen	-640	-652	12	-1,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.123	-8.167	43	-0,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-6.293**	**-6.977**	684	-9,8
Finanzergebnis	-98	-104	6	-6,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-6.391**	**-7.081**	690	-9,8
Steuern	-17	-14	-3	18,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6.408	-7.096	688	-9,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-6.408**	**-7.096**	688	-9,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	32	32	0	0,0
Veranstaltungen	415	398	17	4,3
Besucher	445.931	441.784	4.147	0,9

4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5	0 61 72/99 94 69 2	kontakt@kulturfonds-frm.de
61352 Bad Homburg v. d. Höhe	0 61 72/99 99 82 1	www.kulturfonds-frm.de

Gründung:
20.12.2007

Unternehmensgegenstand:
Förderung von Kultur und Kunst in der Region Frankfurt Rhein Main mit nationaler und internationaler Bedeutung insbesondere durch Fortführung und Durchführung sowie Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte sowie Unterstützung steuerbegünstigter Träger und Veranstalter einschließlich Öffentlichkeitsarbeit.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	30.000 €	=	25,00 %
Land Hessen	30.000 €	=	25,00 %
Landkreis Hochtaunus	15.000 €	=	12,50 %
Landkreis Main-Taunus	15.000 €	=	12,50 %
Stadt Wiesbaden	15.000 €	=	12,50 %
Stadt Darmstadt	10.000 €	=	8,30 %
Stadt Hanau	5.000 €	=	4,20 %
	120.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Helmut Müller

Kulturausschuss:	24 Mitglieder
Kulturausschussvorsitz:	Herr OB Jochen Partsch
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Herr StR Stefan Majer
	Herr Stv Sebastian Popp
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr StvVorst Stephan Siegler
	Frau Stv Dr. Nina Teufel
Weitere Kulturausschussmitglieder:	Frau StRin Iris Bachmann
	Herr Jürgen Banzer
	Herr MinDirigent Elmar Damm
	Herr Hans Franssen
	Frau KrBg Ingrid Hasse
	Herr StS Ingmar Jung
	Herr BM Claus Kaminsky
	Herr KrBg Wolfgang Kollmeier
	Herr LRat Ulrich Krebs
	N.N.
	Herr OB Jochen Partsch
	Herr Hendrik Schmehl
	Herr MinDirigent Günter Schmitteckert
	Frau StRin Rose-Lore Scholz
	Frau Claudia Spruch
	Herr MinDirigent Johannes Stein
	Herr LMinR Ernst Wegener
	Herr Dr. Stephan Wetzel

Satzungsmäßige Besetzung:	***Unterjährige Veränderung im Kulturausschuss:***	
24 Mitglieder, davon 6 Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, 6 Vertreter des Land Hessen, je drei vom Hochtaunuskreis, dem Main-Taunus-Kreis sowie der Stadt Wiesbaden, zwei von der Stadt Darmstadt und ein Vertreter der Stadt Hanau.	***Ausgeschiedene Mitglieder:***	***Neue Mitglieder:***
	Frau Dr. Heike Hambrock (bis 30.06.2014)	Herr Stv Sebastian Popp (seit 30.06.2014)
	Frau StS Dr. Bernadette Weyland (bis 26.05.2014)	Herr StvVorst Stephan Siegler (seit 26.05.2014)
	Frau MinR Dr. Helga Jäger (bis 31.01.2014)	
Kuratorium:	***18 Mitglieder***	
Kuratoriumsvorsitz:	Frau Staatsmin a. D. Ruth Wagner	
Weitere Kuratoriumsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Herbert Beck	
	Herr Prof. Dr. Horst Bredekamp	
	Frau Prof. Dr. Barbara Dölemeyer	
	Herr Dr. Michael Eissenhauer	
	Herr Prof. Dr. August Heuser	
	Frau Barbara Klemm	
	Herr Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann	
	Frau Felicitas von Lovenberg	
	Herr Peter Michalzik	
	Frau Bettina Milz	
	Herr Andreas Mölich-Zebhauser	
	Frau Madeline Ritter	
	Frau Gabriele Röthemeyer	
	Herr Prof. Albert Speer	
	Herr Prof. Sebastian Turner	
	Herr Prof. Gerd-Theo Umberg	
	Herr Rein Wolfs	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

In einem Europa der Regionen fördert die Gesellschaft die kulturelle Zusammenarbeit der Metropolregion Frankfurt RheinMain und stärkt sie als herausragenden Kulturstandort mit nationaler und internationaler Leuchtkraft.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist leicht auf 7,6 Mio. € angestiegen (Vj. 7,5 Mio. €). Der größte Posten auf der Aktivseite sind die flüssigen Mittel (5,9 Mio. €), die für (zugesicherte) Fördermittel (Rückstellungen, Maßnahmenrücklage) gebunden sind. Die Veränderungen bei Rücklagen und Rückstellungen auf der Passivseite hängen mit der konkreten Fördertätigkeit zusammen. Bei den Projekten werden nach jedem Gremienbeschluss Rücklagen gebildet, die nach der vertraglichen Fördervereinbarung unmittelbar in Rückstellungen umgewandelt werden. Die Veränderung beim Eigenkapital geht im Übrigen auch auf den Bilanzgewinn zurück.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 1,4 Mio. € ab (Vj. -1,2 Mio. €). Nach Entnahmen aus den (im Vorjahr gebildeten zweckgebundenen) Maßnahmenrücklagen und Einstellung der 2014 neu beschlossenen Projekte in die Maßnahmenrücklage verbleibt ein Bilanzgewinn von 0,4 Mio. € (Vj. -0,3 Mio. €), der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um die Gesellschafterbeiträge gemäß Finanzierungsvereinbarung. Der Materialaufwand beinhaltet den Projektaufwand. Der Rückgang ist auf zeitliche Verschiebungen von Fördervereinbarungen zurückzuführen. Der Anstieg des Personalaufwands resultiert aus dem Abschluss der Neuordnung der Personalstruktur (aufgrund der Weiterentwicklung der Projekttätigkeit und der Aus-

weitung des Einzugsgebiets einschließlich der Wiederbesetzung der stellvertretenden Geschäftsführung). Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen geht auf die Neustrukturierung des Personals und damit verbundene Verlagerungen von Dienstleistungen zurück. Das verschlechterte Finanzergebnis resultiert aus schlechteren Konditionen am Finanzmarkt für die Anlage noch nicht verausgabter Mittel.

B. Ausblick

Die Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH bleibt der Aufgabe verpflichtet, in einer Region mit erstrangigen Kultur- und Bildungseinrichtungen, Forschungs- und Lehrstätten als verknüpfendes Element zu wirken. Das Förderspektrum ist breit, vorausgesetzt wird jedoch, dass die Kunst- und Kulturprojekte qualitativ herausragend sind, die Strahlkraft der Region fördern und die Zusammenarbeit der Kultureinrichtungen stärken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge bei. Der Beitrag der Stadt Frankfurt am Main für das Jahr 2014 belief sich entsprechend der Finanzierungsvereinbarung auf 1,38 Mio. €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Kulturausschuss (Aufsichtsrat), die Geschäftsführung und das Kuratorium (Beirat).

Der Geschäftsführer Herr Dr. Müller erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 141 T €.

Die Kulturausschussmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**69**	**51**	**18**	**36,4**
Immaterielle Vermögensgegenstände	52	26	27	104,4
Sachanlagen	17	25	-8	-32,5
Umlaufvermögen	**7.565**	**7.427**	**138**	**1,9**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.621	1.714	-93	-5,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	5.944	5.713	231	4,0
Bilanzsumme	**7.635**	**7.478**	**157**	**2,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**3.959**	**2.597**	**1.362**	**52,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	120	120	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	3.470	2.793	677	24,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	369	-317	685	-216,5
Rückstellungen	**3.553**	**4.846**	**-1.293**	**-26,7**
Verbindlichkeiten	**123**	**35**	**88**	**248,6**
Bilanzsumme	**7.635**	**7.478**	**157**	**2,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
sonstige betriebliche Erträge	6.425	6.408	17	0,3
Materialaufwand	-4.254	-6.940	2.686	-38,7
Personalaufwand	-453	-344	-109	31,8
Abschreibungen	-26	-20	-6	29,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-258	-370	112	-30,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**1.434**	**-1.267**	2.700	-213,2
Finanzergebnis	-71	68	-139	-204,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.362**	**-1.198**	2.561	-213,7
Steuern	-0	-1	0	-23,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.362	-1.199	2.561	-213,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**1.362**	**-1.199**	2.561	-213,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-317	35	-352	-995,3
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	1.763	3.271	-1.508	-46,1
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-2.440	-2.424	-16	0,7
Bilanzergebnis	**369**	**-317**	685	-216,5

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	8	7	1	14,3

4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Marktstraße 30 60388 Frankfurt am Main	0 69/2 12-4 12 76/4 12 40 0 69/2 12-4 12 90	info@kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de www.kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
16.12.1976	Durchführung kultureller Veranstaltungen zur Förderung und Pflege von Kulturwerten durch Dichterlesungen, Konzerte, Theater- und Jugendveranstaltungen, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde sowie die Pflege des Liedgutes und des Chorgesangs in Bergen-Enkheim.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	15.600 €	=	60,00 %
Vereinsring Bergen-Enkheim e. V.	7.800 €	=	30,00 %
Evangelische Kirchengemeinde Bergen-Enkheim	2.600 €	=	10,00 %
	26.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Cornelia Grebe

Frau Bettina Matten-Gericke (seit 03.06.2014)

Herr Joachim Netz

Aufsichtsrat:	9 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mandatsträger der Stadt:	Herr Wilfried Bender
	Frau Ulrike Gieseking
	Herr Günther Kraus
	Herr Eberhard Schwarz
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr Frank Weil
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Bernd Böttcher
	Frau Beatrix Müller-Mamerow
	Frau Inge Sänger

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	*Neue Mitglieder:*
9 Mitglieder, davon 6 städtische Vertreter (OB-Mandat, 5 Ortsbeiratsmitglieder), 2 Vertreter des Vereinsrings und 1 Vertreter der Kirchengemeinde	Herr Michael Steigerwald (bis 14.01.2014)	Herr Eberhard Schwarz (seit 14.07.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Im Dezember 1976 gründete die ursprünglich selbständige Stadt Bergen-Enkheim zusammen mit dem Vereinsring und der Evangelischen Kirchengemeinde Bergen-Enkheim die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH. Ziel der Gründung war das kulturpolitische Konzept kontinuierlich in größtmöglicher Eigenständigkeit auch nach der Eingemeindung nach Frankfurt am Main am 01.01.1977 fortzusetzen. Nach § 6 Abs. 2 des Eingemeindungsvertrags vom 07.08.1974 zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der früheren Stadt Bergen-Enkheim ist der Ortsbeirat 16 verfügungsberechtigt über die städtischen Mittel der Gesellschaft. Auch im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit auf dem Stadtschreiberfest, in dessen Rahmen der Literaturpreis „Stadtschreiber von Bergen“ verliehen wird, und dem Rahmenprogramm zum anschließenden traditionellen Heimatfest „Berger Markt“. Die Gesellschaft hat abgesehen von den drei nebenamtlichen Geschäftsführern und den kurzfristig beschäftigten Aushilfen keine weiteren Mitarbeiter.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (51 T €) auf 47 T € gesunken. Auf der Aktivseite

dominiert der Bestand an liquiden Mitteln (40 T €), auf der Passivseite das Eigenkapital (37 T €).

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag 2014 beläuft sich auf -71 T € (Vj. -55 T €) und erhöhte sich aufgrund von gesunkenen Umsatzerlösen um 17 T € gegenüber dem Vorjahr. Er wird vollständig durch die Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen. Im Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse von 23 T € erzielt (Vj. 39 T €). Den Erlösen (überwiegend aus Spenden und Eintrittsgeldern) standen rund 95 T € an Aufwendungen für die Durchführung der kulturellen Veranstaltungen sowie für die Verwaltung gegenüber (Vj. 90 T €). Der Personalaufwand umfasst Aufwendungen für Aushilfen sowie kurzfristig und geringfügig Beschäftigte. Diese werden für Werbemaßnahmen, Mithilfe beim Stadtschreiberfest und Technik bei den Kleinkunstveranstaltungen eingestellt. Zur Einrichtung eines Stadtschreiberarchivs und Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung „40 Jahre Stadtschreiber“ wurde eine befristete Aushilfe eingestellt.

B. Ausblick

Auch in Zukunft werden der Berger Markt und das Stadtschreiberfest die Haupttätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft darstellen, die weiterhin auf finanzielle Unterstützung durch die Stadt Frankfurt am Main (Ortsbeirat 16) angewiesen bleibt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. AO. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die der Gesellschaft zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks zur Verfügung stehenden Geldmittel stammen überwiegend aus Zuschüssen der Stadt. Der Ortsbeirat 16 ist verfügungsberechtigt und stellte der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 Mittel von 67 T € (Einzahlung in die Kapitalrücklage) bereit.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführer sind nebenamtlich für die Gesellschaft tätig und erhalten keine Bezüge. Auf der Grundlage des Aufsichtsratsbeschlusses vom 29.09.2009 erhält Frau Grebe eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 450 €. Herr Netz erhält eine Aufwandsentschädigung für die Nutzung des privaten Kfz. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplanunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplangesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand am 30.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 13.10.2014 für das Planjahr 2015 statt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**0**	**1**	**-0**	**-43,6**
Sachanlagen	0	1	-0	-43,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**46**	**49**	**-3**	**-5,5**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6	5	1	15,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	40	43	-4	-8,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**2**	**-2**	**-90,9**
Bilanzsumme	**47**	**51**	**-5**	**-9,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**37**	**41**	**-4**	**-10,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	82	70	12	17,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-71	-55	-17	30,2
Rückstellungen	**4**	**4**	**0**	**0,0**
Verbindlichkeiten	**6**	**6**	**-0**	**-4,9**
Bilanzsumme	**47**	**51**	**-5**	**-9,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	23	39	-15	-39,5
Gesamtleistung	**23**	**39**	-15	-39,5
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	-
Materialaufwand	-52	-50	-2	4,2
Personalaufwand	-14	-15	1	-9,0
Abschreibungen	-0	-0	0	-17,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-26	-25	-1	2,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-68**	**-52**	-17	32,1
Finanzergebnis	0	1	-1	-59,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-68**	**-51**	-17	33,7
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-4	-4	1	-12,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-71	-55	-17	30,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-71**	**-55**	-17	30,2

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

4.4 Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Poststraße 16	0 69 /25 77-17 00	info@krfrm.de
60329 Frankfurt am Main	0 69 /25 77-17 50	www.krfrm.de

Gründung:
21.12.2005

Unternehmensgegenstand:
Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung insbesondere regional und überregional bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	6.000 €	=	20,24 %
Eigene Anteile	5.250 €	=	17,71 %
Landkreis Offenbach	2.800 €	=	9,44 %
Landkreis Groß-Gerau	1.700 €	=	5,73 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 €	=	5,73 %
Landkreis Hochtaunus	1.600 €	=	5,40 %
Stadt Darmstadt	1.300 €	=	4,38 %
Stadt Offenbach am Main	1.100 €	=	3,71 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 €	=	3,37 %
Stadt Hanau	800 €	=	2,70 %
Stadt Aschaffenburg	600 €	=	2,02 %
Stadt Rüsselsheim	550 €	=	1,85 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 €	=	1,69 %
Stadt Dreieich	400 €	=	1,35 %
Stadt Bad Vilbel	300 €	=	1,01 %
Stadt Langen	300 €	=	1,01 %
Stadt Bingen	250 €	=	0,84 %
Stadt Friedberg	250 €	=	0,84 %
Stadt Friedrichsdorf	250 €	=	0,84 %
Stadt Ingelheim	250 €	=	0,84 %
Stadt Alzenau	200 €	=	0,67 %
Stadt Büdingen	200 €	=	0,67 %
Stadt Eschborn	200 €	=	0,67 %
Stadt Hattersheim	200 €	=	0,67 %
Stadt Seligenstadt	200 €	=	0,67 %
Markt Großostheim	150 €	=	0,51 %
Stadt Bischofsheim	150 €	=	0,51 %
Stadt Babenhausen	150 €	=	0,51 %
Stadt Dieburg	150 €	=	0,51 %
Stadt Eltville	150 €	=	0,51 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	150 €	=	0,51 %
Stadt Kelsterbach	150 €	=	0,51 %
Stadt Kronberg	150 €	=	0,51 %
Gemeinde Brachttal	100 €	=	0,34 %
Gemeinde Niederdorfelden	100 €	=	0,34 %
Gemeinde Wölfersheim	100 €	=	0,34 %
Stadt Geisenheim	100 €	=	0,34 %
Stadt Miltenberg	100 €	=	0,34 %
Stadt Raunheim	100 €	=	0,34 %
	29.650 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Frau Sabine von Bebenburg

Aufsichtsrat:	***18 Mitglieder***
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr LRat Thomas Will
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Burkard Fleckenstein
	Frau StRin Beate Fleige
	Herr BM Dennis Grieser
	Herr OB Claus Kaminsky
	Herr BM Michael Keller
	Frau BM Antje Köster
	Herr Joachim Kolbe
	Herr KrBg Wolfgang Kollmeier
	Herr LRat Ulrich Krebs
	N.N.
	Herr OB Jochen Partsch
	Herr LRat Oliver Quilling
	Herr OB Horst Schneider
	Herr BM Dr. Thomas Stöhr
	Herr Verb.dir. Ludger Stüve
	Herr LRat Thomas Will
Satzungsmäßige Besetzung:	***Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.***
18 Mitglieder, davon 2 Vertreter der Stadt Frankfurt am Main, je ein Vertreter der 12 anderen entsendungsberechtigten Gesellschafter sowie vier Mitglieder der übrigen Gesellschafter	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Fokus der Gesellschaft lag auf der kulturellen Vernetzung, die im Wesentlichen durch die Weiterführung der bestehenden sechs Projekte erfolgte: „GartenRheinMain (Vom Klostergarten zum Regionalpark)“, „Burgen, Schlösser und Paläste“, „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“, „Route der Industriekultur Rhein-Main“, „Wegekultur“ und „Starke Stücke (Internationales Kinder- und Jugendtheaterfestival Rhein-Main)“. Daneben wurde weiterhin die Museumsbroschüre erstellt und publiziert. Die Gesellschaft beschäftige im Jahr 2014 durchschnittlich 8 Personen (Vj. 9).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (226 T €) auf 246 T € angestiegen. Die Vermögensseite ist weiterhin durch ein hohes Umlaufvermögen, insbesondere hohe liquide Mittel (237 T €, Vorjahr 224 T €) gekennzeichnet.

Die Kapitalseite ist durch ein hohes Eigenkapital geprägt. Das Eigenkapital ist durch den Jahresüberschuss auf 200 T € (Vj. 167 T €) angestiegen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt 81,7 % (Vj. 74,7 %).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von rund 35 T € (Vj. 15 T €) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 20 T € verbessert. Die Betriebsleistung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um 89 T € auf 532 T € vermindert. Dies ist bedingt durch den Rückgang der Mitgliedsbeiträge, welche trotz der sechs neuen Gesellschafter den Austritt des Main-Kinzig-Kreises nicht kompensieren konnten, sowie durch den Rückgang der veranstaltungsgebundenen Zuschüsse. Die übrigen Umsatzerlöse von 79 T € sind gegenüber dem Vorjahr (82 T €) annähernd konstant geblieben. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (246 T €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (395 T €) stark

vermindert. Hier sind insbesondere Druck- und Gestaltungskosten, Kosten für Veranstaltungen, Medienkosten sowie Kosten für Porto, Telefon und Bürobedarf enthalten.

B. Ausblick

Zum 01.01.2014 sind sechs neue Gesellschafter hinzugekommen: Die Gemeinde Brachttal, die Stadt Büdingen, die Stadt Geisenheim, die Stadt Ingelheim, die Stadt Raunheim und die Stadt Kronberg. Zudem kam die Stadt Nidda als assoziiertes Mitglied hinzu. Die Gesellschaft selbst hält die überzähligen Anteile von 5,2 T €. Die Kooperation „Klangkunst“ mit der Schwestergesellschaft Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH wird weiterhin fortgesetzt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge von 0,10 € pro Einwohner und Jahr bei. Im Jahr 2014 hat die Stadt Frankfurt am Main einen Beitrag von rund 69 T € gezahlt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Ein Ausweis der Bezüge des Aufsichtsrats entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**9**	**1**	**7**	**562,2**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	-0	-11,3
Sachanlagen	8	0	8	107.414,3
Umlaufvermögen	**238**	**225**	**13**	**5,8**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	-0	-28,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	237	224	13	5,8
Bilanzsumme	**246**	**226**	**20**	**9,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**200**	**167**	**33**	**19,8**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	24	26	-2	-7,6
Kapitalrücklage	126	126	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15	0	15	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	35	15	20	130,7
Rückstellungen	**33**	**24**	**10**	**40,9**
Verbindlichkeiten	**10**	**35**	**-25**	**-72,1**
Rechnungsabgrenzungsposten	**3**	**0**	**3**	**-**
Bilanzsumme	**246**	**226**	**20**	**9,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	490	517	-27	-5,2
Gesamtleistung	**490**	**517**	-27	-5,2
sonstige betriebliche Erträge	42	104	-62	-59,6
Materialaufwand	-47	-40	-7	18,5
Personalaufwand	-203	-170	-33	19,6
Abschreibungen	-2	-3	1	-36,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-246	-395	149	-37,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**35**	**14**	20	140,9
Finanzergebnis	1	1	-0	-40,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**35**	**15**	20	130,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	35	15	20	130,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**35**	**15**	20	130,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	8	9	-1	-11,1

4.5 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Waldschmidtstraße 4 60316 Frankfurt am Main	0 69/40 58 95-0 0 69/40 58 95-40	info@mousonturm.de www.mousonturm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
22.05.2001	Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb der Einrichtung Künstlerhaus Mousonturm, Entwicklung und Durchführung sonstiger kultureller Aktivitäten. Gastspiele und Teilnahme an Koproduktionen im In- und Ausland.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	35.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Matthias Pees

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck
	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Herr Stv Bernhard Maier
	Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Walter Lottré (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
6 Mitglieder, davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder: Herr Stv Bernhard Maier (seit 17.02.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Das Künstlerhaus Mousonturm wurde 1988 als eines der ersten freien Produktionshäuser in Deutschland eröffnet und zählt heute international zu den wichtigsten und erfolgreichsten freien Produktionszentren. Es bietet auf über 4.000 Quadratmetern im denkmalgeschützten Turm der ehemaligen Mouson-Seifenfabrik mit einem Theatersaal, zwei Studiobühnen, Probebühnen und Ateliers, Künstlerwohnungen, Bühnenwerkstatt und den Anbindungen an Tanzlabor 21 und Frankfurt LAB gute Produktions- und Aufführungsmöglichkeiten für zeitgenössischen Tanz und Choreografie, Performance, innovative Formate internationaler Theaterarbeit, Konzerte sowie Projekte zeitgenössischer Musik und bildender Kunst.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 34 T € auf 1 Mio. € angestiegen (Vj. 984 T €). Im Wesentlichen wirken sich der höhere Fehlbetrag und die zeitliche Streckung bei der Rückführung des Kontokorrents und des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrags aus. Zur Abfederung des Defizits aus dem Lüften-Festival war von Seiten der Gesellschafterin 2012 ein Kontokorrentkonto eingerichtet worden.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag fällt mit -4 Mio. € um 396 T € höher aus als im Vorjahr (Vj. -3,6 Mio. €). Die geplante Rückführung des Kontokorrentkontos der Stadt wurde in 2014 ausgesetzt und für die Zukunft zeitlich gestreckt. Im Geschäftsjahr 2014 fielen das Jubiläumsprogramm „25YMT“ und das erste Jahr des neuen Geschäftsführers und Intendanten zusammen und erhöhten die Produktionskosten. Zwischenzeitlich wurden Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung eingeleitet.

Mehraufwendungen beim Personal resultieren im Geschäftsjahr zum einen aus Tarifsteigerungen. Zudem wirkt sich aber auch aus, dass im Vorjahr die Intendantenbezüge (wegen der teilweise interimistischen Geschäftsführung) nur zeitanteilig enthalten waren.

Nachdem die Verpachtung der Gastronomie nicht mehr möglich war, wird die Publikumsbewirtung in reduzierter Form (rein veranstaltungsbezogen) durch die Gesellschaft selbst organisiert.

B. Ausblick

Die bestehenden Kooperationen mit anderen Kulturorganisationen sollen fortgesetzt und ausgebaut werden. Im März 2016 wird das Künstlerhaus Ausrichter der 12. Tanzplattform Deutschland sein mit Aufführungen im Künstlerhaus Mousonturm, im Bockenheimer Depot, im Frankfurt LAB, im Schauspiel Frankfurt, im Kurtheater Bad Homburg und im Staatstheater Darmstadt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von knapp 3,9 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Pees betrugen im Geschäftsjahr 101 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 600 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 23.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 15.10.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 09.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**226**	**261**	**-34**	**-13,2**
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	9	-4	-45,6
Sachanlagen	221	252	-30	-12,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**328**	**414**	**-85**	**-20,6**
Vorräte	2	0	2	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	221	134	86	64,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	105	280	-174	-62,3
Rechnungsabgrenzungsposten	**36**	**19**	**17**	**87,6**
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	427	290	137	47,2
Bilanzsumme	**1.018**	**984**	**34**	**3,5**
PASSIVA				
Eigenkapital	**0**	**0**	**0**	**-**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	36	36	0	0,0
Kapitalrücklage	3.871	3.871	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-326	-585	259	-44,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.008	-3.612	-396	11,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	427	290	137	47,2
Rückstellungen	**179**	**259**	**-79**	**-30,6**
Verbindlichkeiten	**825**	**694**	**131**	**18,9**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	**14**	**31**	**-18**	**-56,5**
Bilanzsumme	**1.018**	**984**	**34**	**3,5**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	478	378	99	26,3
Gesamtleistung	**478**	**378**	99	26,3
sonstige betriebliche Erträge	1.158	1.198	-40	-3,3
Materialaufwand	-2.192	-1.846	-346	18,8
Personalaufwand	-1.726	-1.575	-151	9,6
Abschreibungen	-78	-73	-5	6,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.629	-1.680	51	-3,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-3.990**	**-3.598**	-392	10,9
Finanzergebnis	-13	-13	0	-2,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-4.003**	**-3.611**	-392	10,8
Steuern	-5	-1	-4	517,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.008	-3.612	-396	11,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-4.008**	**-3.612**	-396	11,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	27	26	1	3,8
Theater-Besucher	33.975	38.565	-4.590	-11,9
Theater-Veranstaltungen	290	318	-28	-8,8

4.6 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Brückenstraße 3-7 60594 Frankfurt am Main	0 69/2 12 – 38 502 0 69/2 12 – 47 842	info@museumsbausteine.de www.museumsbausteine.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
12.03.2012	Zunächst Planung und Bau des Museums der Weltkulturen sowie Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Zentraldepots für die städtischen Museen der Stadt Frankfurt am Main

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Carolina Romahn

Herr Andreas Schröder

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck
	Herr StR Dr. Bernd Heidenreich
	Herr Stv Sebastian Popp
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Herr Stv Cihad Taskin
	Frau Stv Dr. Nina Teufel

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
6 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH wurde am 12.03.2012 gegründet. Mit Beschluss vom 03.04.2014 ist die Planung eines Zentraldepots für die städtischen Museen weiterer Gegenstand des Unternehmens. Die Gesellschaft hat mit der Stadt einen Geschäftsbesorgungsvertrag über den Bezug von Sachleistungen vom Kulturamt sowie mit der Frankfurter Aufbau AG über den Bezug von Dienstleistungen im Bereich Rechnungswesen und Personalabrechnung abgeschlossen.

Für das Projekt Sanierung und Erweiterung des Jüdischen Museums wurde der Entwurf Ende 2014 abgeschlossen. Verknüpft mit diesem Projekt ist der ebenfalls mit zu betreuende Umbau des Museums Judengasse in Frankfurt am Main. Die Bau- und Finanzierungsvorlage für die Neuausstattung des Museums Judengasse wurde Ende 2014 genehmigt.

Für das Projekt Zentraldepot wurde ein Raum- und Funktionsprogramm erarbeitet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 71 T € auf 82 T € reduziert. Grund hierfür ist auf der Aktivseite vor allem der Rückgang der Guthaben bei Kreditinstituten (-59 T €), auf der Passivseite der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-78 T €). Das Eigenkapital beträgt 26 T €.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresüberschuss von 1 T € ab.

Der Anstieg der Umsatzerlöse (+91 T €) im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus höheren Projekterträgen, weiterberechneten Fremdleistungen sowie der gestiegenen Abrechnung aus dem Grundvertrag Bauherrenvertretung inklusive des Gewinnzuschlags. Der Anstieg des Personalaufwands (+67 T €) ist vor allem auf die direkte Anstellung einer weiteren Assistenz bei der Gesellschaft zurückzuführen.

B. Ausblick

Der Beginn von Umbaumaßnahmen und Neuausstattung des Museums Judengasse war für Mai 2015 vorgesehen. Die Bau- und Finanzierungsvorlage für das Jüdische Museum wurde noch vor der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2015 beschlossen.

Für die Errichtung des Zentraldepots wird in 2015 ein passendes Grundstück gesucht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH, die Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs auf den Gebieten der Kultur wahrnimmt, handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft erhält auf der Grundlage des Grundvertrags Bauherrenvertretung und des Projektvertrags Vergütungen für ihre Leistungen mit monatlichen Abschlagszahlungen von 12 T € inkl. USt. Im Produkthaushalt 2014 standen Mittel von 150 T € zur Verfügung. Hiervon sind Auszahlungen von 143 T € erfolgt. Zu viel gezahlte Zuschüsse werden im darauffolgenden Wirtschaftsjahr an die Stadt zurückerstattet. Aufgrund des Geschäftsbesorgungsvertrags zahlt die Gesellschaft an das Kulturamt eine jährliche Vergütung von 10 T €.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten von der Gesellschaft keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 31.10.2013 für das Planjahr 2014 und am 12.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 07.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	**82**	**153**	**-71**	**-46,7**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5	17	-12	-69,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	76	136	-60	-43,9
Bilanzsumme	**82**	**153**	**-71**	**-46,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**26**	**25**	**1**	**2,4**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	319,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	0	0	84,9
Rückstellungen	**11**	**7**	**4**	**52,1**
Verbindlichkeiten	**45**	**120**	**-76**	**-62,8**
Bilanzsumme	**82**	**153**	**-71**	**-46,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	257	166	91	54,5
Gesamtleistung	**257**	**166**	91	54,5
sonstige betriebliche Erträge	28	4	25	661,1
Materialaufwand	-64	-2	-62	3.981,2
Personalaufwand	-174	-107	-67	62,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-46	-61	14	-23,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**1**	**1**	1	99,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1**	**1**	1	99,3
Steuern	-0	-0	-0	122,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	0	0	84,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**1**	**0**	0	84,9

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	3	2	1	50,0

4.7 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Römerberg 60311 Frankfurt am Main	0 69/29 98 82-0 0 69/29 98 82-2 40	welcome@schirn.de www.schirn.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
23.01.1985	Förderung von Kunst und Kultur durch die Unterhaltung und Führung der Schirn Kunsthalle sowie mit der Durchführung von Kunstausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	245.140 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Max Hollein

Aufsichtsrat:	7 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr OB Peter Manuel Feldmann
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck
	Frau StRin Dr. Nargess Eskandari-Grünberg
	Herr OB Peter Manuel Feldmann
	Frau Stv Sylvia Momsen
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Esther Schlicht (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
Mind. 6 Mitglieder davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Mit dem zentral gelegenen Gebäudekomplex der Schirn Kunsthalle, der unmittelbar an das Neubauprojekt des Dom-Römer-Areals angrenzt, wurde in den 80er Jahren eine moderne Verbindung zwischen den historischen Bauten Dom und Römer geschaffen. Der Name der Gesellschaft leitet sich historisch ab: bis weit in das 19. Jahrhundert befanden sich „an der Schern“ die Verkaufsstände der Frankfurter Metzgerzunft.

Die Schirn Kunsthalle ist heute eines der renommiertesten Ausstellungshäuser in Deutschland. Im Jahr 2014 präsentierte die Gesellschaft, die über keine eigene Sammlung verfügt, acht neue Ausstellungen und lockte 384.439 Besucherinnen und Besucher an (nach 330.186 im Vorjahr). Den stärksten Besucherandrang verzeichnete die Ausstellung „Esprit Montmartre“ (186.512) und trug entscheidend dazu bei, dass in der Geschichte der Schirn Kunsthalle das Jahr 2014 Platz 4 in der Besuchergunst belegt.

Viel Wert wird weiterhin auf das Bildungs- und Vermittlungsprogramm für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gelegt – mit einer neuen Facette: Die Gesellschaft eröffnete im Dezember 2014 die „MINISCHIRN“: einen kreativen Erlebnis- und Erfahrungsraum, einen Spiel- und Lernparcours für Kinder ab 3 Jahren bis ins Grundschulalter.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme (3,7 Mio. €) zeigt sich gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Der Rückgang der Rückstellungen ist auf die Versicherungsabrechnungen zurückzuführen, infolge dessen Rückstellungen aus ausstehenden Versicherungsabrechnungen in Höhe von 0,4 Mio. € aufgelöst werden konnten. Die höheren Verbindlichkeiten betreffen Zuschüsse ohne endgültige Abrechnung des Verwendungsnachweises. Im Geschäftsjahr wurden Mittel von 5,4 Mio. € in die Kapitalrücklage eingezahlt. Aufgrund des Jahresfehlbetrags von -5,5 Mio. € ist das Eigenkapital gesunken.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis (-5,5 Mio. €) fällt um 0,1 Mio. € schlechter aus als im Vorjahr (-5,4 Mio. €). Von Jahr zu Jahr ergeben sich abhängig von den gezeigten

Ausstellungen Schwankungen insbesondere bei Umsatz und Material, aber z. B. auch beim Personal. Die deutliche Umsatzsteigerung (auf 2,6 Mio. €) resultiert aus den gut besuchten Ausstellungen, die auch zu höheren Verkäufen von Plakaten, Katalogen, Postkarten und Audioführungen führen. Beim Aufwand sind vor allem bei den ausstellungsabhängigen Materialkosten und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (insbesondere bei den Instandhaltungen) Zunahmen zu verzeichnen.

B. Ausblick

Aufgrund des Neubauprojekts auf dem angrenzenden Dom-Römer-Areal kommt es weiterhin zu baubedingten Beeinträchtigungen im Betriebsablauf (z. B. bei der Andienung und dem Pachtbetrieb des Schirn Cafés). Gleichwohl bewegen sich die Finanzzahlen nach den ersten Monaten weiterhin im Plan und die Besucherresonanz ist positiv.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 5,4 Mio. € zur Verfügung und sind auch in entsprechender Höhe zur Auszahlung gekommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer, der gleichzeitig Direktor des Städel Museums ist, übt die Tätigkeit ohne Bezüge der Schirn aus. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 700 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 11.11.2013 für das Planjahr 2014 und am 03.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 13.04.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**82**	**97**	**-15**	**-15,7**
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0	7	-
Sachanlagen	75	97	-22	-23,0
Umlaufvermögen	**3.571**	**3.568**	**3**	**0,1**
Vorräte	15	13	3	20,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.331	2.551	-220	-8,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.225	1.004	221	22,0
Bilanzsumme	**3.653**	**3.665**	**-12**	**-0,3**
PASSIVA				
Eigenkapital	**844**	**959**	**-114**	**-11,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	245	245	0	0,0
Kapitalrücklage	6.107	6.100	8	0,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-5.508	-5.386	-122	2,3
Rückstellungen	**870**	**1.025**	**-154**	**-15,1**
Verbindlichkeiten	**1.938**	**1.679**	**259**	**15,4**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**2**	**-2**	**-**
Bilanzsumme	**3.653**	**3.665**	**-12**	**-0,3**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	2.568	1.657	911	55,0
Gesamtleistung	**2.568**	**1.657**	911	55,0
sonstige betriebliche Erträge	2.032	2.267	-235	-10,4
Materialaufwand	-4.138	-3.711	-427	11,5
Personalaufwand	-2.165	-2.143	-21	1,0
Abschreibungen	-42	-39	-3	8,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.733	-3.351	-382	11,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-5.477**	**-5.320**	-157	3,0
Finanzergebnis	3	4	-0	-11,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-5.474**	**-5.316**	-157	3,0
Steuern	-35	-70	35	-50,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-5.508	-5.386	-122	2,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-5.508**	**-5.386**	-122	2,3
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-5.386	-5.800	414	-7,1
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	5.386	5.800	-414	-7,1
Bilanzergebnis	**-5.508**	**-5.386**	-122	2,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	37	37	0	0,0
Besucher	384.439	330.186	54.253	16,4

4.8 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Untermainanlage 11 60311 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 70 00 0 69/2 12-3 09 74	info@buehnen-frankfurt.de www.buehnen-frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
25.01.2001	Förderung von Kunst und Kultur durch Opern-, Ballett- und Theateraufführungen sowie Konzertaufführungen in der Oper Frankfurt, im Schauspiel Frankfurt und an anderen von der Gesellschaft festzulegenden Orten mit Schwerpunkt in Frankfurt und Umgebung. Außerdem: Vorträge, Diskussionen, Kulturveranstaltungen aller Art, soweit sie in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Oper, Ballett, Schauspiel und verwandten dramatisierten Darstellungsformen stehen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Bernd Fülle
Herr Bernd Loebe
Herr Oliver Reese

Aufsichtsrat:	8 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
Mandatsträger der Stadt:	Herr Dr. Burkhard Bastuck
	Herr Stv Dr. Thomas Dürbeck
	Herr Stv Dr. Bernd Heidenreich
	Herr StR Claus Möbius
	Herr Stv Sebastian Popp
	Herr StR Prof. Dr. Felix Semmelroth
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Ulrich Heinzel (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
mindestens 5 Mitglieder derzeit 7 Gesellschaftervertreter und 1 Arbeitnehmervertreter	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 13/14

Allgemeines

Die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH vereint in der Theaterdoppelanlage am Willy-Brandt-Platz zwei künstlerische Sparten unter einem Dach, die Oper Frankfurt und das Schauspiel Frankfurt.

In der Spielzeit 2013/2014 konnte die Oper die Besucherzahl auf dem hohen Vorjahresniveau halten (rund 221 Tausend Besucher). Die Gesamtbesucherzahl im Schauspiel lag mit rund 171 Tausend leicht über dem Vorjahreswert (170 Tausend).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das Geschäftsjahr, das sich an der Spielzeit orientiert, weicht vom Kalenderjahr ab. Zum 31.08.2014 belief sich die Bilanzsumme auf 53,6 Mio. € und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (55,6 Mio. €) um 3,7 % gesunken. Wesentlicher Faktor hierfür ist, dass die große Investitionsmaßnahme Obermaschinerie, die in den Vorjahren zu einem Anstieg geführt hatte, abgeschlossen ist. Die Investitionen lagen im Berichtsjahr mit 2,6 Mio. € erstmals wieder unter den Abschreibungen (3,9 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss 2013/2014 schließt mit einem Fehlbetrag von -66 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich das Ergebnis insbesondere aufgrund der Tarifsteigerungen um 1,4 Mio. € verschlechtert. Ein vollständiger Ausgleich des Jahresfehlbetrags aus der Kapitalrücklage ist gewährleistet.

Geringere Umsätze (-0,5 Mio. €) werden durch höhere sonstige betriebliche Erträge (+0,6 Mio. €) ausgeglichen. Deren Anstieg geht u. a. auf die neue Garderobengebühr, mehr Sponsoring / Drittzuschüsse und höhere Mieterträge zurück. Auf der

Aufwandsseite ist insbesondere ein Anstieg des Personalaufwands zu verzeichnen. Hier wirken sich die Tariferhöhungen aus, aber auch die weitere Verschiebung zwischen Material- und Personalaufwand. Da Neueinstellungen nur noch über die GmbH erfolgen, erhöht sich der Anteil der GmbH-eigenen Mitarbeiter (681 von 1.086) zu Lasten der personalgestellten (405; Vj. 421) kontinuierlich. Die Abschreibungen sind u. a. infolge der Investitionen für die Obermaschinerie nochmals gestiegen.

B. Ausblick

Weiterhin sieht sich die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH vor die Herausforderung gestellt, das künstlerische Niveau zu wahren und den laufenden Kostensteigerungen zu begegnen. Als personalintensives Unternehmen (rund 2/3 aller Aufwendungen entfallen auf Löhne, Gehälter und Sozialleistungen für eigenes und gestelltes Personal) wirken sich Tarifsteigerungen in starkem Maße aus.

Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Betriebsmittel von 64,7 Mio. € zur Verfügung, die auch in voller Höhe in die Kapitalrücklage eingezahlt wurden.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer im Berichtsjahr beliefen sich auf 812 T €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 1,2 T €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 11. und 26.03.2013 für das Planjahr 2013/14 und am 18.03.2014 für das Planjahr 2014/15. Das Abschlussgespräch 2013/2014 wurde am 09.03.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.08.2014 der
Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.08.2014 T€	31.08.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**30.452**	**31.729**	**-1.276**	**-4,0**
Immaterielle Vermögensgegenstände	248	249	-0	-0,2
Sachanlagen	30.204	31.480	-1.276	-4,1
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**22.443**	**23.076**	**-632**	**-2,7**
Vorräte	752	716	35	5,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21.588	22.220	-632	-2,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	104	139	-35	-25,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**686**	**822**	**-136**	**-16,6**
Bilanzsumme	**53.582**	**55.626**	**-2.045**	**-3,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**15.623**	**16.599**	**-976**	**-5,9**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	81.591	81.192	399	0,5
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-65.993	-64.618	-1.375	2,1
Sonderposten	**11.568**	**12.194**	**-626**	**-5,1**
Rückstellungen	**6.733**	**6.668**	**66**	**1,0**
Verbindlichkeiten	**19.338**	**19.880**	**-542**	**-2,7**
Rechnungsabgrenzungsposten	**319**	**286**	**34**	**11,8**
Bilanzsumme	**53.582**	**55.626**	**-2.045**	**-3,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.08.2014 T€	31.08.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	10.933	11.469	-536	-4,7
Gesamtleistung	**10.933**	**11.469**	-536	-4,7
sonstige betriebliche Erträge	6.347	5.716	631	11,0
Materialaufwand	-35.373	-35.209	-164	0,5
Personalaufwand	-33.906	-32.180	-1.726	5,4
Abschreibungen	-3.872	-3.699	-173	4,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.324	-9.918	594	-6,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-65.194**	**-63.821**	-1.373	2,2
Finanzergebnis	-768	-768	1	-0,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-65.962**	**-64.590**	-1.373	2,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-31	-29	-2	7,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-65.993	-64.618	-1.375	2,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-65.993**	**-64.618**	-1.375	2,1

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	1.086	1.084	2	0,2
davon Arbeitnehmer GmbH	681	663	18	2,7
davon gestellte Mitarbeiter	405	421	-16	-3,8
Aufführungen Oper	314	281	33	11,7
Aufführungen Schauspiel	682	626	56	8,9
Besucher Oper	221.375	221.294	81	0,0
Besucher Schauspiel	171.368	169.979	1.389	0,8

5. Freizeit und Bildung

5. Freizeit und Bildung **217**

	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.5.2)	127
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	219
5.2	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	222
5.3	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	225
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	239

5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Hanauer Landstraße 417 60314 Frankfurt am Main	0 69/13 40-4 00 0 69/13 40-4 44	info@frankfurt-ticket.de www.frankfurt-ticket.de

Gründung:
01.12.1997

Unternehmensgegenstand:
Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, sowie von damit zusammenhängenden oder damit verbundenen Leistungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	7.800 €	=	30,00 %
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	5.200 €	=	20,00 %
Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v.d. Höhe	3.250 €	=	12,50 %
Stadt Hanau	3.250 €	=	12,50 %
TriWiCon Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden	2.100 €	=	8,08 %
Stadt Bad Vilbel	1.300 €	=	5,00 %
Stadt Dreieich (Eigenbetrieb Bürgerhäuser Dreieich)	1.300 €	=	5,00 %
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH	650 €	=	2,50 %
Offenbacher Stadtinformation GmbH	650 €	=	2,50 %
Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH	500 €	=	1,92 %
	26.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Werner Tschersich

Aufsichtsrat:	7 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	N.N.
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr Thomas Feda
	Herr Stv Uwe Paulsen
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr OB Claus Kaminsky
	Herr Martin Michel
	Herr Dr. Helmut Müller
	Herr Ralf Wolter

Satzungsmäßige Besetzung:
mindestens 7 Mitglieder, wobei ein Mitglied einvernehmlich von der Gesellschafterversammlung gewählt wird.

Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:

Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
Herr StR Dr. Lutz Raettig (bis 25.03.2014)	Herr StK Uwe Becker (seit 18.11.2014)
Herr Henning Wossidlo (bis 26.05.2014)	Herr Martin Michel (seit 27.05.2014)
Frau Eva Wunsch-Weber (bis 03.04.2014)	Herr Dr. Helmut Müller (seit 17.09.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 13/14

Allgemeines

Die Gesellschaft hat ein abweichendes Geschäftsjahr vom jeweils 01.07. bis zum 30.06. Das Geschäftsjahr 2013/14 sah mit der Schließung des Frankfurter Volkstheaters und der Entscheidung des Veranstalters „Rock am Ring“, den Kartenverkauf in Eigenabwicklung durchzuführen, Veränderungen in den Kundenbeziehungen. Ein dennoch dank erfolgreicher Veranstaltungen der Alten Oper Frankfurt sowie des Public-Viewing anlässlich der Fußballweltmeisterschaft erzielter Zuwachs der Umsatzerlöse von 0,9 % wurde durch um 5,9 % gesunkene sonstige betriebliche Erträge überlagert. Niedrigere Werbekostenzuschüsse durch Veranstalter sowie der anhaltende Trend zum Ticketausdruck am Computer (Print@Home), bei dem die Porto- und Versandgebühren entfallen, waren hier hauptursächlich. Die Gesamtsumme der Erlöse nahm im Vergleich zum Vorjahr leicht um 16 T € auf 2,2 Mio. € ab (Vj. 2,3 Mio. €).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme sank zum Stichtag 30.06.2014 um 16,8 % auf 1,3 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €). Dabei nahm das Anlagevermögen von 220 T € auf 177 T € ab, der Anteil an der Bilanzsumme betrug 13,8 % (Vj. 14,3 %). Die Veränderung resultierte im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen für akquirierte Unternehmen (Tickets per Post GmbH). Das Umlaufvermögen verringerte sich absolut auf 1,1 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €), aufgrund verminderter flüssiger Mittel. Der Gesamtanteil des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme ging leicht von 85,4 % auf 84,9 % zurück.

Das Eigenkapital verringerte sich um den Jahresfehlbetrag von 0,3 Mio. € auf 0,4 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €), was zu einer Abnahme der Eigenkapitalquote von 46,4 % auf 30,3 % führte. Der Anteil des Fremdkapitals stieg dementsprechend von 52,4 % auf 69,7 %. Aufgrund des Jahresfehlbetrages mussten keine Steuerrückstellungen gebildet werden, die sonstigen Rückstellungen stiegen um 59 T € auf 287 T € (Vj. 228 T €), wegen erwarteter höherer Systemgebühren für die Ticketsoftware sowie höhere Refundierungsgebühren der Veranstalter.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse stiegen um 16 T € auf 1,7 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €), die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 0,5 Mio. € um 32 T € niedriger als im Vorjahr (0,5 Mio. €). Der Personalaufwand wurde um 30 T € auf 1,5 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €) reduziert. Die Abschreibungen lagen mit 106 T € (Vj. 111 T €) in etwa auf Vorjahresniveau. Anders die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die mit 976 T € um 76 T € (Vj. 900 T €) höher ausfielen. Ursächlich waren höhere Beratungskosten und nachbelastete Lizenzgebühren für das Ticketsystem. Das Finanzergebnis konnte um 15 T € auf 12 T € verbessert werden (Vj. -3 T €).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank auf -333 T € (Vj. -289 T €). Dies führte mit einer Kapitalertragssteuererstattung von 5 T € zu einem Jahresfehlbetrag von 328 T € (Vj. Jahresfehlbetrag von 294 T €).

B. Ausblick

Die Entwicklung des Marktes für Ticketing ist kurzfristigen Einflüssen unterworfen. Zudem ändern sich die Rahmenbedingungen zunehmend zu Lasten der Ticketing-Unternehmen, die miteinander in starker Konkurrenz stehen. Der verstärkte Kauf von Tickets im Internet, das dadurch häufiger genutzte Verfahren print@home sowie schlechtere Konditionen bei Neuabschlüssen führen zu einem erneut negativen Jahresergebnis. Eine Überarbeitung und funktionale Erweiterung des Internet-Auftritts ist in Planung. Ein zeitgemäßes Firmenlogo und Erscheinungsbild wurden bereits konzipiert und umgesetzt.

Für das Geschäftsjahr 2014/15 geht die Gesellschaft abermals von einem Jahresfehlbetrag aus, der jedoch deutlich unter den beiden Vorjahren liegen wird. Eine verstärkte Vertriebstätigkeit und das Erschließen von weiteren Umsatzpotenzialen im Gesellschafterbereich, die Nutzung der regionalen Nähe zum Kunden sollen die positiven Entwicklungen bei den Umsatzerlösen weiter fördern.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 869,21 €.

Jahresabschluss zum 30.06.2014 der
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Bilanz	30.06.2014 T€	30.06.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**177**	**220**	**-44**	**-19,8**
Immaterielle Vermögensgegenstände	143	197	-53	-27,1
Sachanlagen	33	23	9	39,4
Finanzanlagen	1	0	1	-
Umlaufvermögen	**1.090**	**1.318**	**-228**	**-17,3**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	277	150	127	85,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	814	1.169	-355	-30,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**17**	**5**	**12**	**253,7**
Bilanzsumme	**1.284**	**1.544**	**-259**	**-16,8**
PASSIVA				
Eigenkapital	**389**	**717**	**-328**	**-45,7**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	665	665	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	26	321	-294	-91,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-328	-294	-33	11,3
Rückstellungen	**287**	**228**	**59**	**25,7**
Verbindlichkeiten	**608**	**581**	**27**	**4,6**
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**17**	**-17**	**-**
Bilanzsumme	**1.284**	**1.544**	**-259**	**-16,8**

Gewinn- und Verlustrechnung	30.06.2014 T€	30.06.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	1.723	1.706	16	0,9
Gesamtleistung	**1.723**	**1.706**	16	0,9
sonstige betriebliche Erträge	516	548	-32	-5,9
Materialaufwand	0	0	0	-
Personalaufwand	-1.501	-1.531	30	-1,9
Abschreibungen	-106	-111	4	-3,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-976	-900	-76	8,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-345**	**-287**	-58	20,3
Finanzergebnis	12	-3	15	-527,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-333**	**-289**	-44	15,1
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	5	-5	10	-199,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-328	-294	-33	11,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-328**	**-294**	-33	11,3

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	49	54	-5	-9,3

5.2 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Mörfelder Landstr. 362 60528 Frankfurt am Main	0 69/67 80 40 0 69/67 68 60	info@sportparkstadion.de www.sportparkstadion.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
25.10.1985	Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports durch Bereitstellung des Stadions und weiterer Sporteinrichtungen für die Bevölkerung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main. Daneben sollen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen sportliche und kulturelle - auch internationale - Großveranstaltungen durchgeführt werden.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	255.750 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Lothar Schäfer

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StR Markus Frank
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Herr StR Markus Frank
	Herr Stv Martin Gerhardt
	Herr Stv Helmut Alexander Heuser
	Herr StR Claus Möbius
	Herr Stv Helmut Ulshöfer

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
6 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt im Wesentlichen die Sportanlagen der früheren Stadion GmbH (Tennishalle mit Außenanlagen, Beachvolleyball- und Beachsocceranlage, Wintersporthalle mit Außenanlagen) und überwacht den mit der Stadion Frankfurt Management GmbH (SFM GmbH) in 2004 geschlossenen fünfzehnjährigen Betreibervertrag zum Betrieb der damals neuen Commerzbank Arena. Die Eintracht Frankfurt Fußball AG steht in keinem direkten Vertragsverhältnis mit der Gesellschaft, sondern hat einen Vertrag über die Nutzung der Commerzbank Arena für Fußballbundesligaspiele mit der SFM GmbH geschlossen. Seit dem 01.04.2013 ist die Gesellschaft auch für das Stadion am Bornheimer Hang (Frankfurter Volksbank Stadion) zuständig. Aufgabe ist insbesondere die Überwachung der mit dem FSV Frankfurt im Nutzungs- und Betreuungsvertrag getroffenen Festlegungen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist auf 159,9 Mio. € (Vj. 163,2 Mio. €) zurückgegangen. Ursächlich für den Rückgang sind auf der Aktivseite die fortschreitenden Abschreibungen und auf der Passivseite die weiteren Darlehenstilgungen. Die Abschreibungen fallen durch die verkürzte Abschreibungsdauer höher aus als in den Vorjahren.

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis (-0,1 Mio. €) zeigt sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. € verbessert, was insbesondere auf höhere Erträge zurückzuführen ist. Dabei wirkt sich ein Sondereffekt aus, da die Vergleichsvereinbarung mit der Bauunternehmung Max Bögl zu einem periodenfremden Ertrag von 0,8 Mio. € führt.

Die Abschreibungsdauer der Gebäude (u. a. Commerzbank Arena) wurde resultierend aus einer Betriebsprüfung von 50 auf 40 Jahre verkürzt, woraus der Anstieg der Abschreibungen resultiert.

B. Ausblick

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt im Wesentlichen vom sportlichen Erfolg des Hauptnutzers der Commerzbank Arena, der Eintracht Frankfurt Fußball AG, und der Leistungserfüllung der Betreibergesellschaft SFM GmbH im Rahmen der bestehenden Vertragswerke ab.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Sportpark Stadion GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2014 Mittel von 1,7 Mio. € zur Verfügung. Diese wurden auch an die Gesellschaft ausgezahlt.

Weiterhin hat die Stadt Frankfurt am Main Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 68,5 Mio. € (Stand 31.12.2014, Restschuld ohne Zinsen) übernommen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Herr Geschäftsführer Schäfer erhielt im Geschäftsjahr Bezüge von 139.936 €.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr Sitzungsgelder von 324 € ausgezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 05.11.2013 für das Planjahr 2014 sowie am 03.11.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 05.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**154.115**	**159.846**	**-5.730**	**-3,6**
Immaterielle Vermögensgegenstände	268	319	-50	-15,8
Sachanlagen	153.847	159.527	-5.680	-3,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**5.794**	**3.291**	**2.503**	**76,0**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.118	2.688	2.429	90,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	677	603	74	12,2
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**43**	**-43**	**-**
Bilanzsumme	**159.910**	**163.179**	**-3.270**	**-2,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**64.209**	**62.657**	**1.553**	**2,5**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	96.064	94.383	1.681	1,8
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-31.982	-31.350	-632	2,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-128	-632	504	-79,7
Sonderposten	**16.421**	**17.044**	**-623**	**-3,7**
Rückstellungen	**8.504**	**8.632**	**-129**	**-1,5**
Verbindlichkeiten	**70.470**	**74.493**	**-4.024**	**-5,4**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69.021	72.970	-3.949	-5,4
Rechnungsabgrenzungsposten	**306**	**353**	**-47**	**-13,3**
Bilanzsumme	**159.910**	**163.179**	**-3.270**	**-2,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	8.913	8.339	574	6,9
Gesamtleistung	**8.913**	**8.339**	574	6,9
sonstige betriebliche Erträge	2.947	1.985	962	48,5
Materialaufwand	-2	-31	30	-95,1
Personalaufwand	-1.270	-1.218	-52	4,3
Abschreibungen	-5.639	-4.825	-814	16,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.692	-1.396	-297	21,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**3.257**	**2.854**	403	14,1
Finanzergebnis	-3.043	-3.221	178	-5,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**214**	**-367**	581	-158,5
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-343	-266	-77	29,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-128	-632	504	-79,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-128**	**-632**	504	-79,7

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	19	20	-1	-5,0

5.3 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Zeil 5 60313 Frankfurt am Main	0 69/2 12-4 84 81 0 69/2 12-7 38 95	kitafrankfurt@stadt-frankfurt.de www.kitafrankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
01.01.2008	Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis 10 bzw. 12 Jahren in Kindertageseinrichtungen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß SGB VIII, den im Land Hessen geltenden Bestimmungen und den städtischen Vorgaben.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	3.000.000 € = 100,00 %

Betriebsleitung:
Frau Monika Berkenfeld (bis 30.06.2014)
Frau Gabriele Bischoff (seit 01.08.2014)

Betriebskommission:	15 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sarah Sorge
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Herr Stv Wendel-Jaromir Burkhardt
	Frau Stv Sabine Fischer
	Herr Stv Dr. Peter Gärtner
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Frau Stv Albina Nazarenus-Vetter
	Frau Stv Birgit Ross
	Frau StRin Elke Sautner
	Frau StRin Sarah Sorge
	Frau Stv Rita Streb-Hesse
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Hartmut Fritz
	Herr Ralf Fröhlich (AN)
	Herr Ralf Burger (AN)
	Frau Prof. Dr. Margitta Kunert-Zier

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission:	
15 Mitglieder davon 2 Mitglieder des Personalrats des Eigenbetriebs und 2 in der Kinder- und Jugendhilfe besonders erfahrene Personen	Ausgeschiedene Mitglieder: Herr StR Eugenio Muñoz del Rio (bis 07.09.2014)	Neue Mitglieder: Frau StRin Elke Sautner (seit 08.09.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Eigenbetrieb hat seit 01.10.2008 die Betriebsträgerschaft für alle städtischen Einrichtungen für Kinder von 0 bis 12 Jahren mit der entsprechenden pädagogischen und organisatorischen Verantwortung inne. Die durch den Eigenbetrieb erbrachten Leistungen tragen dazu bei, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gemäß SGB VIII § 5 sicherzustellen. Zu diesen Leistungen gehören die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ebenso wie die anforderungsgerechte, personelle und materielle, betriebliche Ausstattung und Organisation, weiterhin die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung.

Im Oktober 2014 wurde das neue Kinderzentrum Gladiolenstraße (KT 51) in Betrieb genommen. In nunmehr 141 Kindertagesstätten wurden im Berichtszeitraum 12.182 Plätze für Kinder im Alter von acht Wochen bis zwölf Jahren vorgehalten, davon 872 Plätze für Unter-Dreijährige, 6.208 Kindergartenplätze und 5.102 Hortplätze.

Ab dem 01.08.2013 ist der Rechtsanspruch auf einen Platz für Kinder unter drei Jahren in Kraft

getreten. Der Eigenbetrieb Kita Frankfurt hat sich im Berichtsjahr durch die Errichtung von 14 Gruppen für Kinder unter drei Jahren in sechs Kinderzentren am U3-Platzausbau beteiligt.

Zudem wurde im Jahr 2014 das Kinderzentrum Staufenstraße in Frankfurt-Westend komplett saniert und das Kinderzentrum Henriette-Fürth-Straße in Frankfurt-Schwanheim durch den Vermieter, Wohnheim GmbH, abgerissen und neu errichtet. Infolge des ab dem 01.01.2014 geltenden neuen Kinderförderungsgesetzes, das verschiedene bisher bestehende Förder- und Finanzierungsnormen für Kindertageseinrichtungen abgelöst hat, hat die Kita Frankfurt für die Bereiche Krippe und Kindergarten im Berichtsjahr höhere Förderbeträge vereinnahmt.

Nach einer europaweiten Ausschreibung in 2013 zur Fernverpflegung für 108 städtische Kinderzentren erfolgt die Essensversorgung seit dem 01.01.2014, entsprechend dem Beschluss der Magistratsvergabekommission, durch die Firma apetito AG.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme 2014 ist gegenüber dem Vorjahr um 17 Mio. € auf 147,2 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite resultiert dies primär aus dem um 18,3 Mio. € gestiegenen Anlagevermögen (Vj. 109,5 Mio. €), vor allem infolge der Fertigstellung von sechs Gebäuden sowie der Übernahme einer Liegenschaft. Dem steht eine Abnahme des Umlaufvermögens von 20,7 Mio. € auf 19,5 Mio. € gegenüber. Diese Verringerung resultiert im Wesentlichen aus einer stichtagsbedingten Abnahme an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegen die Stadt Frankfurt am Main um 1,2 Mio. €.

Auf der Passivseite hat insbesondere die Zunahme des Sonderpostens für erhaltene Investitionszuschüsse um 17,7 Mio. € auf 52,3 Mio. € zur Erhöhung des Bilanzvolumens geführt. Darüber hinaus ist das Eigenkapital durch erhöhte Rücklagen um 3,9 Mio. € auf 56,8 Mio. € angestiegen. Dem Jahresverlust 2014 von -105,5 Mio. € steht eine Zuführung der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage von 107 Mio. € gegenüber.

Der Eigenbetrieb verfügt aufgrund der jährlichen Einlage der Stadt Frankfurt am Main (auf Grundlage des Wirtschaftsplans) über ausreichende Liquidität, um jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Fehlbetrag von -105,5 Mio. € (Vj. -104,5 Mio. €). Der Anstieg des Jahresfehlbetrags um rd. 1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr wird vor allem durch den um 5,1 Mio. € auf 103,7 Mio. € gestiegenen Personalaufwand verursacht. Dieser erklärt sich durch die Tarifsteigerung ab dem 01.03.2014 von 3 % und durch eine erhöhte durchschnittliche Mitarbeiterzahl im Berichtsjahr. Positiv auf das Jahresergebnis ausgewirkt haben sich neben einem um 1,5 Mio. € geringeren Materialaufwand (Vj. 32,9 Mio. €) vor allem um 2,6 Mio. € höhere Umsatzerlöse (Vj. 32,3 Mio. €). Die Mehrerlöse betreffen mit rd. 2,8 Mio. € hauptsächlich höhere Fördermaßnahmen des Landes.

B. Ausblick

Der bundesweite - wenn auch regional unterschiedliche - Mangel an sozialpädagogischen Fachkräften in den Kinderzentren wird weiterhin ein Thema von besonderer Wichtigkeit sein. Zielgruppenorientierte Konzepte für Personalgewinnung und Personalbindung sind hierbei von hoher Bedeutung. Der eingeschlagene Weg einer engen Kooperation mit möglichst vielen Fachschulen für Sozialpädagogik in Hessen muss fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus wird es wichtig sein, sowohl Berufsanfänger als auch Quereinsteiger zu motivieren, den Ausbildungsweg zur Erzieherin oder zum Erzieher einzuschlagen. In der Planung ist daher ein Stipendienprogramm für Interessenten der berufsbegleitenden Ausbildung.

Um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, fachliche und personelle Qualifikationen zu fördern, Motivation und Arbeitszufriedenheit zu erhalten und zu erhöhen und um somit die Attraktivität des Eigenbetriebs Kita als Arbeitgeber zu erhöhen, wurde 2013 mit der Entwicklung eines Konzepts zur Personalentwicklung begonnen. Bei der sukzessiven Umsetzung dieser Ziele stehen in den nächsten Jahren die Gesundheitsförderung der

Beschäftigten, die Qualifizierung der Fach- und Führungskräfte und die Potentialentwicklung im Fokus.

Unter Berücksichtigung der steigenden Kinderzahlen in Frankfurt am Main beteiligt sich der Eigenbetrieb auch weiterhin am Platzausbau. Durch Anbauten an bestehende Gebäude bzw. den Abriss und erweiterten Neubau werden zusätzliche Gruppen für Kinder (unter 3 Jahren) geschaffen. Entsprechende Mittel sind im Wirtschaftsplan 2015 und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Für die Inbetriebnahme der neuen Gruppen im Rahmen der Erweiterung von Gebäuden sowie Abriss und erweiterten Neubauten sind die personellen, konzeptionellen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigt den sukzessiven Ausbau von Ganztagsschulen. Damit sich die Kita Frankfurt zukünftig im Bereich der „erweiterten schulischen Betreuung“, die dem Schulgesetz unterliegt, engagieren kann, ist eine Satzungsänderung erforderlich. Insgesamt stellt die Schulentwicklung die Kita Frankfurt vor große strukturelle Veränderungen, die neue Organisationsformen und Arbeitsweisen erfordern.

Die Stadt Frankfurt am Main plant das bisherige Verfahren für die Anmeldung für einen Kinderbetreuungsplatz zu ändern und wird 2015 ein zentrales Steuerungs- und Anmeldeverfahren (kindernet Frankfurt) einführen. Dieses muss dann mit der vorgesehenen, neu einzuführenden Kitaverwaltungssoftware verbunden werden.

Die Bestandsanalyse der 141 Liegenschaften liegt vor und bildet eine wichtige Grundlage für die Planung von Sanierungsmaßnahmen. Sonderbaukontrollen und Brandschutzbegehungen werden sukzessiv durchgeführt. Sicherheitsauflagen sind zu erfüllen und bauliche Maßnahmen umzusetzen, um den Zustand der Gebäude zu optimieren.

Die Kita Frankfurt beteiligt sich weiterhin intensiv in der Arbeitsgruppe „Kita-Baumanagement“. Zudem arbeitet sie als einer der großen Bauherren mit hohem Personal- und Zeitaufwand in dem Reformprojekt „Optimierung des Hoch- und Liegenschaftsmanagements“ aktiv mit.

Auch in den Wirtschaftsjahren 2015 und 2016 wird der Eigenbetrieb die Aufwendungen für den Betrieb der Kitas nur zu einem geringen Teil aus Erlösen finanzieren können, so dass von leicht steigenden Jahresfehlbeträgen auszugehen ist. Aufgrund der dargestellten Finanzierungsstruktur ist für die Folgejahre weiterhin von einer stabilen Liquiditätslage auszugehen. Allerdings sind hierbei die zu erwartenden Personalkostensteigerungen infolge der Tarifverhandlungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst nicht berücksichtigt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 13.02.2013 für das Planjahr 2014 und am 27.01.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 23.07.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**127.751**	**109.480**	**18.271**	**16,7**
Immaterielle Vermögensgegenstände	151	143	8	5,5
Sachanlagen	127.600	109.337	18.263	16,7
Umlaufvermögen	**19.448**	**20.694**	**-1.247**	**-6,0**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.599	19.555	-955	-4,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	848	1.140	-291	-25,6
Rechnungsabgrenzungsposten	**23**	**63**	**-40**	**-63,0**
Bilanzsumme	**147.222**	**130.237**	**16.984**	**13,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**56.828**	**52.928**	**3.901**	**7,4**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	3.000	3.000	0	0,0
Kapitalrücklage	159.346	154.448	4.897	3,2
Gewinnrücklagen / variables Kapital	27	27	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-105.544	-104.547	-997	1,0
Sonderposten	**52.306**	**34.653**	**17.653**	**50,9**
Rückstellungen	**22.698**	**25.656**	**-2.958**	**-11,5**
Verbindlichkeiten	**15.062**	**16.831**	**-1.769**	**-10,5**
Rechnungsabgrenzungsposten	**327**	**169**	**158**	**93,4**
Bilanzsumme	**147.222**	**130.237**	**16.984**	**13,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	34.936	32.320	2.616	8,1
Gesamtleistung	**34.936**	**32.320**	2.616	8,1
sonstige betriebliche Erträge	2.951	2.451	500	20,4
Materialaufwand	-31.457	-32.909	1.452	-4,4
Personalaufwand	-103.692	-98.573	-5.119	5,2
Abschreibungen	-3.756	-3.163	-592	18,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.493	-3.365	-128	3,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-104.511**	**-103.240**	-1.271	1,2
Finanzergebnis	-1.029	-1.305	275	-21,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-105.540**	**-104.545**	-996	1,0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	-4	-2	-1	56,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-105.544	-104.547	-997	1,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-105.544**	**-104.547**	-997	1,0

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	2.734	2.674	60	2,2
Plätze in Kinderkrippen (8 Wochen bis i.d.R. 3 Jahre)	872	730	142	19,5
Auslastung der Kinderkrippen (in %)	89	95	-7	-6,8
Plätze in Kindergärten (3 bis i.d.R. 6 Jahre)	6.208	6.210	-2	-0,0
Auslastung der Kindergärten (in %)	99	99	-1	-0,5
Plätze in Horten (8 bis i.d.R. 10 Jahre)	5.102	5.078	24	0,5
Auslastung der Horte (in %)	101	101	1	0,6

5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Sonnemannstraße 13 60314 Frankfurt am Main	0 69/2 12-7 15 01 0 69/2 12-7 15 00	vhs@frankfurt.de www.vhs.frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
01.01.1999	Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern, ihren Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, allgemeine und berufliche Qualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	154.000 € = 100,00 %

Betriebsleitung:
Frau Barbara Çakir-Wahl

Betriebskommission:	16 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Odette Barbosa de Lima
	Herr StK Uwe Becker
	Herr Stv Wendel-Jaromir Burkhardt
	Frau Stv Sabine Fischer
	Herr Stv Mike Josef
	Frau Stv Eva Maria Lang
	Herr StR Peter Mensinger
	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio
	Frau StRin Cornelia-Katrin von Plottnitz
	Frau StRin Sarah Sorge
	Frau Stv Carmen Thiele
Weitere Kommissionsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Diether Döring
	Frau Gertrud Hirschhäuser
	Frau Susanne Höring (AN)
	Herr Thomas Winhold
	Frau Gabriele Wörrlein (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung in der Betriebskommission.
16 Mitglieder davon 2 Vertreter des Personalrats und 3 von der Stadt berufene, erwachsenenbildnerisch oder wirtschaftlich besonders erfahrene Personen	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Die Teilnehmerunterrichtseinheiten sind gegenüber dem Vorjahr auf 2.251.127 gestiegen. Die Zunahme betrifft insbesondere den Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF, +68.403).

Die Teilnehmerbelegungen von 62.580 liegen annähernd auf Vorjahresniveau. Betroffen vom Rückgang war vor allem der Bereich „Politik - Gesellschaft - Umwelt“ (-1.594). Die Kursbelegungen in den Stadtteilen sind um 37 auf 10.071 geringfügig gesunken. Die insgesamt stabilen Belegungszahlen in den verschiedenen Angebotssegmenten zeigen, dass die attraktiven Weiterbildungsangebote der Volkshochschule Frankfurt am Main zahlreiche Interessierte in Frankfurt am Main ansprechen. Seit dem 01.01.2014 ist das Hochbegabtenzentrum gemeinsam mit weiteren Angebotssegmenten der VHS im Mehrgenerationenhaus im Stadtteil Gallus untergebracht.

Auf der Grundlage des Geschäftsjahrs 2013 wurde durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Berichtsjahr eine Benchmark Analyse vorgenommen.

Eine Betrachtung der Kurse und Programmbereiche am Gesamtangebot zeigt, dass die VHS Frankfurt am Main in 2013 sowohl im hessen- als auch bundesweiten Vergleich bei den Belegungen einen deutlich stärkeren Anstieg verzeichnet. Dies ist überwiegend insbesondere auf den Deutsch-Bereich zurückzuführen.

Auffällig ist, dass 66 % der Unterrichtsstunden im Segment Sprachen stattfanden. Hessenweit lag dieses Segment nur bei 45 %, bundesweit bei 43 %.

Die VHS Frankfurt am Main ist bundesweit eine der führenden Institutionen bei der Durchführung von Integrationskursen. 42 % der gesamten Belegungen entfallen auf den Deutschkursbereich.

Im Bereich Alphabetisierung wurde das Projekt BASIC fortgeführt. Ziel des Projektes ist die Konzipierung und Erprobung von Bildungsangeboten für die arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung Erwachsener. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt hat ein Finanzvolumen von 650 T € und eine dreijährige Laufzeit.

Auch in 2014 unterzog sich die VHS Frankfurt am Main der jährlichen Zertifizierung für das Gütesiegel für Bildungsträger zur Qualifizierung von Tagespflegepersonen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zahlt seit 2013 höhere Zuschüsse für Integrationskurse und verbindet damit - entsprechend der Verbandspolitik des Deutschen Volkshochschul-Verbands - einen Anstieg der Honorare der Kursleiter. Folglich wurden zum 01.01.2014 zwei zusätzliche Honorarstufen eingeführt, die zwischen einem Regelhonorar und einem Sonderhonorar für Kurse mit sehr aufwendiger Vor- und Nachbereitung unterscheiden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2014 um 244 T € auf 13,6 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite erklärt sich die Veränderung primär aus dem stichtagsbedingten Anstieg der Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main (+68 T €), der Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+51 T €) sowie dem Anstieg der Betriebs- und Geschäftsausstattung (+93 T €).

Die Zunahme des Bilanzvolumens auf der Passivseite resultiert primär aus dem Anstieg der langfristigen Rückstellungen (+272 T €) und der sonstigen Verbindlichkeiten (+74 T €). Gegenläufig wirkten sich der stichtagsbedingte Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-49 T €) sowie der Rückgang des passiven Rechnungsabgrenzungspostens (-48 T €) aus.

Der Jahresfehlbetrag 2014 von -8,1 Mio. € liegt knapp oberhalb der Einstellung in die Kapitalrücklage durch die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2014 in Höhe von 8,1 Mio. €. Abweichend davon sah der Wirtschaftsplan 2014 einen Verlust von 8,2 Mio. € vor, der somit geringfügig unterschritten wurde.

Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-7,6 Mio. €) sowie aus der Investitionstätigkeit (-384 T €) konnte durch die Kapitaleinlage und die Veränderung der Verrechnungssalden nicht vollständig kompensiert werden, so dass sich der Finanzmittelfonds (ohne Stadtkassenguthaben) von 24 T € auf 20 T € reduziert hat.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresverlust von -8,1 Mio. € (Vj. -7,8 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich damit eine Ergebnisverschlechterung um 298 T €. Die Umsatzerlöse konnten zwar um 453 T € gesteigert werden. Davon entfallen 371 T € auf die Erlösverbesserung im DaF-Bereich durch erhöhte Teilnehmerzahlen und durch Erhöhung der Entgelte. Dem stehen jedoch Mehraufwendungen bei Material, Personal sowie den sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber, die in der Summe nicht aufgefangen werden konnten.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 337 T € gestiegen, was sich durch erhöhte Honorarvergütungen (-255 T €) und Sozialzuschüsse (-24 T €) erklärt. Die Steigerungen resultieren aus der Zunahme der durchgeführten Unterrichtsstunden und der Honorarerhöhung im BAMF-Bereich sowie bei den Leistungen für Einstufungstests, Beratungen und Prüfungen.

Die Zunahme des Personalaufwands um 185 T € ist einerseits auf die tarifliche Steigerung der Gehälter von 3 % ab dem 01.03.2014 sowie den Mehrbedarf

durch befristete Einstellungen zurückzuführen, andererseits haben sich die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und Beihilfen infolge des niedrigen Zinssatzes um 208 T € erhöht.
Die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen vor allem mit einem Mehraufwand von 99 T € die Bewirtschaftungskosten (u. a. Umzug des Hochbegabtenzentrums in das Mehrgenerationenhaus) und mit 51 T € primär die jährliche Mieterhöhung für das Bildungszentrum Ostend.

B. Ausblick

Zum 01.01.2015 hat die Frankfurter Volkshochschule die vom Deutschen Volkshochschul-Verband für alle ca. 900 deutschen Volkshochschulen eingeführte neue Corporate Identity in allen Bereichen umgesetzt.
Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl der Flüchtlinge in Frankfurt am Main hat die VHS - mit den Kooperationspartnern Amt für multikulturelle Angelegenheiten sowie Jugend- und Sozialamt - im Rahmen des europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) einen Projektantrag gestellt. Das Projekt soll Asylsuchenden dabei behilflich sein, sich in ihrem neuen Lebensumfeld möglichst schnell zu orientieren und sich in typischen Alltagssituationen verständigen zu können. Für das zu 75 % vom BAMF geförderte Projekt mit einem Finanzvolumen von 996 T € sind in 3 Jahren 48 Kurse für mindestens 816 Teilnehmer vorgesehen.
Weiterhin erhielt die VHS Frankfurt am Main den Zuschlag für ein vom Europäischen Sozialfonds und BAMF gefördertes Programm mit einer Laufzeit von 3 Jahren zwecks Grundbildungs- und Integrationsprojekten für Personen mit Migrationshintergrund, die Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosengeld II beziehen oder arbeitsuchend gemeldet sind. Anhand der gestellten Projektanträge zeigt sich, dass die von der VHS angebotenen Integrationskurse nicht nur das Erlernen der Sprache, sondern vor allem auch Orientierungswissen und die Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Frankfurt am Main zum Ziel haben.
Die Gespräche zur Errichtung eines Unterrichtszentrums in der Nordweststadt sind soweit gediehen, dass ein Mietvertragsentwurf vorliegt.
Um der Nachfrage, insbesondere im Bereich Deutsch als Fremdsprache bzw. Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Integration von Einwandernden und Flüchtlingen, mit entsprechenden Angeboten begegnen zu können, sind personelle und räumliche Ausweitungen in Betracht zu ziehen. Zudem versucht die VHS neben ihrem Regelangebot zusätzliche Angebotssegmente und so ein breiteres Geschäftsportfolio zu etablieren.
Der Zuschuss der Stadt Frankfurt am Main wurde für das Jahr 2014 auf 8,1 Mio. € festgelegt und soll in der mittelfristigen Finanzplanung auf diesem Niveau gehalten werden. Dabei sind die Tariferhöhungen sowie die Erhöhung von Miet- und Nebenkosten zu erwirtschaften. Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Verringerung von Personalkosten und zur Erlössteigerung erachtet die Betriebsleitung eine Aufstockung des städtischen Zuschusses aufgrund der deutlich zunehmenden Belastungen durch die Personalrückstellungen für notwendig.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 11.02.2013 für das Planjahr 2014 und am 13.02.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 21.05.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**1.085**	**982**	**103**	**10,5**
Immaterielle Vermögensgegenstände	24	12	11	90,0
Sachanlagen	1.062	969	92	9,5
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**12.515**	**12.374**	**141**	**1,1**
Vorräte	14	3	11	342,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.481	12.347	134	1,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	20	24	-4	-16,8
Bilanzsumme	**13.600**	**13.356**	**244**	**1,8**
PASSIVA				
Eigenkapital	**811**	**856**	**-46**	**-5,3**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	154	154	0	0,0
Kapitalrücklage	8.793	8.541	252	3,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-8.137	-7.839	-298	3,8
Sonderposten	**35**	**42**	**-7**	**-17,0**
Rückstellungen	**11.288**	**10.966**	**322**	**2,9**
Verbindlichkeiten	**1.136**	**1.114**	**23**	**2,0**
Rechnungsabgrenzungsposten	**331**	**379**	**-48**	**-12,6**
Bilanzsumme	**13.600**	**13.356**	**244**	**1,8**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	7.280	6.826	453	6,6
Gesamtleistung	**7.280**	**6.826**	453	6,6
sonstige betriebliche Erträge	1.941	1.898	43	2,3
Materialaufwand	-5.515	-5.178	-337	6,5
Personalaufwand	-7.177	-6.992	-186	2,7
Abschreibungen	-278	-211	-67	31,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.031	-3.835	-196	5,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-7.780**	**-7.491**	-289	3,9
Finanzergebnis	-356	-347	-9	2,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-8.137**	**-7.839**	-298	3,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-8.137	-7.839	-298	3,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-8.137**	**-7.839**	-298	3,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	134	132	2	1,5
Teilnehmer-Unterrichtseinheiten	2.251.127	2.179.983	71.144	3,3
Teilnehmerbelegungen	62.580	62.664	-84	-0,1
davon in den Stadtteilen	10.071	10.108	-37	-0,4

6. Gesundheit und Soziales

6. Gesundheit und Soziales **233**

6.1 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 235
6.2 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH 239
6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH 243
6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH 246
6.4 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH 249

6.1 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Bleichstraße 10 60313 Frankfurt am Main	0 69/2 12-3 88 99 0 69/2 12-3 26 89	info.kjfh@stadt-frankfurt.de www.kommunale.jugendhilfe.frankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
01.01.1999	Förderung der Jugendhilfe durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.

Träger:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	511.291,88 € = 100,00 %

Betriebsleitung:
Herr Norbert Dürr

Betriebskommission:	15 Mitglieder
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Merve Ayyildiz
	Herr Stk Uwe Becker
	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Frau Stv Nimatoulaye Diallo
	Herr Stv Christian Heimpel
	Herr StR Eugenio Muñoz del Rio
	Frau Stv Albina Nazarenus-Vetter
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Frau Stv Christiane Schubring
	Frau StRin Sarah Sorge
	Frau Stv Evanthia Triantafillidou
Weitere Kommissionsmitglieder:	Frau Patricia Eisenbach (AN)
	Herr Dr. Michael Frase
	Herr Peter Gerdon
	Frau Karolin Kritzer(AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung in der Betriebskommission:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
15 Mitglieder davon 2 Vertreter des Personalrats des Eigenbetriebs und 2 in der Kinder- und Jugendhilfe besonders erfahrene Personen	Herr StvVorst Stephan Siegler (bis 13.02.2014)	Frau Stv Albina Nazarenus-Vetter (seit 03.04.2014)

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, in enger partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im Stadtteil beizutragen und individuelle Problemlagen lindern bzw. lösen zu helfen. Dies beinhaltet die Mitwirkung bei der Verwirklichung einer präventiven, regional orientierten Jugendhilfe in der Stadt Frankfurt am Main. Dabei entwickelt der Betrieb, angepasst an den sich verändernden Bedarf, seine Angebots- und Hilfskonzepte ständig weiter.

Die Leistungserbringung der Ambulanten Jugendhilfen (AJH) erfolgte 2014 bei den laufenden Hilfen weiterhin auf Grundlage der Vereinbarung zu den Fachleistungsstunden (Spitzabrechnung der geleisteten Betreuungsstunden) und bei neuen Fallübernahmen beim Erziehungsbeistand und ab dem 01.03.2014 auch bei der sozialpädagogischen Familienhilfe auf Grundlage von Einzelvereinbarungen, den sog. Fallpauschalen.

Im Gegensatz zu den für alle Frankfurter Träger gültigen Fachleistungsstunden bilden die Fallpauschalen die trägerbezogene Kostenstruktur ab und sind somit kostendeckend kalkuliert. Im Jahresver-

lauf ist der Anteil der Hilfen, die nach Fallpauschalen geleistet werden, stetig gestiegen.
Die Auslastung der ambulanten Jugendhilfen lag im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der nach Einzelvereinbarungen erbrachten Leistungen bei 99 %. Dadurch, dass die Fälle zunehmend über die kostendeckenden Einzelvereinbarungen beauftragt werden, konnte das Defizit bei den AJH 2014 im Vergleich zu 2013 um 324 T € bzw. 52 % reduziert werden.
Die Zahl der bearbeiteten Fälle in der Kinder-, Jugend- und Elternberatung ist von 1.775 auf 1.653 gesunken. Die Liegenschaft in der Justinuskirchstraße, in der auch die KJEB Höchst angesiedelt war, wurde aus Konsolidierungsgründen zum 31.07.2013 abgemietet. Für die betreffenden Stadtteile sind nun die Beratungsstellen Goldstein und Gallus zuständig.
Im Zentrum für Erziehungshilfe ist die Zahl der bearbeiteten Fälle von 205 auf 212 angestiegen.
Die entgeltfinanzierten Einrichtungen waren im Berichtsjahr im Mittel zu 98 % ausgelastet. Die Auslastung der Entgelteinrichtungen ist 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen. Das Kinderheim Rödelheim hält seine Leistungen exklusiv für das Jugend- und Sozialamt Frankfurt am Main vor und erhält im Gegenzug dazu Vorhaltegelder für nicht belegte Plätze. Daher ist, bezogen auf die Kostendeckung, eine Vollauslastung gegeben.
Die Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit wurden stark nachgefragt. Eine zunehmende Psychiatrisierung der Klienten ist zu beobachten. Hinzu kommt die nach wie vor sehr schwierige Versorgung mit Wohnraum. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit müssen Jugendliche häufig vorübergehend in Hotels untergebracht werden.
Darüber hinaus hält der Betrieb Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor, in denen die Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten für Selbstentfaltungs-, Erprobungs- und Lernprozesse vorfinden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich zum 31.12.2014 auf 9,8 Mio. € (Vj. 9,6 Mio. €) erhöht. Ursächlich für die Zunahme des Bilanzvolumens sind im Wesentlichen die um 158 T € auf 7,4 Mio. € gestiegenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main aus Kontokorrent bei der Stadtkasse.
Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen infolge der noch offenen Rechnungen für die Sanierungsmaßnahmen im Jugend- und Kulturzentrum Höchst um 223 T € auf 360 T € angestiegen.
Darüber hinaus ist bei den Rückstellungen eine Zunahme um 318 T € auf 7,2 Mio. € zu verzeichnen, die sich primär durch gestiegene Pensionsrückstellungen (253 T €) und eine Zuführung zur Rückstellung für Beihilfen von 107 T € erklärt. Von den 4 Mio. € Pensionsrückstellungen betreffen 3,3 Mio. € zwölf Beamte und 688 T € eine Pensionärin.
Das Eigenkapital jedoch ist aufgrund der gegenüber dem Jahresverlust geringeren Einzahlung in die Kapitalrücklage um 265 T € auf 628 T € gesunken.
Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag auf knapp 6 Mio. € erhöht und besteht aus dem Bestand bei der Stadtkasse (5,8 Mio. €) und flüssigen Mitteln von 159 T €.

Zur Erfolgslage

Im Berichtsjahr hat der Eigenbetrieb einen Jahresverlust von -13 Mio. € (Vj. -13,2 Mio. €) erzielt. Die Ergebnisverbesserung ist darauf zurückzuführen, dass die Mehraufwendungen für Personal und sonstige betriebliche Aufwendungen durch deutlich höhere Umsatzerlöse aufgefangen werden konnten. Der Anstieg der Umsatzerlöse um 913 T € auf 7,2 Mio. € resultiert v. a. aus Mehrerlösen durch höhere Pflegegelder (608 T €) aufgrund der in 2014 höheren Pflegesätze sowie aus gestiegenen Vorhaltegeldern (188 T €) aufgrund der dem Jugend- und Sozialamt in Rechnung gestellten Vorhaltegelder für nicht belegte Plätze bis Mai 2014. Die ab Juni 2014 neu kalkulierten Entgeltvereinbarungen tragen deutlich zur Erlösverbesserung bei.
Die Zunahme des Personalaufwands auf 14,6 Mio. € (Vj. 14,1 Mio. €) wird v. a. durch die Tariferhöhung von 3 % ab 01.03.2014 sowie höhere Rückstellungszuführungen, insbesondere für Pensionsverpflichtungen, verursacht.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 278 T € auf 5,5 Mio. € betrifft v. a. Aufwendungen für Instandhaltung aufgrund der Sanierungsmaßnahmen im Kinder- und Jugendkulturzentrum Höchst.
Positiv auf das Ergebnis haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge ausgewirkt, die aufgrund von höheren Spenden (53 T €) und Zuschüssen für das Jugend- und Kulturzentrum Höchst (31 T €) um insgesamt 74 T € auf 590 T € gestiegen sind.

B. Ausblick

Mit dem sukzessive steigenden Anteil von Fällen, die nach Einzelvereinbarungen geleistet werden, wird sich die Ertragssituation der Ambulanten Hilfen kontinuierlich verbessern.
Im Entgeltbereich wurden für das Geschäftsjahr 2015 neue Entgeltsätze mit dem Jugend- und Sozialamt verhandelt. Diese sollen entgegen bisheriger Praxis alle Overheadkosten des Betriebes anteilig abdecken, so dass von einem weiteren deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse ausgegangen werden kann.
Dem Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main fehlen Inobhutnahmeplätze zur wohnortnahen Versorgung, vor allem für Frankfurter Minderjährige zwischen 13 und 17 Jahren. Daher hat das Jugend- und Sozialamt den Betrieb gebeten, drei Einrichtungen neu zu eröffnen und gemeinsam mit dem Kinderheim Rödelheim zu einem Inobhutnahmeverbund zusammenzuführen. In ihrer Sitzung am 29.09.2014 hat die Betriebskommission einen entsprechenden Beschluss zur Implementierung eines Inobhutnahmeverbundes gefasst. Die Angebote der Ambulanten Jugendhilfen sowie der Tagesgruppen Goldstein werden demnach im Gegenzug eingestellt und die Planstellen in den Inobhutnahmeverbund überführt. Durch den Inobhutnahmeverbund hat der Betrieb ein Alleinstellungsmerkmal im Stadtgebiet, das sich positiv auf die weitere Erlösentwicklung auswirken wird. Der Wegfall der Ambulanten Jugendhilfen sowie der Tagesgruppen Goldstein sollen erfolgsneutral erfolgen.
Auch im Wirtschaftsjahr 2015 ist aufgabenbedingt mit einem Verlust zu rechnen. Insbesondere die weiterhin immens steigenden Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen einschließlich der Verzinsung dürften zu einem weiteren Anstieg nicht gedeckter Kapitalfehlbeträge führen.
Mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst mit Personalkostensteigerungen von 2,4 % zum 01.03.2015 ist eine entsprechende Steigerung der Personalkosten verbunden. Die Stadt Frankfurt am Main stellt voraussichtlich in 2015 für die Personalkostenerhöhungen durch die Tariferhöhungen Mittel in Höhe von 600 T € bereit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 28.05.2013 für das Planjahr 2014 und am 17.06.2014 für das Planjahr 2015. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 11.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**2.017**	**1.999**	**19**	**0,9**
Immaterielle Vermögensgegenstände	67	64	3	4,1
Sachanlagen	1.951	1.934	16	0,8
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**7.589**	**7.401**	**188**	**2,5**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.429	7.249	181	2,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	159	152	7	4,8
Rechnungsabgrenzungsposten	**219**	**224**	**-5**	**-2,1**
Bilanzsumme	**9.825**	**9.623**	**202**	**2,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**628**	**892**	**-265**	**-29,7**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	511	511	0	0,0
Kapitalrücklage	26.345	26.823	-477	-1,8
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-13.236	-13.205	-31	0,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12.993	-13.236	244	-1,8
Rückstellungen	**7.246**	**6.928**	**318**	**4,6**
Verbindlichkeiten	**1.948**	**1.784**	**163**	**9,2**
Rechnungsabgrenzungsposten	**4**	**19**	**-15**	**-81,5**
Bilanzsumme	**9.825**	**9.623**	**202**	**2,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	7.192	6.279	913	14,5
Gesamtleistung	**7.192**	**6.279**	913	14,5
sonstige betriebliche Erträge	590	516	74	14,4
Materialaufwand	-132	-107	-25	23,0
Personalaufwand	-14.599	-14.135	-463	3,3
Abschreibungen	-297	-327	30	-9,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.463	-5.186	-278	5,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-12.708**	**-12.960**	252	-1,9
Finanzergebnis	-284	-276	-8	2,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-12.993**	**-13.236**	244	-1,8
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	-
Steuern	0	-0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12.993	-13.236	244	-1,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-12.993**	**-13.236**	244	-1,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	277	283	-6	-2,1
Auslastung ambulante Jugendhilfe in %	99	91	8	8,8
Kinder-, Jugend- u. Elternberatung (bearb. Fälle)	1.653	1.775	-122	-6,9
Zentrum f. Erziehungshilfe (Schuljahr) (bearb. Fälle)	212	205	7	3,4
Belegung entgeltfinanzierte Einrichtungen (Auslast. in %)	98	94	4	4,3

6.2 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main	0 69/31 06-0 0 69/31 06-30 30	info@klinikumfrankfurt.de www.klinikumfrankfurt.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
03.08.2006	Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten, stationären, teilstationären, vor- und nachstationären und sonstigen Krankenhausleistungen durch den Betrieb eines Krankenhauses in Frankfurt am Main-Höchst und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	10.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Thomas Steinmüller

Aufsichtsrat:	8 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau Stv Birgit Ross (geb. Czerny)
	Frau Stv Verena David
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dietrich Warmbier
	Frau Margarete Wiemer (AN)

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
8 Mitglieder davon 1 Vertreter der Arbeitnehmer und 1 im Krankenhauswesen besonders erfahrene Person	

Beteiligungen:	Kapitalanteile:
Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	25.000 € = 100,00 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Für die stationäre und teilstationäre Patientenversorgung verfügt das Klinikum Höchst über knapp 1.000 Betten bzw. Plätze in 15 somatischen Kliniken, einer psychiatrischen Klinik und zwei Tageskliniken. Ambulante Leistungen erbringen ein Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) für die spezialisierte Versorgung von Kindern und Jugendlichen, eine Psychiatrische Institutsambulanz (PIA) sowie ein Medizinisches Versorgungszentrum mit fünf Fachdisziplinen. Das Medizinische Versorgungszentrum ist eine 100 %-Tochter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH. Daneben existieren ambulante Versorgungsmöglichkeiten für hochspezialisierte Leistungen nach § 116b SGB V in der Onkologie und Neurologie.

Für die Finanzierung der Sonderaufgaben, die im Rahmen der Daseinsvorsorge erbracht werden, erfolgte am 03.11.2014 eine entsprechende Betrauung. Die Zuschüsse wurden kapitalerhöhend in die Kapitalrücklage eingestellt.

Für den Psychiatriebereich ist insbesondere die zweijährige Verlängerung der Einführungsphase des neuen pauschalisierten Entgeltsystems für die psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen (PEPP) relevant, welches bereits zum 01.01.2013 in Kraft getreten ist. Dies bedeutet, dass die ersten sechs Jahre bis einschließlich 2018 budgetneutral ausgestaltet sind. In den ersten vier Jahren können die Krankenhäuser eigenständig entscheiden, ob sie auf das neue System umsteigen. Ab 2019 schließt sich eine sogenannte Konvergenzphase an, in der die krankenhausindividuellen Basisentgelte schrittweise an den jeweiligen Landesbasisentgeltwert anglichen werden. Der

Landesbasisfallwert 2014 mit Ausgleichen liegt 2014 bei 3.143,17 € (im Vj. 3.065,41 €.).
Die Fallzahlen im somatischen Bereich erhöhten sich um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr auf 34.249, wobei sich der Case-Mix-Index (durchschnittliche Fallschwere) um 1,7 % auf 1,08 reduzierte.
Die Tariflöhne im öffentlichen Dienst erhöhten sich 2014 zum 01.03.2014 um 3,0 %.
Die Stadt Frankfurt und der Main-Taunus-Kreis wollen ihre Krankenhäuser enger zusammenführen, wobei sowohl medizinische als auch nicht-medizinische Bereiche kooperieren sollen. Eine Studie aus dem Dezember 2013 sieht dazu die Gründung einer strategischen Dachgesellschaft und einer gemeinsamen Servicegesellschaft vor. Mit Beschluss vom 27.02.2014 hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main den Abschlussbericht dazu zur Kenntnis genommen und den Magistrat beauftragt, in einer weiteren Phase die nächsten Schritte im Sinne eines Umsetzungsplanes für einen gesellschaftsrechtlichen Zusammenschluss zu prüfen und vorzubereiten.
Die Planungen für den Neubau wurden aufgrund der Überlegungen zur Kooperation mit den Krankenhäusern des Main-Taunus-Kreises ausgesetzt, jedoch im März 2014 wieder aufgenommen. Am 18.12.2014 hat die Stadtverordnetenversammlung den Mehrkosten für den Neubau zugestimmt. Das Bauvolumen beträgt demnach 236,7 Mio. €, welches das Land Hessen mit 54,4 Mio. € Fördermitteln bezuschusst und von dem die Stadt Frankfurt am Main 182,3 Mio. € übernimmt. Der Bauantrag wurde noch im Dezember 2014 eingereicht. Der Baubeginn ist gemäß der aktuellen Planung für 2016 und der Abschluss für 2018 vorgesehen. Die Realisierung der Baumaßnahme erfolgt durch die Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH (ZEG).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme betrug zum Stichtag 65,1 Mio. €. Die Aktiva sind im Wesentlichen durch die Sachanlagen in Höhe von 13,4 Mio. € (Vj. 15,5 Mio. €) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 34,2 Mio. € (Vj. 29,3 Mio. €) geprägt. Die Passiva ergeben sich vorrangig durch den Sonderposten zur Investitionsfinanzierung in Höhe von 12,0 Mio. € (Vj. 13,3 Mio. €), die Rückstellungen in Höhe von 20,2 Mio. € (Vj 21,0 Mio. €) und die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 12,2 Mio. € (Vj. 11,4 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 endete mit einem Jahresfehlbetrag von 4,3 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €). Die Erlöse bei Krankenhausleistungen sowie im ambulanten Bereich konnten dabei (+4,6 % bzw. +10,1 %) gesteigert werden. Bei den Aufwendungen reduzierte sich der Personalaufwand um rund 0,8 %, der Materialaufwand erhöhte sich um 1,0 %.

B. Ausblick

Nach knapp einjährigen Verhandlungen haben die Stadt Frankfurt am Main und der Main-Taunus-Kreis ein Vertragswerk über die mögliche Struktur des gemeinsamen Klinikverbundes vorgelegt. Eine gemeinsame Dachgesellschaft unter dem Namen „Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH“ soll nach gegenwärtigem Sachstand zum 01.01.2016 die Arbeit aufnehmen.
Ab dem 01.03.2015 wird für die im TVÖD angestellten Mitarbeiter eine Tarifsteigerung von 2,4 % wirksam; im Bereich TV Ärzte/VKA rückwirkend ab dem 01.12.2014 eine Erhöhung von 1,9 %.
Der Landesbasisfallwert wurde am 01.04.2015 in Höhe von 3.176,96 € (+1,1% gegenüber dem Vorjahr) vereinbart.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen 2014 Mittel von knapp 8,5 Mio. € zur Verfügung, die gemäß der Betrauung

als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden.
Daneben wurden 2,8 Mio. € als Übernahme der ZVK-Beiträge für die vom Eigenbetrieb Klinikum Höchst gestellten Mitarbeiter von der Stadt Frankfurt am Main getragen.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.
Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 176 T €.
Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Prüfung des Geschäftsjahres 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten.
Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 12.02.2014 für das Planjahr 2014 und am 12.11.2014 für das Planjahr 2015. Gespräche zum Jahresabschluss 2014 fanden am 24.06.2015 und 01.07.2015 statt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**14.301**	**15.911**	**-1.611**	**-10,1**
Immaterielle Vermögensgegenstände	869	450	419	93,3
Sachanlagen	13.427	15.457	-2.030	-13,1
Finanzanlagen	5	5	0	0,0
Umlaufvermögen	**50.665**	**44.323**	**6.343**	**14,3**
Vorräte	6.638	5.815	822	14,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42.297	37.455	4.842	12,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.730	1.052	678	64,5
Rechnungsabgrenzungsposten	**176**	**45**	**131**	**289,4**
Bilanzsumme	**65.142**	**60.279**	**4.863**	**8,1**
PASSIVA				
Eigenkapital	**6.245**	**2.028**	**4.217**	**208,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.000	10.000	0	0,0
Kapitalrücklage	26.796	18.327	8.469	46,2
Gewinnrücklagen / variables Kapital	227	227	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-26.526	-17.557	-8.969	51,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.252	-8.969	4.718	-52,6
Sonderposten	**11.984**	**13.335**	**-1.351**	**-10,1**
Rückstellungen	**20.238**	**20.954**	**-715**	**-3,4**
Verbindlichkeiten	**26.496**	**23.793**	**2.703**	**11,4**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	-
Rechnungsabgrenzungsposten	**179**	**169**	**10**	**5,7**
Bilanzsumme	**65.142**	**60.279**	**4.863**	**8,1**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	170.528	166.218	4.310	2,6
Bestandsänderung UE / FE	347	647	-300	-46,3
Gesamtleistung	**170.875**	**166.865**	4.010	2,4
sonstige betriebliche Erträge	13.848	14.049	-201	-1,4
Materialaufwand	-48.180	-47.679	-501	1,1
Personalaufwand	-113.130	-114.073	943	-0,8
Abschreibungen	-4.376	-4.452	75	-1,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-18.174	-20.387	2.213	-10,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**863**	**-5.676**	6.539	-115,2
Finanzergebnis	60	-125	184	-148,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**923**	**-5.801**	6.724	-115,9
Außerordentliches Ergebnis	-5.131	-3.113	-2.019	64,8
Steuern	-43	-56	12	-22,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.252	-8.969	4.718	-52,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-4.252**	**-8.969**	4.718	-52,6

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	2.054	2.088	-34	-1,6

6.2.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Gotenstraße 41 65929 Frankfurt am Main	0 69/31 06-37 00 0 69/31 06-37 88	gf@mvz-hoechst.de www.mvz-hoechst.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
28.10.2005	Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne von § 95 SBG V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung, insbesondere zur Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie der Ausübung der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung ärztlichen Berufsrechts, vertragsärztlicher Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Klinikum Frankfurt Höchst	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Michael Steffen

Aufsichtsrat:	3 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Lothar Schrod

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
mindestens 3 Mitglieder höchstens 9 Mitglieder davon mindestens ein Vertreter der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Das medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH wird von der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH als einzigem Gesellschafter betrieben.

Mit einer Zulassung als MVZ gem. § 95 Abs. 1 SGB V werden mit je einem Vertragsarztsitz Leistungen in folgenden Fachgruppen erbracht: Kardiologie, Pädiatrie, Labormedizin und Psychiatrie. Invasive Tätigkeiten der Chirurgie und Kardiologie werden in den Einrichtungen des Klinikums durchgeführt.

Die Pädiatrie wurde aufgrund kontinuierlich wachsender Defizite zum 30.09.2014 eingestellt. In der Psychiatrie schied zum 31.10.2014 die dort tätige Ärztin aus. Der Kooperationsvertrag des MVZ mit dem Klinikum Höchst bei der Labormedizin konnte im Wesentlichen mit einer Kostenreduktion um rund 50 % für Labornutzung neu gefasst werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme verringerte sich von 931 T € im Vorjahr um 243 T € auf 689 T €. Dies lässt sich im Wesentlichen auf die Reduktion der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 188 T € aufgrund von vorgezogenen Abrechnungen mit den Kassen zurückführen.

Der weiterhin bestehende Fremdkapitalbedarf ist durch Kreditgewährung der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH gedeckt worden. Bankverbindlichkeiten bestanden daher nicht.

Zur Erfolgslage

Die Umsätze in Höhe von 847 T € aus dem ärztlichen Bereich lagen in 2014 um 383 T € (31,1 %) niedriger als im Vorjahr, wobei Privaterlöse um 25 T € zurückgingen. Die Quote an Erlösen aus Kassenhonoraren stabilisierte sich bei ca. 58,5 %. Die Umsätze in der Psychiatrie gingen aufgrund des Ausscheidens der Ärztin um 14 % zurück. Die Labormedizin konnte einen kleinen Umsatzzuwachs von 2 % erzielen.

Beim Aufwand sind insbesondere die Personalausgaben zu berücksichtigen, die mit 603 T € gegenüber dem Vorjahr um 256 T € u. a. durch die Veränderungen in der Psychiatrie und Pädiatrie gesunken sind.
Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt um 4 T € besser als im Vorjahr, konnte jedoch nicht wie im Vorjahr durch das außerordentliche Ergebnis aufgrund des Forderungsverzichtes des Gesellschafters in einen Jahresüberschuss umgewandelt werden. Es ist ein Jahresfehlbetrag von 27 T € zu verzeichnen.

B. Ausblick

Die Wiederbesetzung des psychiatrischen Kassensitzes ist mit dem 01.05.2015 rechtzeitig vor dem Verfall des Vertragsarztsitzes erfolgt. Die Ausgründung der Pädiatrie wegen fehlender Nachbesetzung ist zum 01.07.2015 vom Zulassungsausschuß beschlossen worden.
Insbesondere für die Psychiatrie wird aufgrund der individuellen Orientierung der Patienten am Therapeuten eine Unterstützung durch die Geschäftsführung des MVZ zur raschen Erreichung von hohen Fallzahlen im Mittelpunkt stehen.
Daneben hat die Analyse der Forderungsbestände gezeigt, dass eine Neuausrichtung des Mahn- und Inkassowesens erforderlich ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.
Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen (Testat für den PCGK aufgrund zeitlicher Verzögerungen noch ausstehend), die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden.
Das Gespräch zum Jahresabschluss 2014 fand am 24.07.2015 statt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der

Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**243**	**306**	**-63**	**-20,6**
Immaterielle Vermögensgegenstände	104	119	-15	-12,7
Sachanlagen	139	186	-48	-25,6
Finanzanlagen	0	0	0	-
Umlaufvermögen	**446**	**625**	**-180**	**-28,7**
Vorräte	0	0	0	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	46	252	-206	-81,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	400	374	26	7,0
Bilanzsumme	**689**	**931**	**-243**	**-26,0**
PASSIVA				
Eigenkapital	**182**	**208**	**-27**	**-12,7**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	183	-277	460	-166,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-27	460	-487	-105,8
Rückstellungen	**114**	**88**	**26**	**29,9**
Verbindlichkeiten	**393**	**635**	**-242**	**-38,1**
Bilanzsumme	**689**	**931**	**-243**	**-26,0**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	847	1.230	-383	-31,1
Gesamtleistung	**847**	**1.230**	-383	-31,1
sonstige betriebliche Erträge	56	23	33	143,5
Materialaufwand	-35	-25	-10	40,2
Personalaufwand	-603	-859	256	-29,9
Abschreibungen	-42	-50	8	-15,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-250	-337	87	-25,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**-27**	**-18**	-9	51,3
Finanzergebnis	-9	-22	13	-59,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-36**	**-40**	4	-9,1
Außerordentliches Ergebnis	9	500	-491	-98,1
Steuern	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-27	460	-487	-105,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-27**	**460**	-487	-105,8

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	18	22	-4	-18,2

6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Krautgartenweg 1 60439 Frankfurt am Main	0 69/95 80 26-0 0 69/95 80 26-29	geschaeftsstelle@pw-ffm.de www.pw-ffm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
06.09.1983	Förderung der Wohlfahrtspflege, Berufsbildung und Erziehung durch Gewährung von Eingliederungshilfen und berufsfördernden Maßnahmen für behinderte Menschen.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:		
Stadt Frankfurt am Main	13.294 €	=	49,06 %
Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V., Frankfurt am Main	12.271 €	=	45,28 %
Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V., Frankfurt am Main	1.023 €	=	3,77 %
Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte, Kreisvereinigung Main-Taunus e.V., Kelkheim/Taunus	511 €	=	1,89 %
	27.099 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Wolfgang Rhein

Aufsichtsrat:	9 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld
	Frau Stv Hildegard Burkert
	Frau Stv Natascha Kauder
	N.N.
	Herr StvVorst Stephan Siegler
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Volker Liedtke-Bösl
	Herr Uve Lüders
	Frau Julia Reister
	Herr Günter Woltering

Satzungsmäßige Besetzung:	Unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat:	
	Ausgeschiedene Mitglieder:	Neue Mitglieder:
9 Mitglieder davon 3 von der Stadt Frankfurt am Main, 3 vom Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e. V., Frankfurt am Main, 2 vom Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e. V., Frankfurt am Main und 1 Mitglied vom Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Kreisvereinigung Main Taunus e.V., Kelkheim	Frau StRin Lilli Pölt (verstorben am 16.05.2014)	Frau Julia Reister (seit 22.04.2014)

Beteiligungen:	Kapitalanteile:		
Cook Company gemeinnützige GmbH	12.100 €	=	48,40 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Der Jahresabschluss und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2014 lagen zum Redaktionsschluss nur im Entwurf vor. Die Gesellschaft betreibt und unterhält neben den drei Werkstätten (Praunheim, Fechenheim und Höchst) Wohnanlagen und Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung. Zu den Aufgaben gehören daneben betreutes Wohnen, ambulante Assistenz sowie Integrationsassistenz an Frankfurter Schulen und die sozialpädagogische Familienhilfe.

Die Gesellschaft konnte das Geschäftsjahr 2014 mit einem positiven Ergebnis abschließen. Der Neubau der Werkstatt für behinderte Menschen Praunheim entwickelt sich gemäß Zeit- und Kostenplan. Die Liquidität war gut, jedoch von der Finanzierung des Neubaus der Werkstatt Praunheim geprägt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 2 Mio. € auf 36,9 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die Sachanlagen um 6 Mio. € auf 27,4 Mio. € erhöht, was auf die Herstellungskosten für den Neubau der Werkstatt Praunheim zurückzuführen ist. Die stichtagsbezogenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um 2,2 Mio. € auf 5,2 Mio. € und der Kassenbestand um 1,8 Mio. € auf 3,8 Mio. € gesunken. Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gestiegen, was neben dem Anstieg gegenüber Kreditinstituten auch auf noch nicht zweckentsprechend verwendete Zuschüsse zurückzuführen ist. Die Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von 1,2 Mio. € betraf eine in 2013 erfolgte Abschlagszahlung für das Kalenderjahr 2014.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 85 T € (Vj. 69 T €) ab. Die Umsatzerlöse konnten um 1,4 Mio. € erhöht werden und lagen zum Jahresende bei 25,6 Mio. € (Vj. 24,2 Mio. €). Dem standen um 1,8 Mio. € gestiegene Personalkosten von insgesamt 23 Mio. € (inkl. Lohnausschüttungen der Behindertenwerkstätten) gegenüber.

B. Ausblick

Der Bedarf an Betreuungsleistungen der Gesellschaft steigt weiter. Die Suche nach geeigneten Wohnformen unter Berücksichtigung des individuell erforderlichen Assistenzaufwands für die betreuten Menschen wird die nächsten Jahre prägen. In den Werkstätten wirkt sich der Umstand aus, dass immer mehr besonders schwer behinderte Menschen aufgenommen werden, während gleichzeitig leistungsstarke Klienten ausserhalb der Werkstätten beschäftigt werden können. Die Herausforderung wird weiterhin unter anderem in der Aufnahme schwerst-/mehrfachbehinderter Menschen sowie der Differenzierung und Aufwertung der beruflichen Bildung in den Werkstätten liegen. Die Personalplanung und Personalentwicklung in der beruflichen Belegschaft wird den steigenden Anforderungen angepasst werden müssen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung hilfebedürftiger Personen auf dem Gebiet der Berufsbildung und der Erziehung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat der Gesellschaft Darlehen von 1,4 Mio. € gewährt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH (Entwurfsfassung)

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**27.583**	**21.604**	**5.979**	**27,7**
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	5	-3	-68,8
Sachanlagen	27.384	21.397	5.987	28,0
Finanzanlagen	198	203	-5	-2,5
Umlaufvermögen	**9.285**	**13.286**	**-4.002**	**-30,1**
Vorräte	324	323	1	0,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.167	7.411	-2.244	-30,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.793	5.551	-1.758	-31,7
Rechnungsabgrenzungsposten	**39**	**38**	**0**	**1,1**
Bilanzsumme	**36.906**	**34.928**	**1.978**	**5,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**15.163**	**15.062**	**100**	**0,7**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	12.446	12.431	15	0,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.101	2.028	73	3,6
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	503	506	-3	-0,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	85	69	16	22,6
Sonderposten	**5.586**	**5.850**	**-264**	**-4,5**
Rückstellungen	**1.785**	**2.001**	**-215**	**-10,8**
Verbindlichkeiten	**14.373**	**10.817**	**3.556**	**32,9**
davon Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.539	1.258	1.281	101,9
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**1.199**	**-1.199**	**-**
Bilanzsumme	**36.906**	**34.928**	**1.978**	**5,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	25.616	24.222	1.394	5,8
Bestandsänderung UE / FE	35	-18	54	-294,3
andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	-0	-
Gesamtleistung	**25.651**	**24.204**	1.447	6,0
sonstige betriebliche Erträge	5.270	4.995	275	5,5
Materialaufwand	-1.779	-1.814	35	-1,9
Personalaufwand	-23.050	-21.279	-1.771	8,3
Abschreibungen	-950	-977	27	-2,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.979	-4.995	15	-0,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**162**	**134**	28	21,0
Finanzergebnis	-66	-58	-7	12,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**96**	**75**	21	27,6
Steuern	-11	-6	-5	87,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	85	69	16	22,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**85**	**69**	16	22,6

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	530	512	18	3,5

6.4 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	0 69/93 49 33 5-0 0 69/93 49 33 5-39	info@zeg-ffm.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
05.06.2009	Die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls die Instandhaltung der Gebäude an den Städtischen Kliniken Frankfurt am Main – Höchst GmbH. Dies umfasst auch die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die Gesellschaft wird Eigentümerin der Neu-Immobilien.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Udo Findt

Herr Winfried Eberhard Naß

Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Uwe Becker
	Frau Stv Birgit Ross (geb. Czerny)
	Frau Stv Verena David
	Frau StRin Rosemarie Heilig
	Frau StRin Erika Pfreundschuh
	Frau Stv Dr. Renate Wolter-Brandecker

Satzungsmäßige Besetzung:	Keine unterjährige Veränderung im Aufsichtsrat.
6 Mitglieder	

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2014

Allgemeines

Aufgrund der Neubaupläne für das Klinikum Höchst wurde im August 2013 beschlossen, den Gesellschaftszweck der Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH (ZEG) zu erweitern. Gegenstand des Unternehmens sind nunmehr die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie ggf. die Instandhaltung der Gebäude der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH. Insbesondere ein nachhaltiges Energiecontracting, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen stehen im Mittelpunkt der Tätigkeiten. Die ZEG soll nach dem Neubau auch die Eigentümerin der Immobilien werden. Im Hinblick auf die Anforderungen des EU-Beihilferechtes erfolgten die Zustimmung zur Betrauung der ZEG mit gemeinwirtschaftlichen Aufgaben und die hierzu erforderlichen Ausgleichzahlungen durch die Stadt Frankfurt.

Die sich im Eigentum der Stadt Frankfurt befindlichen Immobilien des Klinikums Frankfurt Höchst (Altbau) werden an die ZEG zur Nutzung übergeben. Die ZEG wiederum ist vertraglich verpflichtet, die Immobilien der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH zur betrieblichen Nutzung unentgeltlich zu überlassen.

Nach einem Planungsstopp in 2013 wurde Mitte März 2014 ein mit dem Klinikum abgestimmtes, überarbeitetes Raum- und Funktionsprogramm vorgelegt. Gleichzeitig wurde mit einem externen Dienstleister ein Generalplanungsvertrag (Zeitplan, Erarbeitung funktionale Leistungsbeschreibung etc.) abgeschlossen. Mit Magistrats- und Stadtverordnetenbeschluss im Dezember 2014 wurden Neubaukosten in Höhe von 236,7 Mio. € verabschiedet. Der Eigenanteil der Stadt Frankfurt am Main beträgt 182,3 Mio. €. Ein entsprechender Bau- und Förderantrag wurde am 22. Dezember 2014 abgegeben.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme betrug zum Stichtag 16,2 Mio. €. Die Aktiva sind im Wesentlichen durch das Anlagevermögen in Höhe von 14,8 Mio. € (Vj. 8,4 Mio. €) geprägt, das durch die Planungskosten, Vorbereitungs- und Abbruchkosten sowie Erschließungskos-

ten für den Neubau des Klinikums Frankfurt Höchst verursacht wurde. Die Passiva ergeben sich vorrangig durch den Sonderposten von 15 Mio. € (Vj. 9,5 Mio. €) aufgrund eines Investitionskostenzuschusses der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2014 endet aufgrund der Vereinbarung mit der Klinikum Frankfurt Höchst GmbH mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Der vom Klinikum zu zahlende Betrag beträgt 376 T €, der sich im Wesentlichen durch Ansatz der entstandenen Personalkosten von 307 T € und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 119 T €, vermindert um die sonstigen betrieblichen Erträge (aus Leistungen an die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und die Stadtwerke Holding) in Höhe von ca. 52 T €, ergibt.

B. Ausblick

Die Ausschreibung für einen Generalunternehmer zur Errichtung des Neubaus wird im Laufe des Jahres 2015 so erfolgen, dass nach einer entsprechenden Auswahl zum 01.01.2016 mit dem Neubau begonnen werden kann. Eine Fertigstellung des Neubaus ist für 2018 vorgesehen.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Tätigkeit der Gemeinde auf dem Gebiet des Gesundheitswesens gilt gemäß § 121 Abs. 2 Nr. 2 HGO nicht als wirtschaftliche Betätigung.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Auf die Veröffentlichung der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wird in Anwendung von § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge (Auslagenersatz) des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2014 betrugen 550 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Der Abschlussprüfer hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2014 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Ein Wirtschaftsplangespräch 2015 hat nicht stattgefunden. Das Abschlussgespräch 2014 wurde am 17.06.2015 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2014 der
Zentralen Errichtungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	**14.788**	**8.427**	**6.361**	**75,5**
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	7	0	0,0
Sachanlagen	14.781	8.420	6.361	75,5
Umlaufvermögen	**1.378**	**1.563**	**-185**	**-11,8**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	467	1.384	-916	-66,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	911	180	731	407,1
Rechnungsabgrenzungsposten	**0**	**9**	**-9**	**-**
Bilanzsumme	**16.166**	**9.999**	**6.167**	**61,7**
PASSIVA				
Eigenkapital	**25**	**25**	**0**	**0,0**
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	**15.000**	**9.500**	**5.500**	**57,9**
Rückstellungen	**205**	**7**	**198**	**3.024,5**
Verbindlichkeiten	**936**	**468**	**469**	**100,2**
Bilanzsumme	**16.166**	**9.999**	**6.167**	**61,7**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	0	0	0	-
Gesamtleistung	**0**	**0**	0	-
sonstige betriebliche Erträge	428	436	-8	-1,9
Personalaufwand	-307	-313	6	-1,9
Abschreibungen	-0	-0	0	-1,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-119	-123	4	-3,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	**2**	**-0**	2	-476,5
Finanzergebnis	-1	1	-2	-169,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1**	**1**	0	12,7
Steuern	-1	-1	-0	12,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0**	**0**	0	-

Kennzahlen	2014	2013	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	3	3	0	0,0

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse („Naspa“)

Anschrift:	Telefon:	E-Mail/Internet:
Rheinstraße 42-46 65185 Wiesbaden	06 11/3 64-0	info@naspa.de www.naspa.de

Vorstand:	Träger:	Anteile:
Stephan Ziegler, Vorstandsvorsitzender Andreas Fabich Günter Högner Bertram Theilacker	Sparkassenzweckverband Nassau	100%

Verwaltungsrat:
27 Mitglieder, davon 9 Vertreter der Arbeitnehmer

Mandatsträger der Träger und Beteiligten:	AN-Vertreter:
Herr Sven Gerich (Vorsitzender)	Frau Marion Adelmann
Herr LR Burkhard Albers	Frau Silvia Andree
Herr Staatsmin a. D. Jürgen Banzer	Herr Markus Geis
Herr StK Uwe Becker	Frau Rita Gröschen
Herr OB a. D. Hildebrand Diehl	Herr Patrick Hannappel
Herr Carsten Filges	Frau Bärbel Henrich-Bender
Herr LR Berthold R. Gall	Herr Uwe Lichte
Herr Prof. Dr. Lorenz Jarass	Herr Heinz-Peter Schäfbuch
Herr LR Günter Kern	Herr Stefan Zimmermann
Herr Erster KrBg Helmut Klöckner	
Herr LR Ulrich Krebs	
Herr Staatsmin a. D. Albrecht Martin	
Herr LR Manfred Michel	
Herr Petermartin Oschmann	
Herr Harald Schindler	
Herr Dr. Frank Schmidt	
Herr Harald Schweitzer	
Herr LR Achim Schwickert (stellv. Vorsitzender)	

Anteilsbesitz	Anteil %
Naspa-Direkt GmbH, Wiesbaden	100,00
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100,00
Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100,00
Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75,00
Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100,00
Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Wiesbaden	100,00
S-Servicepartner Rhein-Main	70,0
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100,00
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100,00

Darüber hinaus ist die Naspa u. a. unmittelbar mit 10,4 % am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen („SGVHT“) und mittelbar mit durchgerechnet rd. 7 % an der Landesbank Hessen-Thüringen („Helaba“) sowie jeweils mit rd. 1,2 % an der DekaBank und der Landesbank Berlin beteiligt.

Unternehmenszweck, Träger und Organe

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Die Kundeneinlagen konnten 2014 spürbar gesteigert werden. Dabei konnte sich auch die Naspa nicht dem - infolge des Niedrigzinsumfeldes - anhaltenden Trend zu kurzfristigen Einlagen mit entsprechend veränderter Struktur des Kontenbestandes entziehen. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen bei unverändert risikobewusster Vergabepolitik.

Anzahl bzw. Mio. EUR	2012	2013	2014
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	389.604	374.350	396.978
Konten für täglich fällige Gelder	483.310	480.977	478.388
Anzahl Kreditkonten	97.630	94.647	92.470
Anzahl Kundendepots*	73.679	69.173	66.691
Forderungen an Kunden	8.166	8.333	8.283
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.272	7.757	7.978
Depotbestand*	2.897	2.973	2.878
Stiftungskapital Naspa Stiftung	19	21	25

*) inkl. S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots.

Im rd. 4.200 km^2 umfassenden Geschäftsgebiet mit z. T. überdurchschnittlich attraktivem Kaufkraftumfeld und knapp 2 Mio. Einwohnern stehen den Kunden nach einer auf die veränderten Markterfordernisse ausgerichteten Neupositionierung im Privatkundengeschäft („Relaunch P“) insgesamt 114 (Vj. 140) Finanz- und Service-Center, 17 (Vj. 19) Private Banking-Center, sieben Finanzierungs-Center und drei Firmenkunden-Center sowie 75 (Vj. 75) Service-Points (davon 45 (Vj. 56) Nebenzweigstellen) zur Verfügung. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Mit der Unterstützung zahlreicher Vereine, Einrichtungen und Projekte in Höhe von insgesamt rd. 5,5 Mio. €(Vj. 3,4 Mio. €) unterstrich die Naspa gerade auch anlässlich ihres diesjährigen 175. Geburtstages sowie des 25-jährigen Jubiläums der Stiftung wieder ihr soziales und kulturelles Engagement im Geschäftsgebiet. Neben einer Geldzuwendung hat die Naspa eine Geschäftsimmobilie zu gestiftet und dadurch das Stiftungskapital auf 25 Mio. € erhöht.

Geschäfts- und Risikoentwicklung

Das Geschäftsjahr 2014

- verlief - bereinigt um zukunftssichernde bilanzpolitische Maßnahmen – wiederum sehr erfreulich und übertraf im Kerngeschäft die Erwartungen. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Auch begünstigt durch den Konjunkturverlauf übertrafen Auflösungen der nach unverändert konservativen Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kredit- und Wertpapiergeschäft die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche. Dies ist auch auf die hohe und weiter verbesserte Qualität des Kundenkreditportfolios zurückzuführen.
- wurde belastet durch rd. 11 Mio. € für Vorruhestandsregelungen im Rahmen des Relaunch P sowie mit rd. 13 Mio. € (Vj. 26 Mio. €) für die vorzeitige Auflösung von in den Vorjahren zu deutlich höherem Zinsniveau abgeschlossenen Zinsswaps. Mit diesen werden Zinsänderungsrisiken reduziert und der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre stabilisiert. Die Stillen Lasten für die Pensionsverpflichtungen konnten um rd. 10 Mio. € auf 82 Mio. € reduziert werden.
- ist im Pensionsumfeld durch die Auswirkungen des marktbedingt rückläufigen Bundesbank-Zinssatzes für die Abzinsung der Pensionsrückstellungen und Parameteranpassungen mit rd. 20 Mio. € belastet.
- brachte auch nach der Beurteilung der Prüfungsstelle des SGVHT eine erneute Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse.
- verlief letztmals unter den traditionellen nassauischen Farben. Anfang 2015 wurde die Marke auf das rote „S“ der Sparkassen-Organisation umgestellt, um auch nach außen hin die Zugehörigkeit zur Sparkassen-Familie sichtbarer zu dokumentieren.

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
Zinsüberschuss	225,8	234,1	238,1
Provisionsüberschuss	87,1	85,5	86,2
Personal-/Sachaufwand	211,9	211,4	211,5
Sonstiger ordentlicher Aufwand	1,8	2,1	2,0
Handelsbestand	1,3	1,0	1,1
Betriebsergebnis vor Bewertung	**100,5**	**107,2**	**111,9**
Bewertungsergebnis	-1,4	-8,9	+6,7
Betriebsergebnis nach Bewertung	99,1	98,3	118,6
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-51,4	-64,1	-80,8
Steuern	-20,3	-6,2	-8,9
Bilanzgewinn	**27,4**	**27,9**	**28,9**

Bei einem Vergleich mit anderen Sparkassen ist zu berücksichtigen, dass die Naspa bezüglich der Altersversorgung direkte Zusagen ggü. den Begünstigten ausgesprochen hat, für die - aufwandswirksam - Rückstellungen in der Bilanz zu bilden und jährlich neu zu bewerten sind, während die weit überwiegende Zahl der Sparkassen nur indirekte Zusagen auf niedrigerem Versorgungsniveau hat, die per Umlageverfahren von zentralen Versorgungskassen abgewickelt werden. Trotz dieses Systemunterschiedes übertraf die Naspa gemessen an der aussagekräftigen Betriebsergebnismarge (nach Bewertung) inzwischen das Durchschnittsniveau der hessischen Sparkassen. Bei vergleichbarer Altersvorsorgestruktur belegte Naspa Platz 8 aller hessischen Sparkassen bzw. Platz 5 der Deutschland-weit 25 Großsparkassen (unbereinigt hier inzwischen Rang 6).
In dem per Saldo höheren Steueraufwand 2014 sind Entlastungen aus der Bildung aktiver latenter Steuern von 10 Mio. € (15 Mio. €) verrechnet.

Bilanzstruktur

Aktiva	2012 Mio. EUR	2013 Mio. EUR	2014 Mio. EUR
- Forderungen an Kreditinstitute	1.751	449	566
- Forderungen an Kunden	8.166	8.333	8.283
- Wertpapiere	1.401	1.311	1.433
- Finanzanlagen	138	133	128
- Übrige Aktiva	407	395	393
Bilanzsumme	**11.863**	**10.621**	**10.803**
Passiva			
- Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.709	1.362	1.158
- Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.273	7.757	7.978
- Verbriefte Verbindlichkeiten	475	83	192
- Eigene Mittel	872	864	888
- Übrige Passiva	535	555	587
Gesamt	**11.863**	**10.621**	**10.803**
Eventualverbindlichkeiten	**1.028**	**532**	**233**

Der strategiekonforme Abbau der Eigengeschäfte, der sich insbesondere im Interbankengeschäft widerspiegelt, konnte 2014 weitestgehend abgeschlossen werden.

Der Rückgang der Eventualverbindlichkeiten steht im Zusammenhang mit dem planmäßigen Abbau der im August 2013 auf den SGVHT-Reservefonds übertragenen Bestände der ehemaligen Naspa Dublin. Die irische Gesellschaft wurde inzwischen liquidiert. Unbeschadet dessen haftet die Naspa für deren Risiken gemäß den Bestimmungen des öffentlich-rechtlichen Vertrages. Der Bestand reduzierte sich in 2014 auf 0,1 Mrd. € (Vj. 0,5 Mrd. €). Hiernach trägt der regionale Reservefonds zunächst etwaige Ausfälle bis 100 Mio. € (sofern nicht die Besserungsvereinbarung greift), eventuell darüber hinausgehende Verluste trägt direkt die Naspa. Bislang sind bei der Naspa Dublin keine Ausfälle im Sinne des öffentlich-rechtlichen Vertrages eingetreten.

Die bilanzielle **Eigenmittelausstattung** hat sich durch die Thesaurierung des mit dem Jahresüberschuss identischen Bilanzgewinns erhöht. Die bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen von 8 % nach der aktuellen Solvabilitätsverordnung („SolvV“) werden deutlich überschritten. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung der Naspa (auch inkl. der versteuerten stillen Reserven) im Vergleich zu den hessischen Sparkassen unterdurchschnittlich.

Kennzahlen 2012 - 2014

Mio. EUR bzw. %	2012	2013	2014
Eigenmittel gem. SolvV	955	987	996
Kernkapitalquote (%)	10,5	11,6	13,1
Gesamtkennziffer (%)	12,9	14,1	15,8
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	7,2	5,9	4,6
Cost-Income-Ratio (%)	67,8	66,3	65,4

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Naspa auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risikoerkennung, zur Risikomessung und –bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Diese Instrumente werden – nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben – kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft. Die Prüfungsstelle des SGVHT hat wiederum bestätigt, dass das installierte Risikotragfähigkeitskonzept nebst den Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken den Anforderungen der MaRisk entspricht.

Demzufolge werden der Verwaltungsrat und sein Kredit- und Risikoausschuss mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie sowie die Teilrisikostrategien erörtert.

Die Vorsorge für akute und latente Risiken im non-performing-Kundenkreditgeschäft hat sich volumenbedingt gemessen an der Abschirmungsquote verbessert, obwohl bei unverändert konservativer Vorsorgepolitik Einzelwertberichtigungen („EWB“) und Pauschal-wertberichtigungen („PWB“) per Saldo aufzulösen waren.

Mio. EUR bzw. %	2012	2013	2014
Kundenkreditvolumen	8.346	8.524	8.504
Kredite (non-performing)**	376	312	237
Bestand EWB und Rückstellungen	153	121	105
Bestand PWB	21	17	15
Abschirmquote (%)	46,3	44,2	50,6

**) gemäß Offenlegungsbericht

Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Risikotragfähigkeit der Naspa als gegeben. Weitere Einzelheiten zum Risikomanagement finden sich auch im Risikobericht des Lageberichts der Naspa.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsstelle des SGVHT hat zu keinen Einwendungen geführt. Das uneingeschränkte Testat wurde unter dem 09. März 2015 erteilt.

Prognosebericht

Für das Jahr 2015 plant die Naspa einen Jahresüberschuss von rd. 11 Mio. €. Einem dank strategischer Steuerungsmaßnahmen höher geplanten Zinsüberschuss stehen niedrigere Provisionserträge - nicht zuletzt durch sich nachhaltig auswirkende neue regulatorische Vorgaben – und höhere Betriebsaufwendungen gegenüber. Diese werden auch von der Vorbereitung und Umsetzung strategischer Maßnahmen beeinflusst (rotes „S“).

Das Bewertungsergebnis im Kundenkreditgeschäft wird sich lt. Planung im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr modellgetrieben deutlich erhöhen. Gründe hierfür liegen in einem abermals atypisch niedrigen Bewertungsergebnis im Jahr 2014. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird weiterhin mit einem von Portfoliowerten abgeleiteten Durchschnittswert geplant.

Allerdings ist aufgrund der aktuellen Entwicklung des Bundesbank-Abzinsungssatzes für Pensionsrückstellungen nicht auszuschließen, dass 2015 die tatsächlichen Belastungen, primär in Neutraler Rechnung, die geplante Höhe übersteigen werden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit eine tragfähige Lösung der Pensionsthematik zu finden und zügig umzusetzen.

Gesamtbeurteilung

Sich stetig verschärfende regulatorische Rahmenbedingungen und Verbraucherschutzregelungen, gepaart mit zunehmendem Wettbewerb insbesondere um Kundeneinlagen sowie die zunehmende Digitalisierung des Bankgeschäfts stellen für die Naspa bei anhaltendem Niedrigzinsumfeld insbesondere angesichts der im Vergleich knappen Ausstattung sowohl mit Kernkapital als auch mit versteuerten stillen Reserven und der strukturellen Besonderheit in der Altersversorgung (Direktzusagen statt ZVK-Umlagemodell) unverändert in den kommenden Jahren eine aus heutiger Sicht große Herausforderung dar.

Auf kürzere Sicht zeigen sich ohne entschlossenes, auch von den Trägern zu begleitendes Handeln, eine zunehmende Einengung der Risikotragfähigkeit und ein Verlust des Innenfinanzierungspotentials. Begründet liegt dies in den bereits erwähnten nachhaltig hohen Belastungen aus den Pensionsverpflichtungen, insbesondere durch die vom Naspa-Management weder zu verantwortende noch gestaltbare Absenkung des Abzinsungssatzes, welcher auf das anhaltend rückläufige Marktzinsniveau zurückzuführen ist. An Lösungen bezüglich Auslagerung / Ausfinanzierung der Pensionsverpflichtungen, die der aufgezeigten Entwicklung entgegenwirken, wird derzeit intensiv mit Einbindung des SGVHT und externer Fachleute gearbeitet.

Auf Basis der Geschäfts-, Ertrags- und Risikoentwicklung der Naspa in den vergangenen Jahren sowie der bisher im laufenden Geschäftsjahr 2015 erreichten Ergebnisse, der plausibel erscheinenden Planung 2015, den begründeten Chancen für eine tragfähige Lösung der Pensionsverpflichtungen, den vorhandenen Risikovorsorgepuffern sowie dem Sicherungssystem der Sparkassenorganisation als weitere „Brandmauern“, sehen wir derzeit auf Basis der vorliegenden Informationen keine Risiken für die Gewährträger, aus ihrer Haftung in Anspruch genommen zu werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung 2005 ein Träger nur unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 haftet (z. B. bezüglich der Altersvorsorge).

IV. Anlagen

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	263
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Buch oder digitale Anlage	268
Alphabetisches Verzeichnis der im gebundenen Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe	283
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	285
Gesetzestexte, Internetfundstellen	288

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
AG	Aktiengesellschaft
AJH	Ambulante Jugendhilfe
AktG	Aktiengesetz
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AMI	Anteilsbesitz- Management- und Informationssystem
AN	Arbeitnehmervertreter/-in
ARA	Abwasserreinigungsanlagen
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ARS	argentinischer Peso
AUMA e. V.	Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft
AVA	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH
BallrG	Hessisches Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
BäderBetriebe	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGF	Bruttogeschossfläche
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BM	Bürgermeister/-in
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH und Co. KG
BNetzA	Bundesnetzagentur
BPNV	Buspersonennahverkehr
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BRL	brasilianischer Real
BSMF	Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
cbm	Kubikmeter
CNY	chinesischer Yuan
DaF	Deutsch als Fremdsprache
d. h.	das heißt
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur/-in
Dipl.-Verw.	Diplom-Verwaltungswirt/-in
Dr.	Doktor/-in
DRK	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH
DSM	Deutsche Städte Medien GmbH
EB	Eigenbetrieb

EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen und Steuern und Abschreibungen
EFM	Elektronisches Fahrgeldmanagement
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EMEA	Europe, Middle East, Africa
EMS	Energieversorgung Main Spessart GmbH
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
Exhibition	Messe Frankfurt Exhibition GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FAAG	Frankfurter Aufbau-AG
fahma	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
FAS	FES Abfallmanagement- und Service GmbH
FES	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
ff.	fortfolgende
FH	Fachhochschule
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FIZ	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
Fraport	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide
Frischezentrum	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH
FRM	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FSG	Flughafen-Service GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
Gesa	Gewerbeabfall- und Sperrmüllsortierungsanlage
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HK$	Hongkong-Dollar
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HOLM	House of Logistic and Mobility
IAA	Internationale Automobil-Ausstellung
ICB	In-der-City-Bus GmbH
ICT	Information and Communications Technology
i.d.R.	in der Regel
IDTF	Internationales Deutsches Turnfest
IFFA	Internationale Fleischerei- Fachausstellung
IFRIC	International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	International Financial Reporting Standards

i. G.	in Gründung
i. L.	in Liquidation
i. R.	im Ruhestand
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
INR	indische Rupie
IV	Individualverkehr
ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)
JPY	japanischer Yen
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt-Höchst
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
km	Kilometer
KrBg	Kreisbeigeordnete/r
KRW	koreanischer Won
KStG	Körperschaftsteuergesetz
Künstlerhaus Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
Kulturfonds	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH
KWh	Kilowatt Stunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LGF	Landesgeschäftsführung
LHO	Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer
LRat/LRätin	Landrat/Landrätin
Ltd.	Leitender
Ltd.	Limited
Mainova	Mainova AG
MBG	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH
MED	Mainova EnergieDienste GmbH
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
MFNE	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.
MHKW	Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH
MIBAU	MIBAU GmbH
MinDirigent	Ministerialdirigent
MinR	Ministerialrat/-rätin
Mio.	Million
MP	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
MWh	Megawattstunde
MXN	mexikanischer Peso
Nassauische Heimstätte	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
NIG	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main
Nr.	Nummer

NRM	Netzdienste Rhein-Main GmbH
NVP	Nahverkehrsplan
OB	Oberbürgermeister/-in
o. g.	oben genannt
ÖKOPROFIT	Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen
OVB	Offenbacher Verkehrsbetriebe GmbH
OV	Ortsvorsteher/-in
p. a.	per anno
PBG	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH
PEN	peruanischer Nuevo Sol
PHP	philippinischer Peso
PPP	Public Private Partnership
PR	Personalrat
Präs	Präsident/in
Prof.	Professor/-in
qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
rd.	rund
Rebstock	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RegD	Regierungsdirektor/-in
RegPräs	Regierungspräsident
RMA	RMA Rhein-Main Abfall GmbH
RMB	Rhein-Main-Biokompost GmbH
RMD	RMD Rhein-Main Deponie GmbH
RMJ	Rhein-Main Jobcenter GmbH
RMS	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
RNVP	Regionaler Nahverkehrsplan
RUB	russischer Rubel
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
SAALBAU	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SEVA	Schlammentwässerungs- und Verbrennungsanlage
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannt
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
SRM	StraßenBeleuchtung Rhein Main GmbH
Staatsmin	Staatsminister/-in
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StK	Stadtkämmerer/-in
StR/StRin	Stadtrat/Stadträtin
StS	Staatssekretär/in
Stv	Stadtverordnete/r
StvVorst	Stadtverordnetenvorsteher/-in

SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
SWG	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
T	Tausend
t	Tonnen
T t	Tausend Tonnen
T t/a	Tausend Tonnen pro Jahr
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
TRL	türkische Lira
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
u. a.	unter anderem
US$	U.S.-Dollar
USP	Unique Selling Proposition
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Venue	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG
Verb.dir.	Verbandsdirektor/-in
VGF	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
Vj.	Vorjahr
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVRM	Veolia Verkehr Rhein-Main
Wifö	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
WOHNHEIM	WOHNHEIM GmbH
WOHNSTADT	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
z. B.	zum Beispiel
ZEG	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH
zzgl.	zuzüglich
z. Zt.	zur Zeit

Gesellschafterverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Buch oder digitale Anlage

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
0	Stadt Frankfurt am Main				
1	**ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH**	100,00	100,00%	X	
2	ABG BelVivo GmbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	0,00	100,00%		X
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	100,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	0,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	100,00	100,00%		X
2	ABG EuropaQuartett GmbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	0,00	100,00%		X
2	ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG	100,00	100,00%		X
2	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
2	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH	33,00	57,82%		X
3	Sharegroup GmbH	25,00	14,46%	entfällt	
2	CP Campus Projekte GmbH	50,00	50,00%		X
2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	96,80	100,00%	X	
3	ABG Projekte GmbH	100,00	100,00%		X
3	FAAG Technik GmbH	100,00	100,00%		X
3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%		X
3	Parkhaus Goetheplatz GmbH	100,00	100,00%		X
3	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	56,03%		X
2	Hellerhof GmbH	86,83	86,83%	X	
3	Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	56,03%		X
2	MainWERT GmbH, Bietigheim-Bissingen	50,00	50,00%		X
2	Merton-Wohnprojekt GmbH	50,00	50,00%		X
2	MIBAU GmbH	92,09	94,55%		X
2	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	WOHNHEIM GmbH	98,81	99,91%	X	
1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	**Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG**	0,17	0,17%		X
1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	0,00	100,00%	X	
1	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	100,00	100,00%	X	
1	**Dom Römer GmbH**	100,00	100,00%	X	
1	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gGmbH	7,73	7,73%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
2	DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	99,80	7,71%	entfällt	
3	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH	100,00	7,71%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Institut für KlinischeTransfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Ulm gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
2	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gemeinnützige GmbH	100,00	7,73%	entfällt	
2	RKU-Invest GmbH	50,00	3,86%	entfällt	
2	Stellacure GmbH, Hamburg	0,00	0,00%	entfällt	
2	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
1	**FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH**	51,00	51,00%	X	
2	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	100,00	51,00%		X
2	FFR GmbH	100,00	51,00%		X
2	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	100,00	51,00%		X
2	FSG Flughafen-Service GmbH, Frankfurt am Main	33,33	23,68%		X
2	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
2	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	100,00	51,00%		X
2	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
2	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	50,00	25,50%		X
1	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	40,00	40,00%	X	
1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	30,00	50,00%	X	
1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	3,20	100,00%	X	
1	Frankfurter Hippodrom GmbH	100,00	100,00%	Buch I.3	
1	Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG	0,02	0,02%		X
1	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	37,50	37,50%	X	
2	FrankfurtRheinMain Corp.	100,00	37,50%		X
1	**Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH**	50,00	53,34%	X	
1	Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG	0,22	0,22%		X
1	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	25,00	25,00%	X	
1	**Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**	100,00	100,00%	X	
1	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	12,50	12,50%		X
1	**ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)**	25,10	25,56%	X	
1	**KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH**	50,00	50,00%	X	
1	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	100,00	100,00%	X	
1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	100,00	100,00%	X	
1	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	60,00	60,00%	X	
1	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	20,24	20,24%	X	
1	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	**Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**	100,00	100,00%	X	
2	Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	25,00	25,00%	X	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
1	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	60,00	60,00%	X	
2	Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%	X	
3	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	85,00	51,00%		X
3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	MESAGO Messemanagement GmbH Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	Mesago PCIM GmbH Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG Nürnberg	75,00	45,00%		X
3	Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	100,00	60,00%		X
4	Mesago Messe Frankfurt Corp. Tokio/Japan	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt (H.K.) Limited Honkong/China	100,00	60,00%		X
5	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co.Ltd.Guangzhou/PR China	50,00	30,00%		X
5	Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	55,00	33,00%		X
5	Messe Frankfurt New Era Business Media Ltd.	70,00	42,00%		X
6	Messe Frankfurt New Era Advertising (Shenzhen) Co Ltd.	100,00	42,00%		X
5	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai/China	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Korea Ltd. Seoul/Südkorea	80,00	48,00%		X
4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt.Ltd. Mumbai/Indien	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Feiras Ltda., Sao Paulo	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	100,00	60,00%		X
4	PAACE Automechanika Mexico LLC Georgia USA	50,00	30,00%		X
3	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	99,99	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Middle East GmbH	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	99,99	60,00%		X
3	South African Shows Messe Frankfurt Proprietary Limited	56,00	33,60%		X
2	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt Venue GmbH	100,00	60,00%	X	
3	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
1	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
1	**Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH**	31,11	31,11%	X	
2	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,12%	entfällt	
2	Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH	4,34	1,35%	entfällt	
2	Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00	56,03%		X
2	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH	0,02	0,01%	entfällt	
3	TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH Rüsselsheim	100,00	0,01%	entfällt	
2	Gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Wetzlar	1,60	0,50%	entfällt	
2	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,33	0,22%	entfällt	
2	MIBAU GmbH	7,91	94,55%		X
2	NH ProjektStadt GmbH	100,00	31,11%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
2	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	1,00	0,45%	entfällt	
3	ASW-Südwest Frankfurt	25,00	0,11%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Thüringer Wohnungswirtschaft (TTW) Erfurt	31,00	0,14%	entfällt	
2	Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	5,10	1,59%	entfällt	
2	WOHNHEIM GmbH	0,12	99,91%	X	
2	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	88,95	27,67%	entfällt	
3	AarealBank AG Wiesbaden	0,01	0,00%	entfällt	
3	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,12%	entfällt	
3	Baugenossenschaft Frankenberg	0,06	0,02%	entfällt	
3	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,23	0,06%	entfällt	
3	gem.Wohnungs- und Siedlungsbaugenossenschaft f.d.Landkreis Marburg/Kappel	0,03	0,01%	entfällt	
3	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,44	0,22%	entfällt	
3	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	100,00	27,67%	entfällt	
4	DNMG Deutsche Netzmarketing GmbH Bonn	3,25	0,90%	entfällt	
3	Sparda Bank Kassel e.G.	0,00	0,00%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	0,50	0,45%	entfällt	
2	Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	33,33	10,37%	entfällt	
3	Grundstücksverwertungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Dietzenbach	33,33	3,46%	entfällt	
1	**Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH**	49,06	49,06%	X	
2	Cook Company gemeinnützige GmbH	48,40	23,74%		X
1	**Rebstock Projektgesellschaft mbH**	50,00	50,00%	X	
1	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67	6,67%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	5,88	5,88%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	11,11	11,11%		X
1	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	3,70	3,70%		X
2	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45	25,56%	X	
2	Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	RTW Planungsgesellschaft mbH	16,67	33,95%	X	
2	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	10,13	0,38%	entfällt	
1	RMA Rhein-Main Abfall GmbH	19,23	19,23%		X
1	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	33,95%	X	
1	**Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH**	100,00	100,00%	X	
1	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	100,00	100,00%	X	
1	Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst (Eigenbetrieb)	100,00	100,00%		
1	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	100,00%	X	
2	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	20,02	20,02%	X	
3	Afriport S. A., Luxemburg	100,00	20,02%		X
4	Daport S. A., Dakar/ Senegal	100,00	20,02%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	AirIT Services AG, Lautzenhausen	100,00	20,02%		X
3	AirIT Systems GmbH	50,00	13,02%	entfällt	
3	Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	40,00	8,01%	entfällt	
3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
4	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	0,07	20,02%		X
4	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	0,07	20,02%		X
5	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	99,93	20,02%		X
5	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	10,00	20,02%		X
4	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	0,01	20,02%		X
3	Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
3	Air-Transport IT Services, Inc., Delaware/USA	100,00	20,02%		X
3	AMU Holdings Inc.	100,00	20,02%		X
4	Airmall Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Boston Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Cleveland Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Maryland Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall Pittsburgh Inc.	100,00	20,02%		X
5	Airmall USA Inc.	100,00	20,02%		X
3	Antalya Havalimani Uluslararasi Terminal Isletmeciligi A.S.	100,00	20,02%		X
4	Fraport IC Ictas Havalimani Isletme A.S.	11,44	10,21%	entfällt	
5	Fraport IC Ictas Antalya Havalimani Terminal Yatirim ve Isletmeciligi A. S.	0,01	10,21%	entfällt	
4	Fraport IC Ictas Havalimani Yer Hizmetleri A.S.	50,00	10,01%	entfällt	
3	APS Airport Personal Service GmbH	100,00	20,02%		X
3	ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	49,00	9,81%	entfällt	
4	GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	30,00	2,00%	entfällt	
3	Delhi International Airport Private Limited	10,00	20,02%	entfällt	
3	Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
3	Flughafen Frankfurt Main Monoprosopi EPE, Athen/Griechenland	100,00	6,01%		X
3	Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH, Hannover	30,00	2,09%	entfällt	
4	AHS Aviation Handling Services GmbH, Hamburg	34,75	4,09%	entfällt	
5	AHS Hannover Aviation Handling Service GmbH	49,00	4,09%	entfällt	
4	AHS Hannover Aviation Handling Service GmbH	51,00	4,09%	entfällt	
4	Aircargo Services Hannover GmbH	100,00	6,01%	entfällt	
4	AirIT Systems GmbH	50,00	13,02%	entfällt	
4	Gastronomie Flughafen Hannover GmbH	50,00	3,00%	entfällt	
4	Hannover Aviation Ground Services GmbH	100,00	6,01%	entfällt	
4	Hannover Marketing und Tourismus GmbH	0,74	0,04%	entfällt	
4	Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft Langenhagen Frankfurt mbH	50,00	3,00%	entfällt	
3	Fraport Passenger Services GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	20,02%		X
3	FRA - Vorfeldaufsicht GmbH	100,00	20,02%		X
3	FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	100,00	20,02%		X
3	FraCareServices GmbH	51,00	10,21%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	Fraport Asia Ltd., Hong Kong	100,00	20,02%		X
4	Pantares Tradeport Asia Ltd., Hongkong/China	50,00	10,01%	entfällt	
5	Tradeport Hongkong Ltd.	37,50	3,75%	entfällt	
4	Xi'an Xianyang International Airport Co Ltd.	24,50	4,91%	entfällt	
3	Fraport Cargo Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
3	Fraport Casa Commercial GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport Casa GmbH	100,00	20,02%		X
3	Fraport IC Ictas Antalya Havalimani Terminal Yatirim ve Isletmeciligi A. S.	51,00	10,21%	entfällt	
3	Fraport IC Ictas Havalimani Isletme A.S.	39,56	10,21%	entfällt	
3	Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Flörsheim am Main	100,00	20,02%		X
4	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	100,00	20,02%		X
4	Fraport Objekt 162 163 GmbH	100,00	20,02%		X
4	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co KG	100,00	20,02%		X
5	Multi Park II Mönchhof GmbH	50,00	10,01%	entfällt	
4	Fraport Real Estate Mönchhof 162 163 GmbH & Co KG	100,00	20,02%		X
3	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	99,93	20,02%		X
3	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	99,99	20,02%		X
3	Fraport Philippines Services Inc., Manila/ Philippinen	99,99	20,02%		X
3	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Flörsheim am Main	100,00	20,02%		X
3	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	90,00	20,02%		X
3	Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	60,00	12,01%	entfällt	
3	FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
4	Compania de Economia Mixta de Valor y Seguridad CIVAS EQUADOR	35,00	7,01%	entfällt	
4	International Aviation Security, Lda i.L.	100,00	20,02%		X
4	International Aviation Security (UK) Limited i.L.	100,00	20,02%		X
3	FSG Flughafen-Service GmbH, Frankfurt am Main	33,33	23,67%	entfällt	
3	GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG	40,00	20,02%	entfällt	
3	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	6,67%	entfällt	
4	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,34%	X	
3	Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	Ineuropa Handling U.T.E., Santa Cruz/Spanien	20,00	4,00%	entfällt	
3	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,90	0,18%	entfällt	
3	Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	70,01	14,02%	entfällt	
3	Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	51,00	10,21%	entfällt	
3	Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	50,00	10,01%	entfällt	
4	Terminal for Kids gGmbH	100,00	10,01%	entfällt	
3	NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	52,00	10,41%	entfällt	
3	operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	10,01%	entfällt	
3	Perishable-Center Verwaltungs-GmbH Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt	10,00	2,00%	entfällt	
4	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	60,00	2,00%	entfällt	
3	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	4,00	2,00%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	Philippine Airport and Ground Services Terminals Holdings, Inc., Pasay City/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine Airport and Ground Services Terminals, Inc., Manila/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine Airport Ground Services, Inc., Manila/Philippinen	40,00	8,01%	entfällt	
3	Philippine International Air Terminals Co., Inc., Manila/Philippinen	30,00	6,01%	entfällt	
3	Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	50,00	10,01%	entfällt	
3	Thalita Trading Limited	35,50	7,11%	entfällt	
4	Northern Capital Gateway LLC	100,00	7,11%	entfällt	
3	THE SQUAIRE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	2,20	0,44%	entfällt	
3	VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH, Frankfurt am Main	100,00	20,02%		X
2	In-der-City-Bus GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Main Mobil Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Mainova AG	75,22	75,22%	X	
3	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
3	ABO Wind Aktiengesellschaft	10,37	7,80%	entfällt	
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	32,40	24,19%		X
4	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	50,10	41,44%		X
5	ABO Wind WP Frankfurt1 GmbH & Co. KG	100,00	41,44%	ne Angaben	
5	ABO Wind WP Weilrod GmbH & Co. KG	100,00	41,44%	ne Angaben	
3	Aufwind Energiegenossenschaft Lahn-Dill-Bergland Süd eG	0,88	0,66%	entfällt	
3	Biomasse- Kraftwerk Fechenheim GmbH	90,00	67,70%		X
3	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH	33,00	57,82%		X
3	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	30,00	22,57%		X
3	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
3	ENAG/Maingas Energieanlage GmbH, Eisenach	50,00	37,61%		X
3	Energieversorgung Main-Spessart GmbH	100,00	75,22%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	56,00	51,60%		X
4	Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH	23,90	12,33%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
5	EVB Netze GmbH	100,00	12,33%	entfällt	
5	Windkraft Thüringen GmbH	8,33	1,03%	entfällt	
4	Ohra Energie GmbH	49,00	25,29%		X
5	Biomassehof Mühlberg GmbH	51,00	12,90%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
5	EDW Energiedienste GmbH	100,00	25,29%		X
4	Werraenergie GmbH	49,00	25,29%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
5	Energieversorgung Schmalkalden GmbH	49,90	12,62%	entfällt	
5	eWerk GbR	75,00	18,96%	entfällt	
5	Immo.Serv. GmbH	49,00	12,39%	entfällt	
5	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,51%		X
5	Werra Energiedienste GmbH	100,00	25,29%		X
3	eserv GmbH & Co. KG	50,00	50,67%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	50,00	50,67%		X
3	Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	75,22%		X
3	Gas-Union GmbH	34,27	26,13%		X
4	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	34,00	51,60%		X
4	eserv GmbH & Co. KG	50,00	50,67%		X
4	eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	50,00	50,67%		X
4	GasLINE Telekommunikationsnetz GF mbH	5,00	1,31%	entfällt	
4	GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft mbH & Co.KG	5,00	1,31%	entfällt	
4	gasmotive Deutsche Erdgastankstellen GmbH & Co. KG i. L.	8,40	4,60%	entfällt	
4	gasmotive Deutsche Erdgastankstellen Management GmbH	8,40	2,20%	entfällt	
4	Gas-Union Storage GmbH	100,00	26,13%		X
4	Gas-Union Transport GmbH & Co. KG	100,00	26,13%		X
4	Gas-Union Transport Verwaltungs GmbH	100,00	26,13%		X
4	Gas-Union (UK) Limited	100,00	26,13%		X
4	KGBE-Kommunale Gasspeicher Beteiligungsges. Epe mbH	25,00	6,53%	entfällt	
4	KGE-Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbh & Co. KG	25,00	6,53%	entfällt	
4	Syneco GmbH & Co. KG, München	12,80	16,61%	entfällt	
5	Syneco Trading GmbH	49,88	16,03%	entfällt	
5	Syneco Verwaltungs GmbH, München	40,00	25,52%	entfällt	
4	Trianel Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG	10,00	2,61%	entfällt	
4	WT Engineering GmbH	60,00	15,68%	entfällt	
3	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	37,61%		X
4	Energiedienst Main-Kinzig GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Kurbetrieb Kraft-Wärme GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	100,00	37,61%		X
3	Gasversorgung Offenbach GmbH	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	15,60	11,73%	entfällt	
3	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	27,35%		X
4	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH Mühlheim a.d.Ruhr	15,00	4,10%	entfällt	
3	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	36,33	27,33%		X
3	Joblinge gAG	20,00	15,04%	entfällt	
3	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
5	CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft	100,00	15,44%	entfällt	
6	Thüga AG München	18,90	15,44%	entfällt	
7	badenova AG & CO. KG	44,63	6,89%	entfällt	
7	CONERGOS GmbH & Co. KG	45,61	7,04%	entfällt	
7	Conergos Verwaltungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	39,85	6,15%	entfällt	
7	EKO2 GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
8	Energieversorgung Mitttelrhein GmbH	83,14	5,13%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
7	E-MAKS GmbH & Co. KG	26,50	4,09%	entfällt	
7	E-Maks Verwaltungs-GmbH	25,00	3,86%	entfällt	
7	Energie Dannstadter Höhe GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
7	Energie Südbayern GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Energie- und Wassergesellschaft mbH	49,90	7,71%	entfällt	
7	Energie Waldeck-Frankenberg GmbH	45,27	6,99%	entfällt	
7	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	2,14%	entfällt	
7	Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG	49,00	7,57%	entfällt	
7	Energieversorgung Pirna GmbH	25,09	3,87%	entfällt	
7	Energieversorgung Rudolstadt GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH	43,37	6,70%	entfällt	
7	Energieversorgung Sylt GmbH	47,00	7,26%	entfällt	
7	Erdgas Mittelsachsen GmbH	48,17	7,44%	entfällt	
7	erdgas schwaben gmbh	64,86	10,02%	entfällt	
7	e-rp GmbH	79,29	12,24%	entfällt	
7	ESWE Versorgungs AG	49,38	7,63%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG	25,20	3,89%	entfällt	
7	EVI Energieversorgung Hildesheim Verwaltungs-GmbH	25,20	3,89%	entfällt	
7	e-werk Sachsenwald GmbH	19,64	3,03%	entfällt	
7	EWR GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Freiberger Erdgas GmbH	40,50	6,25%	entfällt	
7	FREITALER STROM + GAS GMBH	15,00	2,32%	entfällt	
7	gasmotive Deutsche Erdgastankstellen GmbH & Co. KG i. L.	15,58	4,60%	entfällt	
7	Gasstadtwerke Zerbst GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Gasversorgung Görlitz GmbH	37,50	5,79%	entfällt	
7	Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH	31,00	4,79%	entfällt	
7	Gemeindewerke Haßloch GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	GEW Wilhelmshaven GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Halberstadtwerke GmbH	25,00	3,86%	entfällt	
7	Harz Energie GmbH & Co. KG	51,68	7,98%	entfällt	
7	Heizkraftwerk Pforzheim GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	Heizkraftwerk Würzburg GmbH	24,91	3,85%	entfällt	
7	KALA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	18,40	2,84%	entfällt	
7	LIcht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Licht- und Kraftwerke Sonneberg GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Mainova AG	24,47	75,22%	X	
7	N-ERGIE Aktiengesellschaft	39,80	6,15%	entfällt	
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
7	Rheinhessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	37,05	5,72%	entfällt	
7	RhönEnergie Fulda GmbH	17,46	2,70%	entfällt	
7	Städtische Werke AG, Kassel	24,90	3,85%	entfällt	
8	Gas-Union GmbH	9,18	26,13%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
7	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	48,64	7,51%	entfällt	
7	Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Ansbach GmbH	40,00	6,18%	entfällt	
7	Stadtwerke Aue GmbH	24,50	3,78%	entfällt	
7	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Elbtal GmbH	19,00	2,93%	entfällt	
7	Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Essen AG	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke ETO GmbH & Co. KG	46,91	7,24%	entfällt	
7	Stadtwerke Frankenthal GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Germersheim GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Greven GmbH	24,50	3,78%	entfällt	
7	Stadtwerke Grünstadt GmbH	21,00	3,24%	entfällt	
7	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	24,00	3,71%	entfällt	
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
7	Stadtwerke Heide GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Homburg GmbH	24,23	3,74%	entfällt	
7	Stadtwerke Ilmenau GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Kelheim Beteiligungs-GmbH	35,00	5,40%	entfällt	
7	Stadtwerke Kelheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
7	Stadtwerke Langenfeld GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Lindenberg GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
7	Stadtwerke Meerane GmbH	24,50	3,78%	entfällt	
7	Stadtwerke Mühlhausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	15,00	2,32%	entfällt	
7	Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	25,12	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Radolfzell GmbH	49,00	7,57%	entfällt	
7	Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH	24,50	3,78%	entfällt	
7	Stadtwerke Sondershausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Stadtwerke Stade GmbH	20,00	3,09%	entfällt	
7	Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH	30,00	4,63%	entfällt	
7	Stadtwerke Wertheim GmbH	38,93	6,01%	entfällt	
7	Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft	22,73	3,51%	entfällt	
7	Stadtwerke Zittau GmbH	14,90	2,30%	entfällt	
7	Stadtwerke Zweibrücken GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	SWE Energie GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	SWE Netz GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	SWE Technische Service GmbH	1,00	0,15%	entfällt	
7	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	25,10	3,88%	entfällt	
7	SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
7	Syneco Trading GmbH	50,12	16,03%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
7	Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga Energie GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
8	DEH Deutsche Energiehandels GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
8	inCITI Singen GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga Energieeffizienz GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga Energienetze GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	7,37	1,69%	entfällt	
8	EE Repowering GmbH & Co. KG	70,00	1,19%	entfällt	
8	EE Repowering Verwaltungs GmbH	70,00	1,19%	entfällt	
8	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG	20,00	0,34%	entfällt	
8	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs GmbH	20,00	0,34%	entfällt	
8	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR	47,36	0,80%	entfällt	
8	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG	80,00	1,36%	entfällt	
8	Rheinhessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG	40,00	0,68%	entfällt	
8	Rheinhessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH	40,00	0,68%	entfällt	
8	Tauberfranken Wind GmbH	25,00	0,42%	entfällt	
8	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH	66,70	1,13%	entfällt	
8	THEE PE-Beteiligungs GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH	74,90	1,27%	entfällt	
8	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	
8	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	
8	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG	44,40	0,75%	entfällt	
8	UW Nessa GmbH & Co. KG	21,90	0,37%	entfällt	
8	UW Nessa Verwaltungs GmbH	21,90	0,37%	entfällt	
8	Windkraft Olbersleben I GmbH & Co. KG	74,90	1,27%	entfällt	
8	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG	74,90	1,27%	entfällt	
8	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Arpke GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG	66,67	1,13%	entfällt	
8	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Calau GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Massenhausen GmbH & Co.KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Rastenberg GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Salzleck GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark TEVEN Asberg GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
8	Windpark TEVEN Asberg Verwaltungs GmbH	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark TEWI GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG	66,70	1,13%	entfällt	
8	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR	29,21	0,50%	entfällt	
8	WP Sachsen-Anhalt Süd Acht GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
8	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG	100,00	1,69%	entfällt	
7	Thüga EVK Beteiligungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga MeteringService GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüringer Energie AG	15,19	2,35%	entfällt	
7	Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	WEMAG AG	25,10	3,88%	entfällt	
7	Zwickauer Energieversorgung GmbH	23,00	3,55%	entfällt	
5	Thüga AG München	81,10	15,44%	entfällt	
5	Thüga Management GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
3	Mainova EnergieDienste GmbH	100,00	75,22%		X
4	Hotmobil Deutschland GmbH	100,00	75,22%		X
4	Infranova Bioerdgas GmbH	49,90	37,53%		X
3	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	85,00	65,51%		X
3	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova ServiceDienste GmbH	100,00	75,22%		X
4	Metegra GmbH	25,00	18,80%	entfällt	
4	Service4EVU GmbH	50,00	37,61%		X
3	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	28,80	26,44%		X
3	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
3	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	57,98	43,61%		X
3	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	100,00	75,22%		X
3	Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH i. L.	100,00	75,22%		X
3	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
4	Hanau Netz GmbH	10,00	41,30%		X
3	Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	37,61%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
4	Oberhessengas Netz GmbH Friedberg	100,00	37,61%		X
3	Offshore-Wind für Hessen Verwaltungs GmbH i. L.	100,00	75,22%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	SRM Straßenbeleuchtung Rhein Main GmbH	100,00	75,22%		X
3	Stadtwerke Dreieich GmbH	26,25	19,74%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
4	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
3	Stadtwerke Hanau GmbH	49,90	37,53%		X
4	BGS Beteiligungsgesellschaft Strombezug mbH	18,85	7,08%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	20,56%		X
4	Hanau Netz GmbH	90,00	41,30%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,51%		X
4	Syneco GmbH & Co. KG, München	1,26	16,61%	entfällt	
3	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	29,90	22,49%		X
3	SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG München	12,50	9,40%	entfällt	
3	Syneco GmbH & Co. KG, München	17,01	16,61%	entfällt	
3	Syneco Verwaltungs GmbH, München	25,10	25,52%	entfällt	
3	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,74	1,69%	entfällt	
3	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	49,90	41,44%		X
3	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	8KU Renewables GmbH Berlin	12,50	9,40%	entfällt	
4	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,68	1,09%	entfällt	
2	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	entfällt	
2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%		X
2	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
3	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH	0,16	0,16%	entfällt	
2	Süwag Energie AG	5,98	5,98%	entfällt	
3	Bionenergie Bad Wimpfen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt	
3	Bionenergie Bad Wimpfen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt	
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Bürgerenergie Untermain eG	4,30	0,26%	entfällt	
3	Enercraft Energiemanagement OHG haftungsbeschränkt	50,00	2,99%	entfällt	
3	Energie BOL GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG	74,90	4,48%	entfällt	
3	Energiegesellschaft Leimen Verwaltungs GmbH	74,90	4,48%	entfällt	
3	EnergieRegion Taunus Goldener Grund GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	2,14%	entfällt	
3	Ensys AG für Energiesystem, -vermittlung und -marketing, Frankfurt am Main	24,90	1,49%	entfällt	
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	10,00	51,60%		X
3	KAWAG AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	KAWAG Netze GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	KAWAG Netze Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Kommunalwerk Rudersberg GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Kommunalwerk Rudersberg Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	MAINGAU Energie GmbH, Obertshausen	20,50	1,23%	entfällt	

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
3	MBS Ligna Therm GmbH i.L	33,30	1,99%	entfällt	
3	Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	25,00	1,49%	entfällt	
3	Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart	12,50	0,75%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Bühlertal GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Korb GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Korb Verwaltungs GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Lauf GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Leutenbach GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Leutenbach Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Ottersweier GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Steinheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	SolarRegion RengsdorferLAND eG	15,63	1,09%	entfällt	
3	Stadtwerke Oberkirch GmbH, Oberkirch	33,30	1,99%	entfällt	
3	Stadtwerke Weilburg GmbH, Weilburg	20,00	1,20%	entfällt	
3	Stromnetz Diez GmbH & Co. KG	25,10	1,50%	entfällt	
3	Stromnetz Diez Verwaltungs GmbH	25,10	1,50%	entfällt	
3	Stromnetz Hofheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Hofheim Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Süwag Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00	5,98%	entfällt	
4	KEVAG Telekom GmbH	30,00	1,79%	entfällt	
4	Stadtwerke Bühl GmbH	30,00	1,79%	entfällt	
3	Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH, Frankfurt am Main	100,00	5,98%	entfällt	
4	Klärschlammentsorgung Hesselberg Service GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
4	SolarProjekt Mainaschaff GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	SolarProjekt Rheingau-Taununs GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	Untermain ErneuerbareEnergien GmbH & Co. KG	16,67	1,00%	entfällt	
4	Untermain ErneuerbareEnergien Verwaltungs GmbH	25,00	1,49%	entfällt	
4	Wasserversorgung Main-Taunus GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
4	Windenergiepark Heidenrod GmbH	51,00	3,05%	entfällt	
4	Windpark Mengerskirchen GmbH	25,00	1,49%	entfällt	
3	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	100,00	5,98%	entfällt	
3	Süwag Vertrieb Management GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Syna GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
3	Untermain EnergieProjekt AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
1	**Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main**	100,00	100,00%	X	
2	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	20,00	50,00%	X	
1	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
2	tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH i. L.	100,00	100,00%		X
1	**Volks-, Bau- und Sparverein eG**	0,18	0,18%		X

Ebene	Gesellschaftsname	Anteil Direkt	Anteil Gesamt	Buch	CD
2	Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	100,00	0,18%	entfällt	
1	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	100,00	100,00%	X	
1	**Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH**	100,00	100,00%	X	
2	Kompass - Zentrum für Existenzgründungen, Frankfurt am Main GmbH	50,00	50,00%		X
1	WOHNHEIM GmbH	1,06	99,91%	X	
1	**Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH**	100,00	100,00%	X	

Alphabetisches Verzeichnis der im Beteiligungsbericht dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	163
Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	191
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	124
BäderBetriebe Frankfurt GmbH	127
BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	35
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	38
Dom Römer GmbH	42
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	169
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	101
FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	45
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	48
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	219
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	130
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	69
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	52
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	194
Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	55
Hellerhof GmbH	173
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	58
In-der-City-Bus GmbH	151
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	107
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	62
Kita Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	225
Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	239
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	235
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	205
Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	198
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	201
Main Mobil Frankfurt GmbH	154
Mainova AG	138
Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	65
Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH	243
Messe Frankfurt GmbH und Konzern	72
Messe Frankfurt Exhibition GmbH	81
Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG	86
MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	208
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	183
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	246
Rebstock Projektgesellschaft mbH	90
RTW Planungsgesellschaft mbH	111
SAALBAU Betriebsgesellschaft GmbH	176
Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	211

Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH 222
Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 114
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern 118
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH 146
Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH 214
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main 93
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH 157
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) 229
Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH 96
WOHNHEIM GmbH 179
Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH 249

Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Abschreibungen

Wertminderung von Vermögensgegenständen, die im Laufe der Nutzungsdauer durch deren (Ab-) Nutzung eintritt. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung als Aufwand ausgewiesen und wirken sich mindernd auf den Gewinn aus. Handelsrechtlich wird zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden. Methodisch werden Abschreibungen verschieden umgesetzt, wobei die am häufigsten vorkommende Methode die lineare Abschreibung ist. Dabei werden die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig (linear) über eine fixe Nutzungsdauer (abhängig vom Vermögensgegenstand) abgesetzt. Die degressive Methode splittet die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in fallenden Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Vermögensteile, die dauerhaft dem Geschäftszweck dienen und die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, z. B. Produktionsanlagen oder Immobilien. Je nach Branche ist das Anlagevermögen in Relation zur Bilanzsumme höher (Infrastruktur und Produktion) oder niedriger (Dienstleistung). Das Anlagevermögen in der Bilanz teilt sich in Sachanlagen (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen), langfristige Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere) und immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen).

at equity

Eine Methode zur Bilanzierung bestimmter langfristiger Beteiligungen im Konzernabschluss einer Gesellschaft, die am stimmberechtigten Kapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist. Von den Anschaffungskosten der Beteiligung zum Erwerbszeitpunkt ausgehend wird der Buchwert der Beteiligung laufend an die Entwicklung des Eigenkapitals der Beteiligung angepasst. Diese Methode ist das Gegenstück zur Bewertung von Beteiligungen nach dem Anschaffungskostenprinzip (Cost Value Method), bei der Zuschreibungen über die Anschaffungskosten der ausgewiesenen Beteiligung hinaus nicht möglich sind. Im Einzelabschluss (Jahresabschluss) ist die Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode unzulässig. Im Konzernabschluss ist die Equity-Methode für die Bewertung von Beteiligungen an sog. assoziierten Unternehmen (§ 312 HGB; vgl. Konzernabschluss) vorgeschrieben. Des Weiteren können Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von § 310 HGB als assoziierte Unternehmen nach § 311 ff. HGB einbezogen und somit *at equity* bewertet werden. Die Konsolidierung ist verpflichtend nach der Buchwertmethode vorzunehmen (§ 312 HGB). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Anschaffungswert und dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens sowie der darin enthaltene Geschäfts- oder Firmenwert oder passiver Unterschiedsbetrag sind demnach im Konzernanhang anzugeben.

Bilanz

Stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Das Vermögen auf der Aktivseite zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel (Anlage- und Umlaufvermögen), während die Passivseite die Mittelherkunft aus Eigen- und Fremdkapital beschreibt. Die Bilanz wird stichtagsbezogen erstellt und kann deshalb nur bedingt zu Prognosezwecken herangezogen werden. § 247 HGB schreibt die Mindestgliederung einer Bilanz vor; das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten sind gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern. Eine Bilanz erfüllt gleichzeitig Dokumentationspflichten.

Cashflow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Er wird abgeleitet aus den Daten des Jahresabschlusses, insbesondere aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV). Der Cashflow ist Ausdruck (Indikator) der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens (Innenfinanzierung).

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

In der Gewinn- und Verlustrechnung (Erfolgsrechnung) werden alle Aufwendungen und Erträge einer Periode zur Ermittlung des Unternehmensergebnisses zusammen getragen. Bei der Erstellung nach HGB ist der Periodenerfolg mit der Differenz aus Vermögensbeständen der aktuellen und der Bilanz der Vorperiode identisch. Bei Kapitalgesellschaften muss die GuV in Staffelform erstellt werden, § 275 Abs.1 HGB. Die erforderlichen Bestandteile einer GuV sind ebenfalls vorgegeben, § 275 Abs. 2 und Abs. 3 HGB.

Gewinn-/Verlustvortrag

Der Gewinnvortrag ist der Rest des Bilanzgewinns einer Periode, der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss (Einstellung in die Gewinnrücklage und/oder Ausschüttung) übrig bleibt und in der Folgeperiode in das Bilanzergebnis einbezogen wird.

Investitionen

Langfristige (auf über ein Jahr angelegte) Kapitalbindung in Anlagevermögen zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Die Kapitalverschiebung in das Sachanlagevermögen wird als Realinvestition (z. B. in Gebäude oder Maschinen), die in Finanzanlagen als Finanzinvestition (z. B. Wertpapiere oder Beteiligungen) und die in immaterielle Vermögensgüter als immaterielle Investition (z. B. in Rechte oder Konzessionen) bezeichnet.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss ergibt sich als positive Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahres. Bei der Ermittlung des Jahresüberschusses werden Gewinn- oder Verlustvortrag, Entnahmen und Einstellungen aus/in offene Rücklagen nicht berücksichtigt.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Angabe der durchschnittlichen Mitarbeiterzahlen richtet sich nach der Angabe im Anhang des Jahresabschlusses gemäß §§ 267 Abs. 5 und 285 Nr. 7 HGB. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das Eigenkapital durch Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten, so ist dieser Betrag am Schluss der Bilanz auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag auszuweisen (§ 268 Abs. 3 HGB).

Der Betrag darf also dort nicht stehenbleiben, sondern gehört als letzten Punkt auf die Aktivseite, während das ausgewiesene Eigenkapital mindestens 0,00 € sein muss.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten erfassen zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind passivierte Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, wenn in einer Periode die Voraussetzungen für das Entstehen einer Verbindlichkeit liegen, deren Eintritt oder Höhe aber noch ungewiss ist. Somit ist eine spätere wirtschaftliche Zurechnung zur Entstehungsperiode möglich. Rückstellungen werden z. B. für Pensionen und Steuern gebildet, aber auch für unterlassene Instandhaltungen, Klagen und Garantieverpflichtungen. Konkretisiert sich eine ungewisse Verbindlichkeit oder entfällt sie endgültig, wird die Rückstellung aufgelöst. § 249 HGB regelt die Pflichten und Verbote bei der Bildung von Rückstellungen.

Umlaufvermögen

Das Pendant zum Anlagevermögen bei den Vermögensgegenständen, hier sind alle Positionen zu Vermögensgegenständen aufgeführt, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, die also relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgeschlagen werden (z. B. Vorräte, kurzfristige Forderungen und Bankguthaben).

Erläuterungen zu den Kennzahlen aus Kapitel 4 Allgemeiner Teil

Anlagenintensität = $\frac{\text{Anlagevermögen x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Aus der Kennzahl zur Anlagenintensität sollen Hinweise über die zukünftige Zahlungsfähigkeit gewonnen werden. Der Wert der Anlagenintensität ist branchenabhängig. Eine zu hohe Anlagenintensität ist eher kritisch zu bewerten, weil der erwartete Mittelrückfluss des Anlagevermögens in der ferneren Zukunft liegt.

Eigenkapitalquote = $\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}}$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (= Bilanzsumme) dargestellt. Es gilt der Grundsatz: Je größer die Eigenkapitalquote, desto größer sind die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. In der Praxis spielt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Anteilseigners die Eigenkapitalquote bei kommunalen Unternehmen in der Regel eine untergeordnete Rolle.

Produktivität = $\frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Mitarbeiter (durchschnittlich)}}$

Die Produktivität ist der Maßstab für die Ergiebigkeit des Einsatzes eines Produktionsfaktors (hier der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl).

Gesamtleistung = Umsatzerlöse
+ Bestandsveränderungen
+ aktivierte Eigenleistungen

Eine Bestandsveränderung ist beispielsweise die Aktivierung fertiggestellter, zum Verkauf stehender Wohnungen bzw. deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Unter aktivierten Eigenleistungen versteht man z. B. selbst durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtleistung stellt die monetäre Bewertung der abgesetzten Produkte und geschaffenen Werte der Unternehmen dar.

Liquidität 1. Grades =

$\frac{\text{Liquide Mittel x 100}}{\text{Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen}}$

Die Liquidität 1. Grades gibt das Verhältnis der liquiden Mittel zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen eines Unternehmens an (hier synonym für kurzfristige Verbindlichkeiten) und erlaubt damit eine Analyse darüber, inwieweit ein Unternehmen seine derzeitigen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen allein durch seine liquiden Mittel erfüllen kann. Die Forderungen werden dabei nicht berücksichtigt.

Liquide Mittel = Bilanzposition „Kasse, Bank“
+ Stadtkassenkonto

Man unterscheidet dabei nach zunehmender Fristigkeit zwischen Liquidität ersten, zweiten und dritten Grades. Folgende Liquiditätsregel ist bei der Einschätzung von Unternehmen zu beachten: Die Liquidität 1. Grades (Barliquidität) sollte größer oder gleich 20 % sein.

Liquidität 2. Grades =

$\frac{\text{(Liquide Mittel + Forderungen aus L \& L) x 100}}{\text{Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen}}$

Die Liquidität 2. Grades gibt das Verhältnis des Geldvermögens zu den Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung eines Unternehmens (auch hier synonym für kurzfristige Verbindlichkeiten) an. Es ist ein Maß dafür, ob ein Unternehmen in der Lage ist, seine kurzfristigen Verbindlichkeiten zu bezahlen.
Für eine positive Bewertung eines Unternehmens sollte der 2. Liquiditätsgrad größer oder gleich 100 % sein. Bei einem Wert kleiner als 100 % wird ein Teil der kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht durch kurzfristig zur Verfügung stehendes Vermögen gedeckt. Dadurch kann ein Liquiditätsengpass entstehen.

Gesetzestexte, Internetfundstellen

Ergänzend zu den Ausführungen über die „Gesetzlichen Grundlagen“ im ersten Kapitel des Beteiligungsberichts werden im Folgenden die für den Beteiligungsbericht wichtigsten Rechtsvorschriften im Wortlaut wiedergegeben. Die Angaben sind keineswegs abschließend, sondern beschränken sich vielmehr auf die Kernvorschriften der für den Beteiligungsbericht maßgeblichen Vorschriften. Die gesellschafts- und bilanzrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes sowie steuerrechtliche und weitere kommunalrechtliche Vorschriften wie die Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik werden hier nicht aufgeführt.

Hessische Gemeindeordnung (HGO)

(§§ 121 bis 127b HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betätigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichtungs- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2010 (BGBl. I S. 671), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,

1. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
2. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzu-

führungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

3. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstands vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat

ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vorsitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt

derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrnfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindewirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juni 2011 (GVBl. I S. 302), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die wesentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,

3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1

sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

(§§ 53 und 54 HGrG)

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, daß das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlußprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen läßt;
2. die Abschlußprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
   a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
   b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
   c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlußprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluß aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlußprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, daß sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Hessisches Eigenbetriebsgesetz (EigBGes)

(§§ 1 und 5 bis 8 EigBGes)

§ 1 Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb

(1) Die Gemeinde führt ihre wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit als Eigenbetriebe nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie nach einer von ihr zu erlassenden Satzung (Betriebssatzung).

(2) Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bleiben unberührt, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen die Eigenbetriebe der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden sollen. Sie ist zuständig für:

1. Erlaß und Änderung der Betriebssatzung;
2. wesentliche Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des Eigenbetriebs;
3. Verschmelzung mit anderen Eigenbetrieben oder Umwandlung in eine andere Rechtsform;
4. Beschlußfassung über den Wirtschaftsplan nach § 15;
5. Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
6. Zustimmung zu erfolggefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 8;
7. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, soweit sie der Gemeindevertretung durch die Betriebssatzung besonders zugewiesen ist;
8. Entscheidung über die Verminderung des Eigenkapitals nach § 11 Abs. 4;
9. Übernahme von neuen Aufgaben, insbesondere Angliederung sonstiger Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinde, die nicht als wirtschaftliche Unternehmen gelten, jedoch wirtschaftlich oder technisch mit dem Eigenbetrieb im Zusammenhang stehen;
10. Übernahme von Bürgschaften und Bestellung anderer Sicherheiten;
11. Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen;
12. Genehmigung der Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern oder den Betriebsleitern nach Maßgabe des § 3 Abs. 6 und des § 6 Abs. 9;
13. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluß.

In der Betriebssatzung kann sich die Gemeindevertretung die Entscheidung weiterer Angelegenheiten vorbehalten, soweit sie nicht nach § 7 der Entscheidung der Betriebskommission unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

§ 6 Betriebskommission

(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.

(2) Der Betriebskommission gehören an:

1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;
2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muß der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, daß und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;
3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheits-

wahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.

(3) Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.

(4) In der Betriebssatzung kann geregelt werden, daß die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.

(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.

(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, daß diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.

(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluß der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.

(8) Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, daß es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Betriebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.

§ 7 Aufgaben der Betriebskommission

(1) Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung und bereitet die nach diesem Gesetz erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Sie kann Auskunft sowie Akteneinsicht verlangen.

(2) Die Betriebskommission hat einer Maßnahme der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde oder des Eigenbetriebs gefährdet. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Über die strittige Angelegenheit entscheidet der Gemeindevorstand.

(3) Die Betriebskommission ist, unbeschadet der Bestimmung in Abs. 1, für folgende Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören:

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan und Vorlage an den Gemeindevorstand zur Weiterleitung an die Gemeindevertretung;
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
3. Genehmigung von Geschäften aller Art im Rahmen des Wirtschaftsplans, deren Wert einen angemessenen, in der Betriebssatzung festzulegenden Vomhundertsatz des Stammkapitals (§ 10 Abs. 2) übersteigt; trifft die Betriebssatzung keine Bestimmung, so unterliegen alle Geschäfte der Genehmigung, deren Wert zwei vom Hundert des Stammkapitals übersteigt;
4. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, insbesondere Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehenshingaben, soweit sie nicht wegen der Bedeutung der Angelegenheit oder wegen des Wertes des Vermö-

gensgegenstandes durch die Betriebssatzung der Gemeindevertretung zugewiesen ist;
5. Stellungnahme zum Jahresabschluß, zum Lagebericht und zum Vorschlag für die Gewinnverwendung;
6. Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und leitenden Angestellten;
7. Vorschlag für den Prüfer für den Jahresabschluß;
8. Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites und den Abschluß von Vergleichen, wenn sie größere Bedeutung haben;
9. Zustimmung zu Verträgen von größerer Bedeutung, insbesondere über den Bezug von Energie und Wasser durch den Eigenbetrieb;
10. Verzicht auf Forderungen und Stundung von Zahlungsverpflichtungen nach Maßgabe der Betriebssatzung.
Die Betriebssatzung kann der Betriebskommission die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten zuweisen, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung oder nach § 8 der Entscheidung des Gemeindevorstands unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.
(4) Die Betriebskommission hat den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.
(5) In den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen, wenn die vorherige Entscheidung der Betriebskommission nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Hiervon hat sie dem Vorsitzenden der Betriebskommission unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 8 Aufgaben des Gemeindevorstands

(1) Der Gemeindevorstand sorgt dafür, daß die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielen der Gemeindeverwaltung im Einklang stehen. Erfüllt die Betriebskommission eine ihr durch dieses Gesetz oder die Betriebssatzung zugewiesene Aufgabe nicht, so fordert sie der Gemeindevorstand unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erfüllung der Aufgabe auf; nach ergebnislosem Ablauf der Frist übernimmt der Gemeindevorstand die Aufgabe und entscheidet anstelle der Betriebskommission.
(2) Der Gemeindevorstand hat einen Beschluß der Betriebskommission nach Anhörung der Betriebskommission aufzuheben, wenn dieser das Recht verletzt; er kann ihn ändern, soweit er gegen die Planungen und Ziele der Gemeindeverwaltung verstößt.
(3) Der Gemeindevorstand regelt das Verfahren und den Geschäftsgang der Betriebskommission durch eine Geschäftsordnung.

Links zu Internetfundstellen:

Bundesgesetze:
http://www.gesetze-im-internet.de/

Bundesgesetzblatt I und II:
http://www1.bgbl.de/index.php

Bundesanzeiger:
https://www.bundesanzeiger.de/

Verwaltungsvorschriften des Bundes:
http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/

Kommunalrechtliche Vorschriften und Landesrecht Hessen:
http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/page/bshesprod.psml

Staatsanzeiger Hessen bis 2002:
http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/Dokumentenarchivstart.htm?stanz.htm

Staatsanzeiger Hessen seit 2003:
http://www.staatsanzeiger-hessen.de/

Stadt Frankfurt am Main:
http://www.frankfurt.de

Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt:
www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de

Deutscher Städtetag:
http://www.staedtetag.de/

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):
www.kgst.de